

3 Die Motive

Bereits in der Einleitung konnte festgestellt werden, dass die meisten Beiträge zur Göttinger Erklärung deren Ursache in der – außergewöhnlichen, deshalb äußerst verdienstvollen – Wahrnehmung von Verantwortung sehen. Auch jüngere Schriften intonieren, es habe sich um einen „von Gewissensnot und von Verantwortungsbewusstsein getragene[n] Appell“¹ gehandelt. Dieses wohl am häufigsten angeführte Motiv soll an dieser Stelle keinesfalls widerlegt, aber doch zumindest in seiner Tragweite relativiert werden. Es soll hier die These vertreten und argumentativ untermauert werden, dass die Göttinger Erklärung keineswegs monokausal einem einzigen energischen Beweggrund folgte, sondern ihr unterschiedliche Motivgruppen zugrundelagen, die überdies teilweise miteinander verwoben sind.

3.1 VERANTWORTUNG

Nach der Entdeckung der Urankernspaltung 1938 durch Otto Hahn und Fritz Straßmann erreichten die naturwissenschaftlichen Erkenntnisse auf dem Gebiet der Kernforschung eine ungeahnte Qualität und Drastik, was die Konsequenzen für die Gesellschaft, mithin: die gesamte Menschheit anbelangte. Aus dem Wissen über den Umgang mit bestimmten Stoffen konnte man von nun an technische Machtmittel mit einer noch nie zuvor dagewesenen Zerstörungskraft erschaffen. Die Entwicklung der Atomwaffe brachte eine neuartige Entgrenzung ihrer Folgen mit sich, denen sich vor allem und zuerst die Nuklearwissenschaftler in aller Deutlichkeit gewahr wurden.² Der Tatbestand der Atombombe“, so

1 Hoffmann 2005, S. 207 f.

2 Vgl. Brief Gerlach an Jungk vom 22.01.1958, in: Heinrich/Bachmann 1989, Dokument Nr. 236, S. 147; Dürr, Hans-Peter: Die Verantwortung naturwissenschaftlichen

führte in den 1950er Jahren der Philosoph Karl Jaspers seinen Zeitgenossen vor Augen, „ist so ungeheuerlich, dass von ihm her die Politik in einen anderen Aggregatzustand versetzt wird“.³ Unabhängig vom Ort ihrer Detonation verschmutzen nukleare Bomben die gesamte Atmosphäre und beeinträchtigen dadurch die Lebensqualität auch derjenigen Staaten, die nicht unmittelbares Ziel des Angriffs sind. Zu dieser geografischen Grenzenlosigkeit der Wirkung kommt deren Inter-
generationalität hinzu, da die radioaktive Kontamination auch zukünftigen Generationen ihre Lebensgrundlagen entziehen, ihr genetisches Erbgut schädigen kann. Zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit barg damit eine wissenschaftliche Errungenschaft eine ultimative Bedrohung für die gesamte menschliche Existenz in sich. Walther Gerlach diagnostizierte darin eine „ethische Problematik“: „Während man die für die soziale Entwicklung notwendige Energie erzeugt, liefert man [mit militärisch verwendbarem Plutonium] das Material, um diese wieder zu vernichten.“⁴ Für die meisten Atomwissenschaftler musste es ein schwer erträglicher Gedanke sein, dass ihr berufliches, oftmals mit Leidenschaft erfülltes Metier eine solche Schattenseite besaß. Angesichts dieser neuartigen Dimension von Wissenschaftsfolgen stellte sich die Frage, wer über die Anwendung dieser folgenreichen Erkenntnisse entscheiden dürfe: die Wissenschaftler oder die Politiker.⁵

Ob dieses äußerst schwerwiegenden Problems begannen einige der Nuklearforscher, über gangbare Lösungswege zu sinnieren und angemessene Umgangsformen zu entwerfen. Der Gedanke Werner Heisenbergs an ein aus herausragenden Sachverständigen rekrutiertes Elitengremium, das die Regierung berät, war ein erstes Konzept dieses Denkens,⁶ das die Wissenschaft unmittelbar nach dem Krieg aufzubieten hatte. Gleichzeitig erlag es aber auch einem Trugschluss:

Erkennens, in: Müller, Hans-Peter (Hg.): Wissen als Verantwortung, Stuttgart u.a. 1991, S. 9-34, hier S. 10 f. u. S. 32; Katzir-Katchalsky, Ahron: Gedanken eines Forschers über das menschliche Wertsystem, in: Cramer, Friedrich (Hg.): Forscher zwischen Wissen und Gewissen, Berlin u.a. 1974, S. 33-45, hier S. 37.

- 3 Jaspers, Karl: Die Atombombe und die Zukunft des Menschen. Politisches Bewußtsein in unserer Zeit, München 1958, S. 54.
- 4 Gerlach, Walther: Wesen und Bedeutung der Atomkraftwerke, in: Deutsches Museum. Abhandlungen und Berichte, Jg. 23 (1955) H. 2, S. 14.
- 5 Vgl. Salomon, Jean-Jacques: Forschung und die Verantwortung des Wissenschaftlers in unserer Gesellschaft, in: Cramer (Hg.) 1974, S. 81-93, hier S. 80; Herbig 1976, S. 367 ff.
- 6 Vgl. Maier-Leibnitz, Heinz: Die Verantwortungen des Naturwissenschaftlers, Berlin u.a. 1983, S. 11.

Denn die Idee, dass Wissenschaftler das Problem zunächst in einem internen Kreis diskutieren und ausloten könnten, um anschließend den Politikern eine Handlungsanweisung zu unterbreiten, deren Legitimationsbasis allein die wissenschaftliche Fachkenntnis wäre, war eine Illusion und aufgrund ihres expertokratischen Charakters schwer mit den Grundsätzen einer parlamentarischen Demokratie vereinbar. In der Anfangsphase des heraufziehenden Atomzeitalters ging man innerhalb der Wissenschaftskreise mit der moralischen Belastung insgesamt verschiedentlich um. Die einen forcierten während des Zweiten Weltkriegs aus patriotischer Staatsräson und panischer Angst vor einer deutschen Kernwaffe erfolgreich die US-amerikanische Atombombenentwicklung und überantworteten anschließend deren Resultat, die Bombe, in mehr oder minder indifferenter Weise Politikern und Militärs. Die anderen hingegen verweigerten sich einer konsequenten Beteiligung an einem solchen Vorhaben. Allen gemeinsam war jedoch, dass sich damit für die Atomwissenschaftler – weltweit – das Problem stellte, für den Umgang mit der neuen Situation geeignete Maßnahmen zu finden und zu ergreifen.⁷

Die Göttinger Erklärung repräsentiert eine mögliche Variante einer solchen Verantwortungsübernahme. Mit ihr versuchten einige der Göttinger Achtzehn, ihrer selbst auferlegten Verpflichtung zur Aufklärung und Warnung gerecht zu werden. Das Manifest unternahm den Versuch, die Bevölkerung über deren Rolle als potenzielles Opfer und über die Gefahren von Kernwaffen sachverständig aufzuklären und die Regierungspolitik als bedrohlich zu enthüllen. Es steht somit symptomatisch für das fundamentale Problem der Atomwissenschaft mit dem Umgang der Verantwortung, mit der sie ihr Forschungsfeld seit der Existenz von Kernwaffen konfrontierte.

Im detaillierten Wissen um die negativen Folgen von Atomwaffen glaubten die Wissenschaftler dabei an ihr Monopol auf Objektivität, vertrauten auf ihre „überlegene Autorität in Faktenfragen“⁸, wähten sich im Besitz der einzig richtigen Handlungsempfehlung. Von Weizsäcker bspw. leitete von seiner kernphysikalischen Ausbildung eine besondere Autorität ab, denn die „Macht der Na-

7 Vgl. Eickemeyer, Helmut (Hg.): Abschlußbericht des Deutschen Forschungsrates (DFR) über seine Tätigkeit von seiner Gründung am 9. März 1949 an bis zum 15. August 1951 mit einem kurzen Abriss der Gründungsgeschichte und der Überleitungsarbeiten in die „Deutsche Forschungsgemeinschaft“ bis Ende 1952, München 1953, S. 222.

8 Kliemt, Hartmut: Einige Wurzeln des Unbehagens gegenüber den Wissenschaften, in: Meinel, Erhard/Englert, Elmar/ders. (Hg.): Das Unbehagen gegenüber den Wissenschaften, Heidelberg 1989, S. 5-13, hier S. 8.

turwissenschaft beruht auf ihrer Wahrheit“⁹. Dieser Auffassung entsprang letztlich die Göttinger Erklärung. Und deshalb war sie auch problematisch, wurde sie doch zwischen den Grenzen von Politik und Wissenschaft verortet, schnitt gleichzeitig in beide Sphären hinein, während ihre Autoren nur einer einzigen entstammten. Gerade Naturwissenschaften aber geben keine präzisen Antworten auf moralische oder politische Fragen.¹⁰ Zu diesen zählte allerdings jene nach der Atombewaffnung der Bundeswehr, weshalb naturwissenschaftliche Expertise in diesem Fall eigentlich einer Ergänzung durch politische Überlegungen bedurft hätte. Die Wissenschaftler standen daher vor der Aufgabe, sich über ihr Spezialgebiet hinausreichendes Wissen zu beschaffen, das ihnen eine nicht allein wissenschaftliche, sondern überdies politisierte Urteilsfindung gestattete.¹¹ Denn auf dem Gebiet des Politischen, dort, wo die Göttinger Erklärung ihre Forderung letztlich vorbrachte, waren die Wissenschaftler nicht viel mehr als Dilettanten. Aus diesem Grund befasste sich der Autor der Göttinger Erklärung, Carl Friedrich v. Weizsäcker, schon sehr früh und mit zunehmender Konsequenz mit politischen Zusammenhängen.¹² Dennoch war auch er kein politischer Profi, konnte auch er nicht den gesamten Komplex durchschauen und ein fehlerfreies Urteil beanspruchen.

Den Wissenschaftlern war durchaus bewusst, dass sie sich mit einem politischen Manifest auf heikles Terrain wagten; einer aus ihrem Milieu – Hans Jensen aus Heidelberg – verweigerte sogar seine Unterschrift für das Manifest „aus der Überzeugung, dass die Wissenschaftler von Politik viel zu wenig verstehen, um wirksam zu sein“¹³. Diese Unsicherheit betraf den zweiten Part der Göttinger Erklärung, der die politische Forderung nach einem Atomwaffenverzicht der Bundesregierung enthielt. Der erste Teil hingegen, der die negativen Folgen thematisierte, wurde demgegenüber allem Anschein nach als unantastbare Domäne

9 Von Weizsäcker 1977, S. 95.

10 Vgl. Gonsior 1996, S. 196.

11 Vgl. Dürr 1991, S. 13 u. S. 24-29; Katzir-Katchalsky 1974, S. 33; Maier-Leibnitz: Die Verantwortungen 1983, S. 11; Rosenbrock, Gerd: Zum Gesellschaftsbild von Naturwissenschaftlern, in: Doehleemann, Martin (Hg.): Wem gehört die Universität? Untersuchungen zum Zusammenhang von Wissenschaft und Herrschaft anlässlich des 500jährigen Bestehens der Universität Tübingen, Lahn-Gießen 1977, S. 166-176, hier S. 167.

12 Vgl. Kap. 3.6.2 dieser Arbeit.

13 Zitiert nach Maier-Leibnitz, Heinz: Die Wirkung bedeutender Forscher und Lehrer – Erlebtes aus fünfzig Jahren, in: Rheinisch-Westfälische Akademie der Wissenschaften (Hg.): Vorträge N 318, Opladen 1983, S. 9-18, hier S. 17.

wissenschaftlicher Erkenntnis betrachtet. Heisenberg z.B. vertrat mit großer Entschlossenheit die Ansicht, dass man in der Wissenschaft einen Bereich betrete, in dem Dinge grundsätzlich entweder wahr oder falsch seien.¹⁴ Was die Aussagen über die Schädlichkeit von Atomwaffen anbelangte, so glaubte man eine völlig objektive, unanfechtbare und auch – vor allem parteipolitisch – neutrale Basis für die sich anschließende Forderung bereitet zu haben. Denn deren Richtigkeit zu akzeptieren, bedeutete, dass eine Befürwortung von Atomwaffen schlichtweg irrational, unlogisch, ja verrückt wäre. Und mit genau diesen Attributen galt es unterschwellig die Regierungspolitik als fahrlässig und verantwortungslos zu brandmarken und eine korrigierte Entscheidung als einzig vernünftigen Ausweg darzustellen. Zumal, die Kernphysiker bezogen ihre Teilnahmebereitschaft an der Manifest-Aktion vorgeblich aus einem verantwortungsschweren Empfinden, als Träger von großem Sachverstand und genauester Kenntnis über die Wirkungsweise von Kernwaffenexplosionen einer ethischen Pflicht zur Aufklärung nachkommen zu müssen. Dieser Grund eignete sich jedenfalls, um als nachvollziehbare Legitimation des persönlichen Handelns öffentlich vorgebracht zu werden.

Insbesondere Otto Hahn stand für die Haltung, die Bevölkerung aus einer ihr unterstellten Atomnaivität herausreißen zu wollen. Zum einen, um ihr die realen Gefahren möglichst drastisch vor Augen zu führen, so wie er es bereits wiederholt in der Vergangenheit – etwa mit einem Radiovortrag über die schädlichen Wirkungen von Cobalt 60 oder der Mainauer Kundgebung – getan hatte.¹⁵ Hahn wollte, gestützt auf die Sicherheit wissenschaftlicher Insiderkenntnis, darüber informieren, dass selbst ausschließlich in einer militärischen Situation gebrauchte Atomwaffen auch die Zivilbevölkerung schädigen können, dass man sich nicht ausreichend gegen die Strahlungswirkung schützen kann und vor allem dass es keinen wirklich bedeutenden Unterschied zwischen taktischen und strategischen Bombenvarianten gibt, wie es Adenauers Worte vermuten ließen.¹⁶ Es war die neue Qualität von Zerstörung und Schädigung, die apokalyptische Vorstellung allumfassender Vernichtung und ungewiss langer Verderbnis, welche den Kriegsveteranen Hahn vor diesen Waffen erschauern ließ. Hahn hatte im Ersten Weltkrieg Soldaten an Giftgas krepieren sehen und er war Experte für das energetische Potenzial von Atomkernen: Damit verfügte er über die nötige Vor-

14 Vgl. hier und folgend Kraus 2001, S. 274 f.; Leithäuser, Joachim G.: Werner Heisenberg, Berlin 1957, S. 90; Salomon 1974, S. 84.

15 Vgl. Hahn, Otto: Cobalt 60. Gefahr oder Segen für die Menschheit?, Göttingen 1955; Kant 2002, S. 24 ff.

16 Vgl. Kraus 2001, S. 235 f. u. S. 274 ff.

stellungskraft. Und die historisch bislang unbekannte Wirkungsform dieser neuen Waffen – die neuartige Tatsache, dass ein Bombeneinsatz nicht nur lokal und zeitlich befristet wirkt, wie man es nur wenige Jahre zuvor tagtäglich in Deutschland durch die ununterbrochenen alliierten Luftangriffe erlebt hatte, sondern auch in fernen Gebieten ungewiss langanhaltende Schäden verursacht – wollte Hahn der Bevölkerung nachhaltig ins Bewusstsein rufen. Als Entdecker desjenigen kernphysikalischen Phänomens, welches die weitere Kernenergieforschung – Bombe und Reaktor gleichermaßen – erst ermöglicht hatte, konnte er mehr als jeder andere seiner Kollegen eine persönliche Verantwortung empfinden bzw. dies glaubwürdig beanspruchen.

Zum anderen plagte Hahn – wiederum als prometheischer Entdecker der Kernspaltung – eine große Sehnsucht nach Humanität in der Anwendung kernphysikalischer Kräfte. Denn bis 1957 waren nukleare Kräfte vorwiegend für militärische Zwecke eingesetzt worden. Die während des Kriegs erfolgreich erfolgte Konstruktion eines Atomreaktors war auf Seiten der Alliierten lediglich als eine Etappe im vermeintlichen Wettlauf um die Atombombe angesehen worden und spielte zunächst eine untergeordnete Rolle. Erstens wollte der Nobelpreisträger Hahn nicht mit dem Gedenken an den bedauernswerten Tod Hunderttausender Eingang in das historische Menschheitsgedächtnis finden. Man sollte sich seiner nicht als desjenigen Wissenschaftlers erinnern, dessen Arbeit Schrecken über die Welt gebracht hatte, sondern als eines Forschers, der den Weg zu unvergänglicher Energieversorgung und zur Heilung einstmals tödlicher Krankheiten gewiesen hatte.

Zweitens wollte er als Präsident der Max-Planck-Gesellschaft – die in ihren Instituten theoretische wie auch experimentelle Nuklearwissenschaft betrieb und diesem Forschungssektor große Bedeutung für zukünftigen Prestigegewinn westdeutscher Wissenschaftler beimaß –, die Schattenseiten kernenergetischer Technologien offensiv ansprechen und die durch ihre Verstrickung in die Militärforschung des Zweiten Weltkriegs ohnehin rehabilitationsbedürftige Organisation vor dem Stigma einer hauptsächlich Verderben bringenden Wissenschaftsarbeit bewahren.

In diesem Zusammenhang kann auch das Motiv Walther Gerlachs gestellt werden. Der Mit-Manifestant Hahns sah sich gleichfalls in der Verantwortung, Überzeugungs- und Aufklärungsarbeit leisten zu müssen. Wollte man weiter in einer Wissenschaft forschen, in der „Heil und Unheil, Fortsetzung eines gesteig-

gerten Lebens oder Beendigung der Lebensmöglichkeiten“¹⁷ ganz nahe beieinanderliegen, so galt es seiner Meinung nach, tiefe Einsicht in dieses Dilemma – die Gleichzeitigkeit ultimativer Gefahr einer Selbstvernichtung und der Chance zur Hebung der Lebensqualität der Menschheit – zu vermitteln. Denn, so fragte Gerlach, sollte etwa allein der Gedanke an die Eventualität des Missbrauchs „abschrecken, für die Zukunft der Menschen zu arbeiten – auch geistige Kinder zu gebären, um das Leben zu erhalten“¹⁸? Gerlachs Vorträge und Schriften der 1950er Jahre lassen bei diesem Mann, der einst im Zweiten Weltkrieg in Hermann Görings Auftrag Militärforschung organisierte, einen geradezu missionarischen Eifer erkennen. Gerlach war der Auffassung, die Risiken der Atomkernenergie durch die Aufklärung über die jederzeitige Gefahr der von ihr ausgehenden Zerstörungskraft eindämmen zu können. Um der Forschung nicht ihrer negativen Aspekte wegen abschwören zu müssen, versuchte er, durch eindringliche Hinweise auf die dunklen Seiten der Atomtechnologie ein Bewusstsein für deren Irrationalität zu erzeugen. In Gerlachs Worten: „Der Forscher [...] muss dafür arbeiten, dass das Unmenschliche sich selbst aufgibt.“¹⁹

Aus dem Besitz von Expertenwissen einerseits und dem Drang zu weiterer Forschung andererseits leiteten folglich Gerlach und einige andere der Achtehn eine moralische Verpflichtung ab, die Risiken von Atomwaffen in der Öffentlichkeit aufklärerisch darzulegen. Sie fühlten eine besondere Verantwortung gegenüber der Gesellschaft, als meisterhafte Kenner der komplizierten atomphysikalischen Materie unbedarfte Laien über die besonderen Risiken aufklären, schlichtweg die „Wahrheit“ sagen zu müssen.²⁰ Damit trugen die Manifestanten dazu bei, die von der US-Regierung übernommene Sprachregelung der Bundesregierung in Sachen Atomwaffen als eine gezielte Täuschungsmaßnahme zu enthüllen. In der Tat verbesserten sie damit den Kenntnisstand der wahlberechtigten, politisch mündigen Bürger. Denn die Semantik, die Kanzleramt und Verteidigungsministerium gegenüber der Öffentlichkeit gebrauchten, „wählte einschränkende Bedingungen für die Realität der Atombomben, als sie terminolo-

17 Gerlach, Walther: Der Mensch im Atomzeitalter (Vortrag vom 12.03.1956), abgedruckt in: ders.: Humanität und naturwissenschaftliche Forschung, Braunschweig 1962, S. 148-166, hier S. 160.

18 Ders. 1955, S. 19.

19 Ebd., S. 166.

20 Vgl. Fleischmann 1996, S. 48 f.; Wild, Wolfgang: Fehler sind gut, solange es jedes Mal andere sind ..., in: Kienle, Paul (Hg.): Wie kommt man auf einfaches Neues? Der Forscher, Lehrer, Wissenschaftspolitiker und Hobbykoch Heinz Maier-Leibnitz, Zürich 1991, S. 104 ff., hier S. 105 f.

gisch vom Charakter der alles bedrohenden Vernichtung entkleidet wurden“²¹. Indem man von Kanonen, Artillerie, verstärkter Feuerkraft sowie taktischen und strategischen Bomben redete, versuchte man den Atomwaffen die unheimliche Aura des Apokalyptischen zu nehmen. Diese aus den USA stammende Methode wurde von der Bundesregierung adaptiert, um einer eventuell bevorstehenden Umrüstung der Bundeswehr auf atomare Waffensysteme den Anschein von Normalität, ja notwendiger Modernität zu verleihen.²² Nicht zuletzt dies – eine für Sachverständige offensichtliche Regierungskampagne der Verharmlosung, auch der Manipulation, zu konterkarieren, indem man dezidiert Aufklärung leistete – war ein zentrales Anliegen, in jedem Fall ein politisches Verdienst der Göttinger Erklärung.

Bei einigen der Manifestanten war dies vermutlich nicht wie etwa bei Heisenberg bloß das Mittel zum Zweck,²³ sondern durchaus das eigentliche Ziel. Rudolf Fleischmann gehörte wohl zu jenen Achtzehn, die versuchten, einer sich selbst auferlegten Pflicht zur Aufklärung über wissenschaftlich festgestellte Tatsachen einerseits über Vorträge, andererseits aber auch über den unkonventionellen Weg eines politischen Manifests nachzukommen. Hinsichtlich seiner Beteiligung an der Göttinger Erklärung gab Fleischmann jedenfalls an, dass er sich vor seinem Gewissen verpflichtet gefühlt habe, „darauf aufmerksam zu machen, welche harten naturwissenschaftlichen Tatsachen bestehen, und was aus ihnen folgt“²⁴. Diese „harten Tatsachen“ waren es, die verhindern sollten, dass aus „unzureichender Kenntnis [...] falsche Folgerungen gezogen werden und schließlich schwere Schäden entstehen“. Konkret wollte er über die wahren Gefahren der Atomsprengkörper aufklären und die „taktischen“ Kernwaffen als ebenso gefährlich wie die „strategischen“ entlarven.²⁵ Auch Walther Gerlach schlug in diese Kerbe, als er seine Physikerkollegen ermahnte, als Träger tieferen Wissens Aufklärung zu betreiben, da Wissen schließlich verpflichte.²⁶ Fleischmann wollte die Politik der gängigen Ausredeoption, man habe eben

21 Bald 1994, S. 26.

22 Vgl. ebd., S. 25-29.

23 Siehe hierfür Kap. 3.5 dieser Arbeit.

24 Dieses und folgendes Zitat aus Fleischmann, Rudolf: Kernphysik und Atombombe, in: ders. et al. (Hg.): Kann der atomare Verteidigungskrieg ein gerechter Krieg sein?, München 1960, S. 9-39, hier S. 12.

25 Vgl. o.V.: Prof. Fleischmann: Politische Aufregung abklingen lassen, in: dpa, 15.04.1957.

26 Vgl. Gerlachs Vortrag auf dem Physikertag vom 03.09.1956, in: Heinrich/Bachmann 1989, S. 16.

nichts von den Gefahren gewusst, berauben. Er erhob es zu einer „Gewissenspflicht derjenigen, die über die unverrückbaren Tatsachen hinreichend informiert sind, darauf aufmerksam zu machen, und das Material bereitzustellen für die Schlussfolgerungen“²⁷. Desgleichen Heinz Maier-Leibnitz, der es für notwendig hielt, dem – gemeinhin in solchen Fragen noch weniger als Politiker informierten – Bürger zu einer einfachen Grundlage für dessen politische Meinungsbildung zu verhelfen.²⁸ Er sah den Wissenschaftler dazu angehalten, Bürgern in Fachfragen auf verständliche Weise Wissen zu vermitteln, damit diese politische Entscheidungsvorschläge besser beurteilen konnten. Später einmal goss Maier-Leibnitz diese Forderung in eine Formel, nach welcher der Forscher verpflichtet sei, „sein Urteil, seine Initiativen, seinen Rat beizutragen“²⁹. Mit derlei selbstverpflichtenden Aussagen, die öffentlich eine moralische Zuständigkeit reklamierten und zugleich rechtfertigten, stärkten die Manifestanten natürlich auch die Legitimation für ihre politische Aktivität, für ihr Manifest.

Der Nuklearforscher Fleischmann beschwor nicht nur einen ernstzunehmenden Gewissensimperativ herauf, er sprach darüber hinaus einen interessanten Aspekt an: Politiker mussten nicht erst mühselig Informationsmaterial zu komplizierten Fachfragen zusammentragen, wenn sie stattdessen gezielt die bestehende Expertise von auskunftsfreudigen Wissenschaftlern in Anspruch nehmen konnten. Danach erleichterten die Forscher die politische Arbeit, unterstützten die Mandats- und Amtsträger in deren Pflichterfüllung. Doch taten sie dies in den Augen so manches Manifestanten nicht in dem erwarteten und vermeintlich gebotenen Ausmaß. Dies war Fleischmanns offizieller Beweggrund für seine Beteiligung am politischen Manifest der Göttinger Erklärung – ein persönlich empfundenes Kommunikationsdefizit zwischen den Teileliten aus Wissenschaft und Politik. Denn seiner Auffassung nach dürfe es „nicht vorkommen, dass Politiker aus Unkenntnis dieser Dinge Folgerungen ziehen, die sie bei hinreichender Kenntnis niemals gezogen hätten“³⁰. Auf solche „Dinge“ machte die Göttinger Erklärung mit ihrer Erläuterung der Gefahren von Atomwaffen bekanntlich an zentraler Stelle aufmerksam. Scheinbar existierte für einen solchen Austausch zwischen wissenschaftlichem Fachmann und politischem Entscheider, zumindest in Fragen von wirklicher Brisanz und Folgeschwere, kein geeigneter und tatsächlich frequentierter Kommunikationskanal. Weil ein solcher Ort des Aus-

27 Fleischmann 1960, S. 13.

28 Vgl. dazu Maier-Leibnitz, Heinz: Moralisch-soziale Dilemmata der Kernforschung, in: Kienle (Hg.) 1991, S. 200-219, hier S. 215.

29 Vgl. Maier-Leibnitz: Die Verantwortungen 1983, S. 11.

30 Fleischmann 1960, S. 19 f.

tauschs zwischen Politik und Fachwelt zu fehlen schien, riefen Forscher wie Fleischmann die von ihnen angebotene Aufklärungsfunktion kurzerhand selbst ab – via politische Manifestation.

In wissenschaftsgeschichtlicher Hinsicht ist dies ein interessanter Aspekt, denn es handelte sich keinesfalls um ein Novum. Bereits in früheren Zeiten verfolgten Naturwissenschaftler die Absicht, die Bevölkerung über Zusammenhänge der Natur – der physikalischen, chemischen und biologischen Wirklichkeit – aufzuklären. Dieses aufklärerische Interesse wurde allerdings von einer Phase abgelöst, in der sich naturwissenschaftliche Forscher mehrheitlich davon distanzieren und sich stattdessen auf einen Standpunkt reiner Objektivität stellten, Wissenschaft und Ethik also durch die eindeutige Unterscheidung von Forschung und Anwendung klar voneinander trennten und sich in die Neutralität zurückzogen.³¹ Mit dem pauschalen Argument, Politik sei mit wissenschaftlicher Methodik nicht zu behandeln, wurde ein Grund gefunden, sich nicht mit Moral und Politik herumplagen zu müssen. Aus dieser Perspektive markiert die Göttinger Erklärung eine bemerkenswerte Renaissance der absichtlichen Zusammenführung von wissenschaftlicher Expertise und verantwortungsvoller Aufklärung, nicht zuletzt vor dem Hintergrund politischen Geschehens. In einem hochentwickelten Technologiezeitalter, in dem die Zeitspanne zwischen theoretischer Entdeckung und praktischer Anwendung zunehmend geringer ausfiel, war diese Abkehr von einem klassisch gewordenen Wissenschaftsverständnis der politischen Nichteinmischung auch fraglos notwendig geworden.³² Der „Kampf gegen Autorität – religiöse, wirtschaftliche oder politische –“ sei von jeher ebenso „ein Teil der Geschichte der Naturwissenschaften wie ihre Theorien und Entdeckungen“ gewesen.³³ Dies verleiht der Manifestation der Atomphysiker einen besonderen Charakterzug, erhebt sie sogar zu einer ganz und gar originären, im eigentlichen Sinne klassischen, naturwissenschaftlichen Handlung.

Allein unter dem Gesichtspunkt der naturwissenschaftlichen Verantwortung betrachtet, kamen die Göttinger Manifestanten dem von Moraltheoretikern idealisierten Wissenschaftlerbild somit ziemlich nahe. Denn Wissenschaftler sollten – idealerweise – die Gesellschaft über ihre Forschungen und deren *mögliche* Konsequenzen informieren, die aus ihr in der Zukunft erwachsen könnten. Die Folgen aus technologischer Anwendung von wissenschaftlicher Erkenntnis gelte es nicht indifferent abzuwälzen, sondern verantwortungsbewusst zu bedenken.³⁴

31 Vgl. dazu Rosenbrock 1977, S. 173.

32 Vgl. hierfür ebd.; Salomon 1974, S. 87.

33 Salomon 1974, S. 84.

34 Vgl. hier und folgend Rosenbrock 1977, S. 173 f.; Salomon 1974, S. 92.

Da Wissen im Gegensatz zu früheren Epochen im Atomzeitalter nicht mehr unabhängig von einer späteren Anwendung gedacht werden könne – die „Zeit des ‚laissez faire‘ im Verhältnis zwischen Forschung und Politik“³⁵ schlechterdings zu Ende gehe –, müsse sich der Naturforscher nunmehr einer neuen Berufsethik besinnen und sich neben der wissenschaftlichen Wahrheitsfindung auch der politischen und technischen Folgenabschätzung widmen. Die Maxime: „Es gibt keine Wissenschaft ohne Gewissen“, appellierte an ein neues Aufgabenprofil des modernen Naturforschers: Dieser müsse „informieren, lehren, warnen“ und „all das aufdecken und bekämpfen, was er für einen Missbrauch von Forschung hält“.³⁶ Verantwortliches Handeln verlange folglich von einem Wissenschaftler, dass er die Grenzen seines Spezialwissens überschreiten, sich um die „Einbettung seines Fachgebiets in ein umfassenderes Wissen nach besten Kräften bemühen“ und seine Arbeit von einer allgemeineren Warte aus betrachten soll.³⁷ Diesen emphatischen Forderungen wohnte die Logik inne, dass außerwissenschaftliche Folgen eben auch außerwissenschaftliches Engagement erfordern. Und nicht zuletzt gewinne die Wissenschaft ihre staatlich vermittelte Förderung durch die Öffentlichkeit doch aus der Leistung, mit ihren Forschungsergebnissen oftmals auch Schicksalsfragen zu entscheiden; folglich dürfe sie sich in der Diskussion dieser Fragen nicht zur Abstinenz berechtigt fühlen.³⁸ Wenn man so will, wurde mit der Göttinger Erklärung die „Eliminierung des Subjekts aus der wissenschaftlichen Erkenntnis“ rückgängig gemacht, die einst unterbrochene „Kontinuität zwischen wissenschaftlicher Arbeit und gesellschaftlichem Handeln“ wieder aufgenommen.³⁹ Arne Schirmacher sieht daher auch zu Recht in der Göttinger Erklärung einen „konkreten Ausgangspunkt“⁴⁰ für den Wandel der Beziehung zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit. Man kann es also auch folgendermaßen deuten: Die Atomphysiker sahen sich in den 1950er Jahren geradezu gezwungen, öffentlich verantwortlich – nötigenfalls in Gestalt politischen Protests – zu handeln.

Doch zurück zu den Göttinger Achtzehn: Bei Rudolf Fleischmann erklingt die Gewissensfolge als eine eher selbstverständliche Pflichterfüllung innerhalb persönlicher Moralitäten. Allerdings handelte es sich dabei so kurz nach dem Zweiten Weltkrieg, im gerade erst hereingebrochenen Zeitalter der Atombombe,

35 Salomon 1974, S. 90.

36 Ebd., S. 92.

37 Dazu Dürr 1991, S. 28 f.

38 Vgl. ebd., S. 90.

39 Zitiert wird Rosenbrock 1977, S. 168 f.

40 Schirmacher 2008, S. 95.

mitnichten um eine selbstverständliche Haltung. Mit Blick auf Max Born erfährt man, dass einige Wissenschaftler das Zustandekommen der US-amerikanischen Atombombenabwürfe über Japan als ein moralisches Versagen besonders der beteiligten Forscher – aber auf deren ihrer Lehrer und Mentoren – werteten.⁴¹ Mit der bundesdeutschen Atombewaffnung drohte ein neuerlicher Sündenfall, den es diesmal allerdings zu vereiteln galt. Denn Born hatte es wohl am schlimmsten erwischt: Es waren ausgerechnet seine ehemaligen Mitarbeiter und Schüler der Göttinger Zeit – J. Robert Oppenheimer, Edward Teller und Enrico Fermi –, die mit ihrem wissenschaftlichen Können ganz außerordentlich zur erfolgreichen Entwicklung der Atom- und später Wasserstoffbombe beigetragen hatten. Ähnlich dem Entdecker der Atomkernspaltung Hahn, belastete Born diese Tatsache immens. Er litt daran, seinen Zöglingen neben den wissenschaftlichen Fertigkeiten nicht auch ein moralisches Gerüst mit auf den Weg gegeben zu haben, beklagte im selbstkritischen Rückblick ein Versagen seinerseits. Und überdies war er zu der Erkenntnis gelangt, dass der Mensch nicht vom „Großhirn“, dem Ort der Vernunft, sondern aus dem „Rückenmark“, dem Sitz der Triebe und Leidenschaften, gelenkt werde.⁴² Born hielt den Menschen für den Umgang mit der Atombombe nicht für reif genug; die damit verbundene Verantwortung überstieg seiner Meinung nach schlichtweg die Leistungsfähigkeit des menschlichen Verantwortungsbewusstseins und die Bereitschaft zum asketischen Machtverzicht. Nach dem Zweiten Weltkrieg glaubte er jedenfalls nicht mehr an einen Sieg der menschlichen Vernunft, wie er es noch nach dem Ersten Weltkrieg gemeinsam mit seinem engen Freund Albert Einstein optimistisch gehalten hatte.

In der Zeit nach 1945 kam Born deswegen zu dem Schluss, dass in der Wissenschaft schnellstmöglich auch der Umgang mit Verantwortung Einzug halten müsste. In einer solch folgenreichen Wissenschaft wie der Atomforschung hätten Lehrer ihre Schüler gefälligst auf moralische Belange ihres Tuns aufmerksam zu machen und eindringlich ein Verantwortungsbewusstsein zu schüren, den Umgang mit den Ergebnissen ihrer Arbeit beharrlich wachsam im Blick zu behalten.⁴³ So lautete Borns Lehre aus den vergangenen Jahrzehnten, in denen er die einschneidenden Erfahrungen zweier Weltkriege und der Entwicklung der Atombombe gemacht hatte. Darauf gründete sein pazifistisches Engagement im letzten Drittel seines Lebens, das unterschiedliche Aktivitäten kannte. So forder-

41 Vgl. Born, Max: „Ich trete ein für Aufklärung“, in: Der Spiegel, 24.04.1957.

42 Vgl. Einstein, Albert/Born, Hedwig/Born, Max: Briefwechsel. 1916-1955, München 1969, S. 206.

43 Vgl. Born/Born 1969, S. 187.

te er 1955 ein Gremium „zur Klärung der moralischen und sozialen Fragen, die dem Physiker als Mensch und Staatsbürger durch die Folgen seiner eigenen Forschung aufgedrängt worden sind“⁴⁴. Für den Pazifisten und Moraldenker Born war die Beteiligung an der Göttinger Erklärung nur folgerichtig. Er sah sie erstens als eine mögliche Variante des Umgangs mit dem Problem der Verantwortung im Allgemeinen; zweitens als Maßnahme, um eine in seinen Augen moralisch fragwürdige politische Handlung zu verhindern; und drittens als Gelegenheit, um stellvertretend für alle Nuklearwissenschaftler Deutschlands die Bedenken dieses Fachbereichs gegenüber Plänen der Regierung öffentlich zu äußern und somit der selbstempfundenen Verpflichtung zur Verantwortungswahrnehmung angemessen und vorbildlich nachzukommen. In Ermangelung einer solch institutionalisierten Wahrnehmung von Verantwortung, wie sie etwa das von Born geforderte Gremium bezweckt hatte, fungierte die Göttinger Erklärung als ein surrogathaftes Exempel einer Forscherelite, die mutig in der Erfüllung neu erwachsener Pflichten debütierte. Für dieses innerhalb der Manifestantenschaft wirksame Motiv steht jedenfalls der Typus Born.

Wiederum andere, namentlich Werner Heisenberg, sorgten sich infolge der abschreckenden Atomwaffenverwendung um das öffentliche Ansehen der Naturwissenschaften. Die augenfällige „Berührung mit dem Bösen“ barg die Gefahr eines nachhaltigen Ansehens- und in dessen Folge Unterstützungsverlusts naturwissenschaftlichen Forschens in der Bevölkerung in sich. Die Bürger durften aus Sicht der Wissenschaftler aber auf keinen Fall von der Kernenergie abfallen. Für die Kernphysiker waren sie besonders in ihrer Rolle als Wähler und Steuerzahler wichtig, in der sie die Kerntechnologie befürworten mussten, wollte man den Staat als zukünftigen Hauptabnehmer und damit auch -interessenten von atomaren Anlagen gewinnen. Um dies zu erreichen, einem breiten Misstrauen der Bevölkerung entgegenzuwirken, so dachte allem Anschein nach Heisenberg, mussten sich Naturwissenschaftler – ganz besonders aber Atomphysiker – in bestimmter Weise bemühen: nach außen für möglichst viele Menschen sichtbar Verantwortung zu tragen und sich vehement gegen eine destruktive Nutzung ihrer Forschungsergebnisse einzusetzen.⁴⁵ Dafür ersann Heisenberg den Forschungsrat⁴⁶, mit dem er hoffte, die Politik kontrollieren zu können. Damit stand er nicht allein: Auch sein Mit-Manifestant Heinz Maier-Leibnitz vertrat während

44 Stamm, Thomas: Zwischen Staat und Selbstverwaltung. Die deutsche Forschung im Wiederaufbau 1945-1965, Köln 1981, S. 153.

45 Vgl. Heisenberg, Werner: Die Sorge um die Naturwissenschaft, in: Göttinger Universitäts-Zeitung, 16.01.1948.

46 Zum Forschungsrat vgl. Kap. 3.5 dieser Arbeit.

seiner gesamten Wissenschaftlerkarriere die Auffassung, dass Forscher tunlichst das Vertrauen der Öffentlichkeit benötigten bzw. unter keinen Umständen Missvertrauen ernten dürften.⁴⁷ Berücksichtigt man diese Sichtweise, so muss man die Göttinger Erklärung auch als eine vertrauensbildende Maßnahme ansehen, welche die Verbundenheit zwischen Wissenschaftler und „gemeinem“ Bürger stärken sollte.⁴⁸ Die Menschen, so wollten es zumindest Heisenberg und Maier-Leibnitz, sollten den Kernphysikern ihr Vertrauen schenken, sich auf deren Verantwortungsgefühl verlassen. Weil die meisten Bürger seinerzeit in kernphysikalischen Fragen wohl überwiegend unbewandert waren, keinen Einblick in das Treiben der Forscher in deren Laboratorien besaßen, fiel dem Manifest die Aufgabe zu, gegenüber der ansonsten kaum überprüfbaren, ja transparenzlosen und rätselhaften Arbeit der Wissenschaftler Zuversicht zu stiften, Vertrauen zu gewinnen. Machten Wissenschaftler glaubhaft, den Umgang mit den Resultaten ihrer Forschungen unentwegt zu überwachen, so die Überlegung, könnte dies das Vertrauen in die Kernenergieentwicklung steigern.

Damit aber durchbrachen die Göttinger Achtzehn eine bis dahin im Wissenschaftsbereich vorherrschende Mentalität des bloßen Forschens und der politischen Zurückhaltung.⁴⁹ Wissenschaftler verschrieben sich bis dato in erster Linie dem „reinen“ Forschen auf Basis von Neugierde und des Drangs immer weitergehender Wissenserlangung. Die Konsequenzen, die aus ihren Forschungsergebnissen folgten, waren dagegen eher nachrangig. Die mit der Drastik der Atom bombe in ein neues Stadium getretene Nuklearwissenschaft ließ eine solche Haltung des passiven Forschens freilich nicht mehr zu. Schon allein, weil die Gesellschaft den Forschern unausgesprochen eine gewisse Verantwortung für ihr Tun zuzuschreiben schien. Man kommt nicht umhin, festzustellen, dass „Naturwissenschaftler für eine lange Zeit ihre Wirklichkeit zu selektiv wahrgenommen haben“.⁵⁰ Nun galt es, über den Tellerrand des eigenen Forschungsbereichs hinauszublicken und das Verhalten der Politik genauestens zu beobachten. Diese seinerzeit avantgardistische Haltung personifizierte Carl Friedrich v. Weizsä-

47 Vgl. Maier-Leibnitz: Die Verantwortungen 1983, S. 13 f.; Merkle, Hans L.: Wissenschaftler brauchen Vertrauen, in: Kienle (Hg.) 1991, S. 164 f., hier S. 147.

48 Dieser Aspekt des Motivs „Verantwortung“ weist freilich schon sehr stark weniger altruistische denn egoistische Züge auf, die in den folgenden Abschnitten noch näher ausgeführt werden.

49 Vgl. zu diesem Abs. Dürr 1991, S. 11 ff.; Köcher, Renate: Botschafter zwischen fremden Welten, in: Kienle (Hg.) 1991, S. 164 ff., hier S. 165 f.; Salomon 1974, S. 86 f.

50 Rosenbrock 1977, S. 174.

cker. Er hielt es nach eigener Aussage „für politisch richtig, Wissenschaftler zu bleiben, um zumal meinen Kollegen durch die Tat zu demonstrieren, dass man *als* [Herv. i. O.] Wissenschaftler politisch verantwortlich wirken kann“⁵¹. In dem Gesellschaftstypus „Wissenschaftler“ sah v. Weizsäcker einen der „wichtigsten geistigen Träger dieser Verantwortung“⁵². Er meinte damit, dass Forscher der Verwertung ihrer wissenschaftlichen Erkenntnisse durch politische Machthaber eine gesunde Skepsis entgegenbringen sollten. Allerdings nicht ohne einen eigenen Nutzen davon zu haben: Mit dieser selbstkonstruierten Pflicht schuf sich v. Weizsäcker zugleich die moralische Legitimationsgrundlage für sein berufliches Wirkungsfeld als Atomphilosoph.⁵³

Die Ereignisse der jüngsten Geschichte verliehen dem Verantwortungstrend jener Zeit eine gewisse Plausibilität. Die Atombombe und das ihr zugrundeliegende „Manhattan“-Projekt, das Milliarden von Dollar teure US-amerikanische Programm zum Bau der ersten Nuklearwaffe in den Jahren 1942 bis 1945, hatten eindrucksvoll bewiesen, dass sich Forschung und Anwendung nicht so einfach trennen ließen, vielmehr eng miteinander verflochten waren.⁵⁴ Für die Atomforscher ergab sich daraus die Notwendigkeit, auf diese Untrennbarkeit zu reagieren. Indem man frühzeitig öffentlich sichtbare Verantwortung wahrnahm, hoffte man, sich einer späteren Konfrontation mit den Konsequenzen der technischen Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse entziehen sowie vor einer darauf folgenden Diskreditierung feien zu können. An dieser Stelle lassen sich somit selbst in dem Aspekt des moralischen Verantwortungsempfindens, welches bislang als *das* bestimmende Moment der Initiative zur Göttinger Erklärung ausgemacht worden ist, durchaus selbstdienliche Strömungen erkennen.

Natürlich: Eigennutz und Allgemeinwohl schließen sich nicht gegenseitig aus. Doch ließ sich Verantwortung eben auch ohne den Antrieb höherer Moral übernehmen, lässt sie sich als Medium interpretieren, mit dem man einer gesellschaftlichen Erwartung gerecht zu werden suchte. Man erbrachte eine Schuld, genügte einer Norm oder erfüllte eine Pflicht. Von dem öffentlichen Ansehen der Forschenden sollte drohender Schaden abgewendet werden, indem man ein normatives Gebot befolgte und sich dadurch im Hinblick auf die Zukunft nicht mehr des Verschweigens von Gefahren schuldig machen konnte. Um es mit aller Klarheit festzustellen: So wenig man den achtzehn Manifestanten einwandfrei

51 Weizsäcker, Carl Friedrich v.: Wahrnehmung der Neuzeit, München/Wien 1983, S. 342.

52 Ders. 1984, S. 22.

53 Vgl. hierzu Kap. 3.6.2 dieser Arbeit.

54 Vgl. Rosenbrock 1977, S. 170 ff.; Salomon 1974, S. 89.

den selbstlosen Dienst am gesellschaftlichen Gemeinwohl nachweisen kann, so stark lassen sich eigennützige Beweggründe unterstellen. Beides sind zulässige Interpretationen, die sich aus der Kontingenz menschlichen Gemüts ergeben. Jedenfalls: Dem zweifellos hehren Leitgedanken von verantwortungsbewusst handelnden Forschern, der sich bislang für die Nachwelt mit der Göttinger Erklärung überwiegend verbunden hat, wohnt zumindest eine gewisse Ambivalenz inne.

3.2 PUBLIC RELATIONS: DAS MANIFEST ALS KERNPHYSIKALISCHE PR-MASSNAHME

3.2.1 Die Angst vor der Bombe

„Public-Relations“: Dieser bisweilen hochtrabende Begriff hört sich zuallererst nach professionellem Marketing eines industriellen Konzerns an, der hierfür betriebsintern eine eigene Abteilung unterhält; und seine häufige Verwendung lässt vermuten, unerlässlicher Bestandteil eines jeden halbwegs ausführlichen Ausbildungsgangs für Werbeexperten zu sein. „PR“-Arbeit bezweckt zumeist, die öffentliche Wahrnehmung des eigenen Verhaltens zu beeinflussen und Produkte auf dem Markt durchzusetzen – kurz: Es geht um das Management seines öffentlich registrierten Erscheinungsbilds. Doch was, um Himmels Willen, soll dieser Begriff mit achtzehn Wissenschaftlern zu tun haben? An dieser Stelle soll ein Gedanke aufgegriffen, untermauert und weiter verfolgt werden, den vor einiger Zeit Hans-Peter Schwarz in seiner Adenauer-Biografie en passant erwähnte, der aber sporadisch auch bei weiteren Autoren anklingt.⁵⁵

Laut Schwarz seien die Göttinger Achtzehn keine „apolitischen Wissenschaftler“ gewesen, sondern wollten „möglichst rasch und möglichst komplikationslos Anschluss an die Grundlagenforschung, auch an die industrielle Forschung des Auslands finden“. Für dieses Ziel hätte unter den damaligen Voraussetzungen allein ein konsequenter, öffentlich beglaubigter Verzicht auf militärische Forschungs- und Anwendungsabsichten Gewähr geboten. Und Joachim Radkau zufolge liege in dem „Wunsch nach Absicherung der bundesdeutschen Kernenergie-Entwicklung gegen den Argwohn der innerdeutschen, mehr noch der internationalen Öffentlichkeit“ ein „wesentliches Motiv“ der Manifestan-

55 Diese Passage findet sich in: Schwarz 1991, S. 334.

ten.⁵⁶ Viel Einfluss haben diese Feststellungen auf den Rezeptionsverlauf der Göttinger Erklärung jedoch nicht ausgeübt. Denn in z.T. noch viel jüngeren Schriften als jenen Schwarz' und Radkau heißt es bspw. unbeirrt, die Göttinger Achtzehn hätten sich ausschließlich „aus Gründen politischer Vernunft und moralischer Verpflichtung mit ganzer Kraft zur Wehr“⁵⁷ gesetzt. Und wie bereits erwähnt, findet sich diese Auffassung auch auf der Homepage der Göttinger Georg-August-Universität, die sich mit dem politischen Manifest der Atomwissenschaftler erstaunlich arglos identifiziert.⁵⁸ Einen Konsens scheint es in dieser Angelegenheit also nicht zu geben. Was Schwarz und Radkau in vergleichsweise wenigen Zeilen und im Rahmen ihrer Schriften eher nebensächlich erwähnten, scheint für das Verständnis von der Göttinger Erklärung und den mentalen Strukturen ihrer Träger, den Göttinger Achtzehn, allerdings entscheidend, ja: zentral, fundamental, elementar zu sein.

Es ist zunächst anzunehmen, dass Atomwaffen in der deutschen Bevölkerung nach den Ereignissen von Hiroshima und Nagasaki sowie fortwährenden Nuklearwaffentests in den USA und der Sowjetunion schon sehr früh diskreditiert waren, ihnen sogar etwas Dämonisches anhaftete. Dies dachten jedenfalls viele Wissenschaftler, Wissenschaftsmanager und Wissenschaftspolitiker in den einschlägigen Forschungsinstitutionen Westdeutschlands. Der Generalsekretär der DFG, Ernst Telschow, konstatierte 1955, dass sich „bei uns mit dem Gedanken an die Verwendung der Kernenergie auch die Befürchtung wegen Gefährdung oder Herstellung von Atomwaffen“⁵⁹ verbinde. In den westdeutschen Wissenschaftsorganisationen glaubte man regelrecht zu spüren, wie unwohl es den bundesdeutschen Bürgern bei dem Gedanken an Atomtechnologie wurde. Denn andere als die zerstörerischen Assoziationen weckte die Kernkraft in Ermangelung ziviler Anwendungsbereiche bislang nicht. Schließlich gab es damals noch keinen Atomstrom, wohl aber Atombomben, die in den 1940er und 1950er Jahren des Öfteren zu militärischen Testzwecken in vermeintlich abgelegenen Landstrichen detonierten und über deren Auswirkungen wilde Spekulationen umgingen. In dieser Annahme eines allgemeinen Unbehagens der Bevölkerung gegenüber

56 Radkau, Joachim: Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft 1945-1975. Verdrängte Alternativen in der Kerntechnik und der Ursprung der nuklearen Kontroverse, Hamburg 1983, S. 100.

57 Hoffmann 2005, S. 205.

58 Siehe <http://www.uni-goettingen.de/de/30731.html> [eingesehen am 30.10.2008].

59 Telschow, Ernst: Was tut uns Not? 10 Forderungen für die Entwicklung der Atomenergie in der Bundesrepublik, in: Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft, H. 4/1955, S. 197-204, hier S. 203 f.

der Nuklearforschung verbirgt sich ein wesentlicher Ansatzpunkt, um das Handeln der Atomwissenschaftler in den späten 1940er und 1950er Jahren erklären zu können. Vieles spricht dafür, dass sie nach den US-amerikanischen Atombombeneinsätzen über Japan zu dem Glauben gelangten, ihre Forschungstätigkeit werde von ihren Mitbürgern mehrheitlich negativ assoziiert, mithin abgelehnt. Die noch neue Forschungskategorie Atomwissenschaft sei „vielen Menschen undurchschaubar und in ihrer Unverstehbarkeit nachgerade unheimlich geworden“⁶⁰ – „not an occupation for gentlemen anymore“⁶¹.

Die kriegserische Premiere von Kernkraftnutzung bedeutete jedoch noch kein endgültiges Desaster. Die Nuklearphysiker glaubten, die Einstellung der öffentlichen Meinung und der Bürger noch in ihrem Sinne beeinflussen und korrigieren zu können. Doch zunächst stand es noch ausgesprochen schlecht um ihr Arbeitsgebiet. Otto Haxel bspw. erkannte früh, dass sich die revolutionäre Weiterentwicklung von Nachrichtentechnik und Luftfahrt zwar jeweils militärischen Ambitionen verdankte, deren Resultate aber dennoch in großem Ausmaß dem zivilen Leben der Bürger zugutekamen.⁶² Wernher v. Brauns Raketen brachten 1944 und 1945 als fliegende Sprengkörper Unheil über die britische Hauptstadt London, in den darauffolgenden Jahrzehnten führten sie die Menschen aber auch als interstellare Transportmittel ins Weltall und auf den Mond. Ganz anders bei der Kerntechnik: Dort wurde die praktische Anwendung weiterhin von militärischen und machtpolitischen Faktoren beeinflusst und dominiert, die zivile Nutzung sogar gehemmt und in den Schatten gestellt. So sah es jedenfalls Haxel – und mit ihm wohl nicht wenige andere des Achtzehnerkreises.

Heisenberg und seine Kollegen richteten keine PR-Agentur ein, konzentrierten sich auch nicht in jeder Sekunde ihres Arbeitstags darauf, die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Doch lässt sich zumindest belegen, dass die deutschen Atomforscher nach 1945 systematisch daran arbeiteten, sich vom Ruch nuklear-militärischer Forschung zu befreien.⁶³ Der US-amerikanische Abwurf zweier Atombomben hatte schreckliche und Betroffenheit auslösende Bilder hervorgebracht, die um die Welt gegangen waren. Fortan verband sich mit diesen Eindrücken vornehmlich die Wahrnehmung des Begriffs von der Kernenergieforschung aller Länder.⁶⁴ Überhaupt genoss angewandte Forschung, die aus Deutschland stammte, infolge des Kriegs – man denke nochmals an die Entwicklung der

60 Kliemt 1989, S. 5.

61 Gerlach 1962, S. 159

62 Vgl. Haxel 1953, S. 18.

63 Dieser Gedanke findet sich auch bei: Rese 1999, S. 204-209.

64 Vgl. Radkau 2006, S. 56.

„Vergeltungswaffen“ (V1 und V2) – nicht nur im Spezialbereich der Atomphysik, sondern im Allgemeinen keinen sonderlich guten Ruf.⁶⁵ „Es ist ein ganz primitives, aber mit den raffiniertesten Methoden der technischen Perfektion durchgeführtes Streben nach politischer Macht, die Schaffung der Bedingungen zur hemmungslosen Ausnutzung der gewaltigen Energien zur Zerstörung, [...] was wir als erste menschliche Bemühung zur Ausnutzung des neuen Wissens erschüttert erleben“⁶⁶, konstatierte in charakteristischer Weise Walther Gerlach. Und Werner Heisenberg schrieb 1953 sorgenvoll, dass „der Laie bei dem Wort Atom kaum an etwas anderes als an die Atombombe denken“⁶⁷ könne. Schließlich hatte es während des Kriegs auch in Deutschland ein geheimes Atomprojekt gegeben. Im legendenumwobenen Uranverein waren die bedeutendsten Forscher versammelt worden. Heisenberg galt für die Zeit des Zweiten Weltkriegs als wissenschaftlicher Kopf der deutschen Nuklearforschung – und hatte sich um diesen Status des *Primus inter pares* auch intensiv bemüht.

Da die Vereinigten Staaten obendrein den Bau der Atombombe mit der Angst vor einem Hitler zur Verfügung stehenden Atomwaffenarsenal gerechtfertigt hatten – den deutschen Atomforschern also zielstrebige Bemühungen in der Atombombenentwicklung unterstellten –, mussten die deutschen Forscher nach dem Krieg davon ausgehen, dass man ihrer Arbeit zukünftig erhebliche Skepsis entgegenbringen würde. Auch wenn in Deutschland kein ansatzweise zu dem US-amerikanischen vergleichbares Atomprojekt existiert hatte, so belastete die westdeutsche Physikergemeinde nach 1945 doch deren offiziell zu Kriegszwecken erfolgte Arbeit zur atomaren Energiegewinnung. Sie trugen eine moralische Hypothek und waren sich bewusst, infolgedessen jederzeit der Forschung zu militärischen Zwecken verdächtigt werden zu können. Infolge der vorrangig militärischen Anwendung nuklearer Kräfte, so Gerlach weiter, müsse mit einer „sich ausbreitende[n] Angst vor den Folgen für eine freie soziale und geistige Entwicklung und vor der in der Hand weniger Menschen liegenden Möglichkeit zur Vernichtung von Völkern und Kulturen, ja der Menschheit“⁶⁸ gerechnet werden. Atomforschung im Allgemeinen, die deutsche im Besonderen, war also nach Meinung vieler bundesrepublikanischer Atomwissenschaftler stark beargwöhnt –

65 Vgl. Fischer 1994, S. 286 f.; Trischler, Helmuth: Problemfall – Hoffnungsträger – Innovationsmotor. Die politische Wahrnehmung der Vertragsforschung in Deutschland, in: Weingart/Taubert (Hg.) 2006, S. 236-267, hier S. 237.

66 Gerlach 1962, S. 159.

67 Heisenberg, Werner: Friedliche Atomtechnik. Die Anwendung der Atomenergie in Deutschland, in: Deutsche Universitätszeitung, Jg. 8 (1953) H. 6, S. 12.

68 Gerlach 1962, S. 159.

als eine Wissenschaft mit Todesfolge. Und tatsächlich: Demoskopische Umfrageergebnisse bestätigten diese subjektive Befürchtung. 1956 etwa, immerhin mehr als zehn Jahre nach dem Kriegsende, befürworteten nur knapp mehr als fünfzig Prozent eine deutsche Atomforschung, ein Viertel der Befragten sprach sich sogar dagegen aus.⁶⁹ Dieser Trend überdauerte die 1950er Jahre, noch 1960 dachten drei Viertel der Bundesbürger bei Atomenergie an Krieg und Gefahr.⁷⁰ Auch im Ausland registrierte Heisenberg auf seinen seinerzeit vielen Reisen allorts versteckte Ängste vor einem deutschen Atomwaffenprojekt. Die westdeutschen Wissenschaftler mussten dies als einen fatalen, schnellstmöglich auszuräumenden Missstand auffassen. Fiel doch der Bau von Atomreaktoren, den sie so energisch anstrebten, in dieses kritische Segment der angewandten bzw. experimentellen Forschung, das für die Bundesrepublik nach Meinung Heisenbergs und seiner Kollegen solange ein Tabu bleiben musste, wie die Verdachtsmomente einer militärischen Nutzung nicht zweifelsfrei beseitigt sein würden. Aus Sicht der westdeutschen Kernphysiker musste also um Vertrauen für die moralische Redlichkeit ihrer Arbeit geworben werden.

Beinahe vordringlicher als die schleunige Wiederaufnahme der experimentellen Kernforschung war für die aufstiegsorientierten Nuklearwissenschaftler des westlichen Deutschlands somit das Ziel, ihre Arbeit in der bundesdeutschen Gesellschaft wie auch im skeptischen Ausland moralisch zu akkreditieren, als völlig gefahrlos und unterstützungswert auszuweisen. Denn in einer Demokratie, in der die Regierung, welche über die Finanzierung von Forschung befindet, von der Unterstützung wahlberechtigter Bürger abhängig ist, ist die Volksmeinung bekanntlich von unschätzbarem Belang. Wollten die Atomwissenschaftler also die Regierung für ihren Standpunkt einer massiven Förderung gewinnen, so durfte die Bevölkerung nicht verunsichert werden oder gar ablehnend reagieren. Die Politik sollte den Eindruck gewinnen, dass die Bürger die Belange Heisenbergs und seiner Kollegen als subventionswürdig anerkannten. Aus diesem Grund waren den meisten Atomwissenschaftlern übrigens auch Kernwaffenversuche ein Dorn im Auge. Wie Otto Haxel antizipierte, würde eine von Atomtests verursachte Atmosphärenverunreinigung die Bevölkerung noch stärker als ohnehin schon gegen die Kernenergie aufbringen,⁷¹ würden also negative Folgen mi-

69 Vgl. Noelle/Neumann 1957, S. 363.

70 Vgl. Deutinger, Stephan: Eine „Lebensfrage für die bayerische Industrie“. Energiepolitik und regionale Energieversorgung 1945 bis 1980, in: Schlemmer, Thomas/Woller, Hans (Hg.): Bayern im Bund, Bd. 1, München 2001, S. 33-118, hier S. 106.

71 Vgl. Schlüpmann, <http://www.aleph99.org/etusci/ks/t3a8.htm> [eingesehen am 15.11.2007].

litärischer Kernenergieverwendung das Image der gesamten Kernkraft ramponieren und somit auch das Ansehen der zivilen Forschung trüben. Erich Bagge, ein zwar nicht zu den Achtzehn zählender,⁷² aber dennoch in Farm Hall dabei gewesener Atomphysiker und ehemaliger Assistent Heisenbergs, hielt es bereits in der jüngsten Nachkriegsphase für hilfreich, in aller Öffentlichkeit festzustellen, dass Uran oder Plutonium entgegen weitläufiger Meinungen nicht „notwendigerweise in das Innere von Atombomben wandern“⁷³ müssten. Walther Gerlach wertete im August 1945 den ersten US-amerikanischen Atombombenabwurf sogleich als irreversible Belastung für das Vertrauen in die physikalische Wissenschaft, die offenkundig derart schreckliche Resultate hervorzubringen vermochte.⁷⁴ Sogar wurde der Bedarf einer speziellen „Atompsychologie“ angemeldet, um die „mentalhygienischen Gefahren“, die mit dem Aufbau einer Atomindustrie einhergehen würden, einzuhegen.⁷⁵ In jedem Fall waren die Atomforscher und ihre Organisationen früh ob der Vorbehalte gegenüber ihrer Forschung alarmiert und betrieben seit spätestens 1946 in nicht unwesentlichem Ausmaß eine Art von Kampagne, mit der die Kernenergieforschung und ihre Protagonisten in ein positives Licht gerückt, im besten Fall sogar eine Euphorie erzielt werden sollte.

Das Ziel bestand demzufolge in einem Imagewandel, die Atomenergie in der Variante ihrer friedlichen Verwendung sollte als förderungswürdig präsentiert und im Gegenzug die militärische dämonisiert werden. Infolgedessen trachteten die Atomwissenschaftler nach einer Imagekampagne, deren Zweck es war, „vor der Welt nicht als Handlanger des Todes dazustehen“⁷⁶. Den Menschen sollte die prinzipielle Ungefährlichkeit von ziviler Atomtechnologie ins Bewusstsein gerufen werden; sie sollten glauben, dass es „nur auf den Menschen an[kommt], wie und wozu er sie benutzt“⁷⁷, und es sich im Prinzip um eine segensreiche Errungenschaft, nicht aber um eine infernale Geißel handelte. Oder in den programmatischen Worten Otto Hahns ausgedrückt: „Möchte die segenbringende Wirkung

72 Bagge befand sich zum Zeitpunkt der Manifestanten-Anwerbung auf einer Reise in Frankreich und war deshalb wohl nicht erreichbar. Nach eigener Aussage hätte er die Göttinger Erklärung aber als Neunzehnter unterschrieben. Vgl. o.V.: ... und führe uns nicht in Versuchung, 1. Fortsetzung, in: Der Spiegel, 15.05.1957.

73 Bagge, Erich: Atomenergie für Friedenszwecke, in: Göttinger Universitäts-Zeitung, 19.12.1947.

74 Vgl. Tagebucheinträge Gerlachs, in: Heinrich/Bachmann 1989, S. 14 f.

75 Vgl. Freund, Hugo: Wir brauchen eine besondere Atompsychologie, in: Die Atomwirtschaft, Jg. 1 (1956) H. 3, S. 119.

76 Radkau 1983, S. 89.

77 Gerlach 1955, S. 21.

der gelenkten Kettenreaktion gegenüber der Unheil bringenden un gelenkten Explosion den Sieg davontragen.“⁷⁸ Dieser Ausspruch des Nestors der deutschen Nuklearwissenschaft avancierte zur Devise seiner Zunft. Die Möglichkeit, eine klare Differenzierung zwischen friedlicher und kriegerischer Anwendung der Kernenergie vornehmen zu können, war nicht bloß eine Meinung, welche die westdeutschen Atomwissenschaftler gefasst hatten,⁷⁹ sondern eine Fiktion, die es im Rahmen einer cleveren Kommunikationsstrategie aufzubauen galt. Für die positive oder negative Bewertung einer Innovation – und als solche kann die Atomtechnologie aus damaliger Perspektive gesehen werden – sind die Medien ein ausschlaggebender Akteur.⁸⁰ Durch ihre maßgebliche Beteiligung an Innovationsdiskursen nehmen sie auf die Agenden von Politik und Wirtschaft Einfluss, lenken sie die Aufmerksamkeit ihres Publikums auf bestimmte Technologien. Mithin vermögen sie dadurch, Investitionsentscheidungen zu beeinflussen. Den Wissenschaftlern dürfte dieser Zusammenhang nicht verborgen geblieben sein. Werner Heisenberg war bei dieser „Kampagne“ als der profilierteste Kernphysiker in Deutschland, noch dazu jüngeren Alters und ausgestattet mit einem Nobelpreis sowie hohen Bekanntheitsgrad das Zugpferd seines Forschungsbereichs. Heisenberg, Hahn und ihre Kollegen streiften daher in den 1950er Jahren ihre Laborkittel ab, erhoben sich von ihren Schreibtische und verließen Denkstuben, um sich als Kommunikatoren und Promoter wortreich und unermüdlich in eigener Sache an die Öffentlichkeit zu wenden.

3.2.2 Versuche der Verharmlosung

Hierzu nun einige Beispiele. Wie nur wenige andere versuchte Heisenberg die Nuklearwissenschaft aus ihrer negativen Assoziation mit der Atombombe herauszulösen. Ein Anfang 1950 geführtes Interview mit der *Welt* steht hierfür exemplarisch.⁸¹ Darin erregte er sich, dass ständig nur die „unerfreulichen“ Konsequenzen des neuen Wissens um die Atomenergie die öffentliche Wahrnehmung dominierten, hingegen „von den viel wichtigeren nutzbringenden Anwendungen zu wenig gesprochen wird“. Auch in engeren Unterredungen, z.B. mit dem Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe während der Verhandlungen um den

78 Hahn, Otto: Die Nutzbarmachung der Energie der Atomkerne, in: ders.: Erlebnisse und Erkenntnisse, Düsseldorf/Wien 1975, S. 188.

79 Als solche stellt sie bspw. Kant dar; vgl. Kant 2007, S. 2.

80 Vgl. hierzu Waldherr 2008, S. 178-181.

81 Vgl. Kraus 2001, S. 133; o.V.: Für Atombombe unzuständig, in: Die Welt, 02.02.1950.

Standort eines kernphysikalischen Großforschungszentrums, betonte Heisenberg, dass „die meisten Leute das Gruseln bekommen, wenn das Wort Atom gesagt wird“, obwohl doch die deutsche Kernphysik „nur mit friedlicher Atomtechnik zu tun [habe], niemals etwas mit kriegierischem Atom, denn mit letzterem“, so versicherte er, „werden wir in den nächsten 100 Jahren nichts zu tun haben“.⁸² Gleichzeitig verband sich bei Heisenberg mit der versuchten Imageaufbesserung auch das Bestreben, für den friedlichen Zweig der Kernforschung Unterstützung von möglichst vielen Seiten einzuwerben. Ende 1951 referierte er deshalb gegenüber Vertretern der Wirtschaft⁸³ – die er als potente Sponsoren für die Kernenergieentwicklung ausgemacht hatte und zu begeistern suchte –, dass die Bundesrepublik sich „in der angenehmen Lage [befände], sich mit der Atomtechnik für Kriegszwecke nicht beschäftigen zu müssen“, und bezeichnete eine mögliche Abkehr von diesem Zustand, wie sie später Strauß und Adenauer mit ihrer Politik der Atombewaffnung einleiteten, als einen „groben Fehler“. Dabei scheute sich Heisenberg nicht, die Nukleartechnologie wider besseres Wissen zugunsten ihres Reputationsgewinns zu verharmlosen. Die Gefahren, die auch einer zivilen Nutzung von Kernkraft anhaften, wischte er, sobald sie einmal zu Wort kamen, mit dem lapidaren Hinweis beiseite, dass man bei ausreichenden Schutzvorkehrungen schon „genügend sicher“ sei.⁸⁴ Und was die Gefahr einer militärischen Nutzung betraf, so sah er einen Atommeiler von einer Atomwaffenfabrik genauso weit entfernt wie eine Penizillinfabrik von einer Giftgaserzeugungsanlage.⁸⁵ Vorträge vor Interessengruppen der Wirtschaft waren Heisenberg überdies ein oft ergriffenes Medium und aufgesuchtes Forum zur Popularisierung der neuen

82 Protokoll zu den Tischreden anlässlich des Besuches der Gäste aus Göttingen, Stuttgart, Freiburg usw. im Zusammenhang mit der Besichtigung des Geländes am 8. Dezember 1953 vom 09.12.1953, abgedruckt in: Gleitsmann, Rolf-Jürgen: Im Widerstreit der Meinungen: Zur Kontroverse um die Standortfindung für eine deutsche Reaktorstation (1950-1955). Ein Beitrag zur Gründungsgeschichte des Kernforschungszentrums Karlsruhe und zu einem Kapitel deutscher Kernenergiegeschichte, Stuttgart 1986, S. 139.

83 Vgl. Heisenberg, Werner: Atomtechnik im Frieden (Vortrag am 07.12.1951 vor der „Wirtschaftlichen Gesellschaft“ in Münster), in: Gesammelte Werke. Collected Works, hg. von: Blum, Walter/Dürr, Hans-Peter/Rechenberg, Helmut, Bd. 5, München 1989, S. 128 ff.

84 Vgl. Kraus 2001, S. 133 ff.

85 Die hier wörtlich übernommenen Vergleichsobjekte finden sich in: ebd., S. 133.

Perspektive der zivilen, friedlichen und konstruktiven Atomenergienutzung.⁸⁶ Über die Wirtschaft versuchte Heisenberg zudem, gezielt Druck auf die Politik auszuüben. Die chemische Industrie – eine machtvoll Interessengemeinschaft – hatte Heisenberg Ende 1952 gegen die Bundesregierung mobilisieren können, indem er sie mit der Aussicht auf einen ergiebigen Energieträger lockte, der zukünftig äußerst lukrativ sein könnte. Heisenberg erreichte mit seinen verheißungsvollen Schilderungen, dass sich die chemische Industrie im Bundeskanzleramt aktiv für eine staatliche Förderung der Kernenergieforschung und für eine Lockerung der alliierten Restriktionen auf diesem Gebiet einsetzte.⁸⁷ Es war gleichsam die Erotik alternativer Energiegewinnung in Zeiten einer fortschreitenden Verknappung fossiler Energiequellen, mit der er die Unternehmensmanager becircte. Heisenberg – so ist festzuhalten – war der eifrigste Missionar einer friedlichen Kernenergienutzung in bewusster Abgrenzung zur militärischen Verwendung, wie sie in anderen Ländern vordem ihren unheilvollen Verlauf genommen hatte.⁸⁸

Aber auch der Präsident der Max-Planck-Gesellschaft und Entdecker der Urankernspaltung, Otto Hahn, engagierte sich als honorierter Werber für die friedliche Kernenergienutzung. In zahllosen Schriften der späten 1940er und 1950er Jahre beschwor er stets deren „Segen“ für die gesamte Menschheit.⁸⁹ Er war es schließlich, der 1938 die Urankernspaltung entdeckt und damit überhaupt erst die Aussicht auf Kernenergienutzung begründet hatte. Als sprichwörtlichen „Vater des Atomzeitalters“ plagte Hahn die Ambivalenz der nuklearen Kräfte, konnten diese doch gleichzeitig zur medizinischen Heilung wie zur militärischen Vernichtung von Menschen verwendet werden. Letzteres war ihm ein Graus und so tat er nach den Ereignissen des August 1945, den beiden Atombombenabwürfen über Hiroshima und Nagasaki, einiges dafür, eine Massenverbreitung von Kernwaffentechnologien zu verhindern. Er verschrieb sein Wirken daher nach 1945 zu einem großen Teil der Absicht, der konstruktiv-zivilen Kernenergienutzung zum Durchbruch zu verhelfen und die grassierende Atomangst durch pointierte Hinweise auf friedliche Einsatzmöglichkeiten zu bekämpfen. Dies war sein

86 Vgl. beispielhaft Heisenberg, Werner: Atomtechnik im Frieden (am 21.-23. November 1950 in Dortmund, Essen und Gelsenkirchen gehaltener Vortrag), in: ders. 1989, S. 125 ff.

87 Vgl. Fischer 1994, S. 62 ff.

88 Vgl. Kraus 2001, S. 132 f.

89 Vgl. zu diesem Abs. ebd., S. 142-145, S. 157 f., S. 276 u. S. 191; Meitner, Lise: Otto Hahn zum 80. Geburtstag am 8. März 1959, in: Die Naturwissenschaften, Jg. 46 (1959) H. 5, S. 157 f., hier S. 157; Stamm 1981, S. 154.

ganz persönliches Motiv, das ihn auch zur Beteiligung an den Manifesten von Mainau und Göttingen sowie weiteren Appellen bewog. Hahn wollte sich des Odiums entledigen, Hitler eine Atombombe angeboten, insgesamt den Weg zu Atomwaffen geebnet zu haben. Daneben sah er sich aber auch als Verwalter des Erbes der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, als der er deren Nachfolgeorganisation MPG zu neuerlicher Weltgeltung verhelfen wollte – auch und besonders auf dem Gebiet der Erschließung von nuklearen Energiequellen. Dies machte ihn allein qua Amt zu einem engagierten Mitstreiter Heisenbergs und v. Weizsäckers, von denen er sich nur allzu bereitwillig für die Kernenergiekampagne einspannen ließ. Hahn gehörte aufgrund seiner MPG-Präsidenschaft, des mit dem Nobelpreis verbundenen Weltruhms und seines jovialen, kosmopolitischen, zugleich aber auch sympathisch-bescheidenen Auftretens neben Heisenberg zu den wichtigsten Kampagnensprechern der Atomwissenschaftler.

Wie Heisenberg versuchte auch Hahn emphatisch, der Atomforschung ihrer negativen Konnotation zu entkleiden und sie in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft als etwas unbedingt Förderungswürdiges anzupreisen, politisch zu etablieren und moralisch zu akkreditieren. Dieses Ansinnen hatte nach dem Krieg seiner Zustimmung zur Übernahme der MPG-Präsidenschaft wesentlich zugrunde gelegen.⁹⁰ Hahn versuchte dabei zum einen, glaubhaft die verbreiteten Ängste zu entkräften und die Zeit des Zweiten Weltkriegs zum Vorteil der Beteiligten zu deuten, und zum anderen, auf die vielseitigen Vorteile auf zahllosen Gebieten wie der Biologie, Medizin, Chemie und sogar der Metallkunde hinzuweisen. Dazu suchte er die Tätigkeit der deutschen Atomforscher während des Zweiten Weltkriegs zu verklären und sie in einem moralischen Kontrast zum ethischen Versagen ihrer alliierten Kollegen abzugrenzen. Schon 1950 gab er der Legende Nahrung, die US-Wissenschaftler hätten mit einem an Größenwahn grenzenden Eifer an der Atombombe gearbeitet, während ihre deutschen Pendanten lediglich friedfertig die harmlose Konstruktion eines Energiegenerators im Sinn gehabt hätten.⁹¹ Hahns Botschaft war zudem, dass „das Atom eine den Menschen durchaus wohlgesinnte Seite hat, ja dass unser aller Leben viel Positives von dieser neuen Kraft erwarten darf“.⁹² Er wünschte, dass „die vielen positiven Möglichkeiten für den Frieden, die im Atomkern stecken, den Sieg davontragen über die möglichen negativen Anwendungen“ und dass die atomphysika-

90 Vgl. Hoffmann 2005, S. 180.

91 Vgl. dazu Hahn, Otto: Die Nutzbarmachung der Energie der Atomkerne, in: ders. 1975, S. 158.

92 Hahn, Otto: Geleitwort, in: Löwenthal, Gerhard/Hauser, Josef: Wir werden durch Atome leben, Berlin 1956, S. 9-12, hier S. 11.

lich weniger bewanderten Menschen „nun wirklich einmal erfahren, worum es geht und was die Atomkerne heute schon für uns zu leisten vermögen“⁹³. Und er wollte, dass sich die Menschen die Anwendung von Kernkraft nicht mehr an Städten wie Hiroshima und Nagasaki in Form von apokalyptischen Bomben vorstellten, sondern als „fast unerschöpflicher Wärmespender“ oder als „Werkzeuge für die Medizin, die Biologie, die Chemie und Physik“⁹⁴. Kurzum: Hahn sah etliche Chancen, die Menschen von den Vorzügen ziviler Kernkraftnutzung überzeugen zu können.

Wie Heisenberg versuchte somit auch Hahn, sukzessive Vertrauen für die westdeutsche Kernforschung zu akkumulieren. Dazu betätigte er sich auch rege als Autor mahnender Schriften. So gab er 1954 in einem gleichnamigen Aufsatz auf die Frage: „Warum Angst vor dem „Atom“?“⁹⁵, die zunächst einleuchtende Antwort, dass man in Deutschland ja auch bloß einen kleineren Reaktor errichten könnte, in dem eine Anreicherung waffenfähigen Plutoniums gar nicht erst möglich sein würde. Wie stark seine Aussagen denen Heisenbergs glichen, verwundert kaum, wenn man von so etwas wie einer vorherigen Absprache der beiden Göttinger – die im Übrigen schon in Farm Hall 1945 die Leitlinien für ihr wissenschaftspolitisches Handeln in der Nachkriegszeit gemeinsam beredet hatten –, ausgeht. Im Juni 1955 gab Hahn auf einer Festivität der MPG in Trier die Parole aus, der Öffentlichkeit sei „immer wieder vor Augen zu stellen, dass es sich bei der Größe dieser geplanten Anlagen nicht um die Gewinnung von Massenzerstörungsmitteln handeln kann“⁹⁶, und die bescheidene Größe eines deutschen Reaktors solle den ausschließlich zivilen, eben „segensreichen“ Gebrauch verbürgen. Ende 1954 verkündete er im Bonner *General-Anzeiger*, dass „die deutschen Gelehrten nicht daran denken, auf dem Gebiet der Atomwaffen zu arbeiten“⁹⁷. Der sozialdemokratischen *Freiheit* versicherte Hahn, dass sämtliche Institute der Max-Planck-Gesellschaft ausschließlich friedliche Forschung betrieben und „keineswegs etwas mit kriegerischen und militaristischen Zwecken und Zielen zu tun haben“⁹⁸ wollten. In seinem berühmten „Cobalt 60“-Radiovortrag kontrastierte er in gleicher Absicht im Februar 1955 scharf die mi-

93 Beide Zitate aus ebd., S. 11 f.

94 Forschung und Technik (Rede zur Eröffnungssitzung der ACHEMA IX in Frankfurt am Main im Juli 1950), abgedruckt in: Hahn 1975, S. 195

95 Hahn, Otto: Warum Angst vor dem „Atom“?, in: Westermanns Monatshefte 95 (1954) H. 1, S. 37-40.

96 Zitiert nach Kraus 2001, S. 144.

97 Zitiert nach ebd., S. 145.

98 Beides zitiert nach ebd.

litärische mit der zivilen Nutzungsmöglichkeit zugunsten letzterer.⁹⁹ Wie penibel man in den Forscherkreisen dabei auf das Image der Kernenergie und den Kommunikationserfolg der Kampagne achtete, illustrieren v. Weizsäckers Bedenken, die er gegen Hahns Vortrag vorbrachte, weil er von diesem befürchtete, er könnte in der Bevölkerung erst Recht eine Atompanik auslösen.

Für die hier vertretene These einer langfristig angelegten PR-Kampagne, deren Kulminationspunkt sicherlich die Göttinger Erklärung war, spricht auch Hahns Absicht, nach der Bundestagswahl 1957 „bei einer passenden Gelegenheit wieder etwas zu sagen“¹⁰⁰. Hahns propagandistische Abstinenz, die er sich für die Dauer des Wahlkampfs auferlegte, erklärt sich aus dem Bestreben, sich unter keinen Umständen dem Verdacht parteipolitischen Handelns zugunsten der SPD auszusetzen. Nach der Bundestagswahl dauerte es nämlich gerade einmal zwei Monate, bis Hahn Mitte November 1957 in einem Vortrag vor der Österreichischen Kulturvereinigung wieder kontrastreich den Atomkrieg verdamnte und die friedliche Verwendung lobpries.¹⁰¹

Am Beispiel Hahns kann man sehen, dass sich die westdeutschen Atomforscher nur in ausgesuchten Foren an die Öffentlichkeit wandten. Mit seiner Auffassung übereinstimmenden Initiativen bspw. von Bertrand Russell oder Frédéric Joliot-Curie schloss er sich nicht an, weil diese aus seiner Sicht aufgrund des politischen Rufs ihrer Urheber nicht davor gefeit waren, als kommunistisch hintertriebene Machwerke ideologisch verunglimpft zu werden.¹⁰² Erst die Lindauer Nobelpreisträgertagung und die sich allein aus Nobelpreis-tragenden Naturwissenschaftlern zusammensetzende Manifestantenschaft der Mainauer Kundgebung des Jahres 1955 boten das gebührend majestätisch-ehrwürdige, weltanschaulich unverdächtige Umfeld für eine Stellungnahme Otto Hahns (und Werner Heisenbergs) wider die Indienstnahme von Nukleartechnologie für kriegerische Zwecke. Ihre Unterschriften waren daher wohl weniger einer ethisch glanzvollen Selbstlosigkeit geschuldet als denn sorgfältig abgewogen und sollten nicht zuletzt der westdeutschen Kernenergieforschung zugutekommen.

Dies bezweckte Hahn also auch: Die deutsche Nuklearforschung im Hinblick auf ihre Vergangenheit im nationalsozialistischen Regime und in der nunmehr

99 Gerlach wiederum lobte Hahns Vortrag als einen „schonungslosen Mahnruf“, der die Öffentlichkeit auf „die wahre Lage“ hingewiesen habe; Gerlach 1955, S. 21. Der Radiovortrag erschien auch in einer gedruckten Fassung im Verlag *Musterschmidt*; siehe Hahn 1955.

100 Zitiert nach Kant 2007, S. 11.

101 Vgl. ebd., S. 11 f.

102 Vgl. hier und folgend ebd., S. 5 f.

vorgeblich geläuterten Bundesrepublik der Gegenwart reinzuwaschen. Das oft gerühmte Verantwortungsbewusstsein nicht nur Hahns, sondern auch Walther Gerlachs lässt sich somit begründet auch aus anderer Perspektive betrachten. Ähnlich wie Heisenberg entwickelte Gerlach ein Konzept der „Verantwortung des Forschers“, dem er ein gleichnamiges Kapitel in einer seiner Schriften widmete.¹⁰³ Diesem liegt gewissermaßen eine anthropologische Akzeptanz des auto-destruktiven Verhaltens von Menschen zugrunde. Gerlach – der dabei wie Hahn darauf achtete, seine Warnungen mit Demut und Bedauern vorzutragen – wies explizit auf die Missbrauchsmöglichkeiten von Atomenergie durch Menschenhand hin. Es sei eben wie mit dem Dynamit und dem Messer: Stets komme es auf die Verantwortung des Handelnden sowie den Verwendungszweck an. Die Alternative, nicht mehr über Atomenergie zu forschen, auf die Ausübung seines Berufs zu verzichten, war für ihn nicht gangbar. Zur Rechtfertigung seiner Haltung bot er sogar den ehrwürdigen Naturphilosophen Johannes Kepler auf, für den „Naturforschung Gottesdienst, Erfüllung des vom Schöpfer dem Menschen gegebenen Auftrags, die Wunder seines Werkes zu erkennen“¹⁰⁴, war. Trotz des von ihm geschilderten Missbrauchsrisikos war Gerlach nicht bereit, auf seine Forschung zu verzichten. Diese entschiedene Ablehnung rechtfertigte er mit der umso größeren Bereitschaft zur aktiven Übernahme von Verantwortung; zumal selten die Folgen eines Forschungsvorhabens, eines Erkenntnisgewinns, zuverlässig im Vorhinein abgeschätzt werden könnten. Noch prägnanter: „Nicht im Verzweigungsakt des Verzichts, nein, in der Festigung des guten Willens liegt die Verantwortung des Forschers.“¹⁰⁵ Die Methode Gerlachs, Kernforschung von ihrem sinisteren Antlitz zu befreien, lässt sich kaum illustrativer in Worte fassen. Was wäre im Übrigen die Zivilisation ohne die wissenschaftlichen Errungenschaften eines Conrad Röntgen oder eines Heinrich Hertz', hätten diese etwa wegen eines eventuellen Missbrauchs ihrer Entdeckungen in einer vielleicht noch fernen Zukunft ihre Arbeiten eingestellt – so pflegte Gerlach provokant zu fragen. Schließlich habe Otto Hahn an seinem Experimentaltisch 1938 auch nicht die Atombombe vorhersehen können. Die Rechtfertigung einer Forschung, welche die Existenz der menschlichen Spezies gefährdete, mit dem Verweis auf den möglichen Zivilisationsfortschritt war Gerlachs Rezept, sein Mittel, Atomforschung trotz ihrer bedeutsamen Negativseiten zu legitimieren und ihr in der Bundesrepublik trotz aller Widrigkeiten zum Durchbruch zu verhelfen: Einerseits mit allen dem Forscher „zur Verfügung stehenden geistigen Mitteln zur

103 Vgl. Gerlach 1955, S. 23 f.

104 Ebd., S. 24.

105 Ebd.

weiteren Klärung der Geheimnisse der Natur“ beizutragen, andererseits aber „unerschrocken einzutreten durch Tat und Wort gegen jeglichen Missbrauch der gewonnenen Erkenntnisse“¹⁰⁶. Demzufolge sollte verantwortungsbewusste Wachsamkeit eine ausreichende Garantie bieten, möglichen Missbrauch abzuwenden. Gerlach setzte, wie auch die meisten seiner Mit-Manifestanten, auf die schlichte Einsicht in unvernünftiges Verhalten. Der „Segen“ der Forschung könnte die Oberhand gewinnen, würde er nur erst einmal erkannt werden – dieser Logik folgte Gerlach und sie veranlasste ihn wohl – auch – zur Teilnahme an der Göttinger Erklärung.

3.2.3 Dualismus aus Moral und Eigeninteresse

Fraglos war Gerlach ein eifriger Makler der Förderung ziviler Kerntechnologieforschung. In seiner Schrift „Wesen und Bedeutung der Atomkraftwerke“ aus dem Jahr 1955 präsentierte er bspw. vierzehn Aufnahmen von Reaktoranlagen und Atomforschungszentren, welche die Friedfertigkeit zivil verwendeter Atomenergie bildhaft zum Ausdruck bringen sollten. Diesen stellte er suggestiv drei weitere Fotografien gegenüber, die augenscheinlich bedrohliche Explosionen von Wasserstoff- und Atombomben zeigten.¹⁰⁷ Wo er nur konnte, pries Gerlach die Wirtschaftlichkeit und Zukunftsrelevanz von ziviler Kernkraft als Energielieferanten an. In der Logik von Sachzwängen versuchte er, die Atomkraft als einzig existierende Alternative zu nichtregenerativen Energiequellen darzustellen, und wies auf die Notwendigkeit einer anderen Denkweise von Wirtschaftlichkeit hin – nämlich in Bezug auf die begrenzten Förderungsmöglichkeiten für Kohle, immer tiefere Bergwerke in die Erde hinein treiben zu können.¹⁰⁸ Einige seiner Schriften gerieten dadurch zu regelrechten Pamphleten der Atomenergieförderung. Das gelegentlich zur Sprache kommende Problem von Atommüll versuchte er fachmännisch auszuräumen, indem er diesen zu einem eigentlich vielseitigen „Hilfsmittel für Forschungen auf dem Gebiet der Physik, der Chemie, Biologie, Medizin, der Metall- und allgemeinen Stoffkunde, als Prüfungsmittel für die Fehlerfreiheit großer Stahlbauten, Eisenbahnwagen und Flugzeuge und als Heilmittel“¹⁰⁹ umdeutete.

In dieser Variante aber wäre der zuvor ausgeführte Verantwortungsaspekt bloß das Mittel, die „PR“ jedoch der eigentliche Zweck. Gerlachs Herangehens-

106 Ebd.

107 Vgl. Gerlach 1955.

108 Vgl. dazu ebd., S. 14 f.

109 Ebd., S. 16.

weise an das gemeinsame Ziel, Kernenergieforschung in der Bundesrepublik zu etablieren, harmonierte daher mit jener Heisenbergs. Wie Hahn, flankierte auch Gerlach die Maßnahmen Heisenbergs überaus stimmig und ist deshalb ebenfalls in die Riege der Kampagnensprecher einzuordnen. Schließlich war Gerlach durch seine Positionen und Ämter auch institutionell für eine solche Unternehmung wichtig: Nicht nur war er in den frühen 1950er Jahren Rektor der Technischen Hochschule München, daneben amtierte er auch als Vizepräsident der DFG (1951-1961) und präsierte in der Fraunhofer Gesellschaft (1949-1951) sowie in der Deutschen Physikalischen Gesellschaft (1956/57).

Vor diesem Hintergrund lässt sich die Leistung der Göttinger Erklärung auch neu interpretieren, als eine weniger einem Drang des Gewissens als denn einem des beruflichen Interesses folgende Schrift. Nach außen hin stellte sie unbestreitbar eine verantwortungsbewusste Beschäftigung des Forschers mit der gesellschaftlichen Verwertung seiner Erkenntnisse dar. Sie bedeutete daher tatsächlich eine neue Orientierung. Denn bis zum Aufkommen von Atomwaffen hatten Wissenschaftler ihre Arbeit stets mit der Legitimation der Freiheit der Forschung veredelt und gerechtfertigt; oder sie hatten sich mit dem Hinweis entschuldigt, von der Politik nicht viel zu verstehen, folglich ihr besser fernzubleiben. Nur allzu gerne hatten sich die Gelehrten aus wissenschaftsfernen Bereichen herausgehalten, um sich ihrem Metier mit ungeteilter Aufmerksamkeit zuwenden zu können. Doch lässt sich die damit einhergehende feurige Betriebsamkeit, unbändige Wissbegierde und das leidenschaftliche Bedürfnis, nach Lust und Laune wissenschaftliche Probleme lösen und neue Konzepte entwickeln zu können, ja tatsächlich als verantwortungslos brandmarken. Und in der Tat war dies eine ganz und gar bequeme Attitüde: Man brauchte sich über den Horizont der eigenen Fachwissenschaft hinaus nicht interdisziplinär in ethischen und politischen Zusammenhängen zu informieren und aus der esoterischen Introversion seiner Forschung herauswagen, musste nicht mit ungewohnten Partnern kooperieren, konnte Zuflucht in dem berühmt-berüchtigten „Elfenbeinturm“ der Wissenschaft suchen. Statt Gefahr und Brisanz, Bedrohungs- und Zerstörungspotenziale einer wissenschaftlichen Forschungstätigkeit zu erkennen und auch zu akzeptieren, wird die Forschungsarbeit einfach bis zur finalen Erkenntnis fortgeführt. Dass das daraus resultierende Ergebnis dann fatale Folgen haben kann, wurde dann von Vielen als ein Problem gesehen, das außerhalb des persönlichen Verantwortungsbereichs des Wissenschaftlers steht. Die mit dem Göttinger Manifest symbolisch und spektakulär zum Ausdruck gebrachte Abkehr von dieser – polemisch: – „hedonistischen“ Haltung wurde wohl weit weniger als bislang angenommen von ethischen Beweggründen eines sich plagenden Gewissens als denn von einem unvorteilhaften Öffentlichkeitsbild der Atomwissenschaft erzwungen.

Sich stärker der Politik zugewandt und Bedenken gegen Regierungsvorhaben vorgebracht, die Internalisierung einer neuen Forschermentalität vollzogen zu haben: All dies büßt – so gilt es an dieser Stelle kritisch festzuhalten – in diesem Kontext durchaus an moralischer Qualität ein.

Der Dualismus, welcher der Göttinger Erklärung im Hinblick auf die „Verantwortung“ innewohnt – einerseits das eigentliche Motiv, andererseits nur ein Mittel zum Zweck zu sein –, spiegelt sich auch in der Zeit nach 1957 im Rahmen der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler wider. Born hätte es gerne gesehen, wenn sich die Göttinger Achtzehn entschlossen für weitere friedenspolitische Initiativen eingesetzt hätten. Doch die tonangebenden Hahn, Heisenberg und v. Weizsäcker unterbanden dies; ihre Interessen gingen in andere Richtungen, nahmen andere Ziele ins Visier. Sie wollten die Göttinger Achtzehn nicht in die Ecke von Weltfriedensutopisten ideologisch linker Provenienz gerückt sehen und die Unionsregierung zwar unter Druck setzen, nicht aber von ihr politisch abrücken. Aus der Göttinger Erklärung gingen somit zwei unterschiedliche Stoßrichtungen hervor.¹¹⁰

Darüber hinaus beinhaltete die Strategie Heisenbergs, sich gegenüber dem Ausland überzeugend und verlässlich als eine auch in der Zukunft an Kernwaffen uninteressierte Nation erkennen zu geben. 1953 schrieb er in der *Deutschen Universitätszeitung*, dass man ausländischen Staaten gegenüber glaubhaft versichern müsste, dass „Deutschland ein viel zu kleines Land ist, als dass es Machtpolitik treiben könnte“¹¹¹. Eine weitere Aussage Heisenbergs an selbiger Stelle ließ seine spätere Reaktion gegenüber Strauß’ Plänen einer Atombewaffnung schon 1953 erahnen und nicht mehr überraschend oder spontan erscheinen: „Nach den Waffen zu streben, die nur von den großen Gemeinschaften getragen werden können, wäre dabei das unvernünftigste politische Ziel, das wir uns in Deutschland stellen könnten.“ Heisenberg ließ keinen Zweifel an der Entschlossenheit seiner Überzeugung: Der Besitz derartiger Waffentypen würde im Hinblick auf eine schnelle Wiederaufnahme deutscher Nuklearforschung „unendlichen Schaden anrichten und nicht den geringsten Nutzen für Deutschland stiften“. Wollte man überhaupt Atomforschung in Deutschland treiben, „so müssen wir also jeder Versuchung zum Interesse für Rüstungsfragen widerstehen und auch den Schein aufs sorgfältigste vermeiden“. Den Schein „aufs sorgfältigste

110 Vgl. Neuneck/Schaaf 2007, S. 34.

111 Dieses und die folgenden Zitate aus Heisenberg, Werner: Friedliche Atomtechnik. Die Anwendung der Atomenergie in Deutschland, in: Deutsche Universitätszeitung, Jg. 8 (1953) H. 6, S. 12; vgl. auch Kraus 2001, S. 133 f.

vermeiden“ – das taten Strauß und Adenauer ab Ende 1956 nun wirklich nicht. Und Heisenberg gefiel dies ganz und gar nicht.

Denn die Pläne der Bundesregierung, noch dazu in der Öffentlichkeit kolportiert, bedrohten sogar ganz konkrete Aussagen Heisenbergs selbst, etwa jene von 1950 an prominenter Stelle geäußerte, dass sich die Atomforschung in der Bundesrepublik „ausschließlich mit den erkenntnismäßigen Grundlagen oder mit den erfreulichen Anwendungen, z.B. auf medizinischem Gebiet“¹¹² beschäftigen würde. Die Ausführungen von Regierungsmitgliedern deuteten zunehmend stärker auf eine Atomrüstung hin und konterkarierten damit nicht nur Heisenbergs rhetorische Bemühungen, sie ließen auch an seiner Glaubwürdigkeit zweifeln – Heisenbergs persönlicher Ruf war gefährdet.

Auch das Vorgängermanifest, die Mainauer Kundgebung, ist in dieser Linie konsequenter Distanzierung von militärischer Forschung zu betrachten.¹¹³ Die um ihren Ruf besorgten Atomwissenschaftler reagierten mit ihr auf die erfolgreich gezündete Wasserstoffbombe der Vereinigten Staaten, durch die ihnen nach der Hiroshima-Bombe eine neuerliche Gefahr für das ohnehin angeschlagene Renommee ihres beruflichen Treibens erwuchs. Mehr noch als die Atom-, galt die Wasserstoffbombe als ultimatives Massenvernichtungsinstrument. Ihr „Vater“, Edward Teller, war ein Atomphysiker und hatte ihre Entwicklung mit persönlichem Engagement vorangetrieben. Obgleich die Idee für eine öffentliche Stellungnahme von Wissenschaftlern zu großen Teilen von Max Born stammte, wussten Heisenberg und sein Intimus v. Weizsäcker sie sogleich für ihre Sache zu instrumentalisieren. In Göttingen brüteten die beiden sogleich über Borns Vorschlag und begannen einen Text zu entwerfen.¹¹⁴ Der „Heisenberg-Clan“ nutzte die Gunst der Stunde und legte darin den Fokus der Kritik nicht auf die Atomenergie im Allgemeinen, sondern ausschließlich auf den nukleartechnischen Teilbereich Atomwaffen. Das Repertoire friedvoller Nutzung sollte von der Kritik dezidiert ausgenommen werden. Otto Hahn war an diesen Planungen gleichfalls beteiligt und strebte spätestens seit Anfang 1955 nach einer öffentlichen Erklärung von Nuklearwissenschaftlern in der Form eines an die Politik gerichteten Appells.

Die Zustimmung der Bevölkerung zu gewinnen, auf deren Steuergelder die Atomforschung letztlich angewiesen war, war eine Sache. Eine andere war, die Zustimmung der politisch einflussreichen Nationen des Westens, ganz besonders aber die der alliierten Besatzungsmächte sicherzustellen. Denn diese konnten

112 O.V.: Für Atombombe unzuständig, in: Die Welt, 02.02.1950.

113 Vgl. zu diesem Abs. Kraus 2001, S. 159; v. Weizsäcker 1984, S. 34.

114 Vgl. Kraus 2001, S. 167 f.

jederzeit die westdeutsche Kernphysik mit Restriktionen belegen, sobald sie in ihr eine Gefahr witterten. Nicht nur vor der eigenen Bevölkerung, sondern auch gegenüber dem Ausland glaubten die Wissenschaftler folglich, mit öffentlichen Erklärungen ihren Willen zur ausschließlich friedlichen Forschung derart klar machen zu müssen, dass darüber fortan keinerlei Zweifel mehr aufkommen konnten.

Zu dieser Auffassung war Heisenberg schon früh durch zwei Erfahrungen gelangt. Erstens war er zusammen mit Hahn und v. Laue, lange bevor es überhaupt einen Bundeskanzler Adenauer gegeben hatte, im Oktober 1945 von politisch einflussreichen britischen Wissenschaftlern zu einer Unterredung in die ehrwürdigen Hallen der Royal Institution of Great Britain in London bestellt worden.¹¹⁵ Den drei deutschen Nobelpreisträgern wurde dabei das Konzept eines „free play“ als Vorgabe für den Modus der westdeutschen Nachkriegsforschung unterbreitet.¹¹⁶ Die Briten instruierten die drei Deutschen, von denen zwei – Hahn und Heisenberg – in der Bundesrepublik auch britischen Plänen zufolge bedeutende Initiativkräfte für die Wissenschaft werden sollten regelrecht, eröffneten ihnen die Bereitschaft der Besatzungsbehörden, die Grundlagenforschung prinzipiell ohne Einschränkungen freizugeben. Diese Konzession hatte allerdings zur Bedingung, die Forschungsanstrengungen einseitig auf zivile Anwendungszwecke auszurichten. Die Briten suchten in den drei großen deutschen Forschern zuverlässige Garanten für diese Bedingung. Es war schließlich kein Zufall, dass die kurz darauf eingeführten Beschränkungen von wissenschaftlicher Forschung in Westdeutschland so gut wie ausschließlich die Naturwissenschaften und dort besonders die Kernphysik betrafen – jene Disziplin, welche die gefährlichsten Waffen hervorzubringen vermochte und von der folglich die größte Gefahr ausging.¹¹⁷

Man kann sagen, dass Hahn, dessen Berufung zum Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft nicht unwesentlich auf Willen und Einfluss der Briten zurückging, und Heisenberg damals in London auf die ausnahmslos friedliche Kernforschung verpflichtet worden waren und fortan als die Sachwalter dieses britischen Interesses fungierten. Aus diesem Grund war Heisenberg 1955 – in einer Atmosphäre, die im Hinblick auf die jüngste Vergangenheit noch germanophob war, und trotz des Verdachts willfähriger Regimetreue im „Dritten Reich“ – auch zum auswärtigen Mitglied der britischen Royal Society gewählt

115 Vgl. Oexle 2003, S. 33 ff.

116 Vgl. ebd., S. 30.

117 Vgl. Stamm 1981, S. 57 ff.

worden.¹¹⁸ Heisenberg kannte also die Interessen der Besatzungsmächte, wusste nach diesen Diskussionen, wie er sich wissenschaftsorganisatorisch im Anschluss an seine Rückkehr nach Deutschland zu verhalten hatte. Und eben dies sollte ihn in Zukunft gegenüber jederlei gegenläufiger Aktion der deutschen Regierung auch so sensibel, ja schlechterdings nervös stimmen.

Und zweitens erfuhr Heisenberg anfangs der 1950er Jahre auch die Vorbehalte der US-amerikanischen Seite. Dort wurde, so lernte er, die Gefahr einer deutschen Kernenergieforschung, die militärischen Zwecken folgte, am meisten gefürchtet und die Ansichten von US-Militärs und -Politikern waren wohl die größte Hürde für eine dauerhafte Befreiung deutscher Nachkriegsnuklearwissenschaft aus dem Korsett des alliierten Besatzungsstatuts.¹¹⁹ In der Tat bereitete Strauß' freimütiges Bekenntnis zum Wunsch nach deutschen Atomwaffen ab 1955 einigen politischen Persönlichkeiten in Washington Sorge; man befürchtete dort, die Bundesrepublik könnte in naher Zukunft über eigene Produktionsstätten atomarer Waffen verfügen.¹²⁰ Den 1945 zunächst vollständig abgerüsteten Deutschen billigte die US-amerikanische Seite – freilich ohne dass dies Frankreich guthieß – durchaus – im Verlauf der 1950er Jahre eben auch nukleare – Waffen zu, allerdings ausschließlich im eingeschränkten und kontrollierten Rahmen der NATO. Eine autonome Herstellung und Verwendung dieser Massenvernichtungswaffen behagte den US-amerikanischen Staatslenkern dagegen nicht.¹²¹ Und auch die Verhandlungen sowie abgeschlossenen Verträge zur Gründung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft inmitten der 1950er Jahre bewiesen deutlich, dass der Bundesrepublik zwar eine eigenständige Armee, nicht aber der uneingeschränkte Zugang zu den jeweils gerade modernsten Waffensystemen eingeräumt wurde.¹²² Weder Frankreich, noch Großbritannien oder die Vereinigten Staaten wollten der Bundesrepublik in Sachen Atomwaffen einen gleichberechtigten Status zugestehen.

Unter denselben Vorbehalten blockten die Alliierten überdies Heisenbergs Bemühungen ab, bei Kapazitäten und Material für die westdeutsche Reaktorforschung höhere Grenzwerte durchzusetzen. Die britische Regierung befürchtete

118 Vgl. o.V.: Aus den Instituten, in: Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft, H. 2/1955, S. 105.

119 Vgl. Eckert, Michael: Die Anfänge der Atompolitik in der Bundesrepublik Deutschland, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Jg. 37 (1989) H. 1, S. 115-143, hier S. 120.

120 Vgl. Fischer 1994, S. 282 und folgend S. 289.

121 Vgl. Bald 1994, S. 21 u. S. 72.

122 Vgl. Rese 1999, S. 30.

im Falle einer diesbezüglichen Pressemeldung, dass sich die mutmaßlich deutschfeindliche Öffentlichkeit entrüsten würde, nachdem vor gar nicht so langer Zeit englische Wohngebiete noch von deutschen Vernichtungswaffen heimgesucht worden waren.¹²³ Briten und US-Amerikaner setzten Heisenbergs Ambitionen enge Grenzen und bestätigten dessen Befürchtungen. Fraglos sollte die sich volkswirtschaftlich schnell regenerierende Bonner Republik in Zeiten kostspieligen Wettrüstens einen angemessenen Beitrag zur Verteidigung Westeuropas leisten. Keinesfalls aber sollte sie die Möglichkeit erhalten, Herr über Massenvernichtungswaffen zu werden. Geleitet von dieser Erkenntnis, die überdies die 1945 in London erhaltenen Instruktionen in ihrer Gültigkeit bestätigte, fasste Heisenberg die deutsche Wiederbewaffnung, erst Recht eine atomar-gestützte, als größte Bedrohung seiner Pläne einer deutschen „Big Science“ auf. Schließlich hatte die Bundesrepublik überhaupt nur mühsam in diplomatischen Auseinandersetzungen eine grundsätzliche Freigabe der zivilen Nuklearforschung erlangen können.¹²⁴ Im Wissen um die allzeit glaubwürdig zu demonstrierende Unempfänglichkeit gegenüber jeglichen Verbindungen mit dem Militär mieden die großen Wissenschaftsorganisationen wie MPG und DFG die Verteidigungsforschung tunlichst; dem Verteidigungsministerium blieb der Zugang zur westdeutschen Wissenschaftslandschaft daher fest verschlossen.¹²⁵ Die Göttinger Erklärung war ein öffentlich weithin vernehmbarer Ausdruck dieser selbstschützenden Verweigerungshaltung, der Versuch, im In- wie Ausland Vertrauen zu gewinnen.

3.2.4 Wider die heraufziehende Gefahr aus der Politik

Alles, was den Anschein einer Verbindung zwischen Nuklearforschung und Militär erwecken konnte, konnte daher bei den Wissenschaftlern Ängste um ihre Berufsausübung hervorrufen. Selbst die allzu generell gehaltene Bezeichnung des Bundesatomministeriums, die kein eindeutiges Bekenntnis zu einem ausschließlich zivilen Forschungszweig ablegte, stellte sich daher wohl in den Köpfen einiger Atomforscher als eine überaus heikle Angelegenheit dar. Und zu allem Überduss fungierte Strauß nicht nur als Atomminister, sondern auch als Stellvertretender Vorsitzender im Bundesverteidigungsrat.¹²⁶ Diese institutionel-

123 Vgl. Fischer 1994, S. 47 ff.

124 Vgl. ebd., S. 31.

125 Vgl. Trischler 2006, S. 241.

126 Der Bundesverteidigungsrat ist der Vorläufer des noch heute existierenden Bundessicherheitsrates.

le Verkettung und der nicht ausgeschlossene Übergang zu einer militärischen Atompolitik bargen erhebliche Brisanz und Ungewissheit, nährten vor allem aber Spekulationen in der Presse ob eines systematischen Zusammenhangs dieser Personalunion.¹²⁷ Aus Sicht der Atomwissenschaftler war dies symptomatisch für das atompolitische Handeln der Bundesregierung in den 1950er Jahren: Zum einen verwischten in der amtlichen Ministeriumsbezeichnung die Grenzen zwischen Militärischem und Zivilem; zum anderen rückten Politiker durch ihr Verhalten den Bereich immer stärker in die Nähe der militärischen Nutzung. Strauß beabsichtigte sogar, Leiter eines Heimatverteidigungsministeriums zu werden, in dessen Kompetenzbereich nicht nur militärische, sondern zugleich auch zivile Atomforschung fallen sollte.¹²⁸

Noch einmal: Genau dies trachteten die Atomwissenschaftler mit aller Macht zu verhindern. Heisenberg und seine Kollegen hätten sich gewiss behaglicher gefühlt, wenn die Namensgebung der Deutlich- und Verbindlichkeit halber auf ein „Atomministerium für zivile Kernenergienutzung“ hinausgelaufen wäre – zudem besetzt mit einem Minister, der nicht mit Angelegenheiten der Landesverteidigung betraut war. Das Verhalten der Bundesregierung in der Zeit vor der Göttinger Erklärung lief ihren Interessen in diesem Punkt freilich völlig zuwider und drohte, die Möglichkeiten ihres Forschungsfelds empfindlich zu beschneiden.

Adenauers bzw. Strauß' Politik der Atomwaffen bildete in den Jahren 1956 und 1957 folglich nichts Geringeres als den Gipfelpunkt an Gefahr für Heisenberg und sein Wissenschaftlernetzwerk, für deren angestrebte Wiederaufnahme ihrer 1945 zwangsweise unterbrochenen Arbeiten an Kernenergiequellen. Zwar hatte Adenauer im Herbst 1954 im Vorfeld der Pariser Verträge, welche die Souveränität des westdeutschen Staats festschreiben sollten, für die Bundesrepublik auf der Londoner Neun-Mächte-Konferenz eine „freiwillige“ Erklärung auf Atomwaffenverzicht abgegeben, doch diente diese vornehmlich dem polittaktischen Zweck, nach den gescheiterten EVG-Verträgen über einen anderen Weg eine Legalisierung der Nuklearforschung zu erreichen. Die Erklärung sollte bei den Verhandlungspartnern Vertrauen erwecken und ihnen das Gefühl von Sicherheit vermitteln – schließlich stand der Beitritt der Bundesrepublik zur NATO kurz bevor, doch wollte Frankreich insbesondere der Bundesrepublik kategorisch den Zugang zu Atomwaffen versperren. Adenauers freiwilliger Selbstverzicht war somit nichts weiter als eine vorübergehende Maßnahme zur Beschleunigung der deutschen Westintegration, ein diplomatischer Schachzug al-

127 Vgl. Stamm 1981, S. 225.

128 Vgl. Fischer 1994, S. 192.

so.¹²⁹ In einer veränderten außenpolitischen Situation würde sich diese Festlegung dagegen schnell widerrufen lassen, würde Adenauer ungeachtet seiner früheren Aussagen Atomwaffen reklamieren können. Die meisten der achtzehn Kernphysiker trauten den Worten des Regierungschefs jedenfalls nicht, wussten um die begrenzte Gültigkeit seiner Festlegung, ahnten, dass er von ihnen abrüchen würde, sobald sich einmal die Gelegenheit dazu ergab. Und mit Strauß hatte sich ein Politiker ihrer Angelegenheit angenommen, der nicht als Korrektiv zu Adenauer wirkte, sondern diesen in der Atomwaffenfrage sogar noch bestärkte.

Ganz davon abgesehen: Einen Bezug von Atomwaffen aus ausländischer Produktion, die Lagerung innerhalb der Bundesrepublik oder die Herstellung auf außerhalb Deutschlands liegendem Territorium schloss Adenauers Erklärung nicht aus. Derartige „Gemeinschaftslösungen“ zwischen westeuropäischen Staaten waren – ganz im Gegenteil – sogar bewusst offen gehalten worden. Insofern war die Verzichtserklärung doppelt fragil: Sie war nicht beständig formuliert und schloss alternative Wege, in den Besitz von Kernwaffen zu gelangen, nicht aus. Und auch die Veranlagungen von Adenauers politischer Führung entwerteten die Verzichtserklärung. Denn der Kanzler hatte in der Vergangenheit bereits des Öfteren – letztlich nur scheinbar verbindlich geäußerte – Zusagen gebrochen, wenn er dies nach Maßgabe jeweils aktueller politischer Lagen gerade als opportun erachtet hatte.¹³⁰ So sprach er sich 1949 anlässlich der Gründung der Bundesrepublik für die Verhütung einer Wiederbewaffnung aus, um nur ein halbes Jahr später dem Wunsch seiner neuen außenpolitischen Partner nach einem deutschen Verteidigungsbeitrag geflissentlich nachzukommen.

Und auch Atomminister Strauß ließ erwarten, den erklärten Verzicht baldmöglichst zu annullieren. Jedenfalls versäumte er nicht, bei jeder sich bietenden Gelegenheit auf die engen Grenzen der eingegangenen Verpflichtung hinzuweisen. Auffällig penibel versicherte er, dass die Regierung „gemäß dem Wortlaut der Pariser Verträge keine Atomwaffen, wie sie dort definiert sind, auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland herstellen“¹³¹ werde. In diesen Worten, aus dem Munde eines in informierten Kreisen als Atomwaffenführsprecher bekannten Ministers, verbarg sich eine juristische Nische, nukleare Waffentechnologie über Umwege aus dem Ausland beziehen zu können.

Darüber hinaus gab es Präzedenzfälle anderer Staatsmänner, deren Aussagen sich im Nachhinein als wertlos herausgestellt haben. So hatte schon der französi-

129 Vgl. Eckert 1989, S. 123; Fischer 1994, S. 283 f.; Rupp 1980, S. 73; Strauß 1989, S. 266.

130 Vgl. Müller 1990, S. 550.

131 Zitiert nach Fischer 1994, S. 285 f.

sche Ministerpräsident Guy Mollet eine Entsagung von Atomwaffen bekundet, die dann auf Druck des Parlaments spontan zugunsten einer Kernwaffenoption widerrufen worden war.¹³² Demnach lag es nahe, auch Adenauers Atomwaffenverzicht als einen zeitlich befristeten zu betrachten. Sobald sich die Chance ergab und die außenpolitischen Notwendigkeiten es erforderlich und möglich machten, würde der Kanzler – so dachten wohl Viele – seinen Kurs schnell ändern können.

Was die Absicht anbelangte, in der westdeutschen Bevölkerung eine positiven Bewertung ihres Metiers zu erreichen, geriet die Situation für die Atomforscher im Verlauf der 1950er Jahre folglich zunehmend brenzlicher. Die späteren Manifestanten wurden nervöser, ihre Angst wuchs. Seit Dezember 1955 ließen sich in den Medien allenthalben aus Bonner Regierungsstellen lancierte Gedanken über eine deutsche Atombewaffnung der Bundeswehr vernehmen.¹³³ Adenauers Erinnerung aus den 1960er Jahren, die Frage einer atomaren Bewaffnung der Bundeswehr wäre erstmals zu Beginn des Jahres 1957 aufgetaucht, trifft somit nicht zu. Aus dem Ausland kommende Signale deuteten schon um einige Zeit früher auf eine Bereitschaft der NATO hin, die Ausstattung der Bundeswehr mit atomwaffenfähigen Abschussrampen zu akzeptieren, was von deutschen Regierungspolitikern aufgrund der gesteigerten Militärmacht und des Zugewinns an Autonomie bereitwillig aufgenommen wurde. Im Dezember 1956 signalisierte der US-Verteidigungsminister Charles E. Wilson bspw., verbündeten europäischen Staaten in naher Zukunft taktische Atomwaffen liefern zu wollen; dies versetzte Strauß offenbar in eine Euphorie, ließ ihn – irrtümlich und selbstbewusst – von einer bereits beschlossenen deutschen Atombewaffnung sprechen.¹³⁴ Überhaupt Strauß: Seine öffentlichen Aussagen versetzten die Atomforscher wohl am stärksten in Panik. Er erwies sich als ein Atomminister, der immerhin *dpa*-Meldungen mit dem Titel „Neben Butter auch Kanonen“ produzieren konnte.¹³⁵ Im Sommer 1956, als bei Heisenberg und v. Weizsäcker die Absicht der politischen Manifestation an Entschlossenheit zunahm, war es für die Atomforschung besonders unerfreulich geworden. In München bezeichnete die *Abendzeitung* die Atomenergie bereits als „ein Geschenk des Teufels“ und so manche Bürger klagten über physisch unbehagliche „Atombeschwerden“.¹³⁶ Heisenberg und seine Kollegen mussten erkennen, dass sich das Volk vor ihrer Profession

132 Vgl. o.V.: A-Bomben muß man haben, in: Der Spiegel, 02.01.1957.

133 Vgl. Rupp 1980, Fußnote 126/S. 36.

134 Vgl. ebd., S. 36 f.

135 Vgl. o.V.: Strauß: „Neben Butter auch Kanonen“, in: *dpa*, 13.10.1956.

136 Zitiert nach Deutinger 2001, S. 105.

regelrecht fürchtete – und aus ihrer Sicht trug die Politik durch ihre einseitige Planung, Kernenergie im Rahmen militärischer Waffen zu verwenden, ganz offenkundig die Schuld daran.

Die Situation eskalierte. Als Adenauer dann im April 1957 öffentlich von einem deutschen Atomwaffenbesitz schwadronierte, musste dies besorgte Gemüter wie Heisenberg in ihren Zweifeln ob des Kanzlers Verlässlichkeit seiner früheren Aussagen nur bestätigen. Joachim Radkau vermutet gar, dass das Göttinger Manifest von dem konkreten Misstrauen motiviert gewesen war, das bis 1958 noch in der Planung befindliche Kernforschungszentrum Karlsruhe könnte von der Bundesregierung und dem Militär irgendwann einmal zu einer getarnten Waffenschmiede missbraucht werden.¹³⁷ Tatsächlich berichtete Heisenberg in seiner Autobiografie, ihn habe beunruhigt, dass für die politischen Entscheidungsträger „die Grenzen zwischen friedlicher Atomtechnik und atomarer Waffentechnik ebenso fließend waren wie die zwischen Atomtechnik und atomarer Grundlagenforschung“¹³⁸, bei denen sich das eine jeweils aus dem anderen ergäbe. Im gemeinsamen Gespräch vermuteten Heisenberg und sein Intimus v. Weizsäcker im Sommer 1956 möglicherweise, die Bundesregierung könne in der Entscheidung für Karlsruhe eine zukünftig wahrnehmbare Kernwaffenoption gesehen haben;¹³⁹ denn die dortigen Gebiete und vorgesehenen Institutskonstellationen ließen sich bei etwaigem Bedarf sehr schnell für militärische Zwecke dienstbar machen. In der Tat beabsichtigte das Bundesverteidigungsministerium, indirekt eine militärisch orientierte Auftragsforschung auf den Weg zu bringen, ohne dabei jedoch eigene, erkennbar als militärische Forschungsstellen gekennzeichnete Einrichtungen aufzubauen.¹⁴⁰ Bis dieses Vorhaben im Rahmen einer Zusammenarbeit mit der Fraunhofer-Gesellschaft verwirklicht werden würde, waren die Beamten des Verteidigungsministeriums 1956 auf der Suche nach geeigneten Partnern. Gleich, ob die beiden Atomenergiestrategen Heisenberg und v. Weizsäcker eine ernsthafte Absicht der Bundesregierung, das für zivile Arbeiten geplante Forschungszentrum in Karlsruhe zu einem bestimmten Zeitpunkt für militärische Vorhaben umzufunktionieren, vermuteten oder nicht: In der Bevölkerung und im Ausland konnte leicht ein solcher Verdacht entstehen. Denn ob „das Plutonium verwendet wird, um neue Energie zu gewinnen oder auf Stapel gelegt wird, um Bomben herzustellen, liegt in der Hand der betreffenden

137 Vgl. Radkau 2006, S. 54.

138 Heisenberg 1976, S. 258.

139 Vgl. Gleitsmann 1986, S. 79; Heisenberg 1976, S. 258 ff.; Herbig 1976, S. 462 f.; Lindner 2002, S. 116.

140 Vgl. dazu Stamm 1981, S. 253 f.

staatlichen Macht“¹⁴¹. Und eine funktionstüchtige, Vertrauen erweckende Kontrolle der Plutoniumerzeugung im Rahmen einer internationalen Organisation existierte seinerzeit nicht. Für Heisenberg war dies problematisch, hatte er doch in öffentlichen Diskussionen um die Reaktorstation und auch in anderen Kontexten stets peinlich darauf geachtet, keinen Anlass für den Verdacht zu geben, die Bundesrepublik könne sich mithilfe ihrer Atomwissenschaftler über die unverdächtige Etappe einer zivilen Forschung klandestin in die Riege der nuklearen Militärmächte einreihen.¹⁴² Während Heisenberg und seine späteren Mitunterzeichner der Göttinger Erklärung mit großem Bedacht Informationen über die Kernkraftforschung streuten, hantierten der Bundeskanzler und der Bundesverteidigungsminister weitaus unvorsichtiger damit.

Kurzum: Adenauer und seine Politik drohten den Kernphysikern die lange Jahre mühsam betriebene Akkreditierung von Kernenergie bei ausländischen Regierungszentralen, auch den Menschen innerhalb wie außerhalb Westdeutschlands schlichtweg zunichte zu machen. Militärisches, erst Recht wenn es sich um Massenvernichtungsmittel wie atomare Bomben handelte, war in der vom letzten Weltkrieg traumatisierten bundesrepublikanischen Bevölkerung, war im post-nationalsozialistischen Deutschland verpönt und wurde auch im Ausland, insbesondere von den Opfern des nationalsozialistischen Terrors und Weltkriegs nicht toleriert. Waffen, die zur abrupten Auslöschung einer ganzen Großstadt instande waren, waren mit der „Sehnsucht nach einem neuen, moralisch einwandfreien Profil deutscher Sicherheits- und Außenpolitik“¹⁴³ und der Abkehr von deutscher Machtpolitik unvereinbar. Die demoskopischen Werte der Atomenergie kamen in den 1950er Jahren daher nie aus dem Negativen heraus; 1957 befanden sie sich sogar im Keller. Bei der Frage, ob sie Segen oder Fluch sei, votierten 1956 zwar dreißig Prozent, 1957 aber nur noch 21 Prozent für „Segen“; für einen „Fluch“ hielten sie dagegen 1956 schon 52 Prozent, 1957 gar 57 Prozent.¹⁴⁴ Heisenberg und v. Weizsäcker hatten eine solche demoskopisch gemessene Entwicklung, einen schwerwiegenden Reputationsverlust der Kernenergie, schon 1945 während ihrer gemeinsamen Internierung im englischen Farm Hall antizipiert. Mit Schrecken nahmen die beiden den Atomwaffeneinsatz in Hiroshima nicht nur wegen der großen Zahl an menschlichen Opfern auf, sondern auch weil

141 Haxel 1953, S. 28.

142 Vgl. Heisenberg 1989, S. 123.

143 Fischer 1994, S. 287.

144 Vgl. DIVO-Institut (Hg.): Umfragen 1959/60, Bd. 3/4. Ereignisse und Probleme des Jahres im Urteil der Bevölkerung, Frankfurt am Main 1962, S. 13; Rupp 1980, Fußnote 446/S. 89.

sie die öffentliche Reaktion – die moralische Ächtung der Atomwissenschaft in der Bevölkerung – und deren mögliche Folgen – eine Diskreditierung und analoge Ächtung, möglicherweise den Verbot oder die mangels Geldgeber unabwendbare Stilllegung von Kernforschung –, voraussahen. Auch deshalb sinnierten die beiden eng befreundeten Nuklearforscher über Verantwortung von Wissenschaftlern und fahndeten nach tauglichen Methoden, mit denen man sich des Hautgouts entledigen konnte, eine militärische Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse verschuldet zu haben.¹⁴⁵

Ihre beim gemeinsamen Spaziergang am englischen Rosenbeet in Farm Hall angestellten Überlegungen liefen im Prinzip bereits auf jenes Ziel hinaus, das Heisenberg später mit seinem Konzept des Deutschen Forschungsrates (DFR) verfolgte.¹⁴⁶ Wissenschaft sollte zukünftig – insbesondere im Zeitalter der Atombombe – fest in den politischen Entscheidungsprozess eingebunden sein.¹⁴⁷ Zu diesem Zweck sollten Wissenschaftler über eine angemessen mit Macht und Kompetenz ausgestattete Instanz dafür sorgen können, dass ihre Erkenntnisse – aufgrund derer Tragweite insbesondere solche aus den kernphysikalischen Laboratorien – ausschließlich in zivilen, friedlichen Kontexten ihre praktische Anwendung finden würden. Den im „Dritten Reich“ erlebten Missbrauch naturwissenschaftlicher Forschung für die Rüstung und kriegerische Einsätze zukünftig zu unterbinden: Darin mündete die spätere Zielsetzung des DFR, die aus dem Zweiten Weltkrieg und seinem Interesse an einem moralisch einwandfreien Image wissenschaftlicher Erkenntnisarbeit gewonnenen Einsichten.¹⁴⁸ Und vom DFR versprach sich Heisenberg nicht allein einen institutionell verbürgten Machtzuwachs, sondern auch die Chance, der Öffentlichkeit das aufrichtige Bemühen namentlich der Atomwissenschaftler demonstrieren zu können, sich entgegen geläufiger Stereotype und tatsächlichem Fehlverhalten in der Vergangenheit nun nicht mehr von Politikern verantwortungslos missbrauchen zu lassen. Dabei handelte es sich somit um eine Vertrauensmaßnahme, eine der „Verantwortung Ausdruck verleihende Vertretung“¹⁴⁹, wie der Geschäftsführer des DFR treffend formulierte. Und auch Otto Hahn, ebenfalls DFR-Mitglied, ließ in den

145 Vgl. dazu Heisenberg 1976, S. 227-235; Herbig 1976, S. 333 ff.

146 Vgl. zum Deutschen Forschungsrat Kap. 3.5 dieser Arbeit.

147 Vgl. Carson, Cathryn: Heisenberg als Wissenschaftsorganisator, in: Kleint, Christian/Rechenberg, Helmut/Wiemers, Gerald (Hg.): Werner Heisenberg 1901-1976. Beiträge, Berichte, Briefe. Festschrift zu seinem 100. Geburtstag, Stuttgart/Leipzig 2005, S. 214-222, hier S. 214.

148 Vgl. Eickemeyer 1953, S. 45; Heisenberg 1980, S. 88.

149 Eickemeyer 1953, S. 228 [i.O. kursive Herv.].

1950er Jahren den Ruf nach einem „politische[n] Mitbestimmungsrecht“¹⁵⁰ der Wissenschaft erklingen. Das Scheitern dieses Vorhabens, des Deutschen Forschungsrates Heisenberg'scher Provenienz, verlangte dann allerdings nach einer Alternative – und an dieser Stelle lässt sich wieder auf die Imagekampagne der Nuklearforscher zurückkommen: Die Politik, deren Verhalten sich mit Blick auf Adenauer und Strauß offenbar nicht kontrollieren ließ, sollte über eine intensive Öffentlichkeitsarbeit unter Druck gesetzt und zugleich eine gebührende Wahrnehmung von Verantwortung durch die Forscher suggeriert werden.

Die Atomwissenschaftler, in erster Reihe Werner Heisenberg, hatten unentwegt auf einen expliziten, dauerhaft verbindlichen Verzicht auf militärische Nutzung der atomaren Kräfte gedrängt. Über viele Jahre hinweg hatte das Ziel etlicher Anstrengungen darin bestanden, eine öffentliche Erklärung der Bundesregierung, eine verbindliche Absage an Kernwaffen zu erwirken. Vor der Göttinger Erklärung hatte es viele dahingehende Versuche gegeben – so auch über den Kontakt zu einigen Parlamentariern unmittelbaren politischen Einfluss auszuüben. Im Oktober 1955 artikulierte die Interparlamentarische Arbeitsgemeinschaft (IPAG) im Deutschen Bundestag – auf Einwirkung Heisenbergs – die Forderung, ein „Verbot der Verwendung von Kernbrennstoff für militärische Zwecke“¹⁵¹ im damals noch ausstehenden Bundesatomgesetz an prominenter Stelle zu verankern. Ebenfalls im Oktober 1955 legten Abgeordnete der IPAG den Mitgliedern des Bundestages und der Landtage einen eigenen Atomgesetzentwurf vor. Auch dieser pochte auf eine wasserdichte und nicht mehr zu umgehende Tabuisierung von Kernwaffen für die Bundesrepublik. Jeglicher Einsatz von Nukleartechnologie zu militärischen Zwecken, der Besitz von Kernwaffen im Generellen sollten gesetzlich untersagt werden.¹⁵² Offenkundig bezweckten diese Schritte, eine politische Verlässlichkeit der Regierungsarbeit herbeizuführen, der zufolge ein eigenes nationales Gesetzeskonstrukt dauerhaft die militärische Kernkraftnutzung verbieten sollte – also auch bei einem Fortfall der Bestimmungen internationaler Verträge, die bis dahin das Recht auf und die Produktion von Kernwaffen für die Bundesrepublik noch einschränkten. Diese gesetzliche Festschreibung eines ausschließlich zivilen Atomkraftgebrauchs, welche die Atomforscher wünschten, scheiterte freilich an den parlamentarischen Mehrheitsverhältnissen, der Unionsdominanz im Bundestag.

Kurzum: Nachdem sie allen wissenschaftspolitischen Bemühungen zum Trotz persönlich keine Gewähr mehr für die ausschließlich zivil-friedliche Kern-

150 Ebd., S. 224.

151 Zitiert nach Fischer 1994, S. 244.

152 Vgl. ebd., S. 244 f. u. S. 264 f.

energienutzung bieten konnten, sahen Heisenberg und v. Weizsäcker nur noch die Möglichkeit, sich mit einem öffentlichen Testat von der militärischen Anwendung, vom Atomwaffenbau, zu distanzieren.¹⁵³ Für diesen Schachzug erwählten die beiden als Medium das politische Manifest, entschlossen sie sich, die Kundgebung von der Mainau noch einmal unter anderen Vorzeichen und in einer leicht modifizierten Version zu einem hierfür geeigneten Zeitpunkt zu wiederholen. Adenauers Artillerie-Äußerung vom April 1957, begleitet von weiteren Waffenbesitzankündigungen Strauß',¹⁵⁴ markierte den Gipfelpunkt an Gefahr, die der Kanzler und sein Verteidigungsminister in den Augen der Atomforscher für ihre Wissenschaftsbedingungen über einige Jahre hinweg erzeugt hatten – und eben gleichzeitig die ersehnte Gelegenheit zur Gegenwehr. Man hatte richtiggehend Angst, dass Adenauers leichtsinnige Wortwahl von einer „weiterentwickelten Artillerie“ zu einem gänzlich falschen Öffentlichkeitsbild der Atomenergie führen, ihr Forschungsgebiet ruinieren, alle bisherigen Bemühungen vergeblich werden lassen könnte. Ja, das leichtfertige Gerede von Atomartillerie und Kernwaffeneigentum musste eine Katastrophe für die öffentliche Wahrnehmung von kernphysikalischer Wissenschaft sein. Adenauer drohte dadurch – wenn auch unbeabsichtigt – mit wenigen Worten auch die friedliche Nuklearforschung, die nun einmal unglücklicherweise eine Vorstufe zur Waffenfabrikation bildet, als eine unheimliche Gefahrenquelle nachhaltig zu diskreditieren, aber auch das Ausland nervös zu machen, von mehreren Seiten Widerspruch herauszufordern.¹⁵⁵

Und noch etwas: Mit einem rigorosen Verzicht auf jegliche Beteiligung an nuklearer Waffenentwicklung in der Bundesrepublik konnten die Manifestanten den Anschein einer zivil-friedlichen Forschungstradition deutscher Kernphysik erwecken, gewissermaßen eine kohärente, von den 1930er bis in die 1950er Jahre reichenden Traditionslinie suggerieren. Denn während des „Dritten Reichs“ und im Zweiten Weltkrieg hatte man schließlich de facto nicht an einer Tod bringenden Bombe, sondern an einer Energie spendenden „Uranmaschine“ gearbeitet – Gegenteiliges ließ sich damals noch nicht nachweisen. Damit verfügten sie in einer Gesellschaft, auf der vielerlei Hypotheken der nationalsozialistischen Vergangenheit lasteten, über ein moralisch vorteilhaftes Bild, das es möglichst

153 Vgl. Heisenberg 1976, S. 260; Kraus 2001, S. 190. Auch Carson nimmt an, dass die westdeutschen Kernforscher den öffentlichen Widerstand antizipierten und eine, die militärische Verwendung offiziell ausschließende, Regierungserklärung verlangten; vgl. Carson 2004, S. 21.

154 Vgl. Kitzinger 1960, S. 54.

155 Vgl. Heisenberg 1976, S. 265.

überzeugend zu vermitteln galt. Otto Hahn als Präsident der MPG und sein Generalsekretär Telschow taten dies schon seit Jahren. Die Göttinger Erklärung fügte sich in dieses PR-Programm einer moderaten Geschichtsglättung trefflich ein. Wie für die Kernphysiker im Allgemeinen war sie auch spezifisch für die Max-Planck-Gesellschaft eine geeignete Maßnahme, um das zwiespältige Image, das diese ihrer einstigen Verwicklung in militärische Forschungsvorhaben wegen belastete, aufzupolieren.

Nach dem Krieg befand es die deutsche Atomwissenschaftlerelite für notwendig, ihre Forschungsaktivität im „Dritten Reich“ in einer moralisch akzeptablen Form zu definieren, sodass man zukünftig nicht der Unmoral und opportunistischen Regimekollaboration bezichtigt werden konnte.¹⁵⁶ Sie sah dies als eine wichtige Voraussetzung an, um auch in der Bundesrepublik von Skepsis und Schuldvermutungen unbehelligt forschen zu können. Nicht nur ihre wissenschaftlichen Aktivitäten in der Nachkriegszeit, sondern auch die Vergangenheit galt es also von Anrüchigem und Belastendem rein zu halten. Dazu suchten sie von dem anfänglichen Deutungsvakuum zu profitieren, wollten die Geschichte ihrer selbst am liebsten eigenhändig verfassen. Schon während ihres Aufenthalts in Farm Hall hatten die führenden deutschen Atomphysiker in der geschichtlichen Tatsache, im Gegensatz zu den Alliierten nicht systematisch an der Bombe gearbeitet zu haben, ein moralisches Schlupfloch ausgemacht.¹⁵⁷ Fortan wurden sämtliche Beteiligte des deutschen Atomforschungsprogramms im Zweiten Weltkrieg zeitlebens nicht mehr müde, die Existenz einer militärischen Zweckforschung mit dem Ziel, eine Bombe für Hitler zu konzipieren, schlichtweg zu leugnen. Dass sie in den ersten Kriegsjahren durchaus Überlegungen zur Atom-bombe anstellten, über Waffen für ein nukleares Inferno nachdachten, und sich erst auf Grundlage einer wissenschaftlichen Berechnung für eine konzentrierte Reaktorforschung entschieden, spielten sie in ihren Stellungnahmen und Erinnerungen geflissentlich herunter.

Außerdem deuteten sie ihre Mitwirkung am Uranverein heroisch zu einer Rettung der naturwissenschaftlichen Infrastrukturen durch die Kriegs- und Regimezeiten hindurch um. Dabei nutzten die daran Beteiligten jeweils geschickt ihr Zeitzeugenprivileg, um die Geschichtsschreibung zum Vorteil ihres pazifistischen Renommées zu beeinflussen. Mit dem Publizisten Robert Jungk gewannen

156 Vgl. Walker, Mark: Von Kopenhagen bis Göttingen und zurück. Verdeckte Vergangenheitspolitik in den Naturwissenschaften, in: Weisbrod, Bernd (Hg.): Akademische Vergangenheitspolitik. Beiträge zur Wissenschaftskultur der Nachkriegszeit, Göttingen 2002, S. 247-259, hier S. 254 ff.

157 Vgl. Hoffmann 1993, S. 34 f.

sie in den 1950er Jahren sogar einen journalistischen Apologeten, den Heisenberg und seine Freunde als PR-Vehikel zu instrumentalisieren wussten. Jung wurde dadurch „in der Bundesrepublik der wirkungsvollste publizistische Herold der atomaren ‚Community‘, der die apologetische Legende vom passiven Widerstand der deutschen Atomphysiker gegen Hitlers Bombenpläne in die Welt gesetzt hatte“¹⁵⁸. Mit diesem Sachverhalt gehen jüngere Forschungsarbeiten nicht gerade zimperlich um. Sie werfen Otto Hahn vor, die Beziehungen der Kaiser-Wilhelm-Institute – damit auch die der Atomphysik – zum NS-Regime und deren wissenschaftliche Arbeiten in der Nachkriegsöffentlichkeit verfälscht kommuniziert, verklärt zu haben.¹⁵⁹ Demzufolge habe es sich um eine auf Ebene der MPG-Spitze angelegte Strategie gehandelt, sämtliche ehemaligen KWG-Wissenschaftler moralisch im Hinblick auf ihre Tätigkeit im Zeitraum von 1933 bis 1945 reinzuwaschen und als integer darzustellen.

Die neuere Geschichtsschreibung diagnostiziert nichts weniger als eine von „Hahn angeführte kollektive Verdrängung, die die Kompromisse im ‚Dritten Reich‘ und bei der Kriegsmobilisierung vergessen machte“¹⁶⁰ und in der Max-Planck-Gesellschaft über fünfzig Jahre eine aufrichtige Vergangenheitsbetrachtung verhinderte; die aber zugleich dazu beitrug, dass die deutschen Wissenschaftler in der Bundesrepublik „ihre akademische Position, ihr soziales Prestige und ihre ökonomische Sicherheit bewahren“¹⁶¹ konnten. Mit der entschiedenen Aussage, nicht an einer Atomwaffe gearbeitet zu haben, inszenierten sich die Atomwissenschaftler um Hahn und Heisenberg als Akteure einer allzeit friedfertigen Wissenschaft, die lediglich das Pech hatten, im Kriegsstadium geforscht, ein nachteiliges Schicksal erlitten zu haben. Die 1945 eingetretene Situation eines „Kalten Kriegs“ zwischen Ost und West und der damit verbundene Rüstungswettlauf zwischen den USA und der UdSSR eröffneten den Atomwissenschaftlern überdies einen hervorragenden Profilierungsspielraum, da sie nun umso leichter von ihrem eigenen, nicht unproblematischen Versagen in der Vergangenheit ablenken konnten. Das eskalierende Rüstungsduell, in dessen Verlauf die beiden im Atomwaffen-Clinch liegenden Kombattanten in kurzen Zeitabständen mit Superwasserstoffbomben experimentierten und Waffen zur Freisetzung von Kobalt-„Todesstaub“ entwickelten, brachte einen Zustand des „Aufpeitschens in

158 Radkau 2006, S. 60.

159 Vgl. beispielhaft Walker 2006.

160 Ders. 2002, S. 255.

161 Ebd., S. 258.

Furcht“¹⁶² hervor. Gerade dies aber lieferte genügend Gründe, um sich mit offenbar gemeinwohldienlichen Aufforderungen zur moralischen Einkehr, wie sie auch die Göttinger Erklärung darstellte, zugunsten der eigenen Reputation an die Öffentlichkeit zu wenden. Mit Appellen und Proklamationen konnten sich die Atomforscher zu moralischen Autoritäten aufschwingen, von ihrem eigenen Verhalten während des Zweiten Weltkriegs ablenken und sich selbst als kompromisslose Befürworter ausschließlich friedvoller Forschungsmaßnahmen ausweisen. Das politische Manifest war folglich Teil von diskursiven und rhetorischen Strategien,¹⁶³ welche die Vergangenheit neu bewerteten.

Dass die Göttinger Erklärung eine eindeutige PR-Funktion besaß, legt neben einem allgemeinen, über mehrere Jahre beobachtbaren Verhaltensmuster ihrer Urheber aber auch die kuriose Gegenstandslosigkeit ihrer zentralen Forderung nahe. Denn der vielbeschworene Verzicht auf ein autonom der Bundeswehr obliegendes Atomwaffenarsenal lag zwar zweifellos im politischen Entscheidungsbereich der Bundesregierung, doch demgegenüber unterlag eine Atomwaffenstationierung auf westdeutschem Territorium allein externen Entscheidungsräumen, auf die Adenauer gar keinen unmittelbaren Zugriff hatte. Darüber hinaus befanden sich zum Zeitpunkt des Manifests schon längst mit Atomsprenghäupten bestückte Waffen auf westdeutschem Boden.¹⁶⁴ Die US-Armee schaffte seit 1953 unter weidlicher Ausnutzung ihrer Besatzungsrechte eine der Bundesregierung unbekannte Menge an atomaren Waffen nach Westdeutschland.¹⁶⁵ Adenauer besaß folglich keinen besonders großen Einfluss auf die Pläne der US-Armee, auf das also, was in Washington letztlich entschieden wurde, und verfügte nicht einmal über genauere Kenntnisse über die auf westdeutschem Territorium gelagerten Arsenale US-amerikanischer Truppen.

162 Hahn, Dietrich (Hg.): Otto Hahn. Begründer des Atomzeitalters. Eine Biographie in Bildern und Dokumenten, München 1979, S. 284.

163 Vgl. hierzu Ash, Mitchell G.: Verordnete Umbrüche – Konstruierte Kontinuitäten: Zur Entnazifizierung von Wissenschaftlern und Wissenschaften nach 1945, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Jg. 43 (1995) H. 10, S. 903-923, hier S. 914 f. Ash bezeichnet eine solche Vorgehensweise als „subtile Mischung von konstruierten Kontinuitäten und rhetorischen oder sonstigen Anpassungen an die neuen Verhältnisse“; ebd., S. 923.

164 Vgl. Weinstein, Adelbert: Eine apokalyptische Waffe?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.10.1953.

165 Vgl. dazu Fischer 1994, S. 284; Adenauer und die Kernwaffen, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Jg. 37 (1989) H. 4, S. 575.

Und einmal abgesehen von dem Politischen: Im Zweiten Weltkrieg allgemein im Atomprojekt unterlegen,¹⁶⁶ verstanden die deutschen Kernphysiker vom Atomwaffenbau eigentlich nicht gerade viel. Jedenfalls hätte man sie aller Wahrscheinlichkeit nach 1957 nicht für eine deutsche Atomwaffenentwicklung mit entscheidendem Gewinn konsultieren können. Die Briten ließen Max Born im Juni 1945 sogar ohne Bedenken in die Sowjetunion reisen.¹⁶⁷ Das Know-how hätte also überwiegend aus dem Ausland erworben werden müssen, Techniker der Industrie hätten es anschließend in die produktive Praxis umgesetzt. Aber deutsche Atomwissenschaftler benötigte die Bundesregierung dafür kaum – jedenfalls nicht die Göttinger Achtzehn.

Es bleibt somit festzuhalten: Die Göttinger Erklärung besaß – insbesondere im Hinblick auf ihren Architekten v. Weizsäcker und dessen Mentor Heisenberg, aber ein wenig auch auf Hahn als ihren wohl populärsten Unterzeichner – eine eindeutig interessenpolitisch motivierte Kommunikationsfunktion. Denn der Begriff „Public Relations“ traf auf einige ihrer Funktionen zu, umfasst er doch „Information, Kommunikation, Persuasion, Imagegestaltung, kontinuierliche[n] Vertrauenserwerb“, auch das „Herstellen von gesellschaftlichem Konsens“.¹⁶⁸ Das Ziel von PR besteht darin, Einstellungen und Verhaltensweisen zu verändern, nicht zuletzt die politische Entscheidungsfindung zu beeinflussen, Problembewusstsein zu schärfen sowie finanzielle und moralische Unterstützung für die eigenen Anliegen zu gewinnen.¹⁶⁹ Kurz gesagt, dienen PR-Kampagnen zur Mobilisierung von Solidarität und zum Gewinn von Vertrauen – der Überlegung ihrer Urheber nach sollte das Göttinger Manifest all dies leisten. Viele der Manifestanten hatten sich jedenfalls lange vor dem April 1957 bemerkenswert aktivistisch im Sinne dieses gängigen Public-Relations-Begriffs betätigt.

3.3 ATOMWISSENSCHAFTLICHE POLITIKVERDROSSENHEIT

Die Wahrnehmung, durch verwehrten Ressourcenzugang in unzureichende Verhältnisse eingebettet zu sein, kann hohe Barrieren für Zufriedenheit oder wenigstens Genügsamkeit mit dem erreichten Status errichten. Wer sich durch äußere

166 Vgl. Hoffmann 1993, S. 19 ff.

167 Vgl. Born/Born 1969, S. 56.

168 Kamps, Klaus: Politisches Kommunikationsmanagement. Grundlagen und Professionalisierung moderner Politikvermittlung, Wiesbaden 2007, S. 98.

169 Vgl. ebd., S. 239 f.

Faktoren legitimer Möglichkeiten beraubt fühlt, seinen Handlungsspielraum als von externen Instanzen limitiert empfindet, kann diesen Zustand entweder resignativ hinnehmen und in regungsloser Apathie erstarbt eine bessere Entwicklung abwarten; oder er kann aktiv für einen Wandel der Situation eintreten. Für das Verständnis der Göttinger Erklärung kann in der letzteren Alternative eine ergiebige Erkenntnisquelle liegen. Darum erscheint es wichtig, Einblick in die Psychologie der Manifestantenschaft hinsichtlich etwaigen Missmuts, möglicher Enttäuschungs- und Verdrusserfahrungen zu nehmen.

3.3.1 Eine Elite in Wartestellung

In den Jahren vor der Göttinger Erklärung befanden sich die westdeutschen Atomforscher in einer für sie entscheidenden Umbruchphase. Die Zustände in den unmittelbaren Nachkriegsjahren waren bitter ertragen worden, in den 1950ern kündigten sich endlich optimistischere Zeiten an. Es galt, mithilfe der sich langsam wieder füllenden Staatskasse und der sich regenerierenden Strukturen der Politik an den inzwischen stetig gewachsenen Vorsprung des Auslands aufzuschließen. Jedenfalls sahen dies Politiker, Forscher wie auch Wirtschaftslenker so. In den Atomwissenschaftlerkreisen hoffte man dies nicht nur, sondern rechnete vielmehr fest damit. Denn schließlich hatte sich die finanzielle Lage öffentlicher Haushalte inzwischen gebessert und wurden zunehmend die Restriktionen des Besatzungsreglements gelockert. Solche Phasen des Aufstiegs führen allerdings nicht zwangsläufig zu größerer Zufriedenheit, sondern können diese sogar verringern. Denn gerade wenn Dinge in Bewegung geraten, erhöht sich die Angst davor, am bevorstehenden Aufschwung nicht angemessen teilzuhaben, entstehen mitunter übertriebene Erwartungen, die von den Resultaten der Folgezeit nicht erfüllt werden.

Für die westdeutschen Forscher ergaben sich in diesem Wandlungsprozess ganz konkrete, veritable Chancen auf eigene Erfolge, nachdem sich die USA im Bereich der Kernwaffenentwicklung seit dem Zweiten Weltkrieg einen für Westdeutschland uneinholbaren Vorsprung gesichert hatten. Denn in besagtem Jahrzehnt befand sich die atomwissenschaftliche Welt in einer Phase des neuerlichen Aufbruchs, der Reorientierung und Bewegung. Es herrschte ein allgemeiner Optimismus, dass innerhalb weniger Jahre wirtschaftlich konkurrenzfähige Energieerzeugung durch Atomreaktoren möglich sein würde.¹⁷⁰ International begannen sich aufwändige Kooperationsorganisationen für gemeinschaftliches

170 Vgl. Bagge, Erich: Atomenergie für Friedenszwecke, in: Göttinger Universitäts-Zeitung, 19.12.1947; Prüß 1974, S. 21.

Forschen von Wissenschaftlern verschiedenster Nationalitäten zu konstituieren, so etwa 1952 der „Conseil Européen pour la Recherche Nucléaire“ (CERN).¹⁷¹ Die Deutschen hatten vor 1945 auf dem Gebiet der Kernphysik zur Weltelite gehört; nun wurden die Positionen und Ränge jedoch neu verteilt. Dadurch gerieten Heisenberg und seine Mitstreiter unter akuten Druck, in diesem aufgeregten Formationsstadium gut wegzukommen und Anschluss zu finden. Förderhin galt, innerhalb der Bundesrepublik eine zum Ausland konkurrenzfähige Forschung aufzubauen, wie aber auch, sich als Mitglieder in internationalen Netzwerken und Gemeinschaften einzufinden und zu etablieren. Die Kluft zu ausländischen Arbeiten war bereits groß und drohte sich mit hoher Geschwindigkeit noch weiter zu vertiefen.

Zu dem Rückstand kamen freilich noch weitere Probleme hinzu. Bis 1955 verhinderten die alliierten Kontrollratsgesetze ein staatlich im großen Stil gestütztes Förder- und Entwicklungsprogramm in der Bundesrepublik. Die westdeutsche Nuklearforschung war von 1945 an auf zehn Jahre hinaus, bis die prinzipiellen Verbote experimenteller Kernforschung infolge der wiedererlangten Souveränität schließlich 1955 entfielen, paralysiert gewesen. Innerhalb dieses bedrückenden Zeitraums konnte man aber zumindest die organisatorischen, planerischen und institutionellen Arrangements für eine dann möglichst rasant und mit allen Kräften aufzunehmende Nuklearforschung treffen. So dachten jedenfalls die Wissenschaftler.¹⁷² Die meisten deutschen Atomforscher – allen voran Werner Heisenberg – gingen fest davon aus, dass die Auflagen und Beschränkungen der Siegermächte nur vorübergehender Natur sein würden.¹⁷³ Für sie kam es deshalb darauf an, so weit wie möglich die notwendigen Bedingungen zu schaffen und Vorbereitungen zu treffen, um nach der Aufhebung der alliierten Besatzungsstatute verzögerungslos und mit vollem Tempo durchstarten zu können.

Die westdeutschen Kernphysiker gingen sogar noch weiter: Sie ließen sich von den Widrigkeiten der Besatzungszeit nicht beirren und nahmen ihre unterbrochenen, indessen noch nicht wieder erlaubten Forschungen munter wieder auf. Es dauerte nicht einmal über das Jahr 1950 hinaus, bis man sich in den Kreisen der Atomphysiker kaum mehr Gedanken über die Forschungsbeschränkungen machte, sich nicht länger ernsthaft um eine Verletzung etwaigen Besat-

171 Vgl. Hermann 1982, S. 212 f.

172 Vgl. Kraus 2001, S. 135.

173 Vgl. Stamm 1981, S. 155.

zungsreglements kümmerte.¹⁷⁴ Die Bundesregierung unterstützte sie sogar in diesem Bestreben, erwies sich zunächst als engagierte Fördererin und Interessentin der jungen Technologie. Beispielsweise erstellte der Deutsche Forschungsrat 1951 einen Forschungsplan, in dem eine ganze Reihe von Projekten einen Fortfall der besatzungsstatutarischen Restriktionen zur Voraussetzung hatte, darunter ganz besonders die zivile Kernenergienutzung. Tatsächlich erhielt dieser Bereich dann von den insgesamt fünf Millionen Mark, die das Bundesinnenministerium gewährte, immerhin eine zugewiesen. Ludwig Erhards Bundeswirtschaftsministerium stellte für ein Reaktorprojekt insgesamt 1,5 Millionen Mark aus seinem Forschungsetat zur Verfügung. Vertreter des Wirtschaftsministeriums und der DFG riefen Ende 1954 eine unauffällige Tarnorganisation, die „Physikalische Studiengesellschaft“, ins Leben, über die man, ohne im Ausland mit einem offiziell gehaltenen Reaktorprojekt für Aufheben zu sorgen, staatliche und industrielle Gelder akquirieren konnte. Über Stipendien schickte man deutsche Physiker während der Restriktionszeit in das materiell und forschungsinfrastrukturell viel besser ausgestattete Ausland, wo diese als Mitarbeiter an kernphysikalischen Instituten Erfahrung sammeln konnten. Der Bund war also in der Zeit vor 1955, dem Jahr der offiziellen Aufhebung der wichtigsten Beschränkungen, bereits für eine versteckte Förderung gewonnen worden.

Tatsächlich war es wohl so, dass die westdeutschen Atomphysiker keiner Illusion anhängen, wenn sie glaubten, durch die Entwicklung eines ausgereiften Reaktors die Rückkehr in die Weltelite ihres Metiers schaffen zu können. Bei angemessener Unterstützung des Staats und der freien Wirtschaft ließ sich der Anschluss an das vorausgeeilte Ausland wohl bewerkstelligen. Dies war zumindest die Vorstellung, der die meisten der westdeutschen Kernphysiker anhängen. Es gab sozusagen eine einmalige Chance der zivilen Nische. Denn die Regierungen nuklearwissenschaftlich führender Staaten hatten diesen Forschungsbereich in erster Linie mit großzügigen Investitionsleistungen unterstützt, um so schnell wie möglich in den Besitz von Kernwaffen zu gelangen. Rein zivile Zwecke spielten hingegen kaum eine Rolle. In Großbritannien war man den USA in den 1950er Jahren in der Reaktorforschung zwar voraus, doch dienten diese Entwicklungsanstrengungen mit dem Ziel, waffenfähiges Plutonium zu gewinnen, zuallererst militärischen Zwecken.¹⁷⁵ Die Vereinigten Staaten selbst kümmerten sich zum damaligen Zeitpunkt überdies noch kaum um den zivilen Anwen-

174 Vgl. zu diesem Abs. Gleitsmann 1986, S. 10 f.; Kitschelt, Herbert: Kernenergiepolitik. Arena eines gesellschaftlichen Konflikts, Frankfurt am Main/New York 1980, S. 46 f.; Müller 1990, S. 118 ff.; Prüß 1974, S. 23 f.; Stamm 1981, S. 156 f. u. S. 161 f.

175 Vgl. hier und folgend Prüß 1974, S. 20 f.

dungsbereich. Aufgrund der in großer Menge vorhandenen fossilen Energieresourcen verspürte man dort keinen sonderlichen Druck zur Entwicklung alternativer Wärmequellen und fast der gesamte Etat der „United States Atomic Energy Commission“ (USAEC)¹⁷⁶ – achtzig bis neunzig Prozent davon – floss sogar noch Ende der 1950er Jahre unverzüglich in den Militärbereich. Die kernphysikalischen Bemühungen im Ausland waren somit vorwiegend auf militärische Projekte ausgerichtet und vernachlässigten den zivilen Anwendungsbereich.¹⁷⁷

Der militärische Forschungszweig, auf den sich die Kollegen im Ausland spezialisiert hatten, war für die westdeutschen Atomphysiker jedoch gänzlich uninteressant. Dies aus zwei Gründen: Zum einen war eine eigene Atomwaffenherstellung nur zehn Jahre nach Kriegsende in der Bundesrepublik undenkbar, sie verbot sich geradezu. Zum anderen waren darin keine Leistungen, schon gar keine wissenschaftlichen, mehr zu erbringen. Längst hatten sich die beiden neuen Supermächte USA und UdSSR dieses Feld angeeignet, daneben stand bei anderen Mächten wie Frankreich und Großbritannien der Aufstieg in diese exklusive Riege unmittelbar bevor. Die westdeutschen Forscher mussten sich ihre Meriten – vielbeachtete Publikationen, Max-Planck-Medaillen, Nobelpreise – also andernorts erwerben.

Kurzum: Der Leistungsvorsprung von Kernwissenschaftlern in anderen Staaten war eindimensional, nämlich auf das Militärische beschränkt. Eine echte Gelegenheit, sich superbes Know-how, überlegene Kompetenz, wissenschaftliches Prestige, einzigartiges Wissen und nicht zuletzt öffentliche Anerkennung zu erschließen, gab es demgegenüber nur noch im Bereich der zivilen Kernenergieverwendung, die zu Beginn der 1950er Jahre noch „wissenschaftlich ein Höchstmaß an prestigebringender Grundlagenforschung garantierte“¹⁷⁸. Denn die Reaktorentwicklung warf ganz andere Probleme auf als solche, die während des US-amerikanischen „Manhattan“-Projekts zum Bau von Nuklearbomben bis 1945 wissenschaftlich bereits gelöst worden waren. Kaum ein Sachverständiger konnte im Jahr 1955 bestreiten, dass die Bundesrepublik auf diesem Gebiet „friedlicher“ Forschung den Vorsprung des Auslands bei entsprechender Unterstützung durch den Staat würde aufholen können. Zudem verfügte die Bundesrepublik gerade in den für die Kernenergieentwicklung bedeutsamen Bereichen in Wis-

176 Zur USAEC siehe auch Kap. 3.3.2 dieser Arbeit.

177 Vgl. Prüß, Karsten: Die Entwicklung der Schwerionenforschung in der BRD, in: Küppers, Günter/Stichel, Peter/Weingart, Peter (Hg.): Wissenschaft zwischen autonomer Entwicklung und Planung – Wissenschaftliche und politische Alternativen am Beispiel der Physik, Bielefeld 1981, S. 217-254, hier S. 223.

178 Kitschelt 1980, S. 46.

senschaft und Wirtschaft über ein hohes Potenzial, um mit eigenen Innovationen an die Erfahrungen des fortgeschrittenen Auslands anknüpfen zu können.¹⁷⁹ Nur war dazu eben die Bereitschaft der öffentlichen Hand zu einem beherzten Griff in die Staatsschatulle vonnöten. Zum Beispiel gelangten die späteren Manifestanten Riezler, Paul und Walcher 1959 zu der Auffassung, die missliche Lage der westdeutschen Kernphysik ließe sich vor allem durch technisch aufwändige und entsprechend teure Großbeschleuniger überwinden, die seinerzeit eigentlich bloß US-amerikanischen Forschern vorbehalten waren und deswegen Westdeutschland innerhalb Europas in eine Spitzenposition hätten katapultieren können.¹⁸⁰

Kernforschung an der Weltspitze, dies wurde schnell klar, würde wie kaum ein anderer Wissenschaftszweig enorm viel Geld verschlingen. Und wo Forschungslücken existieren, sind Marktlücken nicht weit entfernt. Insofern eignete sich die Atomwissenschaft ganz besonders, um die Privatwirtschaft für Subventionen zu gewinnen. Doch der Hauptadressat der Physikerbedürfnisse war immer noch der Staat, scheute die Wirtschaft doch die finanziellen Risiken, die mit der alleinigen Trägerschaft einer zwar aussichtsreichen, aber dennoch stark entwicklungsbedürftigen Technologie verbunden waren.

Und selbst nachdem die Politik während der Restriktionszeit alliierter Kontrollratsgesetze zum Unmut der Physiker bis 1955 die Möglichkeiten zur staatlichen Kernenergieförderung nicht mit vollem Elan und ganzer Kraft ausgeschöpft hatte,¹⁸¹ existierten die Chancen für ein schnelles Aufschließen zum Ausland noch immer, herrschten auch zur Mitte jenes Jahrzehnts ausreichend günstige Bedingungen vor, um den kernphysikalischen Forschungsrückstand zu bewältigen. 1954 lief das angloamerikanische Einkaufsmonopol auf dem Welturanmarkt aus, was erstmals den Ankauf kernphysikalisch unentbehrlicher Materialien erlaubte; und binnen des Jahres 1955 setzte innerhalb beider Machtblöcke eine Serie bilateraler Abkommen zur kontrollierten und abgestuften Weitergabe von Atomtechnologie ein – explizit, um eine ausschließlich zivile Nutzung zu beleben. Besonders die USA erkannten darin einen lukrativen Exportmarkt und versuchten über ihr sogenanntes „Atoms for Peace“-Programm außerdem eine un-

179 Vgl. Prüß, 1974, S. 33; ders. 1981, S. 223; Wirtz, Karl: Die Atomenergie-Konferenz in Genf vom 8. bis 20. August 1955, in: Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft, H. 4/1955, S. 205-211, hier S. 209.

180 Vgl. Müller 1990, S. 306 f.

181 Vgl. hierzu das folgende Kap. 3.3.2 dieser Arbeit.

kontrollierte Verbreitung von atomaren Machtpotenzialen zu vereiteln.¹⁸² Dies bot der Bundesrepublik einerseits die Chance, von der US-amerikanischen Kooperationsbereitschaft zu profitieren; andererseits aber auch die Gefahr, mangels Gerätschaften und Experimentalinfrastruktur nunmehr gegenüber einer noch größeren Zahl von Staaten auf dem Gebiet der Kernphysik ins Hintertreffen zu geraten. Dadurch kam es nunmehr stärker als zuvor auf das Regierungshandeln an. Und selbst die eigentlich so ernüchternde Atomkonferenz von Genf im Jahr 1955, welche den westdeutschen Forschern ihre momentane Zweit- bis Drittklassigkeit in schockierender Weise vor Augen führte, eröffnete optimistische Perspektiven.¹⁸³ Dort konnten die deutschen Forscher nicht nur die eindrucksvollen Errungenschaften des Auslands bewundern, sondern auch Forschungslücken, Innovationspotenziale, eben die Defizite herauslesen. Die Konferenz gab nämlich vor allem Aufschluss über die bestehende Forschungslücke in dem Bereich ziviler Kernkraftnutzung, konkret: über das Fehlen eines Energie erzeugenden Reaktors, der über die primitive Stufe eines kleinen Forschungsreaktors hinausreichte. Mit anderen Worten: Obgleich in den ersten sechs Jahren der Bonner Republik aus Sicht der Kernphysiker viel wertvolle Zeit mit Abwarten und Verhandeln vergeudet worden war, bestärkten sie diverse Entwicklungen und Beobachtungen in ihrer Überzeugung, in naher Zukunft wieder zur Weltspitze aufschließen zu können.

Heisenbergs eifriger Schüler Karl Wirtz, der mittlerweile im Göttinger Max-Planck-Institut für Physik die experimentelle Abteilung leitete, stellte fest, dass sich alle in Genf gezeigten Leistungsreaktoren – also solche, die zur kommerziellen Energiegewinnung gedacht waren – noch in einem frühen Entwicklungsstadium befanden und ihrer technischen Reife harren, man also ohne Weiteres Entwicklungsspielräume für eigene Reaktorkonstruktionen besitze. In Interviews verkündete Wirtz, es sei „durchaus nicht zu spät für uns, in diese Entwicklung einzusteigen“¹⁸⁴; mit weiteren Prognosen suchte er die Industrie mit der Aussicht auf reißende Absatzmärkte für Kernkraftwerke westdeutscher Fabrikation zu locken. Denn offenbar taugte keiner der in Genf inspizierten Reaktoren zur lohnenswerten Herstellung eines Duplikats – in diesen Glauben jedenfalls wollten

182 Vgl. hier und folgend Fischer 1994, S. 216 ff.; Müller 1990, S. 4; Stamm 1984, S. 164.

183 Zum Folgenden vgl. Fischer 1994, S. 232; Maier-Leibnitz, Heinz: Die Rolle der Wissenschaft bei den Anfängen der Kerntechnik, München 1957 (Festrede in München am 01.12.1956), S. 11-14; Prüß 1974, S. 22; Wirtz 1955 sowie Kap. 3.7 dieser Arbeit.

184 Zitiert nach Fischer 1994, S. 248.

die westdeutschen Kernphysiker ihre Regierung und die Wirtschaft versetzen. Und von den Verfahren zur Gewinnung von Atomenergie aus Uran seien auch keine neuen bekannt geworden. Außerdem signalisierten neben den USA auch andere Staaten, in Zukunft mit der Bundesrepublik kernentwicklungstechnisch zusammenarbeiten zu wollen. Noch 1957 schrieb Maier-Leibnitz, die „Frage nach dem besten Reaktor ist heute mindestens so offen wie im Jahre 1942“¹⁸⁵, und Karl Wirtz zufolge befand sich die Entwicklung noch „überall am Anfang“¹⁸⁶. Welcher Reaktortyp sich technologisch würde durchsetzen können, war also eine wissenschaftlich ungeklärte Frage, ein äußerst interessantes Forschungsobjekt für die westdeutschen Nuklearwissenschaftler und mitunter auch ein attraktives Objekt für mutige Investoren.

An dieser Stelle lässt sich für ein Fazit auf die treffenden Worte von Karsten Prüß zurückgreifen: „Zusammenfassend ergibt sich also, dass aufgrund der bestehenden Ausgangslage und der vorhandenen Interessen und Ziele bei Wirtschaft, Staatsverwaltung und Wissenschaft sehr gute Voraussetzungen für die Bildung einer Koalition zum Zwecke schnellen und gemeinsamen Aufbaus von Atomforschung, -technik und -wirtschaft in der BRD bestanden.“¹⁸⁷ Kurzum: Zur Mitte der 1950er Jahre durften die westdeutschen Nuklearforscher wieder optimistisch und selbstbewusst in die Zukunft blicken, sich mental auf ihre baldige Rückkehr in die Weltelite der Kernphysik vorbereiten.

3.3.2 Enttäuschung durch die Politik

„Verschwindend gering und einfach beschämend“: das verwehrte Geld

Sich in Kürze neuerlich im Championat der Nuklearwissenschaft beweisen zu dürfen, in die Spitzenforschung wiedereinzusteigen – dieser zentrale Wunsch vieler westdeutscher Atomwissenschaftler und ihrer Organisationen sollte sich so schnell allerdings nicht erfüllen. Denn wie sich schon bald zeigte, gewährte die Bundesregierung den Physikern nicht die angeforderten Mittel, räumte zu deren Unverständnis den vorgetragenen Belangen nicht die ersehnte politische Priorität ein. Keinesfalls war es dabei so, dass Adenauer nicht gewusst hätte,

185 Maier-Leibnitz 1957, S. 11.

186 Wirtz, Karl: Programmfragen der Kernenergiegewinnung. Überlegungen über bestreithbare Wege, in: Die Atomwirtschaft, Jg. 1 (1956) H. 7-8, S. 250-253, hier S. 251. Im Jahr 1942 wurde in den USA historisch der erste Reaktor kritisch und erzeugte Energie.

187 Prüß 1974, S. 36.

welche Pläne die Atomwissenschaftler schmiedeten und welche Vorstellungen sie von einem angemessenen Regierungshandeln besaßen. Die Atomforscher beließen die Regierung ganz bewusst nicht im Unklaren über ihre Bedürfnisse und Ziele, sondern brachten diese sogar äußerst präzise zum Ausdruck, z.B. über Resolutionen der DFG.¹⁸⁸ Auch waren in den frühen 1950er Jahre diverse Förderungsprogramme mit konkreten Zahlen erstellt und an die Regierung übermittelt worden. Nach Meinung der DFG hatte der Staat die Nuklearwissenschaft in einem solchem Umfang mit Geldmitteln auszustatten, dass der Anschluss an den technischen Stand ausländischer Forschung gelingen könnte. Schon aus dem Deutschen Forschungsrat hatte Adenauer 1950 hören müssen, dass die staatlich für die Wissenschaft aufgewendeten Mittel „verschwindend gering und einfach beschämend für diejenigen [seien], die die Verantwortung dafür tragen“¹⁸⁹. Und 1951 beschwor Hahn „die öffentliche Hand“, die „dauernde Abwanderung bananen [zu] helfen“¹⁹⁰ – die Wissenschaftsorganisatoren fürchteten sich nämlich angesichts der maroden Forschungsbedingungen in der Bundesrepublik vor einem regelrechten Exodus vielversprechender und leistungsbereiter Nachwuchskräfte in Richtung anderer Staaten.

Wie diskrepant allerdings geforderte und gewährte Mittel zueinander waren, veranschaulicht ein von Heisenbergs Deutschem Forschungsrat aufgestellter Forschungsplan, der im Jahr 1951 Vorhaben im Wert von nicht weniger als einhundert Millionen Mark auflistete.¹⁹¹ Obwohl dieser Plan später nur noch mit einem Viertel seiner Ausgangssumme rechnete, schrumpfte der im Nachtragshaushalt der Bundesregierung vorgesehene Betrag auf einen kläglichen Rest von fünf Millionen Mark, von denen wiederum nur eine an die Kernphysiker erging.¹⁹² Adenauer hatte zuvor jedoch ganze 25 Millionen Mark zugesagt, nachdem Heisenberg ihn auf die zivile Atomenergie als wichtiges Forschungs- und Entwicklungsfeld der Zukunft aufmerksam gemacht hatte. Den sparsamen Bundesfinanzminister Fritz Schäffer interessierte dies freilich nicht, er kürzte kurzerhand die Summe auf eben jene fünf Millionen Mark.¹⁹³ Diese unangenehme Erfahrung von eklatant mangelhaften Budgetzuweisungen, die entgegen vormaliger Ankündigungen am Ende obendrein stark zusammengestutzt wurden,

188 Vgl. Stamm 1981, S. 166. Wirtz sprach von einem „öfter angedeuteten Wunsch nach einer Intensivierung der Arbeiten auf dem Atomgebiet“; Wirtz 1956, S. 253.

189 Zitiert nach Eickemeyer 1953, S. 64.

190 Hahn 1975, S. 204.

191 Vgl. Eickemeyer 1953, S. 62 u. S. 67 f.

192 Vgl. Stamm 1981, S. 156 f.

193 Vgl. Müller 1990, S. 78 f.

setzte sich fort. Auch weiterhin blieben die aus Regierung kommenden Zusagen vielversprechend, doch geriet die staatliche Finanzierung immer wieder ins Stocken. 1955 erhielt Heisenberg jedenfalls stets nur unzufrieden stellende Statusmeldungen aus der Politik. Zwischen 1954 und 1955 kamen die Ausgaben des Staats für die Wissenschaft nie über 0,55 Prozent hinaus – dies aber in einer Zeit, in der sich die Steuereinnahmen bereits um etwa die Hälfte steigerten, vorgebliche Sparzwänge also kein glaubwürdiges Argument mehr für die reduzierten Zahlungen waren.¹⁹⁴ Somit strapazierte eine doppelte Vernachlässigung die Nerven der ambitionierten Kernforscher: Erstens unterschieden sich die staatlich gewährten Mittel immens von den angeforderten, z.T. bereits von den versprochenen; und zweitens stagnierten diese Zuwendungen in einer Phase stark steigender Staatseinnahmen. Auf die ambitionierten und wissenschaftspolitisch engagierten Kernphysiker musste all dies desillusionierend gewirkt haben: Eine offenkundig risikoscheue Industrie wollte nicht investieren, staatlicherseits legte der allzeit gestrenge Finanzminister Schäffer sein Veto ein.

Die westdeutschen Atomforscher mussten sich folglich über eine geringe Wertschätzung von Seiten ihrer Regierung grämen und sich im Vergleich mit ihren ausländischen Kollegen obendrein benachteiligt fühlen. Denn in anderen Staaten, so konnten sie aus eigener Anschauung oder über ihre international weitverzweigten Netzwerke erfahren, war alles anders: Die Staatsausgaben für wissenschaftliche Forschungszwecke waren in der Bundesrepublik nicht nur niedrig, sondern im internationalen Vergleich sogar peinlich gering. Zum Beispiel investierten die USA pro Bürger umgerechnet etwa siebzig Deutsche Mark, Großbritannien immerhin 25 Mark, die Bundesrepublik aber lediglich 7,75 Mark in die Finanzierung von Forschungsinstituten.¹⁹⁵ Zwischen 1950 und 1960 erhöhten sich die öffentlichen Ausgaben für Schulen und Hochschulen zwar um 240 Prozent von 2,5 Milliarden Mark auf 8,5 Milliarden Mark.¹⁹⁶ Ein Großteil dieser Gelder entfiel allerdings auf grundlegende Personal- und Baukosten, auf die Wiedererrichtung zerstörter Universitäten, wohingegen für einzelne Forschungsprojekte und teures Laboratoriums-Equipment hingegen kaum Gelder übrig blieben. Sogar einige 1955 zur Konferenz nach Genf gereiste Parlamentarier des Bundestages zeigten sich ob des enormen Kontrasts der Geldzuteilung

194 Vgl. Stamm 1981, S. 196.

195 Vgl. Schneider, Erich: Größe und Verfall der deutschen Wissenschaft im Zweiten Weltkrieg, in: o.V.: Bilanz des Zweiten Weltkriegs. Erkenntnisse und Verpflichtungen für die Zukunft, Oldenburg 1953, S. 249-264, hier S. 264.

196 Vgl. Palm, Günter: Die Ausgaben für Schulen und Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland 1950-1960, Frankfurt am Main 1963, S. 6 f.

im internationalen Vergleich bestürzt: Während in Frankreich 450 Millionen Mark aus dem öffentlichen Haushalt für die Atomforschung ausgegeben wurden, waren dies in der Bundesrepublik nur schier lächerlich geringe 1,9 Millionen Mark.¹⁹⁷ Neidisch blickten die Atomforscher deshalb über den Atlantik, wo die USA jedes Jahr insgesamt fünf Milliarden Dollar in die wissenschaftliche Forschung steckten, und durch die Einrichtung von großen Laboratorien mit enormen Millionensummen die Forschungslandschaft erblühen ließen.¹⁹⁸ Selbst 1961 standen die staatlichen Entwicklungszuschüsse aus Bonn erst bei rund 330 Millionen Mark.¹⁹⁹

Man könnte vermuten, dass die Kassen des Bundeshaushalts damals – immerhin lag der Zusammenbruch des Deutschen Reichs gerade einmal zehn Jahre zurück – nun einmal leer und die Haushaltslage dementsprechend angespannt war. In diesem Fall wäre der staatliche Sparkurs verständlich, wären die Begehren der Wissenschaftler übertrieben gewesen. Doch dem war nicht so. Kaum eine Regierung nach dem zweiten Kabinett Adenauer verfügte jemals wieder über derart üppige Geldmittel. Diese hatten sich, als „Juliusturm“ bezeichnet, binnen kurzer Zeit auf einem Konto der Bank Deutscher Länder, der späteren Bundesbank, angesammelt.

Der Juliusturm trägt womöglich zum Verständnis der vielschichtigen Motive der Göttinger Manifestanten bei. In historischer Anlehnung war er nach dem Turm der Berliner Zitadelle Spandau benannt, in dem Preußen einst seinen Kriegsschatz beherbergt hatte. In den 1950er Jahren handelte es sich nunmehr um einen von Bundesfinanzminister Fritz Schäffer angelegten Hort von Steuergeldern. Vor allem sollte er – und hier liegt die Brisanz im Hinblick auf die Atomwissenschaftler und ihr Manifest – der Finanzierung der Wiederbewaffnung und der Einbindung der Bundesrepublik in europäische Militärstrukturen dienen. Als im zweiten Quartal des Jahres 1952 der bundesrepublikanische Fiskus erstmals schwarze Zahlen schrieb, begann Schäffer mit dem Aufbau eines Reservefonds, dem er massiv überschüssige Steuergelder zuführte. Dahinter steckte die wahltaktische Überlegung, die Kosten einer geplanten Armee im Vorhinein durch streng angesparte Steuerüberschüsse zu decken, um nicht etwa unmittelbar vor der nächsten Bundestagswahl zum Verdross der Wählerschaft eine Steuererhöhung vornehmen zu müssen. Zum Fälligkeitstermin der Zahlungs-

197 Vgl. Fischer 1994, S. 242.

198 Vgl. Die Atomwirtschaft, Jg. 1 (1956) H. 7-8, S. 249.

199 Vgl. o.V.: Staatliche Atomausgaben seit 1956, in: Die Atomwirtschaft, Jg. 7 (1962) H. 12, S. 597.

gen, so das Kalkül, wäre man dann ausreichend liquide, ohne unliebsame Maßnahmen auf Kosten des Wahlergebnisses ergreifen zu müssen.²⁰⁰

Dieses Vorgehen ermöglichte eine sich wandelnde Haushaltslage des Bundes. Denn in den frühen 1950er Jahren begannen die Steuereinnahmen, stärker als erwartet zu sprudeln. Die Summen der damals staatlich angehäuften Gelder waren beeindruckend hoch: Im Zeitraum von 1952 bis 1955 addierten sich die Einzahlungen in den Juliusturm auf 3,3 Milliarden Mark, um bis 1956 auf über sieben Milliarden Mark anzuschwellen.²⁰¹ 1956/57 machte diese Rücklage nicht weniger als zwanzig Prozent des bundesdeutschen Gesamthaushaltsvolumens aus. Mit dem Abbau dieses sagenhaften Geldhorts begann die Bundesregierung erst 1957 – im Jahr der Bundestagswahl verteilte der Patriarch Adenauer generös vier Milliarden Mark aus dem Juliusturm für populäre Aktionen wie die Rentenreform, mit denen er sich nicht zuletzt die Gunst der Wähler erkaufen wollte.²⁰² Man kann ungefährdet zu dem Schluss kommen, dass in jenen Jahren, die Heisenberg und Konsorten einstimmig als entscheidend für den wissenschaftlichen Anschlussgewinn an das Ausland und das internationale Forschungsniveau erachteten, die Bundeskasse eine extreme Liquidität aufwies. Sie war mithin so leistungs- und damit zahlungsfähig wie vielleicht nie wieder danach. Im Gegensatz zu den Jahren vor 1952 konnten finanzielle Forderungen an den Staat nun kaum mehr mit dem altbewährten Hinweis auf klamme Kassen und eine allgemein prekäre Haushaltssituation pariert werden. Doch die Gelder, welche der Atomforschung hätten zugutekommen können – mit denen Labore, Großinstrumente und Personal hätten ausgestattet, beschafft und angestellt werden können –, wurden aus Sicht der Wissenschaftler stattdessen vom Finanzministerium und mit der Billigung des Bundeskanzlers in irgendeinem undurchsichtigen Fonds deponiert. Das Ganze ist im Übrigen auch nicht besonders geheim geblieben. In der Bevölkerung war die Existenz des Juliusturms weitläufig bekannt und sorgte seinerzeit auch für große Kontroversen.²⁰³

Daraus ergab sich ein bemerkenswertes Missverhältnis: Zur selben Zeit, in der Schäffer Gelder en masse auftürmte, darben die Wissenschaftsorganisationen, deren bedeutsamste Klientel damals vor allem die Kernphysiker waren, in

200 Vgl. hier und folgend Marschner, Peter: Die Argumentation in der Kontroverse um den sogenannten „Juliusturm“, Dissertation, Marburg 1964, S. 93.

201 Vgl. Pagels, Wilhelm: Der „Juliusturm“. Eine politologische Fallstudie zum Verhältnis von Ökonomie, Politik und Recht in der Bundesrepublik, Dissertation, Hamburg 1979, S. 59 f.

202 Vgl. Marschner 1964, S. 78 f.

203 Vgl. Noelle/Neumann 1957, S. 213; Pagels 1979, S. 108-120.

der Erwartung, baldigst staatliche Gelder zu empfangen. Beispielsweise litt die DFG in ihrem Berichtsjahr 1954/55 unter „einer stark fühlbaren finanziellen Beengung“²⁰⁴; trotz entsprechender Forderungen erhielt sie keine nennenswerte Etataufstockung aus dem augenscheinlich vor Finanzkraft nur so strotzenden Fiskus. Schlimmer noch: Stattdessen mussten die Mittel für ihre Schwerpunktprogramme, unter denen sich selbstverständlich auch die Kernphysik befand, sogar gekürzt werden.²⁰⁵ Und im Folgejahr „verstärkte sich die finanzielle Förderung auch weiterhin in nur unzulänglichem Maße“²⁰⁶. Die Wissenschaftsorganisation adressierte daher eine ziemlich unverhohlene Kritik an die politisch verantwortlichen Stellen: Es müsse „daher erneut der Wunsch ausgesprochen werden, dass sich der Bundestag diesen Notwendigkeiten der wissenschaftlichen Arbeit nicht verschließen und eine Mittelbewilligung auf längere Frist ins Auge fassen möge“²⁰⁷.

Die DFG wusste darüber hinaus von riesigen Geldsummen, die im Verteidigungshaushalt lagerten und für Forschungsvorhaben reserviert waren – freilich implizit für vorwiegend militärisch verwertbare Projekte.²⁰⁸ Doch die DFG, am wenigsten die damals in ihr einflussreichen Atomforscher, wollte sich angesichts der noch jungen NS-Vergangenheit nicht mit dem Odium militärischer Auftragsforschung belasten. Diese nicht abgerufenen Beträge, die sich auf über vierzig Millionen Mark beliefen, in den Etat eines anderen, dem Anschein nach weniger kompromittierenden Ministeriums einzustellen, dies lehnte man im Kanzleramt zum Verdruss der DFG und der von ihr vertretenen Wissenschaftler allerdings ab.

Doch die Atomforscher blieben hartnäckig und unternahmen stets weitere Versuche. Bereits 1950 hatte der DFR die Bundesregierung von der Idee unterrichtet, einen „Nationalfonds für die deutsche Wissenschaft“ zu gründen.²⁰⁹ In diesem sollten sich Gelder ansammeln, die ohne Zeitverluste für Forschungsprojekte verteilt werden könnten. Die Finanzierung sollte über jährliche, prozentual

204 Deutsche Forschungsgemeinschaft: Bericht der Deutschen Forschungsgemeinschaft über ihre Tätigkeit vom 1. April 1954 bis zum 31. März 1955, Bad Godesberg 1955, S. 11.

205 Vgl. dies.: Bericht der Deutschen Forschungsgemeinschaft über ihre Tätigkeit vom 1. April 1955 bis zum 31. März 1956, Bad Godesberg 1956, S. 16.

206 Ebd., S. 11.

207 Ebd., S. 16.

208 Vgl. Stamm 1981, S. 255.

209 Vgl. Eickemeyer 1953, S. 69 f.; ders.: Gebt der Forschung materielle Lebensmöglichkeiten, in: Industriekurier, 30.12.1950.

vom Volkseinkommen abhängige Beiträge erfolgen. Und tatsächlich verwirklichte die Bundesregierung diese Idee auch – nur in einem völlig anderen, für die Wissenschaftler geradezu zynischen Kontext. Sie richtete einen solchen Fonds nämlich nicht für die Zivilwissenschaft, sondern für das Militär zum Zwecke der Wiederaufrüstung ein: Dies war besagter Juliusturm.²¹⁰

Die Rücklagen aus dem Juliusturm bedeuteten aus der Sicht von Heisenberg, Maier-Leibnitz, Riezler u.a., dass vorhandene staatliche Geldmittel der Forschung trotz eines geradezu penetrant und pathetisch angemeldeten Bedarfs systematisch verwehrt blieben, um mit ihnen stattdessen militärische Ausgaben zu decken. Die Bundesregierung stellte damit ganz offenkundig die Belange militärischer Modernisierung über den wissenschaftlichen Fortschritt auf zivilem Sektor. Vieles spricht dafür, dass Adenauers Ankündigung, Atomwaffen anzuschaffen, den Atomwissenschaftlern wie ein Affront verächtlicher Art vorgekommen sein muss – würde schließlich der Ankauf, geschweige denn die eigenständige Produktion dieser Gerätschaften massive Gelder verschlingen. Die Regierung zeigte sich unverkennbar bereit, kostbare Mittel eher in kriegerrische Bewaffnung als in zivile Forschung zu investieren, damit aber sowohl die Aufstiegsmöglichkeiten der Kernphysiker zu beschneiden, wie auch deren Reputation zu schädigen. Und dabei waren doch beide Bereiche, Militär und Nuklearwissenschaft, nach dem Krieg aus einer ähnlich schweren Position gestartet, was die Argumentation der Bundesregierung an Glaubwürdigkeit kostete. Schließlich war die Entmilitarisierung ebenso Bestandteil des alliierten Besatzungsstatuts gewesen wie der Verbot von ausgiebiger Atomforschung – nur mit dem entscheidenden Unterschied, dass der Aufbau und die Modernisierung einer Armee mit großen Energien vorangetrieben, die Atomwissenschaftler aber immer wieder aufs Neue mit dem Hinweis auf die Einschränkungen der alliierten Besatzungsregelungen, die bedauerlicherweise nicht umgangen werden könnten, beschwichtigt und hingehalten worden waren.

„Unvorhersehbare Entwicklungsmöglichkeiten“: die Regierung als Chancentod

Neben den verwehrt Geldmitteln enttäuschte die Bundesregierung außerdem durch ihr administratives Handeln im Allgemeinen, das den Atomforschern und ihrem Organisator Heisenberg viel zu behäbig und ineffektiv vorkam. Entschei-

210 Vgl. Röhl, Hans Christian: Der Wissenschaftsrat. Kooperation zwischen Wissenschaft, Bund und Ländern und ihre rechtlichen Determinanten, Baden-Baden 1994, S. 3; Schimank, Uwe/Lange, Stefan: Hochschulpolitik in der Bund-Länder-Konkurrenz, in: Weingart/Taubert (Hg.) 2006, S. 311-346, hier S. 318.

dend für die hier vorgebrachte Annahme eines anhaltenden „Physikerverdrusses“ erweist sich der Punkt, dass die westdeutschen Nuklearwissenschaftler sehr früh eine optimistische Erwartungshaltung eingenommen hatten, die mit einer schnellen Wiederaufnahme offizieller deutscher Kernforschung rechnete. Diese kam bspw. in einem Vortrag Otto Haxels aus dem Jahr 1952 zum Ausdruck, in dem er zum einen enthusiastisch „unvorhersehbare Entwicklungsmöglichkeiten“ prognostizierte, zum anderen mit einer baldigen Lockerung der alliierten Kontrollratsbestimmungen rechnete, die es ermöglichen würde, „wenigstens die Tuchfühlung mit dieser technischen Neuentwicklung zu halten“.²¹¹ Ende 1952 wählte sich dann Heisenberg bereits vor diesem Ziel, als er gemeinsam mit Adenauer auf einer Festveranstaltung feierlich die Absicht zum Bau eines eigenen Kernreaktors bekanntgab.²¹² Der Kanzler betraute zudem mit Wirtschaftsminister Erhard einen Bundesminister von Rang mit dem Fall. Angesichts dieser hoffnungsvollen Signale aus der Politik bestand seit 1952 folglich die konkrete Aussicht auf Abhilfe, darauf, die ersten Schritte zum großen Ziel eines vollwertigen Nuklearforschungszentrums im Stile der US-amerikanischen „Big Science“ endlich zu bekommen. Adenauer sah für die Leitung eines solchen Projekts seinen langjährigen Berater Heisenberg und dessen Zögling Wirtz, also de facto das Göttinger Max-Planck-Institut (MPI), vor.²¹³ Mit anderen Worten avancierte Heisenberg 1952 zum designierten Leiter eines deutschen Kernforschungszentrums. Er konnte sich aufgrund seines vergleichsweise engen Verhältnisses zum Kanzler berechtigterweise Hoffnungen auf eine fulminante Zukunft machen. Von da an entwickelte sich das Projekt, zumindest für Heisenberg, allerdings zu einem Alptraum – binnen eines kurzen Zeitraums oszillierte die Zukunftsperspektive des erfolgsverwöhnten Kernphysikers zwischen Euphorie und Trübsal.

Um die Reaktorentwicklung nach dem Wegfall der Beschränkungen wieder aufnehmen zu können, mussten im Vorfeld drei Aufgaben bewältigt werden: Erstens benötigte man eine gesetzliche Grundlage im Rahmen eines Atomgesetzes, das zum Zwecke einer möglichst großen Reichweite im bundesdeutschen Föderalismus im Bundestag verabschiedet werden musste; zweitens bedurfte es der Konstituierung eines Aufsicht führenden Organs nach den Vorbildern der Atomenergiebehörden in den USA, Großbritannien und Frankreich; schließlich

211 Haxel 1953, S. 19.

212 Vgl. Stamm 1981, S. 157 f. Für Weihnachten 1954 ließ sich Adenauer von Heisenberg sogar mit populärwissenschaftlicher Literatur über Kernenergienutzung versorgen, die er seinen sonst üblichen Kriminalromanen vorzog; vgl. Hoffmann 2005, S. 195.

213 Vgl. Heisenberg 1976, S. 256 f.; Stamm 1981, S. 174.

drittens musste eine die Mittel verteilende und das Projekt letztlich leitende Managementinstanz eingerichtet werden.²¹⁴ Diese Aufgaben, die eigentlich ohne jede Verzögerung und vor allem unabhängig vom exakten Termin der Revision des alliierten Besatzungsstatuts hätten angegangen und verrichtet werden können, harrten jedoch jahrelang ihrer Erfüllung – und das, obwohl die beabsichtigte Liberalisierung des Besatzungsreglements seit spätestens Herbst 1952 bekannt war und seither politisch vorangetrieben worden war. Dies kostete die deutsche Reaktorforschung wertvolle Forschungsjahre und vergrößerte den ohnehin bestehenden Rückstand zum praktisch kernforschenden Ausland noch einmal enorm. Das Bundeswirtschaftsministerium erwies sich überdies für diesen Aufgabenkomplex binnen kurzer Zeit als unfähig, überfordert und desinteressiert. Insofern reproduzierte die westdeutsche Regierungsarbeit die Nachteile, welche den Kernforschern aus dem Zweiten Weltkrieg und dem nationalsozialistischen Regimen erwachsen waren, statt sie auszugleichen.

Heisenbergs ursprüngliche Annahme, die Umsetzung seiner Pläne würde vornehmlich von Seiten der Alliierten in den formalen Beschränkungen des Besatzungsstatuts liegen, erwies sich somit als falsch. Vielmehr blockierte seiner Beobachtung nach hauptsächlich das politische Handeln der Bundesregierung das deutsche Reaktorprojekt. Denn Adenauer hatte die Probleme der außenpolitischen Entwicklungen zeitweise unterschätzt, entgegen seiner Hoffnung konnte die staatliche Souveränität nicht bereits für das Jahr 1953 erreicht werden. Da der Kanzler nun länger als geplant diplomatischen Taktierens bedurfte und währenddessen im Ausland nicht für Unruhe sorgen wollte, musste das politisch brennende Reaktorprojekt zunächst zurückgestellt werden. Der politische Erfolg Adenauers ging zu Teilen auf Kosten der westdeutschen Kernphysiker. Wäre Heisenberg über die praktischen Folgen von Adenauers Primat des Politischen informiert gewesen, wäre er sicherlich in Wut über die Politik ausgebrochen. Doch der Kanzler beließ ihn im Glauben, alles in seiner Macht stehende zum Wohle der Nuklearforschung zu unternehmen. Doch stimmte dies nicht.

Anfang 1953 wies Adenauer seinen Minister Erhard an, die Gründung einer Atomenergiekommission hinauszuzögern.²¹⁵ Und im Grunde ging es in der folgenden Zeit so weiter. 1954 akzeptierte Adenauer eine Aufrechterhaltung der Beschränkungen für die deutsche Kernenergieforschung für weitere zwei Jahre, um damit seinen Verhandlungspartnern ein diplomatisches Zugeständnis zu machen.²¹⁶ Die Vorarbeiten sowohl in Wissenschafts- als auch Industriekreisen wa-

214 Vgl. hier und folgend Stamm 1981, S. 158.

215 Vgl. ebd., S. 175.

216 Vgl. hier und folgend Müller 1990, S. 114 ff.

ren aber zwischenzeitlich so weit gediehen, dass für ein weiteres Fortkommen nun endlich Genehmigungen erteilt, Mittelbereitstellungen und Absprachen getroffen werden mussten, die wiederum von einer eigens hierfür errichteten gesetzlichen Basis abhingen – doch blieb ein solches Atomgesetz weiterhin aus. Auch hier handelte es sich demnach um eine von den beteiligten Akteuren für unnötig befundene Verzögerung durch die Politik – zwischen dem Rückgewinn staatlicher Hoheitsgewalt im Jahr 1955, die auch wieder eine Kernenergieforschung offiziell erlaubte, und der Verabschiedung eines Bundesatomgesetzes vergingen bis 1960 noch einmal ganze viereinhalb Jahre. Mit der formalen Gründung von Großforschungsanlagen, die dann in den folgenden Jahren baulich erst noch errichtet werden mussten, begann der Bund nicht vor 1956 (in Karlsruhe und zum Teil Jülich); erst Anfang 1957 folgte in Berlin das Hahn-Meitner-Institut für Kernforschung;²¹⁷ dem Hamburger DESY (Deutsches Elektronen-Synchrotron) ebnete die Bundesregierung nicht vor 1959 den Weg. Typen all jener Anlagen existierten in den USA demgegenüber schon seit den 1940er Jahren. Das erste Atomprogramm wurde dort – zwar spät, aber noch früher als in der Bundesrepublik – Ende des Jahres 1957 beschlossen.²¹⁸

Der ehemalige nuklearwissenschaftliche Vorreiter Deutschland rannte nur noch hinterher. In den Bemerkungen der Kernphysiker schwang dann auch ein Unterton der Verärgerung mit. Wirtz sprach z.B. von den „bisher in schwer verständlicher Weise vernachlässigten Arbeiten auf dem Gebiet der friedlichen praktischen Kernenergiegewinnung“²¹⁹, die nun endlich aufgenommen werden müssten. Auch der nuklearwissenschaftliche Nestor Hahn kritisierte Mitte der 1950er Jahre den Rückstand der deutschen Kernforschung im Kontrast zu dem Reaktorboom im Ausland und wies mahnend auf den zehnjährigen Vorsprung anderer Staaten hin.²²⁰ Er brachte offen zum Ausdruck, dass „bei den deutschen Kernphysikern eine gewisse Enttäuschung verbreitet [sei], um nicht zu sagen Resignation“²²¹. Die von den Atomwissenschaftlern erlebte, ja erlittene Verzögerung durch das politische Handeln der Bundesregierung war gerade in dieser Zeit besonders kritisch; denn im Zuge der 1955 erlangten Souveränität Westdeutsch-

217 Vgl. Lehr, Günter: Beginn der Forschungspolitik in der Physik nach Kriegsende, in: Küppers, Günter/Stichel, Peter/Weingart, Peter (Hg.): Wissenschaft zwischen autonomer Entwicklung und Planung – Wissenschaftliche und politische Alternativen am Beispiel der Physik, Bielefeld 1981, S. 57-88, hier S. 73 f.

218 Vgl. Kitschelt 1980, S. 63 f.

219 Wirtz 1955, S. 210.

220 Vgl. Kraus 2001, S. 145.

221 Zitiert nach ebd.

lands stellte sich aufgrund der bislang unterbundenen nun aber gewachsenen Möglichkeiten der kernphysikalischen Forschung ein umso größeres Bedürfnis nach schneller wie effizienter und in den Mitteln starker Unterstützung durch den Staat ein.²²² Die Entwicklung der Bundesrepublik und die der dort ansässigen Kernenergieforschung gerieten in eine Schieflage: Letztere hielt mit dem Fortschritt ersterer nicht mit. Nahezu jeder in Westdeutschland arbeitende Atomphysiker musste angesichts des Ausmaßes der politischen Förderung im Bereich Kernenergieforschung zur Mitte der 1950er Jahre unbefriedigt sein. Kurz: In diesem kritischen Abschnitt der Geschichte deutscher Kernenergieentwicklung ereignete sich die folgenreiche Enttäuschung von Erwartungen einer ganzen Wissenschaftlerelite durch das unzureichende Handeln der Bundesregierung.

Institutionelle Ärgernisse

Auch in einem weiteren Punkt waren die Erfahrungen mit der Politik schlecht. Die institutionellen Formen, die Adenauer für das zukünftige atompolitische Handeln wählte, entsprachen nicht den Wünschen und Vorstellungen der Atomwissenschaftler. Für einen wirksamen Steuerungsapparat der Kernenergieforschung schwebten den Atomwissenschaftlern mächtige Instanzen vor, wie sie ihnen z.B. in Gestalt der „Atomic Energy Commission“ in den USA (USAEC) begegnet waren, einer beeindruckenden Behörde mit hauptamtlich Beschäftigten, deren Kompetenzen zum Teil weit über diejenigen eines klassischen Ministeriums hinaus reichten und die direkt dem Regierungschef unterstand.²²³ Die USAEC wurde vom US-Kongress sogar als „most totalitarian commission in all history“²²⁴ kritisiert. Ein solchermaßen mächtiges Kontrollgremium musste einen elitär orientierten Mann wie Heisenberg, der die Geschicke des Wissenschaftsmanagements nicht forschungsfernen Politikern überlassen wollte, ganz automatisch faszinieren. Er wünschte sich einen solchermaßen institutionalisierten Einfluss auf die Politik auch für sein Heimatland. Zumal: Man konnte ja sehen, dass eine derartige Konstruktion innerhalb einer staatlichen Führung, noch dazu im damals mächtigsten Staat der Welt, möglich war. Wie in den USA beanspruchte die deutsche Kernphysikelite für die Organisation der Atomforschung Autonomie, wollte staatliche Prokura zugewiesen bekommen.

In der DFG erhoffte man sich eine aus „wenigen sehr hochgestellten Persönlichkeiten“ bestehende Institution, die den „als Ausführungsorganen beteiligten

222 Vgl. Prüß 1974, S. 35.

223 Vgl. Radkau 1980, S. 40; Stamm 1981, S. 160.

224 Zitiert nach Prüß 1974, S. 19.

Bundesministerien im Rahmen der gesetzlichen Zuständigkeit verbindliche Anweisungen“ erteilen dürfte.²²⁵ In dieser Skizze lässt sich ein eindeutiger Exekutivanspruch erkennen; die Wissenschaftler beanspruchten im Bereich der Kernforschungsförderung nichts Geringeres als die Lenkung ganzer Bundesministerien. Doch nichts deutete auf eine entsprechende Bereitschaft des deutschen Staats, des Kanzlers Adenauer hin. Das Konzept, das die Bundesregierung ihrerseits für eine Atomkommission vorsah, zog demgegenüber eine klare Trennlinie zwischen dem, was Beratung, und dem, was Exekutive sein sollte.²²⁶ Es beschränkte den gestalterischen Raum der Wissenschaftler de facto auf den einer gewöhnlichen Abteilung innerhalb eines Bundesministeriums. Doch die Atomforscher – und hier nicht nur Heisenberg und v. Weizsäcker mit ihrer Idee eines Forschungsrates – intendierten eine Einrichtung, die mehr als nur ein „wissenschaftlicher Beirat“ sein sollte. Offenkundig waren die Atomforscher dem naiven Glauben erlegen, Konrad Adenauer würde seine atompolitische Richtlinienkompetenz einem Gremium von Wissenschaftlern übertragen.²²⁷ Einen solchen Schritt tat der machtbewusste Kanzler selbstredend nicht; und so lag das institutionelle Arrangement fernab der Interessen und Vorstellungen von Heisenberg und seinen Kollegen.

Die Folge war, dass sich fortan zwischen der Atomkommission des Ministeriums und der DFG ein spannungsgeladenes Konkurrenzverhältnis um die urtümliche Geldverteilungskompetenz der Wissenschaftsorganisation entspann. Obwohl sie formale Mitglieder der Atomkommission waren, gerieten Atomwissenschaftler wie Haxel und Heisenberg mit der neuen Institution in ihrer gleichzeitigen Rolle als Interessenwahrer der DFG in Konflikt.²²⁸ Es war schon pikant: Ein Jahr vor der Göttinger Erklärung, im Mai 1956, entzog Atomminister Strauß der DFG – und somit auch den Atomwissenschaftlern – die Autorität über das Budget. Sämtliche für die Atomforschung bereitgestellten Gelder des Bundes sollten von nun an zentral vom Bundesatomministerium verwaltet werden. Dort aber waren über die Deutsche Atomkommission schon nach kurzer Zeit die Ver-

225 Jeweils zitiert nach Radkau 2006, S. 43. Zu DFG-Vorstellungen vgl. auch Fischer 1994, S. 250 f.

226 Vgl. Pesch, Jürgen Peter: Staatliche Forschungs- und Entwicklungspolitik im Spannungsfeld zwischen Regierung, Parlament und privaten Experten, untersucht am Beispiel der deutschen Atompolitik, Dissertation, Freiburg 1975, S. 16 f.; Stamm 1981, S. 160 u. S. 169 f.

227 Vgl. Radkau 2006, S. 36 u. S. 43; Stamm 1981, S. 164 f.

228 Vgl. hier und folgend Stamm 1981, S. 185-192 u. S. 201.

treter der Wirtschaft, Spitzenmanager der Bundesrepublik mithin, tonangebend – jedoch nicht mehr die Kernphysiker.

Die Befürchtungen der Wissenschaftsorganisatoren, die Kontrolle über ihr Projekt zu verlieren, schienen sich durch die Politik der Bundesregierung inzwischen zu bewahrheiten. Einer der späteren Achtzehn, Walther Gerlach, warnte als Vizepräsident der DFG davor, die Forschungsstätten durch mangelnde staatliche Unterstützung und die Angewiesenheit auf private Spenden in zu starke Abhängigkeit von Wirtschaftsunternehmen geraten zu lassen. Denn unter keinen Umständen wollte man sich von effizienzorientierten Managern die Forschungsprogramme vorschreiben lassen. Das Atomministerium beraubte die DFG noch dazu ausgerechnet jener Förderungskompetenz für Vorhaben der kernphysikalischen Grundlagenforschung, die insbesondere für Heisenberg wichtig war, nachdem er sich frustriert von dem westdeutschen Reaktorprojekt abgewandt hatte.²²⁹ In der DFG empfand man dies als staatliches Verdikt, als eine empfindliche und unangemessene Beschneidung der Forschungsfreiheit durch die Regierung. Dieser staatlich angewiesene Verlust von Eigenständigkeit und Freiheit vervollständigte die zum damaligen Zeitpunkt ohnehin schon üppige Liste erlittener Rückschläge und Enttäuschungen. Der von 1955 bis 1964 amtierende DFG-Präsident Gerhard Hess zog in den 1960er Jahren rückblickend das verdrößliche Resümee, die DFG sei durch die Bildung des Atomministeriums aus der Förderung der „zentralen mit Atomkernenergie zusammenhängenden Wissenschaftsgebiete ausgeschieden“.²³⁰

In der Folgezeit versuchte die DFG daher, die Deutsche Atomkommission zu infiltrieren und ihren staatlich verordneten Einflussverlust auf alternativen Pfaden wieder rückgängig zu machen.²³¹ Zunächst schien diesem Unterfangen sogar ein gewisser Erfolg beschieden zu sein. Denn die DFG-Senatskommission für Atomphysik wurde in Personalunion als gleichnamiger „Arbeitskreis“ in die Deutsche Atomkommission einfach übernommen. Die Fachwissenschaftler blieben also scheinbar unter sich und konnten als verschworene Truppe und unbehelligt von Staatsbeamten ihre Pläne umsetzen. Ganz so war es in der Realität dann freilich nicht, vielmehr wurde man sich des bestimmenden Einflusses, ja der Dominanz der schlagfertigen und über Geldmittel gebietenden Wirtschaftsvertreter bewusst, welche die Wissenschaftler unter ihre kommerziellen Interessen zu zwängen suchten. Insoweit verloren die Atomwissenschaftler, damit auch die Max-Planck-Gesellschaft und die Deutsche Forschungsgemeinschaft als die

229 Zu diesen Umständen vgl. Kap. 3.6.1.

230 Zitiert nach Stamm 1981, S. 192.

231 Vgl. zu diesem Abs. Prüß 1974, S. 40 f. u. S. 47; ders. 1981, S. 224-229.

führenden Wissenschaftsorganisationen, in den Jahren 1955 und 1956 infolge der im Atomministerium institutionalisierten Atompolitik der Bundesregierung einige wichtige, weil finanzielle Befugnisse. MPG und DFG waren mitsamt der ihnen assoziierten Koryphäen, von denen einige zu den späteren Manifestanten zählten, von der Politik degradiert und düpiert worden. Vor diesem Hintergrund drückte sich in der Göttinger Erklärung nicht nur der Verdruss von Einzelpersonen, sondern auch jener der maßgeblichen Wissenschaftsorganisationen aus.

Wie auch immer, das 1955 gegründete Atomministerium war international zwar ein Unikum und insofern nach außen hin ein Privileg für die Nuklearforscher,²³² doch in erster Linie auf Drängen der interessierten Wirtschaft entstanden.²³³ Und den Wirtschaftsmanagern war an einem Einfluss der Atomforscher, der über den für sie undurchsichtigen Bereich wissenschaftlicher Fragestellungen hinausging, wenig nicht gelegen. Daher auch rührte ihr Wunsch nach einer Atomenergiebehörde, die sich von dem US-amerikanischen Muster deutlich unterschied; aus diesem Grund erstrebten sie eine kleine Beratungs- und Kommunikationsinstanz, die den Verbänden der Wirtschaft keine Kompetenzen stehlen, dennoch stark genug für notwendige Ergebnisse sein würde. Der zuständige Staatssekretär Wolfgang Cartellieri erläuterte, dass das Atomministerium deshalb als klein gehaltene Behörde konzipiert worden war, die sich auf die „Entfaltung der Unternehmerinitiative“²³⁴ konzentrieren sollte. Außerdem verfolgte die Regierung mit dieser Gründung nicht allein das Ziel einer schnellstmöglichen Anschlussgewinnung an den internationalen Forschungs- und Entwicklungsstand, sondern sie sollte auch der wiedergewonnenen Souveränität des deutschen Staats Ausdruck verleihen. Die Ministeriumserrichtung war „ein Stück Wiedergewinnung von Rang und Geltung“²³⁵, wie Strauß in seinen Memoiren schrieb. Man wollte mit anderen Staaten wieder auf Augenhöhe verhandeln können.²³⁶ Mit anderen Worten: Die von Adenauer geschaffenen Institutionen für die zukünftige Atompolitik orientierten sich zuvorderst an den Interessen von Wirtschaft und Regierung; sie widersprachen hingegen in vielen Punkten den Vorstellungen der Atomforscher und stifteten, nachdem sich die Bundesregierung durch ihre Politik der Verzögerung und die unzureichende Förderung in Sachen

232 Vgl. Radkau 2006, S. 33.

233 Vgl. Fischer 1994, S. 249 f.; Kitschelt 1980, S. 48; Prüß 1974, S. 39 f.; ders. 1981, S. 223 f.

234 Zitiert nach Prüß 1974, S. 39.

235 Zitiert nach Radkau 2006, S. 35.

236 Vgl. Fischer 1994, S. 261 f.

Kernenergie bereits bei den Wissenschaftlern hinreichend unbeliebt gemacht hatte, zusätzliche Unzufriedenheit.

Eine frustrierte Kohorte

Dass sich die Bundesregierung vor 1955, dem Jahr wiedererlangter Souveränität und der Aufhebung von wesentlichen Besatzungsrestriktionen der Alliierten, in der Förderung der Kernenergie nicht offiziell betätigte und man die vorbereitenden Maßnahmen lediglich über improvisierte Organisationen, im Schatten von Tarnung und in weitgehender Selbstverwaltung vornehmen musste, akzeptierten die Kernphysiker als wohl unvermeidliche, letztlich vielleicht sogar vorteilhafte und ihnen zupass kommende Umstände. Schließlich wollte man am liebsten sowieso bloß passiv aus der Staatskasse alimentiert werden und sich nicht bürokratisch in die Forschungsplanung hineinpfuschen lassen.²³⁷ Zudem konnte im Ausland wenigstens keine Besorgnis ob irgendwelcher geheimen Atomprojekte erregt werden. Aber dass die staatlichen Förderungs- und Vorbereitungstätigkeiten in den Augen der meisten Atomphysiker zu langsam, zu ungenügend und allzu zurückhaltend vorstattengingen, störte sie dann doch.

Am stärksten verdrossen war wohl Heisenberg – kein Wunder, war er doch so etwas wie der „Star“ der deutschen Atomphysik. Und er hatte für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg konkrete, anspruchsvolle Pläne für seine Zukunft gefasst. Was Heisenberg am sehnlichsten begehrte, war ein internationaler Zusammenhang von Wissenschaftlern – eine familiäre Gemeinschaft mithin –, bevölkert von ehrgeizigen und leistungsbereiten Physikintellektuellen unterschiedlichster nationaler Herkunft und sozialer Couleur, die in modernst mit allerhand Großgerät ausgestatteten Räumlichkeiten gemeinschaftlich ihren Wissensdurst würden stillen dürfen; von physikwissenschaftlichen Zampanos geleitete Kolloquien, in denen hochambitionierte Eleven in fieberhafter Atmosphäre einem unbändigen Erkenntnisdrang nachgingen und sich über die fabelhaftesten Lösungen berieten; dies alles sozialromantisch umrahmt von gemeinsamen Ausflügen in die Natur, kollegialem Beisammensein unter Genuss von wohlgeschmeckenden Konditoreischöpfungen oder beruhigenden Klängen musikalischer Instrumente; sodann gehörten zu dieser Vorstellung produktive Laboratorien – großangelegte

237 Sehr illustrativ für diese Haltung ist eine gegen Ende des Jahres 1950 vorgetragene Forderung des DFR-Geschäftsführers, nach welcher der Staat und die Wirtschaft „verpflichtet sind, die Forschung genügend zu dotieren und dass über die Verwendung der bereitgestellten Mittel nicht bürokratisch, sondern nach dem Rat der Forschung selbst zu entscheiden ist“ [i.O. kursive Herv.]; Eickemeyer, Helmut: Gebt der Forschung materielle Lebensmöglichkeiten, in: *Industriekurier*, 30.12.1950.

Zentren der Kernenergieforschung –, in denen sich allerhand arrivierte und potenzielle Exzellenzen der Atomphysik als Professoren, Assistenten und Stipendiaten tummeln sollten. Jedenfalls lief dies alles auf ein zentrales Bedürfnis hinaus: viel Geld, Kontrolle und Autonomie vom Staat, um die eigenen Vorstellungen von Forschung realisieren zu können. Dies war Heisenbergs Phantasie, der er einerseits melancholisch nachhing, andererseits verbissen entgegen strebte. An ihr wird deutlich, wie unzufrieden die westdeutschen Physiker mit ihren Arbeitsbedingungen gewesen sein mussten. Denn ein Arrangement mit Zweit- oder Drittklassigkeit und der Verwaltung materiellen Mangels – das war die Sache solch hochambitionierter Forscher ganz sicher nicht.

Schlussendlich: Die Bundesregierung, deren unumstrittener Kopf in den 1950er Jahren aufgrund seiner durchgehenden Regentschaft Adenauer war, war den Aufforderungen der Wissenschaftler nach im großen Stil angelegten Subventionen nicht nachgekommen. 1950 war aus dem DFR der Appell erklingen, dass „jeder Verantwortliche in Politik, Industrie und Wirtschaft sich der Schwere und Tragweite der Krise, in der sich die deutsche Wissenschaft heute befindet, bewusst werden und sich nach besten Kräften bemühen [möge], an ihrem Wiederaufbau mitzuhelfen.“²³⁸ Die besagten „besten Kräfte“ hatte Adenauer allerdings nicht der Wissenschaft zuteilwerden lassen.

Der gesamte hier geschilderte Motivkomplex einer Gruppe von Enttäuschten lässt sich auf einen elementaren Makel des Regierungshandelns herunterbrechen: den der mangelnden Abstimmung und Verständigung. Schon im „Dritten Reich“ hatten die Physiker die Erfahrung gemacht, keinen kommunikativen Zugang zu den Regierenden zu erhalten, in Fachfragen nicht um Rat gebeten und nicht gehört zu werden.²³⁹ Heisenberg beschuldigte Hitler, den Physikern den durch die Entdeckung der Kernspaltung 1938 errungenen Vorteil „weggenommen“²⁴⁰ zu haben. Strauß und Adenauer sorgten zwar für eine gewisse Integration und Konsultation einiger Exponenten der Atomphysik in atompolitischen Entscheidungsprozessen. Sie gaben den Wissenschaftlern aber nicht das Gefühl, auch tatsächlich in den Anliegen ernst genommen, respektiert und offen wie ehrlich behandelt zu werden. Zudem verfügte die Regierung über keinerlei plausible Rechtfertigung für ihre Budgetpolitik, die das Militär zum Nachteil der Wissenschaft begünstigte. Die Physiker standen dem Primat des Militärischen verständnislos gegenüber – sei es aus pazifistischer Überzeugung oder mit Blick ihren eigenen Bedarf an Mitteln. In dieser Hinsicht speiste sich der Unmut einer ganzen Ko-

238 Zitiert nach Eickemeyer 1953, S. 66.

239 Vgl. Hermann 1982, S. 187 ff.

240 Zitiert nach Walker 1993, S. 537.

horte von Professoren eines wissenschaftlichen Fachbereichs, der sich gegen die nationale Regierung richtete, im Wesentlichen aus einer mangelhaften, bisweilen trügerischen Kommunikation und gerann bis 1957 zu einem an dieser Stelle methodisch zwar nicht in aller Exaktheit nachweisbaren, aber durchaus denkbaren Protestmotiv. Zumal, das Regierungsprogramm behandelte die politischen Forderungen der Atomwissenschaftler äußerst stiefmütterlich.

3.4 ELITE OHNE REPRÄSENTANZ IN DER REGIERUNG

Gerade während der parlamentarischen Dominanzphase bürgerlicher Parteien befanden sich die Atomwissenschaftler in einer politischen Repräsentanz-Lücke. Zwar nahm die Bundesregierung, somit auch die Union, ihre mit Vehemenz vorgetragenen Forderungen nach staatlichen Subventionen bejahend auf, doch ließ sie ihren Ankündigungen nicht in erwartetem und für angemessen gehaltenen Umfang politische Taten folgen. Wie gesagt, nahm sich das Verhältnis zwischen Ankündigung und Umsetzung äußerst diskrepant aus. Heisenbergs Enttäuschung steht hierfür exemplarisch.²⁴¹ Demgegenüber die SPD: Sie nahm sich politisch der Bedürfnisse der Kernforscherelite an, griff die Forderungen Heisenbergs und seiner Kollegen sogar programmatisch auf, präsentierte sich im Vergleich zu den Unionsparteien als die fraglos bessere Alternative. Auf dem Münchner Parteitag 1956 verabschiedeten die Sozialdemokraten einen „Atomplan“.²⁴² Dieser huldigte den neu erkannten Wunderwirkungen der Kernkraft für die Elektrizitätserzeugung und Verwendung in der Medizin – das also, was Otto Hahn stets als die „segensreichen“ Aspekte dieser Energiequelle zu bezeichnen pflegte. Die sozialdemokratische Schrift war gleichsam eine Lobpreisung der zivilen Kernenergienutzung – und damit weitgehend deckungsgleich mit den Absichten der deutschen Kernphysikelite. Dass die SPD aus dem Atomzeitalter in euphorischer Technikgläubigkeit eine neue sozialistische Heilsutopie kreierte, in der es nach den Worten Carlo Schmid zukünftig „Muße für alle“²⁴³ – also neben den oberen Gesellschaftsschichten auch für die Arbeiter – geben würde, brauchte die Nuklearforscher nicht zu stören. Die SPD war damit die Partei, welche den überwiegend der CDU zuneigenden Göttinger Achtzehn programmatisch am stärksten nahestand. Sie gab sich das Profil der „eigentlichen Atompartei“ und schwelgte

241 Siehe hierfür Kap. 3.6.1 dieser Arbeit.

242 Vgl. hierzu Kriener, Manfred: Das atomare Glück, in: Die Zeit, 14.09.2006; Strauß 1989, S. 228 ff.

243 Zitiert nach Strauß 1989, S. 230.

in der Vision eines auf friedlicher Atomtechnologie gründenden Atomzeitalters. „Dieses irdische Atom-Paradies ersetzte gerade für die reformorientierten Sozialdemokraten jenes der klassenlosen Gesellschaft.“²⁴⁴

Und die Sozialdemokraten kritisierten auch die angeblich von Langsamkeit und gravierenden Versäumnissen geprägte Atompolitik der Bundesregierung. Auch hier findet sich folglich eine Übereinstimmung mit Heisenberg, der nach 1955 fast jede sich zur öffentlichen Regierungsschelte bietende Gelegenheit nutzte.²⁴⁵ Vor allem aber ließ die SPD nicht viel von Atomraketen und ähnlichen Waffentypen verlautbaren, sondern beschränkte sich rhetorisch explizit auf die zivile Kernenergienutzung. Und sie war es auch, die einen Teil des für militärische Ausgaben vorgesehenen Juliusturms der wissenschaftlichen Forschung zukommen lassen wollte.²⁴⁶ Mindestens in diesen beiden Punkten, die für die Nuklearwissenschaftler von elementarer Bedeutung waren, lag sie auf einer Linie mit Heisenberg, Hahn und deren Mitstreitern. Die bürgerlich-konservativen Regierungsparteien, die soziografisch den atomwissenschaftlichen Professoren eigentlich viel näher als die sozialistisch agitierende SPD standen, repräsentierten demgegenüber eine den Forschern unbehagliche Politik der atomaren Aufrüstung und ungenügenden Subvention friedlicher Forschungszweige. Doch lagen die Wissenschaftler auf den meisten anderen Politikfeldern selbstredend wieder auf der Linie des Adenauer-Kabinetts und suchten überdies zugunsten ihres öffentlichen Einflusses parteipolitische Neutralität zu wahren, weshalb sie sich politisch nicht der Sozialdemokratie verschrieben.²⁴⁷

Kurzum: Die Elite eines gesellschaftlichen Personenkreises, die Atomwissenschaftler, die sozialstrukturellen Merkmalen wie Einkommen, Herkunft und Berufsstatus nach eigentlich eher dem bürgerlichen Lager zuzurechnen war, stand in einem für sie persönlich zentralen politischen Standpunkt – der Priorität der öffentlichen Kernforschungsförderung gegenüber anderen Investitionsbereichen sowie der Festlegung auf ausschließlich friedliche bzw. zivile Anwendung der Forschungsergebnisse – fernab der in den 1950er Jahren mit CDU/CSU,

244 Schildt, Axel: Bürgermacht gegen die Bombe, in: Spiegel Online/einestages, 17.04.2008, online einsehbar unter: http://einestages.spiegel.de/static/topicalbumbackground/1812/buergermacht_gegen_die_bombe.html [eingesehen am 17.04.2008].

245 Vgl. Kap. 3.6.1 dieser Arbeit.

246 Vgl. Schulz, Hans-Dieter: Der Bundeshaushalt, in: Telegraf, 10.05.1957.

247 Politisch standen die meisten der Göttinger Achtzehn allem Anschein nach den Unionsparteien am nächsten; vgl. Radkau 2006, S. 54.

FDP, DP und GB/BHE sämtlich mit Parteien des Bürgertums und konservativen Lager besetzten Bundesregierung.

Insbesondere Heisenberg hatte in die Regierung im Speziellen und die Politik im Allgemeinen noch nie wirklich großes Vertrauen gesetzt. Seine Erlebnisse in der Weimarer Republik und der nationalsozialistischen Diktatur hatten ihn skeptisch gestimmt. Ihm schwebte schon einige Jahre, noch bevor es überhaupt einen Bundeskanzler geben sollte, eine ganz andere Moderation der Beziehungen zwischen Wissenschaftlern und Politikern vor: der Deutsche Forschungsrat.

3.5 DER DEUTSCHE FORSCHUNGSRAT UND DIE GÖTTINGER ERKLÄRUNG

Noch im englischen Farm Hall, unmittelbar nach dem Zusammenbruch des NS-Systems, dachte Heisenberg sofort in neuen Kontexten, die von seiner gegenwärtigen Situation der faktischen Kriegsgefangenschaft losgelöst waren. Dabei wählte er sich zusammen mit seinen Kollegen als Kern einer westeuropäischen Forscherelite auf internationaler Ebene.²⁴⁸ Speziell Heisenberg und v. Weizsäcker ersannen Zukunftsszenarien, in denen es galt, die Wissenschaft von der Regierung unabhängig zu machen und stattdessen selbst politischen Einfluss zu erlangen. Schon damals erstrebte Heisenberg eine technokratische Kontrolle über die Nuklearforschung durch die Wissenschaft – ein Vorhaben, das er im Anschluss an seine Rückkehr nach Deutschland einige Jahre lang mit Beharrlichkeit verfolgen sollte.²⁴⁹

Obzwar dies in Texten über Heisenbergs Vita ab und an so dargestellt wird, handelte es sich bei der Konzeption eines Forschungsrates beileibe nicht um eine Einrichtung, die dem Staat „zum eigenen Nutzen“²⁵⁰ gereichen sollte. Was Heisenberg wollte, war ein herausgehobenes Gremium, das – besetzt mit Wissenschaftlern von großem persönlichen Prestige und vorzüglichem Ansehen – qua

248 Vgl. Walker 1993, S. 538 f.

249 Zum folgenden Abs. vgl. Heisenberg, Werner: Die Einheit der Forschung, in: Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung, 24.12.1949; ders. 1976, S. 238 ff.; Kraus 2001, S. 124; Müller 1990, S. 70-74; Osietzki, Maria: Wissenschaftsorganisation und Restauration. Der Aufbau außeruniversitärer Forschungseinrichtungen und die Gründung des westdeutschen Staates 1945-1952, Köln/Wien 1984, S. 337-346; Radkau 2006, S. 37; Schneider 1953, S. 254-258; Stamm 1981, S. 39; Zierold 1968, S. 269 ff.

250 Carson 2005, S. 215.

fachmännischer Autorität über die Vergabe von Forschungsgeldern und die Aufnahme bestimmter Projekte entscheiden, aber auch hinsichtlich der Forschungspolitik konkreten Einfluss auf staatliche Behörden und die Öffentlichkeit nehmen sollte. Es war als ein politisch unabhängiges Beratergremium ausgelegt, das die Verbindung zwischen Staat und Wissenschaft in – vor allem aus Sicht der Wissenschaftler – geeigneter Weise herstellen und im Vergleich zur Vergangenheit intensivieren sollte.²⁵¹ Aus der ernüchternden Ergebnislosigkeit der deutschen Atomforschung während des „Dritten Reichs“, einem prägenden „Schlusserlebnis“²⁵², zog Heisenberg die Lehre, dass Wissenschaft und Politik, insbesondere aber staatliche Verwaltungsstellen, viel enger miteinander in Kontakt zu stehen hätten.

Heisenbergs Idee und zugleich Hoffnung bestand in der Möglichkeit, außerhalb von bürokratischen Strukturen des Staats und ohne die fachfremde Intervention irgendwelcher politischer Akteure, aber eben auch ohne Restriktion durch Proporz und anderweitige Rücksichtnahmen, wie sie der professionellen Politik in einer Parteiendemokratie genuin zu eigen sind, einen veritablen Einfluss auf die Forschungspolitik nehmen zu können. Die Politik hatte Heisenberg in der Vergangenheit, besonders während der nationalsozialistischen Zeit, schon häufig als eine merkwürdige Sphäre kennengelernt, in der reichlich irrationale und in wichtigen Punkten falsche Entscheidungen getroffen werden. Seine Erlebnisse aus der Weimarer Republik und dem „Dritten Reich“ prägten seine generelle Sichtweise auf die Politik. In den zurückliegenden zwei Jahrzehnten hatte er immer wieder die negative Erfahrung gemacht, dass staatliche Stellen und politische Bedürfnisse die Forschungsbemühungen lähmen und blockieren konnten. Dies frustrierte und ärgerte ihn. Heisenberg wollte schlichtweg nicht einleuchten, weshalb streng nach rationalen Kriterien beurteilbare Sachverhalte in demokratischen Abstimmungen und politischen Aushandlungsprozessen entschieden werden sollten. Wissenschaftler, so meinte er, müssten den Politikern bedeuten, dass „es sich nicht nur um den Ausgleich widerstreitender Interessen handelt, sondern dass es oft sachlich bedingte Notwendigkeiten gibt, die in der Struktur der modernen Welt begründet sind und bei denen ein irrationales Ausweichen in gefühlsbestimmtes Denken nur zu Katastrophen führen“²⁵³ kann. Heisenbergs wissenschaftspolitisches Verständnis war stark von „autoritativen und meritokra-

251 Seine Satzung setzte dem DFR das Ziel, als „zentrale Verbindungsstelle zwischen Staat und Wissenschaft“ zu fungieren; Eickemeyer 1953, S. 14.

252 Hermann 2007, S. 92.

253 Heisenberg 1976, S. 239.

tischen“²⁵⁴ Zügen geprägt. Er war der Überzeugung, dass „seine wissenschaftlichen Meriten auch zu einer Vorrangstellung und Einflussnahme im Politischen berechtigten“. Es nimmt daher kaum Wunder, dass Heisenberg, wie übrigens auch Hahn, geradezu panisch reagierte, sobald sich eine politische Einflussnahme auf Wissenschaftsorganisationen wie die MPG abzeichnete.²⁵⁵ Politische Mitsprache fasste er als Gefährdung der eigenen Autonomie auf. Freiwillig wollten Hahn und Heisenberg der Politik somit unter keinen Umständen Mitspracherechte in ihren Organisationen einräumen, zeigten sich dabei also im Unterschied zu ihren eigenen Erwartungen an die Politik ihrerseits gegenüber anderen Erfahrungswelten und Kompetenzwerten bemerkenswert unaufgeschlossen, ja feindselig.

Deshalb befürwortete Heisenberg noch vor der offiziellen Gründung der Bundesrepublik eine zentrale Forschungsförderung anstelle einer föderalistischen Zersplitterung, sprach sich also gegen die spätere Konstruktion aus, in welcher sehr viele Entscheidungen auf Landesebene zu treffen waren.²⁵⁶ Ferner maß er Wissenschaftlern als Experten für ihre eigenen Belange und alltäglichen Anwenden rationaler Argumentation einen objektiv unverzerrten, somit überlegenen Einblick in die konkret nachweisbaren Notwendigkeiten der Forschungsrealität bei. Würde nämlich erst „das vernünftige Denken“ wieder einmal über die „irrationalen Emotionen der Politik und des Krieges“ Oberhand gewinnen – dies erwartete Heisenberg –, so könnte man „mit dem Missbrauch der Wissenschaft ohne allzu große Schwierigkeiten fertig werden“²⁵⁷. In der Überzeugung Heisenbergs sollten Wissenschaftler „in die Arbeit der Politiker ein konstruktives Element von logischer Präzision, von Weitblick und sachlicher Unbestechlichkeit bringen“²⁵⁸. Außerdem fußten seine Bemühungen auf der Erkenntnis, dass die Wissenschaft auch in die Kontrolle ihrer eigenen Errungenschaften mit eingebunden werden müsse, um Geschehnisse wie Hiroshima und Nagasaki in Zukunft verhindern zu können. Stellt man in Rechnung, dass Heisenberg in den US-amerikanischen Atombombenabwürfen vor allem eine Rufschädigung für die Kernenergieforschung sah, strebte er eine Institutionalisierung der morali-

254 Hier und folgend Schirmacher 2007, S. 16.

255 Vgl. Osietzki 1984, S. 112.

256 Vgl. Heisenberg, Werner: Die Einheit der Forschung, in: Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung, 24.12.1949; ders. 1989, S. 71.

257 Diese Zitate aus: ders.: Die Beziehungen zwischen Gesellschaft und Wissenschaft im Spiegel der Lindauer Tagungen, in: Dées de Sterio, Alexander (Hg.): Nobel führte sie zusammen. Begegnungen in Lindau, Stuttgart 1975, S. 84-99, hier S. 85 f.

258 Zitiert nach Kraus 2001, S. 124.

schen Verantwortung des Forschers nur nach außen an, wollte in Wirklichkeit allerdings vielmehr Kontrollmöglichkeiten gegenüber der staatlichen Exekutive gewinnen, um eben solche sich negativ auf das Ansehen seines Forschungsbereichs auswirkenden Maßnahmen und Beschlüsse der Politiker in Zukunft mit eigener formaler Autorität abwenden zu können.

Heisenbergs Idealvorstellung sah demzufolge einen vermeintlich moralisch und vernunftmäßig unerschütterlichen Rat von fünfzehn bis maximal zwanzig Personen vor, der sich nach dem Prinzip der Kooptation rekrutierte. Der Nobelpreisträger und führende Atomphysiker sah in der Neugründung des deutschen Staats, der Phase eines fundamentalen Umbruchs in Richtung eines demokratischen Systems also, eine einzigartige Gelegenheit, ein elitär und gänzlich undemokratisch²⁵⁹ rekrutiertes Wissenschaftlergremium mit exekutiven Kompetenzen auszustatten und es als explizit nichtpolitisches Korrektiv der Regierung, mithin der Politik insgesamt, zu etablieren. In Heisenbergs Worten klang das freilich etwas dezenter: „Ich wollte also der Wissenschaft ein gewisses Recht zur Initiative in öffentlichen Angelegenheiten verschaffen.“²⁶⁰ Und: Durch den DFR „sollte dafür gesorgt werden, dass eine für das gemeinsame Wohl möglichst nützliche Verbindung zwischen den Behörden und der Wissenschaft geschaffen“²⁶¹, eine „sachgemäße Beratung“²⁶² gewährleistet würden. In Wirklichkeit beabsichtigte Heisenberg nichts weniger, als „die Forschung vor unliebsamen externen Ansprüchen zu schützen“²⁶³, sich im eigenen Wirkungsfeld größtmögliche Autonomie zu bewahren.

Um dieses ehrgeizige Ziel zu verwirklichen, suchte Heisenberg so früh wie möglich den Kontakt zur augenfällig wichtigsten Persönlichkeit in der deutschen Politik, zu Bundeskanzler Konrad Adenauer. Zuvor hatte er im März 1949 den Deutschen Forschungsrat ins Leben gerufen; dieser sollte der institutionelle Träger all seiner Pläne und am Ende die erstrebte wissenschaftspolitische Beratungs- und Entscheidungsinstanz sein.²⁶⁴ Dem Vorhaben, ihn zu etablieren,

259 Gegen diesen Einwand brachte der DFR-Geschäftsführer das wohl für Heisenbergs Konzept bezeichnende Argument vor: „Wissenschaftliche Erkenntnisse gelten auch ohne parlamentarische Bestätigung.“ In: Eickemeyer 1953, S. 233.

260 Heisenberg 1976, S. 239.

261 O.V. (Interview mit Werner Heisenberg): Der Deutsche Forschungsrat, in: *Physikalische Blätter*, H. 6/1950, S. 170 ff.

262 Heisenberg, Werner: Die Einheit der Forschung, in: *Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung*, 24.12.1949.

263 Osietzki 1984, S. 342.

264 Vgl. ebd., S. 259 u. S. 346.

widmete Heisenberg auch einen Großteil seiner Zeit,²⁶⁵ was zu seinem persönlichen Leidwesen auf Kosten seiner wissenschaftlichen Arbeit ging. Umso mehr musste das spätere Scheitern seines Konzepts den unermüdlichen „Workaholic“ Heisenberg verdrießen – hatte dieser doch in dessen Verwirklichung viel Energie gesteckt und mit dem selbstaufgelegten Verzicht auf wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn aus seiner Sicht viel Lebenszeit vergeudet.

Dem DFR gehörten mit einer erdrückenden Dominanz von Naturwissenschaftlern fünfzehn Mitglieder an.²⁶⁶ Den Forschungsrat als eine Institution disziplinübergreifender Expertise zu bezeichnen, wäre allerdings nicht einmal mit Wohlwollen glaubwürdig zu bewerkstelligen. In diesem Aspekt findet ein nicht gering egoistischer Zug von Heisenbergs Konzept seinen Ausdruck. Heisenberg wollte den DFR zur Stärkung von dessen Autorität und zum Zwecke eines ergiebigen Kommunikationskanals sodann institutionell direkt an das Bundeskanzleramt angliedern.²⁶⁷ Von einem solch privilegierten Zugang zur Bonner Machtzentrale erhoffte er sich nicht zuletzt einige Millionen Mark für wissenschaftliche Förderungsmaßnahmen.²⁶⁸ Naturgemäß erhob sich gegen diesen Kompetenzanspruch der Wissenschaft prompt Widerstand aus dem Kabinett, vor allem von Innenminister Gustav Heinemann. Adenauer selbst lavierte, beschied dem Vorhaben weder eine sofortige Ablehnung, noch traf er eine positive Entscheidung. Stattdessen ließ er das Projekt verenden. Er profitierte dabei von einem wissenschaftspolitischen Konflikt. Denn Heisenberg und sein Forschungsrat mussten sich mit einer konkurrierenden Wissenschaftsorganisation, der „Notgemeinschaft“ (NG),²⁶⁹ duellieren, die ihnen zwischenzeitlich als mächtiger Rivale erwachsen war.²⁷⁰ Zwischen DFR und NG entspann sich ein intensiver Streit, den die Kontrahenten in erster Linie um Form und Ausmaß der Einflussnahme wissenschaftlicher Gremien auf politische Entscheidungen führten. Die Notgemeinschaft, die von den Kultusministerien der Länder gestützt wurde, arrangierte

265 Vgl. beispielhaft für Heisenbergs Engagement den Briefwechsel mit Gerlach im Zeitraum des Jahres 1949, abgedruckt in: Gerlach, Walther: Walther Gerlach (1889-1979). Eine Auswahl aus seinen Schriften und Briefen, Hg. von: Bachmann, Hans-Reinhard/Rechenberg, Helmut, Berlin u.a. 1989, S. 230-245.

266 Vgl. Eickemeyer 1953, S. 19 u. S. 21.

267 Vgl. ebd., S. 73 u. S. 121.

268 Vgl. Hermann 2007, S. 95.

269 Zur Notgemeinschaft vgl. Zierold 1968, S. 279 ff. Die Notgemeinschaft der Wissenschaften diente zur Aufrechterhaltung und Förderung der hochschulgebundenen Forschung.

270 Vgl. zu diesem Konflikt Osietzki 1984, S. 344 ff., S. 349 ff. u. S. 362.

sich im Frühsommer 1949 mit der Privatwirtschaft und ging infolgedessen eine enge Verbindung mit einem Stifterverband deutscher Industrieller ein. Im Ergebnis besaß sie nun eine privatwirtschaftliche Finanzierungsquelle, wodurch der DFR im Konkurrenzkampf mangels eigener Geldquellen ganz erheblich ins Hintertreffen geriet. Seine Existenz endete schließlich im August 1951 durch die Fusion²⁷¹ mit der NG zur Deutschen Forschungsgemeinschaft – einem Kompromiss, der Heisenberg ein „hohes Maß an Selbstverleugnung“²⁷² abverlangte. Somit erlebte Heisenberg seine erste große Niederlage nach dem Krieg nicht zuletzt infolge eines Bundeskanzlers, der sich für sein Konzept – das immerhin in einer demokratisch fragwürdigen Weise Regierungskompetenzen zu übernehmen trachtete – schlichtweg nicht zu interessieren schien. Die ärgsten Gegner von Heisenbergs Forschungsrat waren im Übrigen wiederum Politiker, in diesem Fall die um ihre Kulturhoheit besorgten und in dieser Angelegenheit ausnahmsweise beinahe als geschlossene Garde auftretenden Kultusminister der Länder;²⁷³ Adenauer, der damals unnötige Konflikte sorgsam zu vermeiden suchte, hatte mit diesen nicht in offene Konfrontation treten wollen. Zwischen dem Kanzler und dem Wissenschaftsorganisator Heisenberg bestand daher über lange Zeit ein einseitiges Nutzenverhältnis: Adenauer nahm gerne gelegentlich Ratschläge des Atomforschungsexperten Heisenberg entgegen, aber ein ihn politisch einengendes Gremium an seiner Seite wollte er nicht dulden und enthielt dem Göttinger Professor daher in diesem Punkt seine politische Unterstützung vor.

Es ist anzunehmen, dass die Forschungspolitik der Bundesregierung in Sachen Atomenergie in den Augen Heisenbergs vor allem deshalb ineffektiv und verzögernd ablief, wenn nicht gar scheiterte, weil eine Instanz wie der Forschungsrat fehlte. Für eben dieses konkrete Anliegen eines wissenschaftlichen Brückenkopfs in der exekutiven Politik, darauf deuten Heisenbergs Handeln und die Ausgestaltung des DFR-Konzepts jedenfalls hin, war Heisenberg nach dem Krieg wissenschaftspolitisch aktiv geworden und hatte gehörigen Wissenschaftlereinfluss auf die Regierung institutionell festschreiben wollen. Die Entscheidung zur Ausrüstung der Bundeswehr betrachtete Heisenberg wohl als einen jener politischen Beschlüsse, die er allenthalben als „irrationales Ausweichen in gefühlsbestimmtes Denken“ und in Widerstreit zu „sachlich bedingten Notwendigkeiten“ stehend betrachtete – solche Entscheidungen also, gegen die sich der

271 Vgl. hierzu Eickemeyer 1953, S. 75 f.

272 Zitiert nach Hermann 2007, S. 96.

273 Vgl. Stamm 1981, S. 281.

Forschungsrat präventiv richtete.²⁷⁴ Derlei hätte Heisenberg wohl über die Macht des DFR zu bekämpfen gesucht.

Der Deutsche Forschungsrat war für Heisenberg folglich in den Jahren vor der Göttinger Erklärung von 1957 eine ungemein wichtige Angelegenheit gewesen. Das Scheitern dieses Projekts in seiner Reinform veranlasste ihn jedoch nicht, die dahinter stehenden Ideen und Grundprinzipien einer Verantwortungswahrnehmung der Forscher aufzugeben. Vor diesem Hintergrund kann man die Göttinger Erklärung, auch die Mainauer Kundgebung, als einen Notbehelf, eine wissenschaftspolitische Improvisation sehen, doch noch – in diesem Fall über die entschlossene Hinwendung zur Öffentlichkeit, zur Bevölkerung, 1957 obendrein in einer für die Regierung außergewöhnlich kritischen Phase eines Wahljahres – im Kanzleramt zu dem gewünschten Einfluss zu kommen – über den alternativen Kanal eines politischen Manifests. Heisenberg kapitulierte in dieser Sache nie, sondern suchte sich in passenden Situationen neue Wege, seine Ziele zu erreichen.

Einen davon, so soll hier behauptet werden, stellte das politische Manifest des Jahres 1957, mehr als fünf Jahre nach dem Aus für den DFR, dar. Die Göttinger Erklärung wies Wesenszüge des Forschungsrates auf. Ganz im Sinne des DFR-Konzepts verlangte sie eine politische Maßnahme – den Verzicht auf bundesdeutsche Atomwaffen – auf der legitimierenden Grundlage wissenschaftlicher Beurteilungskraft. Sie verwirklichte insofern ein zentrales Anliegen des gescheiterten Forschungsrates. Dessen Geschäftsführer Helmut Eickemeyer umschrieb dieses als die „Berücksichtigung des Rates der Wissenschaft durch die Politik in allen Fragen, die auf wissenschaftlicher Basis geklärt werden können“²⁷⁵. Um die politische Einflusslosigkeit der Erkenntnisgewinner zu kompensieren,²⁷⁶ fungierte das politische Manifest, eingebettet in eine günstige Konstellation von Wirkungsfaktoren, gleichsam als Generator politischer Macht. Heisenbergs Deutscher Forschungsrat hatte begonnen, was sich in der Göttinger Erklärung wenige Jahre später punktuell fortsetzte: die Erörterung von praktizierter Mitverantwortung der Wissenschaftler für ihre Forschungsleistungen.²⁷⁷

Dass Heisenberg diese Hoffnung politischer Einflussnahme nach der Gründung der DFG nämlich nicht aufgegeben hatte, zeigte seine Erwartung, über die Mitarbeit in der Atomkommission doch noch die Politik lenken und einen Teil

274 Die Zitate finden sich in Heisenberg 1976, S. 239.

275 Eickemeyer, Helmut: Gebt der Forschung materielle Lebensmöglichkeiten, in: *Industriekurier*, 30.12.1950 [i.O. kursive Herv.].

276 Vgl. Rosenbrock 1977, S. 174.

277 Vgl. Eickemeyer 1953, S. 45.

der Gedanken, die hinter dem Konzept des Forschungsrates standen, ungeachtet des vorherigen Scheiterns realisieren zu können.²⁷⁸ Eine derer Unterkommissionen war hinsichtlich ihres Personaltableaus eine exakte Kopie der DFG-Senatskommission für Atomphysik. Heisenberg glaubte an dieser Stelle atompolitischer Institutionen des Staats endlich ein Einfallstor für den Einfluss der Wissenschaftler gefunden zu haben. Er erlag dem Irrglauben, eine Instanz formiert zu haben, „von deren Urteil aus wissenschaftlichen Gründen ab(zu)weichen einem Minister sehr schwierig“²⁷⁹ sein würde. Auch diese optimistische Annahme einer einflussreichen Gestaltungskraft erwies sich binnen kurzer Zeit als Trugschluss eines politischen Laien und mehrte Heisenbergs Frustration.

3.6 PERSONENSPEZIFISCHE MOTIVE

Ganz gewiss: Letztlich lassen sich alle hier genannten Beweggründe verschiedenen Manifestanten gleichzeitig zuschreiben. Doch während sich das Motiv der Verantwortung oder jenes eines Verdrusses ob der beruflichen Rahmenbedingungen kumulativ mehreren Personen zuordnen lassen, betreffen andere Triebfedern nur Einzelpersonen. Auch diese können allerdings begreiflich machen, weshalb die Göttinger Erklärung zustande kam, und verdienen daher an dieser Stelle eine eingehende Analyse.

3.6.1 Heisenbergs Bruch mit Adenauer

Während Adenauer seinen kernphysikalischen Berater Heisenberg beinahe in Permanenz enttäuschte, hatte sich dieser über einige Jahre hinweg loyal und – wenn auch mit zunehmender Ungeduld – abwartend verhalten. Wann immer ihn der Kanzler darum bat, nahm Heisenberg Rücksicht auf Adenauers Interessen und Anliegen. Denn die Ankündigungen des Kanzlers verhiessen ja jedes Mal gute Aussichten.²⁸⁰ 1955 war Heisenberg bspw. als prominenter deutscher Atomforscher von Adolf Grimme, damals seines Zeichens Generaldirektor des Nordwestdeutschen Rundfunks (NWDR), gebeten worden, zur Primetime einen Rundfunkvortrag über die Janusköpfigkeit der Atomenergie zu halten.²⁸¹ Weil

278 Vgl. Stamm 1981, S. 189.

279 Heisenberg, zitiert nach ebd., S. 189.

280 Vgl. etwa Brief Heisenberg an Gerlach vom 12.10.1949, in: Gerlach 1989, S. 238.

281 Vgl. hierzu Hermann, Armin: Werner Heisenberg. Mit Selbstzeugnissen und Bild-dokumenten, Hamburg 1994, S. 100; Stamm 1981, S. 153.

aber zu diesem Zeitpunkt gerade die Verträge für die Erlangung der Souveränität und den NATO-Beitritt der Bundesrepublik anstanden und Adenauer keine Details zum potenziell kontroversen Thema „Atomenergie“ in die Öffentlichkeit dringen lassen wollte, nutzte der Kanzler seinen persönlichen Kontakt zu Heisenberg, um diesen von dem ungewissen Radiovortrag abzuhalten. Auch unterließ es Heisenberg entgegen seiner ursprünglichen Absicht, als Vertreter der Max-Planck-Gesellschaft einer Einladung der sowjetischen Akademie der Wissenschaften zu einer Forschungstagung zu folgen, nachdem die Bundesregierung ihr Missfallen darüber zum Ausdruck gebracht hatte.²⁸²

Für dieses Zuvorkommen Heisenbergs zeigte sich der Kanzler allerdings nicht erkenntlich. Während der Wissenschaftler Rücksicht nahm, dankte es ihm der Politiker nicht. Soziologisch ausgedrückt, war das Reziprozitätskonto zwischen den beiden folglich alles andere als ausgeglichen. Jedenfalls hinderte dies Adenauer nicht, Heisenberg in bedeutsamen Situationen zu desavouieren. Der Kanzler versagte dem Atomforscher die Unterstützung der Bundesregierung in Sachen Deutscher Forschungsrat, woraufhin diese Institution in sich zusammenbrach.²⁸³ Auch innerhalb der DFG half Adenauer Heisenberg anschließend nicht, das Forschungsrat-Konzept doch noch umzusetzen. Gerade weil sich Heisenberg angesichts des persönlichen Kontakts zum Bundeskanzler in einer privilegierten Position wähnen konnte, dürfte ihn das wirkliche, dieser Statuswahrnehmung widersprechende Verhalten Adenauers umso mehr enttäuscht haben.

Der endgültige, danach nie mehr gänzlich reparierte Bruch zwischen Adenauer und Heisenberg ereignete sich schließlich infolge der Standortentscheidung für das neue Kernforschungszentrum der Bundesrepublik.²⁸⁴ Das groß angelegte Kernforschungszentrum, das Heisenberg faktisch seit 1945 vorschwebte, existierte in dessen Plänen nicht nur als sinnstiftendes Leitziel, sondern war zudem en détail ausgestaltet worden. Für Heisenberg handelte es sich dabei nicht um eine vage Vision, sondern er verband mit diesem Projekt ganz präzise Vorstellungen. Nicht nur wollte er wissenschaftlich dessen Leiter und auf internationaler Ebene repräsentativer Kopf sein. Der Grund war noch weitaus persönlicher, privater. Heisenberg drängte es vor allem zurück in seine alte Heimat München, dorthin, wo seine akademische Karriere ihren Anfang genommen hat-

282 Vgl. Hoffmann 2005, S. 200 f.

283 Vgl. hier und folgend Osietzki 1984, S. 353 und 367 f. sowie Kap. 3.5 dieser Arbeit.

284 Zu dieser Kontroverse vgl. umfassend Gleitsmann 1986; vgl. auch Trischler, Helmut: Nationales Innovationssystem und regionale Innovationspolitik. Forschung in Bayern im westdeutschen Vergleich 1945 bis 1980, in: Schlemmer, Thomas/Woller, Horst (Hg.): Bayern im Bund, Bd. 3, München 2004, S. 117-194, hier S. 148-156.

te und wo ihm die Nationalsozialisten in den 1930er Jahren intrigant eine Professur – die Sommerfeld-Nachfolge²⁸⁵ – verwehrt hatten, dort auch, wo der naturverbundene Professor die Nähe zu den idyllischen Berglandschaften finden konnte.²⁸⁶ Dieses Ziel, das MPI für Physik schnellstmöglich aus dem niedersächsischen Göttingen in die bayerische Metropole zu verlagern, verfolgte er seit 1949, wenn nicht sogar seit den 1930er Jahren.²⁸⁷

Der Gedanke an München wurde zusätzlich von der sentimentalen Illusion getragen, dort in einer Renaissance der Wissenschaft die „goldenen Zeiten“ der 1920er Jahre wieder aufleben zu lassen. Dies war zweifelsohne ein egoistischer, aber für Heisenberg zentraler Beweggrund für die Standortwahl Münchens. Dazu kam, dass Heisenberg und die MPG das Kernforschungszentrum – damals das Prestigeprojekt der westdeutschen Atomforschung schlechthin – unter ihre Kontrolle bekommen wollten.²⁸⁸ Schon 1952 standen neben der bayerischen Landeshauptstadt mit den Räumen Mainz-Heidelberg-Karlsruhe und Köln-Aachen allerdings zwei weitere Standortgebiete zur Auswahl. Der Staat war in diesem Fall der Hauptgeldgeber und deshalb oblag ihm auch die finale Entscheidung; das Projekt sprengte nämlich die finanziellen und organisatorischen Möglichkeiten selbst einer wissenschaftlichen Großorganisation wie die MPG bei Weitem. Heisenberg versuchte auch in dieser Angelegenheit mit aller Kraft, seine Interessen bei den politischen Entscheidungsträgern durchzusetzen. Gegenüber Adenauer ließ er keine Zweifel über seinen Wunschstandort²⁸⁹ aufkommen und bei der bayerischen Staatsregierung²⁹⁰ hatte er alle erdenklichen Weichen bereits stellen lassen. 1955, noch bevor Adenauers Entscheidung fiel, erbot sich die bayerische Regierung, die mehrere Millionen Mark betragenden Kosten für die Verlegung des Göttinger MPI und auch jene für einen Neubau in München zu übernehmen.

285 Vgl. hierzu Hammerstein 1999, S. 338 f.

286 Vgl. Heisenberg 1976, S. 257; Schirrmacher 2005, S. 3 ff.

287 Vgl. Brief Heisenberg an Gerlach vom 20.06.1949, in: Gerlach 1989, S. 237; Gleitsmann 1986, S. 12 f.; Hermann 2007, S. 108.

288 Vgl. zu diesem Abs. Kraus 2001, S. 136 ff.; Müller 1990, S. 116, S. 130 ff. u. S. 136; o.V.: Aus den Gesellschaftsorganen und der Generalverwaltung, in: Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft, H. 5/1955, S. 276; Radkau 2006, S. 43; Stamm 1981, S. 174.

289 Vgl. Gleitsmann 1986, S. 39 f. Heisenberg schrieb, dass es für ihn „ein sehr schwerer Entschluss sein würde, einer Verlegung des MPI für Physik nach Göttingen zuzustimmen, wenn als neuer Standort ... eine andere Stadt als München gewählt würde“; zitiert nach ebd. S. 39 [i.O. kursive Herv.].

290 Vgl. ebd., S. 58 f.

Ebenfalls brachte Heisenberg die Physikalische Studiengesellschaft hinter seine Standortpräferenz.²⁹¹ Neben den Gewinn einflussreicher Unterstützerkreise legte Heisenberg überdies seine gesamte Reputation in die Waagschale und drohte ultimativ, sich bei einer anders lautenden Entscheidung mitsamt seinem Institut aus dem gesamten Projekt zurückzuziehen, somit eine erwiesenermaßen kreative Kraft vorzuenthalten.²⁹² Würde Karlsruhe gewählt, so wollte er in seinem Leben nichts mehr mit Kernreaktoren zu tun haben. In Anbetracht von Heisenbergs Status trug dies durchaus erpresserische Züge und war gleichermaßen konsequent wie es ihm auch als arrogant oder infantil ausgelegt werden kann. Heisenberg war voller Überzeugung und Selbstbewusstsein, dass ohne seine Göttinger Reaktorgruppe das Vorhaben schlechterdings undurchführbar sei und die Entscheidung folglich seinen Interessen gar nicht zuwiderlaufen konnte.

Adenauer entschied sich Ende Juni 1955 dennoch für Karlsruhe.²⁹³ Mit diesem Beschluss handelte er sich endgültig die Antipathie Heisenbergs und einiger seiner Kollegen ein. Auch die Entscheidungsprozedur missfiel ihm. Obwohl Heisenberg und Hahn an vorangegangenen Sitzungen, auf denen diese Frage beraten wurde, teilgenommen hatten, waren sie zu der entscheidenden Zusammenkunft hingegen nicht geladen worden. Die ihm angebotene wissenschaftliche Leitung für Karlsruhe lehnte Heisenberg ab. Der Göttinger Atomphysiker nahm die Missachtung seiner Forderungen zum Anlass – man ist geneigt zu sagen: anmaßend und überempfindlich –, dem ganzen Vorhaben einer bundesrepublikanischen Kernenergieentwicklung kurzerhand die Unterstützung seines Genius' zu entziehen.²⁹⁴ Diese verweigerte Kooperation und auch die seiner exzeptionellen Leistungsfähigkeit als mathematisch brillanter Physiker waren ein typisches, in vielen Lebensjahren und -stadien zu beobachtendes Verhaltensmuster Heisen-

291 Vgl. ebd., S. 63-68.

292 Pesch erwähnt dezent, dass sich die Regierung „der massiven Pressionsversuche eines Nobelpreisträgers und Mitgliedes der DATK [Deutschen Atomkommission]“ erwehren musste; Pesch 1975, S. 25.

293 Vgl. Aktenvermerk von Oberregierungsrat Pretsch aus dem Bundeswirtschaftsministerium vom 09.07.1955, abgedruckt in: Gleitsmann 1986, S. 225 ff. sowie ebd. S. 77 f.

294 Vgl. Niederschrift über die Sitzung des Aufsichtsrates der Physikalischen Studiengesellschaft Düsseldorf mbH am 15.07.1955, abgedruckt in: ebd., S. 230 f. sowie ebd. S. 79 ff.

bergs.²⁹⁵ Schon den Schullehrer, der ihm mit dem Stock auf die Finger schlug, sanktionierte er, indem er diesen ignorierte und sich einer weiteren Zusammenarbeit im Klassenzimmer verweigerte.²⁹⁶

Nachdem Adenauers Entscheidung zugunsten von Karlsruhe gefallen war, unternahm Heisenberg gleichwohl noch letzte – allerdings erfolglose – Versuche, ein gleichwertiges Reaktorzentrum auch für „sein“ München zu bekommen.²⁹⁷ Hierzu versuchte er, erneut seine politischen Kontakte zu nutzen, die er dieses Mal allerdings überstrapazierte. Ende 1955 nervte er die Leute im Bundeskanzleramt bereits in einem solchen Ausmaß, dass Adenauers Adlatus Hans Globke versuchte, ihn ein für alle Mal vom Kanzler fernzuhalten. Längst war die ehemals gute, ja beinahe vorbildliche Beziehung zwischen politischem Entscheidungsträger und wissenschaftlichem Berater von beiden Seiten als zerbrochen empfunden worden – freilich nicht ohne dass die eine Seite die Schuld dafür bei der jeweils anderen suchte. Adenauer sah es keineswegs ein, sich von einem Mann wie Heisenberg, der zweifelsohne als exzellenter Fachmann und Forscher von Weltruf zu bewerten war, sich jedoch auf keinerlei demokratische Legitimation berufen konnte, unter Druck setzen zu lassen. Um politische Entscheidungen treffen zu können, musste sich Adenauer schließlich auch regelmäßig einem demokratischen Abstimmungsverfahren unterwerfen. Zuletzt hatte Heisenberg den Kanzler sogar gedrängt, die Entscheidung möglichst vor seinem Vortrag am Wirtschafts- und Sozialpolitischen Institut in Bonn zu fällen, damit er die in Erfüllung gegangenen Reaktor- und Forschungsstationsträume sogleich dort frisch und feierlich hätte verkünden können.²⁹⁸ Außerdem erachteten Adenauer und Kanzleramtschef Globke Heisenbergs Standortförsprache als rein privater Natur – was sie schließlich auch war – und dadurch als unverfrorene Anmaßung. Von einem penetrant auf die Sinnhaftigkeit seiner Meinung beharrenden Atomwissenschaftler wollte sich Adenauer keine Bedingungen diktieren lassen. Ganz unberechtigt waren Reaktion und Entscheidungsausgang im Kanzleramt daher nicht. Heisenberg, mitsamt seinem Einfluss in Wissenschaftlerkreisen, machten

295 Heisenberg nämlich zog sich in solchen Situationen „in sich selbst zurück, in seine eigene Welt, in der er glücklich war, und brach jede Beziehung zu demjenigen ab, von dem er sich ungerecht behandelt fühlte“; Heisenberg 1980, S. 21.

296 Vgl. ebd.

297 Vgl. beispielhaft den Vermerk zum Verlauf der Aufsichtsratssitzung der Physikalischen Studiengesellschaft am 09.09.1955 durch Ministerialdirigent im Bundeswirtschaftsministerium Hinsch vom 10.09.1955, abgedruckt in: ebd., S. 243-246 sowie ebd. S. 83-86.

298 Vgl. hierzu Fischer 1994, S. 224 sowie die dortige Fußnote 140.

sich Adenauer und seine Berater damit gleichwohl zu einem Gegner. Denn dieser fühlte sich von den Politikern einmal mehr verraten und im Stich gelassen.

Zusätzliche Nahrung erhielt Heisenbergs Groll durch die notorisch lange Dauer atompolitischer Entscheidungsprozesse der Regierung Adenauer.²⁹⁹ Über Genf als Standort des CERN hatten sich z.B. seinerzeit vier europäische Staaten gestritten und dieser schwierigen Bedingung zum Trotz binnen eines Jahres eine Einigung erzielt, noch rund 24 Monate bevor die entsprechende Finanzierung überhaupt gesichert wurde.³⁰⁰ Anders in Bonn: Zum Zeitpunkt von Adenauers Verfügung, an welchem Ort ein Kernforschungsareal errichtet werden sollte, waren allerdings – obwohl der Bau per se bereits beschlossen worden war – drei Jahre verstrichen. Wie man im Hinblick auf das allzeitige Drängen der Atomphysiker nach möglichst schnellem Anschluss an die international sich vollziehende Entwicklung weiß, war dies eine extrem wertvolle Zeit, die da aus Sicht der Wissenschaftler ungenutzt ins Land zog.

Es war aber nicht allein die Entscheidung gegen Heisenbergs Präferenzen, die den berühmten Atomforscher reizte. Vor allem ist der Hintergrund zu berücksichtigen, vor dem sich dieser Regierungsentscheid abspielte. Denn Adenauers Votum für Karlsruhe war keinen rationalen, jedenfalls für Heisenberg nachvollziehbaren Gründen entsprungen. Der Standort Karlsruhe war Gegenstand einer politischen Maßnahme, Mittel einer Regierungsabsicht, folgte insofern einer außerpolitisch schwer verständlichen Logik und war demgegenüber nicht primär auf das sachliche Ziel eines modernen Forschungszentrums ausgerichtet. Aus Heisenbergs Sicht: Es handelte sich um einen Bestandteil einer bloßen Taktik politischen Handelns und somit um etwas Sachfremdes. Denn schenkt man der Berichterstattung Franz Josef Strauß' Glauben,³⁰¹ dann verfolgte der Bundeskanzler mit der Standortfrage das Ziel, die Bildung eines vergrößerten Badens als eigenständiges Bundesland auf Kosten des gerade erst wenige Jahr zuvor 1952 zum Bundesland Baden-Württemberg zusammengeschlossenen

299 Der an dieser Stelle ausgeführte Aspekt steht in direktem Zusammenhang mit dem Abschnitt über die Verärgerung der Atomwissenschaftler ob der Regierungspolitik im Kap. 3.3 dieser Arbeit.

300 Vgl. dazu Brief Heisenberg an Gerlach vom 05.05.1955, in: Heinrich/Bachmann 1989, Dokument Nr. 222, S. 138 f.; zum Zeitdruck: Vergleichendes Rahmengutachten für die deutsche Reaktorstation Heisenbergs vom Dezember 1954, abgedruckt in: Gleitsmann 1986, S. 196–201.

301 Vgl. dazu Strauß 1989, S. 220 f.

Südwestens zu verhindern.³⁰² Unter Druck seiner württembergischen Parteifreunde stehend, versuchte Adenauer die Südweststaaten mit dem neuen Kernforschungszentrum auszusöhnen. Faktisch war die Forschungsanlage also nicht Zweck, sondern Mittel. Offiziell ließ Adenauer daher von dem hochrangigen Bundeswehrgeneral Hans Speidel eine militärische, auf die Eventualität eines sowjetischen Angriffs Bezug nehmende Erklärung konstruieren,³⁰³ welche die wahren Beweggründe für die Entscheidung glaubhaft verschleiern sollte und mit diesen in keinerlei Zusammenhang stand. Mit dem Verweis auf sicherheitspolitische Erwägungen ließ sich in jenen Zeiten des Kalten Kriegs schließlich vieles plausibel machen. Heisenbergs Frau Elisabeth charakterisierte die 1950er Jahre im Hinblick auf ihren Gatten prägnant als die „Zeit seines Misserfolges in der deutschen Innenpolitik“³⁰⁴. Offenbar hatte der Nobelpreisträger unter der Politik Adenauers sehr gelitten.

Der anschließende Bruch mit Adenauer fand seinen Ausdruck in Heisenbergs Reaktionen. Nicht nur verwahrte er sich jedweder Beteiligung am Kernforschungszentrum. Regelrecht garstig sagte er zudem via Presseerklärung die Delegationsleitung für die Genfer Atomkonferenz 1955 ab.³⁰⁵ Und er konterkarierte auch Versuche des Kanzleramts, den Konflikt zu vertuschen. „Offiziell ließ Adenauer verlautbaren, Heisenberg habe seine Absage aus terminlichen Gründen erteilt. Heisenberg machte jedoch auf Anfrage einiger Abgeordneter ziemlich unverblümt seine Empörung über Adenauers Entscheidung deutlich und beklagte sich, dass die Bundesregierung einfach wichtige Entscheidungen der Forschungspolitik ohne Berücksichtigung der Interessen der Wissenschaftler getroffen habe.“³⁰⁶ Und Journalisten teilte er frei heraus mit, dass er keine Zeit gehabt habe, sei „natürlich Unsinn“³⁰⁷. Vielmehr handle es sich dabei um eine kritische Reaktion auf die Bundesregierung, welche „die Ratschläge der Wissenschaft nicht ausreichend berücksichtigt“³⁰⁸ habe. Auch seine Rede auf der alljährlichen Nobelpreisträgertagung in Lindau im Juli 1955 nutzte er zu einem Angriff auf die Regierungsentscheidung, die er als sinnentleert und viel zu verspätet abstraf-

302 Dies ermöglichte eine zu dieser Zeit nötige Neuregelung der Gebietsverhältnisse im Südwesten.

303 Vgl. Gleitsmann 1986, S. 72-77; Strauß 1989, S. 221.

304 Heisenberg 1980, S. 179.

305 Zu Heisenbergs Absage vgl. Fischer 1994, S. 229 u. S. 234; Hermann 1994, S. 103 f.; Müller 1990, S. 138; Stamm 1981, S. 165.

306 Müller 1990, S. 138.

307 Zitiert nach Hoffmann 2005, S. 201.

308 Zitiert nach ebd.

te.³⁰⁹ Offenkundig versuchte Heisenberg, seinem Unmut in der Öffentlichkeit Ausdruck zu verleihen und Adenauer dort in Misskredit zu bringen.

Mit Blick auf die spätere Göttinger Erklärung lässt sich in der historischen Nachbetrachtung eine pikante Beobachtung machen: Heisenberg suchte durch die Thematisierung in der Öffentlichkeit, unter geschickter Zuhilfenahme seiner Prominenz und seines Expertenstatus', die Bundesregierung unter Druck zu setzen.³¹⁰ Insofern nahm er 1955 als Einzelperson eine ähnliche Maßnahme vor, wie er sie im Kollektiv und unter anderen Randbedingungen zwei Jahre später 1957 im Rahmen des Göttinger Manifests der achtzehn Atomphysiker wiederholen sollte.

Die mittlerweile tief sitzende Verärgerung über Adenauer artikuliert sich auch in Heisenbergs Vortrag vor dem Bayerischen Landtag 1956. Das in heimatischen Gefilden ansässige Parlament nutzte er als Forum für eine öffentliche³¹¹ Generalabrechnung mit Adenauer und der auf Bundesebene praktizierten Regierungspolitik.³¹² Er berichtete darin von offenbar törichten Versäumnissen und folgenschweren Unzulänglichkeiten. Schon 1951 hätten die Physiker die Bundesregierung auf die Zukunftsrelevanz und Förderungswürdigkeit der Kernenergieforschung hingewiesen und gedrängt, die Arbeiten soweit vorzubereiten bzw. aufzunehmen, wie dies unter den Einschränkungen der alliierten Kontrollratsgesetze möglich gewesen wäre, um anschließend nach der Erlangung staatlicher Souveränität gewissermaßen verzögerungslos durchstarten zu können. Der wissenschaftliche Anschluss an das Ausland, so dozierte Heisenberg, hätte dann binnen höchstens zehn Jahren allemal geschafft werden können. Das verbitterte Resümee des Nobelpreisträgers verriet Heisenberg enormen Zorn: „Die atomtechnischen Arbeiten für friedliche Zwecke sind im Ausland sehr rasch vorangeschritten und sind bis heute im Bundesgebiet noch nicht wirklich aufgenommen worden. Es besteht also keine Aussicht mehr, den Vorsprung des Auslandes in der kurzen Zeitspanne bis zur wirtschaftlichen Ausnützung der Atomenergie einzuholen. Wir müssen daher die Lage neu überdenken und uns fragen, was nun zu geschehen hat.“³¹³

Nicht nur das. Neben ständigen Unmutsbekundungen gegenüber Presse, Politik und Wirtschaft versuchte Heisenberg darüber hinaus, sich im Deutschen

309 Vgl. Gleitsmann 1986, S. 78 f.

310 Vgl. Fischer 1994, S. 229 u. S. 234.

311 Der Vortrag ist vom Bayerischen Landtagsamt gedruckt und 1956 veröffentlicht worden; abgedruckt in: Heisenberg 1989, S. 162-175.

312 Zu Heisenbergs Vortrag vgl. Leithäuser 1957, S. 78.

313 Heisenberg 1989, S. 166 (im Vortragsoriginaldruck S. 6).

Bundestag eine Pressure-Group aufzubauen. Noch während 1955 in Genf die Atomenergiekonferenz im Gange war, wurde Heisenberg Berater der regierungskritischen Interparlamentarischen Arbeitsgemeinschaft.³¹⁴ Auch ihr gegenüber hatte er auf Anfrage nämlich Adenauers Erklärung, nach der Heisenberg aus „arbeitstechnischen“ Gründen die Delegationsleitung für Genf abgesagt hätte, unverhohlen widerlegt und die wahren, für Adenauer nachteiligen Gründe für seine Absage geschildert. Angeworben hatte ihn Hermann Schwann, ein Mann der ein Jahr später in die Opposition wechselnden FDP. Am 10. September 1955 gab es im Bundestag eine Große Anfrage von Abgeordneten der IPAG zur zivilen Kernenergieverwendung, die gezielt empfindliche Stellen der Karlsruher Standortfrage ins Visier nahm. Am 3. Oktober 1955 folgte in diesem Zuge ein Initiativ-Antrag von Parlamentariern der IPAG, der nicht ohne Zufall Heisenbergs Handschrift trug.³¹⁵ In ihm wurden das Verbot militärischer Kernenergieverwertung sowie eine großzügigere Geldzuweisung für die Nuklearforschung gefordert. Der Atomwissenschaftler wurde auch zu Sitzungen der IPAG geladen, in denen man die parlamentarischen Maßnahmen besprach und abstimmte. Kurzum: Nachdem Heisenberg den direkten Draht ins Kanzleramt verloren und öffentliche Regierungsschelten keinen Erfolg gebracht hatten, machte er sich im Austausch für wissenschaftlichen Ratschlag und Stoff für Regierungskritiken oppositionelle Kräfte im Bundestag dienstbar.

Die Einstellung Heisenbergs zur Bundesregierung hatte also einen gravierenden Wandel vollzogen. 1950 hatte er noch im Plenarsaal des Deutschen Bundestages der Bundesregierung für „dieses Interesse [für die Wissenschaft], das uns noch Mut und Optimismus in unserer sonst so schwierigen Lage gibt“³¹⁶, gedankt. Dieses Wohlgefallen war nach 1955 perdu. Erstens war die grundlegende Entscheidung für den Bau eines deutschen Zentrums der Kernenergieforschung nach Heisenbergs Meinung viel zu spät getroffen worden. Und zweitens verortete man es entgegen Heisenbergs ausdrücklichem Wunsch nicht in München, sondern in Karlsruhe. Für den Champion der deutschen Atomforschung war dies ein besonders hartes Los. Für Heisenberg persönlich wäre das Münchner Zentrum eine atmosphärisch angenehme Symbiose aus der Modernität eines

314 Vgl. hierzu Fischer 1994, S. 242-246. Die IPAG entstand bereits 1952 und existiert noch heute.

315 Auch in den folgenden Monaten und Jahren vorgebrachte Gesetzesentwürfe der IPAG enthielten Forderungen, etwa nach einer Atombehörde, die ideell sehr nahe bei Heisenbergs Auffassungen lagen; vgl. Pesch 1975, S. 84 f.

316 Heisenberg auf der Kundgebung der deutschen Wissenschaft am 04.08.1950 in Bonn, abgedruckt in: Eickemeyer 1953, S. 217.

hochinnovativen Reaktorforschungszentrums, das nach dem faszinierenden Beispiel der US-amerikanischen Großforschungsanlagen konzipiert ist, und der nostalgischen Vertrautheit mit seinem MPI für Physik inklusive seiner langjährigen Wegbegleiter wie Wirtz und v. Weizsäcker gewesen. Die Entscheidung Adenauers zerschlug diesen Traum jäh und in den Augen des Wissenschaftlers Heisenberg noch dazu weitgehend unbegründet. Für München sprachen nämlich auch sachliche Aspekte wie der dortige Lehrstuhl Fritz Bopps für theoretische Physik sowie der Walther Gerlachs für Experimentalphysik und nicht zuletzt das von Heinz Maier-Leibnitz geleitete Laboratorium für technische Physik; mit diesen Wissenschaftlern hätte Heisenbergs Team gewiss hervorragend in eine „synergetische“ Kooperation treten können. All diese Koryphäen deutscher Nuklearwissenschaft, die später sämtlich dem Göttinger Manifestantenkreis angehörten, wurden von Adenauers Entscheidung letztlich, freilich in unterschiedlichem Ausmaß, benachteiligt, zum Teil sogar desavouiert. Heisenberg fühlte sich – in altrömischer Terminologie formuliert – in seiner „dignitas“ verletzt und in dem Fleiß seiner Bemühungen betrogen, weil man ihm nicht die seinem wahrgenommenen Potenzial angemessen erscheinende Unterstützung gewährte. Infolge dieser Herabwürdigung entfremdete sich Heisenberg von der Adenauer'schen Atompolitik. Öffentlichkeitsorientierte Aktionen wie die Göttinger Erklärung waren daher letztlich auch das Ergebnis verzweifelter Versuche, die in Mitleidenschaft gezogene *dignitas* wiederherzustellen, den persönlichen Status und das wissenschaftliche Renommee genesen zu lassen.

Zusammenfassend: Heisenberg schmiedete nach dem Krieg ehrgeizige Pläne, die einen Forschungsrat und ein Großforschungszentrum beinhalteten. Mit beiden Projekten scheiterte er allerdings, jedenfalls was seine ursprünglichen Konzeptionen betraf. Zwei Jahre hatte er erfolglos um das Überleben seines Forschungsrat-Konzepts gekämpft, bis Adenauer – zumindest aus Heisenbergs Sicht – abrupt von seiner Unterstützung abrückte. Zwei Jahre dauerte auch der Kampf um eine Reaktorstation in München, bis ihm die Entscheidung Adenauers eine weitere große Niederlage eintrug. Die politischen Beschlüsse zur Kernenergieentwicklung fielen nach Maßgabe der westdeutschen Atomphysiker obendrein verspätet, befanden sich diese doch in einer ungeduldigen Wartestellung. Heisenbergs Verdrossenheit spiegelt sich in dessen Klage wider, dass der Bundeskanzler trotz „energischster Bemühungen“ seinerseits und wohlwollender Haltung der außenpolitisch ausschlaggebenden USA – alle Gelegenheiten ignorierend – nicht vor 1955 die Freigabe ausgiebiger staatlicher Förderung erteilt und größere rechtliche Forschungsspielräume gegenüber den Besatzungsmächten

erwirkt habe.³¹⁷ Außerdem erboste sich Heisenberg über die derart weit von anderen Staaten – deren Regierungen die Atomkraftentwicklung mit großen Geldsummen bedachten – abweichende Förderungspolitik der Bundesregierung und über die daraus folgenden „verlorenen zehn Jahre“³¹⁸, die einen möglichen Anschluss an das Ausland nun unnötig erschweren würden.

Adenauer hatte somit die Atomwissenschaftlergemeinschaft insgesamt verärgert, ganz besonders aber ihren herausragenden Vertreter Heisenberg. Jahrelang hatte sich Heisenberg in Gremien, Konferenzen, persönlichen Gesprächen und Briefen mit Vertretern aus Politik, Wissenschaft, Industrie und sogar dem Bundeskanzler persönlich mit dem Ziel abgemüht, endlich ein international konkurrenzfähiges Nuklearforschungszentrum in Deutschland bewilligt und finanziert zu bekommen.³¹⁹ Dafür hatte man in der Forschung Jahre der Stagnation in Kauf genommen. Und Adenauer düpierte ihn aus Gründen, die für ihn nicht einmal entfernt nachvollziehbar waren. Ganz nebenbei musste Heisenberg feststellen, dass sein ursprüngliches Ziel, Politik und Wissenschaft zu dem Zweck einer qualitativ besseren Handlungsentscheidung zu verknüpfen, trotz der historischen Gelegenheit einer Neugründung des deutschen Staats nicht verwirklicht werden konnte. Dass Ratschläge von Wissenschaftlern von der Bundesregierung weitgehend unberücksichtigt blieben, die maßgeblichen Entscheidungen zu ihren Belangen ohne ihre Einflussnahme getroffen wurden – dies musste der deprimierende Eindruck Heisenbergs und seiner Kollegen gewesen sein.

In allen Fällen erhitzte sich Heisenberg daran, dass die Bundesregierung, namentlich der Kanzler Konrad Adenauer, sehr häufig und zu entscheidenden Zeitpunkten ihr Handeln auf politische Vorteile von bloß kurzer, oftmals nur momentaner Dauer auslegte. So geschehen, als Adenauer aus außenpolitischer Rücksichtnahme auf die konsequente Kernenergieentwicklung verzichtete; wie auch, als er den öffentlichen Leumund der Atomwissenschaft für einen außenpolitischen Verhandlungspoker mit virtuellen Nuklearwaffen aufs Spiel setzte. All dies entfremdete Kanzler und Experte voneinander und versetzte letzteren in Bereitschaft, in einer für die Regierung heiklen Phase mit dieser öffentlich in Konflikt zu treten.

Und noch Jahre später gab Heisenberg zu erkennen, dass er sein negatives Bild von der Politik nicht korrigiert hatte und noch immer von ihr enttäuscht war.³²⁰ In der Politik fehle „das Element nüchternen rationalen Abwägens“, das

317 Vgl. Kraus 2001, S. 136.

318 Zitiert nach Fischer 1994, S. 236.

319 Vgl. Müller 1990, S. 139.

320 Vgl. hierzu Heisenberg in Reif 1972, S. 106.

für die Wissenschaft charakteristisch sei, in den „Interessenkämpfen der Politik“ aber viel zu selten zur Geltung komme. Auf dem Feld der Reaktorforschung hatte Heisenberg – vom NS-Regime beginnend, bis hinüber in die Bundesrepublik – „immer wieder erfahren, dass politische und militärische Interessen die reine Wissenschaft unmöglich machten“³²¹. Durch das Regierungshandeln in der Bundesrepublik konnte sich Heisenberg in seinem negativen Politikbild daher nur bestärkt fühlen.

Ohne sich spekulativ weit aus dem Fenster zu lehnen, lässt sich somit festhalten, dass Heisenberg – eine zentrale Figur innerhalb der Göttinger Achtzehn – nicht nur großen Groll gegen den Kanzler Adenauer und die Regierung hegte, sondern sich ab Juli 1955, nach der gegen seine Wünsche ausgefallenen Antwort auf die leidige Standortfrage, mit diversen Methoden zur Attacke gegen die Bundesregierung und deren Kanzler wappnete. Dies geschah zuerst unter Rückgriff auf die Medien in der Form öffentlicher Meinungsäußerungen in einzelnen Interviews, Kurzaussagen und Vorträgen, sogleich gefolgt von der Erschließung einer parlamentarischen Repräsentanz in Form der IPAG und schließlich zuletzt – geplant seit spätestens Sommer 1956 – über das politische Manifest im April 1957.

Heisenberg reagierte damit typisch für einen Politikfremden. Der nachhaltig belastend wirkende Dissens zwischen ihm und Adenauer, die Wut auf die Politik im Allgemeinen resultierten – so könnte man mit einiger Schärfe formulieren – aus einer egoistischen Verweigerung gegenüber einer empathischen Einsicht in die Besonderheiten des politischen Bereichs seitens der Wissenschaftler. Sie verlangten im Grunde, dass sich die Politik den Prinzipien und Handlungslogiken der Wissenschaft anzupassen und zu fügen hatte. Sie bewerteten die politische Arbeit rücksichtslos ohne Anpassung mit dem Maßstab ihres politikexternen Fachs, übertrugen ihre eigenen Denk- und Verhaltensmuster auf einen Bereich, der gänzlich andere kannte und erforderte. Für diese politikskeptische Haltung steht der nobelpreistragende Werner Heisenberg exemplarisch. Die Langwierigkeit politischer Verfahren, sich aus strategischen Kalkülen ergebende Restriktionen, häufig unsachgemäße Rücksichtnahmen auf verschiedenste Akteure mit dem Ziel, demokratische Mehrheiten zu organisieren: All dies nervte und frustrierte Heisenberg. Denn der ehrgeizige Forscher „dachte in großen Räumen und langen Zeiten und geriet damit häufig in Gegensatz zu den Politikern“³²². Der rational denkende und planende Heisenberg schätzte schnelle Entscheidungen, die sich an sachlicher Zweckmäßigkeit effizient orientierten. Alles Andere, Ver-

321 Metzler 1995, S.221 f.

322 Heisenberg 1980, S. 186.

zögernde, Langsame, sich nach kurzfristigen Interessenlagen Richtende erachtete er als unnötiges Geplänkel, das in Situationen und Lagen, die blitzartige Entscheidungen und deren zügige Umsetzung erforderten – so wie es für die deutsche Nuklearforschung in den 1950er Jahren geboten gewesen war –, auf lange Sicht für alle Beteiligten nur von Nachteil sein würde. Die Denkweise der Wissenschaftler vertrug sich schlichtweg nicht mit der Kultur, den Gepflogenheiten und Verfahrensweisen, von professioneller Politik. Auch darin – blickt man auf die genuin politischen Positionen Adenauers und Strauß', die hinter der Atomwaffenbeschaffung standen – lässt sich eine wesentliche Ursache des Konflikts mit der Regierung im April 1957 finden.

3.6.2 Von Weizsäckers Weg zum Verantwortungs- und Friedensphilosophen

Carl Friedrich v. Weizsäcker war Organisator, Autor und treibende Kraft hinter der Göttinger Erklärung. Er war aber auch ihr wohl größter Profiteur. Aus der Göttinger Manifest-Aktion, so wird im Folgenden zu zeigen sein, bezog der später als „die ehrwürdigste Gestalt der Atomwissenschaft, ja der Wissenschaft überhaupt“³²³ etikettierte Abkomme einer der prominentesten und respektabelsten deutschen Familien wichtige Impulse für seine persönliche Karriere und öffentliche Reputation. Insofern sind die Ursachen und Zusammenhänge seiner individuellen Motivation für die Erklärung des Göttinger Manifests insgesamt von ganz besonders großer Bedeutung.

Mit seiner erlernten Profession hatte sich v. Weizsäcker noch nie zufrieden gegeben. Für ihn war die Physik von jeher nur eine Vorstufe zum späteren Verständnis von Philosophie gewesen.³²⁴ Schon in frühen Jahren erachtete er sie, nicht zuletzt auf die eindringliche Belehrung seines Mentors Heisenbergs hin, als die Fundamental- und Schlüsselwissenschaft schlechthin, um alles andere in der Welt Geschehende überhaupt verstehen zu können. Heisenberg verkaufte dem von seinen Ausführungen faszinierten Jungen die Physik als unverzichtbare Grundlage für eine spätere Auseinandersetzung mit Philosophie und Religion – dem urtümlich sehnlichsten Wunsch v. Weizsäckers. Außerdem übte die Kernphysik damals, in den 1920er Jahren, eine besondere Attraktion aus, jagte in ihr

323 Radkau 2006, S. 60.

324 Vgl. zu diesem Aspekt Hattrup 2004, S. 38-42; Herbig 1976, S. 99; Schlüpmann Fußnote 61, <http://www.aleph99.org/etusci/ks/t2a8.htm> [eingesehen am 08.11.2007]; v. Weizsäcker 1977, S. 558; ders. 1983, S. 330 ff.; ders. 1987, S. 23.

doch eine revolutionäre Entdeckung die nächste und ließ sich in ihr ein schneller Aufstieg vollziehen.

Aber sie dauerhaft, ein Leben lang betreiben zu müssen, das wollte v. Weizsäcker dann doch nicht. Sein Interesse richtete sich zudem auf die Grundlagenforschung, die „reine“ Wissenschaft. Das, was sich an Spektakulärem nach Otto Hahns Entdeckung der Urankernspaltung im Jahr 1938 in der Atomwissenschaft jedoch abspielte, war Sache der angewandten Physik, des ihm weniger genehmen Experimentalbereichs. Dort profilierte sich seit den 1940er Jahren aber schon v. Weizsäckers nur zwei Jahre älterer Kohortenkamerad, Kollege und Freund Karl Wirtz zu einer der führenden Autoritäten, tummelten sich mithin generell sehr viele begabte Nachwuchskräfte. Und obgleich er einige international beachtete Fachartikel verfasst hatte, wusste v. Weizsäcker um seinen eingeschränkten Physikgenius. Ihm war klar, niemals in die Liga seines wissenschaftlichen Meisters Heisenberg aufsteigen, in dessen mathematischen Kosmos vorstoßen zu können, um einen dauerhaften Platz in der physikalischen Weltspitze einnehmen zu können. Dazu waren irgendwann die wirklich revolutionären Beobachtungen auch bereits gemacht und Formeln aufgestellt worden, war keine bahnbrechende Entdeckung von dem Kaliber der Einstein'schen Relativitätstheorie mehr zu erwarten gewesen. Von Weizsäcker hatte mit der pionierhaften Physikepoche seiner Zeit eben zugleich auch das Pech, Zeitgenosse großer Entdecker und Denker zu sein, die er schwerlich hätte übertreffen können. Zumal ihm mathematische Spielerei auch gar nicht behagte und er den Umgang mit Zahlen und Formeln schon deshalb seiner eigenen Einschätzung nach niemals zu einer mit Niels Bohr, Werner Heisenberg oder Wolfgang Pauli vergleichbaren Meisterschaft würde bringen können.

Gleichwohl: Von Weizsäcker war kein Unbedeutender innerhalb seiner Zunft; mehrere Male schien er dem Nobelpreis ganz nahe zu sein, stellte einige viel beachtete Untersuchungen an. Aber die Konkurrenz enthielt damals schlichtweg ein Überangebot an herausragenden Forscherköpfen, eine unheimliche Konzentration von atomwissenschaftlicher Exzellenz und Genialität, innerhalb derer v. Weizsäcker keine exponierte Rangstellung zu erobern vermochte. Die Physik offerierte ihm somit keine sonderlich günstige Möglichkeit zum Aufstieg in die Beletage, konnte sein Karriereinteresse nicht befriedigen, seinen ehrgeizerfüllten Anspruch nicht erfüllen, ausgewiesene Autorität in dem Wirkungsfeld seines beruflichen Treibens zu sein.

Denn es ist anzunehmen, dass sich v. Weizsäcker zu Hohem berufen fühlte. Nicht allein, dass er eine fulminante akademische Karriere absolvierte;³²⁵ schon in jungen Jahren wurde er sich besonderer Begabungen bewusst und versicherte sich diesen sogar im Spiel mit seinem Vater Ernst v. Weizsäcker, dem später hochrangigen Diplomaten im Auswärtigen Amt.³²⁶ Im zarten Knabenalter entwarf er das komplexe Fantasieland „Piklön“, in dem er fortwährend mit seinen Familienmitgliedern und Schulfreunden Politik spielte. Von Weizsäcker beschrieb dies später in lakonischen Sätzen: „Man machte immer nur Außenpolitik und fing Kriege an, und ich wollte sie gewinnen.“³²⁷ Der führende Staatsmann, den er in Piklön mimte, glich ziemlich stark dem Diktator Mussolini. In diesem Spiel organisierte der junge Carl Friedrich eine Friedens- und Kriegsverhütungskonferenz und schürte mit allen anderen Kindern eine Koalition gegen seinen Vater; dabei suchte er „alle Mechanismen der Macht zu durchdenken“, „imperialistische Machtpolitik“ zu betreiben.³²⁸ Früh begeisterte v. Weizsäcker sich also für das, was er „politisches Schachspiel“ nannte, und lernte, listige Koalitionsbildungen zu managen – wie er überhaupt politische Handlungen und Denkweisen nicht im Umfeld einer Partei, sondern spielerisch im Kinderzimmer einübte. Sucht man Grundzüge seines Ehrgeizes zu erkennen, so mag man sie in seiner kindlichen Wunschvorstellung finden, entweder „der große Forscher“ oder „der siegreiche Monarch“ zu sein, den Weltfrieden oder – wie der Held seines frühen Geschichtswissens Augustus, eine beständige Ordnung zu stiften.³²⁹ Gezwungenermaßen befand er sich von Kindesbeinen an in einem intensiven Kontakt mit der Politik, denn sein Vater Ernst v. Weizsäcker war im diplomatischen Dienst, absolvierte eine steile Karriere und stand während des „Dritten Reichs“ im Rang des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts an der Seite von Reichsaußenminister Joachim v. Ribbentrop. Der Vater erläuterte dem Sohn auf Spaziergängen seine politischen Auffassungen.³³⁰ Mit den Erfahrungen seiner Kindheit und Jugend

325 Im Alter von 21 erlangte er den Dokortitel, drei Jahre später habilitierte er sich und wurde Privatdozent – im Alter von nur dreißig Jahren folgte die Professur.

326 Vgl. zu diesem Abs. Schirmacher 2005, S. 7 f.; Völklein, Ulrich: Die Weizsäckers. Macht und Moral – Porträt einer deutschen Familie, München 2004, S. 221 f.; v. Weizsäcker 1977, S. 564 f.; ders. 1983, S. 338 ff.; ders.: Bewusstseinswandel, München/Wien 1988, S. 344.

327 Von Weizsäcker 1988, S. 344.

328 Ebd., S. 354.

329 Dazu ebd., S. 355.

330 Vgl. Drieschner, Michael: Carl Friedrich von Weizsäcker. Eine Einführung, Wiesbaden 2005, S. 57 f.

im Hause v. Weizsäcker und in Piklön hatte er folglich eine wichtige Ressource gewonnen, die ihm später, wie bereits ausgeführt, als Hauptorganisator der Manifest-Aktion womöglich sehr dienlich war.

Andere Berufswünsche bestimmten zudem sein karrieristisches Gemüt. Mit acht Jahren faszinierten ihn die Sterne so sehr, dass ihm seine Eltern populärwissenschaftliche Zeitschriften zu diesem Thema abonnierten, er zum Geburtstag eine Sternenkarte zum Geschenk erhielt und in ihm der Berufswunsch des Astronomen aufkam.³³¹ Mit elf Jahren hatte er überdies ergriffen die biblische Bergpredigt gelesen und interessierte sich seither beeindruckt für Theologie, über deren Fragen er sich nach regelmäßiger Lektüre des Neuen Testaments mit seiner Mutter austauschte.³³² Interessen für Politik, Philosophie und Physik kamen wie erwähnt hinzu. Und wie gesagt, machte v. Weizsäcker zudem rasant akademische Karriere: 1933 promovierte er bei Heisenberg, 1936 folgte im Alter von nur 24 Jahren die Habilitation.³³³ Wissenschaftliche Arbeit fand er nicht in den unteren Chargen an der Universität, sondern an den elitären Kaiser-Wilhelm- und später Max-Planck-Instituten – zudem allzeit umgeben von weltbekannten Physikern und Nobelpreisträgern. Und auch seine familiäre Herkunft schien zu Karriere und Berühmtheit zu verpflichten, einen bestimmenden Erfolgsimperativ zu entfalten. Denn in den jüngeren Altersgenerationen der v. Weizsäcker hatte es stets herausragende Köpfe mit außergewöhnlichen Biografien gegeben: Sein Urgroßvater Carl Heinrich v. Weizsäcker war ein führender Theologe und Tübinger Universitätskanzler, sein Großvater Carl v. Weizsäcker schaffte es zum letzten Ministerpräsidenten von Württemberg und sein Vater Ernst Heinrich v. Weizsäcker hatte im Auswärtigen Amt Karriere bis zur Position des Staatssekretärs gemacht.

Seine die Grenzen einer spezifischen Disziplin verlassenden intellektuellen Sehnsüchte, das Wissen um seine vielfältigen Talente und außergewöhnlichen Interessengebiete, das enorme Ausbildungstempo mit dem Ergebnis höchster akademischer Grade sowie die familienhistorische Erfolgstradition seiner Vorfahren ließen in dem jungen v. Weizsäcker wohl – so kann man annehmen – einen gesunden Ehrgeiz, ja einen begierigen Hunger auf eine große Karriere und

331 Vgl. Völklein 2004, S. 222 f.

332 Vgl. Drieschner 2005, S. 22 ff.; v. Weizsäcker 1988, S. 44 u. S. 344 f.; Völklein 2004, S. 223.

333 Zu diesem Abs. vgl. allgemein Rechenberg, Helmut: Vom Atomkern zum kosmischen Wirbel, in: Physik Journal, H. 6/2002, S. 59 ff.

öffentliche Geltung reifen.³³⁴ Schon Heisenberg lockte den jungen v. Weizsäcker mit der entschiedenen, schnellen Aufstieg verheißenden Behauptung, in der Physik erreiche man die beachtlichsten Leistungen vor dem dreißigsten, in der Philosophie allerdings erst nach dem fünfzigsten Lebensjahr.³³⁵ Jedenfalls lässt sich mit Blick auf seinen geradezu erratischen Karriereverlauf in Form wechselnder Disziplinen, Universitäten und Lehrstühle schließen, dass er sich nicht mit einer einfachen Hochschuldozentur für Physik und einem Gelehrtschreibtisch, mit dem üblichen Erfolg einiger in engen Fachkreisen beachteten Artikel und Vorträge ein Leben lang begnügen würde. Dies bestimmte den Ablauf der Jahre nach dem Physikstudium und sein späteres Wirken, für welches der Göttinger Erklärung eine zwar punktuell-episodische, aber insgesamt dennoch nachhaltige und womöglich Weichen stellende Bedeutung zukam.

Kriegsbedingte Flucht in den Uranverein

Im Wissen um seine – jedenfalls in Relation zu seinem Mentor Heisenberg und anderen ihm bekannten Physikgranden – fachliche Mittelmäßigkeit in und der eher gezwungenen Einstellung zur Physik – er bezeichnete sich selbst als schwachen Mathematiker, rechnete ungern und führte am liebsten qualitative, nur „halbempirische“ Arbeiten aus – wandte sich v. Weizsäcker schon während des Kriegs von der Kernforschung ab.³³⁶ Im Uranverein, in dem sich die meisten seiner Angehörigen energisch ihrer kernphysikalischen Arbeit zuwandten, blieb er nur formal, um in den Genuss der begehrten U.K.-Stellung³³⁷ zu kommen, die ihn im Gegensatz zu seinen Brüdern vor dem Soldatendienst und der damit verbundenen Gefahr eines „Heldentods“ für das „Vaterland“ bewahrte; aber auch, um seinen Zugang zur Quelle neuester kernphysikalischer Erkenntnisse offen zu halten. In Heisenbergs Institut, das eifrig am Reaktor forschte, tauchte er nur sporadisch auf. Die Arbeit an irgendwelchen kuriosen Uranmaschinen interessierte ihn eigentlich nur insofern, als dass er sich davon anderweitige Vorteile versprach: Zum Beispiel in den Besitz exklusiver Erkenntnisse zu gelangen, mit denen er seine wissenschaftliche Bedeutung würde steigern können und, gewissermaßen im Sinne eines Herrschaftswissens, hoffte, damit politischen Einfluss

334 Von Weizsäcker selbst gestand sich einen „maßlosen“ Ehrgeiz ein; zitiert nach Drieschner 2005, S. 57.

335 Vgl. Völklein 2004, S. 229.

336 Vgl. zu diesem Abs. Hattrup 2004, S. 166 ff.; Hermann 1982, S. 170; v. Weizsäcker 1983, S. 331; ders. 1988, S. 344.

337 Eine Unabkömmlichkeitsstellung befreite Personen von ihrer Wehrpflicht.

nehmen zu können.³³⁸ Seine wissenschaftlichen Interessen galten längst anderen Feldern. So trat er 1942 eine außerordentliche Professur an der „Reichsuniversität“ Straßburg an,³³⁹ die als nationalsozialistische Muster- und Renommierbildungsstätte mit dem Ziel wissenschaftlicher Weltgeltung konzipiert worden war. Auf diesen weltanschaulich bedenklichen Anspruch seiner Wirkungsstätte nahm er keine Rücksicht, denn v. Weizsäcker konnte dort ungestört einer alten, ebenfalls aus Kindheitstagen stammenden³⁴⁰ Leidenschaft nachgehen: der Astronomie. Straßburg bot ihm mit dem Lehrstuhl für Astrophysik im „Dritten Reich“ ein komfortables Refugium, in das er sich bis zum Kriegsende zurückziehen konnte. Nach dem Krieg, Straßburg gehörte längst wieder zu französischem Staatsgebiet, ging er wieder zurück zu Heisenberg nach Göttingen, wo er dank seiner alten Verbindungen und seiner physikalischen Kenntnisse immerhin eine Abteilung leiten durfte. Außerdem befand er sich dort am Sitz der Max-Planck-Gesellschaft und in der Nähe Hahns und Heisenbergs, im Epizentrum wissenschaftspolitischer Initiativen der Nachkriegszeit also. Alternativen, wie ein Lehrstuhl im von Bomben zerstörten, erst noch von den Trümmern zu befreienden München, lehnte er darüber hinaus – und verständlicherweise – aus Gründen des Komforts und der Ästhetik ab.

Sein Weg zurück in die Kernphysik war aber auch nach dem Krieg weiterhin nur als zwischenzeitliche Etappe ausgelegt. Längst beschäftigte sich v. Weizsäcker mit komplizierten Fragen der Politik, interessierte sich dabei vor allem für das Phänomen Atombombe – eine beispiellose Waffe, die allumfassende Vernichtung zu bewirken vermochte. Er beriet seinen Freund Heisenberg im wissenschaftspolitischen Taktieren mit der Regierung Adenauer und begann, eigene Vorstellungen von politischer Verantwortung der Wissenschaft zu entwickeln und zu formulieren. Der „Weckruf“ ereilte ihn angeblich in Farm Hall in Form der Nachricht des US-amerikanischen Atombombenabwurfs über Hiroshima, durch den er und seine Kollegen die selbstzerstörerischen Kräfte innerhalb der

338 Vgl. Schaaf, Michael: „Ich wollte erkennen, ob Atombomben möglich sind“. Ein Gespräch mit Carl Friedrich von Weizsäcker, in: http://censis.informatik.uni-hamburg.de/publications/Art_M_Schaaf_Weizsaeck.pdf [eingesehen am 10.11.2008], S. 12.

339 Zu v. Weizsäckers Professur in Straßburg vgl. Kant, Horst: *Zur Geschichte der Physik an der Reichsuniversität Straßburg in der Zeit des Zweiten Weltkrieges*, Berlin 1997.

340 Vgl. v. Weizsäcker 1977, S. 553 f.; ders. 1983, S. 329 f.

Menschheit gewärtigt hätten.³⁴¹ Fortan beschäftigte sich v. Weizsäcker mit zunehmender Intensität mit dem Problem der Atombombe und der ständigen Gefahr einer vollständigen Vernichtung der menschlichen Spezies. Seine Gedanken kreisten dabei um die politischen Konsequenzen, die aus der Atombombe zu ziehen waren.

Jedenfalls: Das Thema packte und ließ ihn nicht mehr los. Er kultivierte es in der Folge intellektuell zu einem wissenschaftlichen Sujet. Kernwaffen und ihre Konsequenzen für die Gesellschaft, weltpolitische Spannungs- und Abrüstungskonzepte: Das waren Komplexitäten, mit denen er sich nun professionell auseinanderzusetzen begann. Darin fand er seine neue Berufung und geistige Erfüllung, nachdem ihn die Kernphysik nie wirklich hatte begeistern können. Die Göttinger Erklärung war ihm deshalb Türöffner zu einer neuen Karriere. Anstoß zu dieser intellektuellen Tätigkeit, die er ab 1957 zu seiner neuen Profession fortentwickelte, gab – gewissermaßen als Initialzündung – eine Überlegung, die er mit seinem Freund Georg Picht im Februar 1939, also unmittelbar nach Hahns Entdeckung der Spaltung eines Atomkerns, angestellt hatte. Das tiefeschürfende Wissen um die Grundgesetze der Natur, das sich die Menschheit in den vorangegangenen Jahrzehnten revolutionär angeeignet hatte, ermögliche technische Anwendungen, deren Tragweite einzigartig und kaum absehbar war. Picht und v. Weizsäcker wussten: Die nun realisierbar gewordene Atombombe würde wie keine Entdeckung zuvor die Lebensbedingungen der Menschheit verändern. „Es ist unvermeidlich, dass hieraus politische Ereignisse folgen, die die politischen Ordnungen der Menschheit radikal umgestalten. Wir standen vor der Aufgabe, diese Umgestaltungen zu denken und, noch ehe wir sie denken konnten, aber doch schon angeleitet durch das, was wir zu denken versuchten, in ihnen zu handeln.“³⁴² Dies war die Grundlage v. Weizsäckers zukünftiger Ideen und Thesen. Aus ihr leitete er eine neue Maxime ab: „Es war uns klar, dass von nun an der Wissenschaftler eine politische Verantwortung trägt, die er auf keine Weise abschütteln kann.“³⁴³ Mehr denn je besäßen Wissenschaftler eine ethische Berufspflicht, sich um die politischen Konsequenzen ihres Schaffens zu kümmern, den Umgang mit ihren Forschungsergebnissen zu überwachen, ohne dabei allerdings selbst zum Politiker zu werden. Der Atombombenabwurf war dann für v. Weizsäcker die drastische Bestätigung für seine schon zuvor ersonnenen Überlegun-

341 Vgl. zu diesem Abs. Hattrup 2004, S. 163 f., S. 166 u. S. 198 f.; v. Weizsäcker 1958; ders. 1976, S. 203 f.; ders. 1984, S. 182; ders.: Die Unschuld der Physiker? Ein Gespräch mit Erwin Koller, Zürich 1987, S. 40 u. S. 51; ders. 1993, S. 355 f.

342 Von Weizsäcker 1984, S. 182.

343 Ders. 1976, S. 204.

gen. Irgendwie mussten die Atomwissenschaftler also unter der Last ihrer moralischen Verpflichtung Einfluss auf die Politik gewinnen, von der sie sich bislang am liebsten distanziert hatten.

Erst über eine Reihe von Etappen, von denen eine die Göttinger Erklärung war, gelangte v. Weizsäcker zu einem von ihm erstrebten Status: international beachteter und wertgeschätzter Friedensdenker und Atomwaffenphilosoph. Noch zu Beginn des Zweiten Weltkriegs erlag er einer, wie er in der Rückschau selbst bekannte, ziemlich naiven, der Hybris nicht abgewandten Vorstellung, mit dem Wissen um die mögliche Herstellung einer Atombombe die Politik kontrollieren zu können.³⁴⁴ Als Heisenbergs Versuche im Sommer 1941 die Erkenntnis über die prinzipielle Möglichkeit einer Kernwaffen- und Kernreaktorentwicklung erbrachten, traf dieser sich mit seinen engsten Mitarbeitern und Beratern v. Weizsäcker und Wirtz in Berlin zu informellen Gesprächen über die möglichen Konsequenzen dieser Entdeckung. Die drei wähten sich als Inhaber der wissenschaftlichen Expertise gegenüber der Regierung im Vorteil, da diese vom kriegswichtigen Know-how der Forscher abhängig sei. Von Weizsäcker glaubte, über seine wissenschaftliche Tätigkeit politischen Einfluss gewinnen zu können. Er war überzeugt, im Gegensatz zu seinen Forscherkollegen „politisch weiter zu denken und präziser handeln zu können“³⁴⁵, schrieb sich also eine persönliche Kompetenz zu, die dem vermeintlich rein naturwissenschaftlichen Denken seiner Kollegen überlegen war. Er glaubte nunmehr, sich als Träger von exklusivem Wissen den Zutritt zu den politischen Entscheidungsträgern bahnen zu können; konkret: Adolf Hitler persönlich gegenüber zu treten und ihn friedenspolitisch beeinflussen zu können. Auch sein Vater, der hochrangige Diplomat im Reichsaußenministerium, hatte ja eigenen Angaben zufolge versucht, seine Position zu nutzen, um die Eskapaden der nationalsozialistischen Kriegspolitik einzugrenzen. Den Gedanken, politischen Einfluss auf staatliche Machttträger zu erlangen, entlarvte v. Weizsäcker allerdings selbst schon bald als träumerische Utopie. Aber das zugrundeliegende Prinzip, demzufolge Wissenschaftler auf die Politik Einfluss gewinnen, gab er hingegen nicht auf, sondern führte es schrittweise in andere gedankliche Bahnen. Daher berührte er nach dem Krieg gedanklich auch Heisenbergs Konzept des Deutschen Forschungsrates. Seinem alten Mentor Hei-

344 Vgl. zu diesem Abs. Franke, Klaus/Schulz, Matthias: „Ich gebe zu, ich war verrückt“ (Interview mit Carl Friedrich v. Weizsäcker), in: Der Spiegel, 22.04.1991; Hatrup 2004, S. 169; Herbig 1976, S. 98 f. u. S. 129 f.; Neuneck 2007, S. 66; Völklein 2004, S. 16; v. Weizsäcker 1976, S. 204; ders. 1988, S. 330; ders. 1993, S. 338.

345 Herbig 1976, S. 98.

senberg war er in Sachen Forschungsrat aus diesem Grunde auch ein einflussreicher Souffleur – jedenfalls besaßen die beiden eine gemeinsame Ansicht in diesem Punkt. Von Weizsäcker gefiel eine Zeitlang die Idee, dass ein elitäres Wissenschaftlergremium qua fachlicher Autorität, die für weltanschauliche Neutralität und Überparteilichkeit bürge, den Politikern politisches Handeln vorschreiben, ja sie vor folgenschweren Irrtümern bewahren könnte. Da dieses Unterfangen aber letztlich scheiterte, der Forschungsrat in der DFG aufging, bedurfte v. Weizsäcker einer anderen Vorgehensweise, um seinem Urteil bei Politikern Geltung zu verschaffen und seine Verantwortungswahrnehmung zu professionalisieren.

Diese bot ihm das seit Kurzem allgegenwärtige Damoklesschwert des Atomkriegs, das mit Beginn der Blockkonfrontation und beiderseitigem Kernwaffenbesitz seit 1949 über der Menschheit zu schweben begonnen hatte – denn in jenem Jahr hatte auch erstmals die Sowjetunion, vier Jahre nach den Vereinigten Staaten, zu Testzwecken eine Atombombe gezündet. Und hinzu kam die langsam in Atomwissenschaftlerkreisen reifende Erkenntnis, dass Forscher sich in einer solchen Situation der Verantwortung für die Konsequenzen ihres Schaffens bewusst zu werden hätten. Der Zeitgeist verhalf v. Weizsäckers Themengebiet und Ansichten zu großer, weltumspannender Bedeutung. Nun konnte er weiterdenken, neue Ideen sammeln. So entwickelte er u.a. das Dogma von der unumgänglichen Abschaffung des Kriegs, demzufolge die Existenz der Atombombe aufgrund ihrer allumfassenden Vernichtungskraft den Friedenszustand dauerhaft notwendig mache. Die Institution des Kriegs gehöre notwendigerweise abgeschafft – so pflegte er es noch bis zu seinem Tod im Jahr 2007 zu predigen. Und die Wissenschaftler müssten sich qua ihres Fachwissens, ihrer umfangreichen Materienkenntnis, mehr denn je Wege zur Wahrnehmung von Verantwortung erschließen.

Seine Konzepte und Lösungsvorschläge, die vor dem Hintergrund der weltpolitischen Ereignisse immer mehr Brisanz erhielten, diskutierte er zunächst nicht in der weiträumigen Öffentlichkeit, sondern noch im geschlossenen Kreis der Atomphysiker. Doch ehrgeizig und selbstbewusst wie er war, fühlte er sich wohl dazu berufen, dieses Thema auch in der Öffentlichkeit zu platzieren. Denn erst dort konnte ein öffentliches Bewusstsein für die Atomgefahr entstehen und eine Nachfrage nach notwendigen friedenspolitischen Überlegungen erzeugt werden.³⁴⁶ Er verscrieb sich einem pädagogischen Ziel, wollte, dass „in der Bundesrepublik über diese Fragen nunmehr zum ersten Mal in etwas breiteren

346 Vgl. Lindner 2002, S. 121.

Kreisen ernstlich nachgedacht werden sollte“³⁴⁷. Natürlich drängte er dabei die Gesellschaft, sich mit den Risiken der Gegenwart auseinanderzusetzen, sorgte sich somit um deren Schutz. Aber gleichfalls profitierte er auch davon, gewann doch sein neues Tätigkeitsfeld enorm an Bedeutung. Dabei spekulierte v. Weizsäcker wohl auch darauf, dass die steigende Akzeptanz des Themas in der Gesellschaft auch ihm selbst zu größerer Bedeutsamkeit verhelfen würde. Von Weizsäcker war jedenfalls die treibende Kraft, als es darum ging, die Aktion eines politischen Manifests zu verwirklichen. Er war derjenige, der sich am energischsten und drängendsten für das Zustandekommen der Göttinger Erklärung bei seinen Kollegen einsetzte, diese mobilisierte und auf einen Konsens verpflichtete.

Auf der Suche nach Erfüllung

Es war kein Zufall, dass v. Weizsäcker im Deutschen Forschungsrat und später in der DFG den Fragenkomplex der Mitverantwortung von Wissenschaftlern bearbeitete.³⁴⁸ Für sein erstrebtes Wirken erschloss er sich, ähnlich wie während des Zweiten Weltkriegs, absichtlich exquisite Informationsquellen, bspw. durch die Nähe zu Heisenbergs Forschungsgruppe und durch gezielte Mitgliedschaft in bedeutsamen Gremien. Bei der Gründung des Atomministeriums „sorgte ich dafür, dass ich in den Arbeitskreis ‚Kernphysik‘ der Beratergremien des Ministeriums kam, im Wesentlichen um mich über etwaige militärische Absichten mit der Atomenergie sofort informieren zu können“³⁴⁹. Denn v. Weizsäcker rechnete längst damit, dass „sein“ Sachverstand und seine Reflexion der Atombombengefahr bald gefragt sein würden.³⁵⁰ Offenkundig witterte er mit einem gewissen Gespür für karrieristisch lukrative Problemkomplexe und das öffentliche Interesse die enorme politische Brisanz des Themas Atomwaffen, die es fortan bloß noch der Bevölkerung vor Augen zu führen und politisch zu verstärken galt.

Für das Verständnis von der Manifestation der Achtzehn ist dies von ungeheuer wichtiger Bedeutung. Es ergab sich nämlich gewissermaßen eine für beide Seiten profitable Wechselwirkung: Von Weizsäcker wollte, um für seine geistigen Konzeptionen eine akute und möglichst anhaltende Nachfrage zu schaffen, einen Bewusstseinswandel der öffentlichen Meinung herbeiführen.³⁵¹ Das Manifest selbst strebte einen Bewusstseinswandel für die atomare Gefahr, für die Ri-

347 Von Weizsäcker 1984, S. 194

348 Vgl. Eickemeyer 1953, S. 45.

349 Von Weizsäcker 1984, S. 192.

350 Vgl. Lindner 2002, S. 116.

351 Vgl. Hattrup 2004, S. 173 f.

siken der Adenauer'schen Sicherheitspolitik und für die Förderungswürdigkeit ausschließlich ziviler Kernenergieforschung an – dies war nicht zwingend v. Weizsäckers eigentliches Ziel. Vielmehr war es ihm wohl vor allem das Mittel, ein Vehikel für seine persönlichen Ambitionen, denen er ein günstiges Klima bereiten musste. Dafür setzte er sich mit all seinen Fähigkeiten ein und davon profitierte letztlich auch die politische Manifestation. In ihr vermengten sich womöglich, zumindest im Falle v. Weizsäckers lässt sich dies behaupten, eigen- und allgemeinwohldienliche Konsequenzen.

Im Punkt des Bewusstseinswandels traf sich v. Weizsäcker mit Hahn, Heisenberg und Gerlach, denen eine kritische Auseinandersetzung mit der Ausrichtung von Nuklearforschung ebenfalls als ein geeignetes Mittel erschien, um ein bestimmten Ziels – nämlich das Renommee friedlicher Kerntechnik zu steigern – zu erreichen. Obgleich sich die Ziele unterschieden, glichen sich die Inhalte des Vorgehens. Von Weizsäckers Philosophieren über das Zeitalter der Atombombe entsprach dem Bestreben der nuklearwissenschaftlichen PR-Kampagne, war also ganz im Sinne der Wissenschaftsorganisatoren Hahn, Heisenberg und Gerlach. Was für Gerlach den Fortgang kernphysikalischer Forschung, die unglücklicherweise die Atomwaffen hervorgebracht hatte, rechtfertigen sollte – die verantwortungsbewusste Beschäftigung mit der Problematik innerhalb der Öffentlichkeit und mit einer politischen Stoßrichtung –, dies sollte v. Weizsäckers zukünftiges Tätigkeitsfeld sein, auf dem er sich Meriten zu erwerben hoffte. Wie seine Kollegen vertrat auch v. Weizsäcker entschlossen die Auffassung, die Hervorbringung der Atombombe berechtige aller Gefahren zum Trotz – eben unter der Voraussetzung einer wissenschaftlichen Aufsicht – zur Fortsetzung von kerntechnologischen Entwicklungsarbeiten. Für alle hier erwähnten Kernphysiker war übereinstimmend die Bombe die Wurzel allen Übels. So konnte es letztlich dazu kommen, dass sich die jahrzehntelang einander bekannten Atomwissenschaftler plötzlich in einer gemeinsamen Interessenlage mit unterschiedlicher Zielsetzung wiederfanden: die öffentliche Thematisierung von Verantwortung für Technik- bzw. Erkenntnisfolgen.

Die nötige Entzündung des Themas, eben besagte Bewusstseinsveränderung, glaubte v. Weizsäcker am besten mit einer politischen Stellungnahme in der Öffentlichkeit, gestützt auf eine stattliche Anzahl von Unterzeichnern von Rang und Namen, erreichen zu können – einem politischen Manifest. Vor diesem Hintergrund war die Mainauer Kundgebung gleichsam ein erster Versuch, bei dem v. Weizsäcker mit dieser unkonventionellen Protest- und Kommunikationsform erstmals experimentierte. Dass es keine unsystematisch vorgenommene, einer unerwarteten Spontaneität entsprungene Maßnahme von einmaliger Art war, zeigt sich in v. Weizsäckers anschließendem Verhalten, der eindringlichen Be-

schäftigung mit dieser Aktion des Jahres 1955. Bis zum Gespräch mit Martin Buber trieb ihn die Frage nach dem Scheitern von Mainau um, sinnierte er über mögliche Schwachstellen und eventuell begangene Fehler. Dergleichen nimmt vermutlich niemand auf sich, dem es allein um die öffentliche Artikulation einer kollektiven Meinung geht. Von Weizsäcker wollte schon damals, quasi von einer außerparlamentarischen Position aus, wirkungsvoll politisch intervenieren, die Regierung zu bestimmten Handlungen veranlassen. Das Grundprinzip seiner inzwischen über zehn Jahre alten Idee, als Experte einer wissenschaftlichen Disziplin auf den zuständigen Bereich in der Politik Einfluss zu nehmen, nicht aufgegeben. Dem Freiherrn schwebte nichts Geringeres vor, als „politische Zukunftsstrukturen planerisch zu entwerfen“³⁵². Des Weiteren gründete sein Handeln auf der Überzeugung, dass „ich als Physiker, der von Atombomben etwas verstand, dadurch eine Chance hatte, auch politisch wirksam zu sein“³⁵³. Gleichwohl mit dem bezeichnenden Unterschied, dass er diesen Expertenstatus nicht mehr gegenüber den Politikern, sondern der Bevölkerung geltend machen wollte, um über den Umweg der öffentlichen Unterstützung, gewissermaßen durch den Rückhalt der Bürger bestärkt, den Politikern gegenüber zu treten.

Die Maxime lautete von nun an: Beeinflussung der Politik durch Beeinflussung der öffentlichen Meinung.³⁵⁴ Mainau war in dieser Hinsicht für v. Weizsäcker unbefriedigend verlaufen; also wollte er es ein weiteres Mal versuchen. Mit Heisenberg besprach er dies im Laufe des Sommers 1956 – im Wissen, dass auch dieser zusammen mit weiteren einflussreichen sowie aufstrebenden Kernphysikern in der Öffentlichkeit einen bedeutsamen Faktor erkannt hatten.³⁵⁵ Dabei nutzte er besonders die Angst seines Mentors, die kernphysikalische Forschungsstätte in Karlsruhe könnte von der deutschen Bevölkerung und dem Ausland als ein für Rüstungszwecke errichtetes Wissenschaftszentrum beargwöhnt und infolgedessen verhindert werden. Da Heisenberg ob seines erfolglosen wissenschaftspolitischen Engagements der vergangenen Jahre zwischenzeitlich merklich ausgelaugt und enerviert war, sich zudem wieder stärker auf seine wissenschaftlichen Arbeiten zu konzentrieren begann, übernahm nun v. Weizsäcker vollends die Regie.³⁵⁶ Erst 1957 bot sich ihm allerdings, obschon er spätestens seit dem Sommer 1956 ein zweites Manifest angestrebt hatte, mit Adenauers rhetorischem Fauxpas eine formidable Gelegenheit, die er zu nutzen verstand.

352 Von Weizsäcker 1988, S. 43.

353 Zitiert nach Lindner 2002, S. 123.

354 Vgl. v. Weizsäcker 1987, S. 52.

355 Vgl. Heisenberg 1976, S. 260.

356 Vgl. Kraus 2001, S. 195 f.

Das angepeilte Ziel des Freiherrn war simpel. Von Weizsäcker wollte sich als Experte eines Gebiets aufbauen, das er später einmal in einer Äußerung zur „Weltinnenpolitik“ erhob.³⁵⁷ Es sollte sich dabei um eine wissenschaftlich erarbeitete Programmatik zur Herstellung des Weltfriedens respektive zur Verhütung eines alles Leben vernichtenden Atomkriegs handeln. Dafür waren seiner Planung zufolge aber einige vorangehende Schritte notwendig. Die beiden wichtigsten: Von Weizsäcker musste erstens Glaubwürdigkeit und öffentliche Bekanntheit erlangen, schließlich hatte er während des „Dritten Reichs“ zu den Angehörigen des sagenumwobenen Uranvereins gezählt, war ihm von ausländischen Kollegen eine Nähe zum NS-Regime unterstellt worden und war er selbst in einem Reputationsstatus eines außerhalb von Fachkreisen wenig bekannten Atomphysikers aus Westdeutschland gefangen. Und um auf internationaler Ebene Abrüstung fordern zu können, glaubte v. Weizsäcker zunächst – zweitens – Authentizität erlangen zu müssen. Erst, so sein Kalkül, wenn er für sein eigenes Land den freiwilligen Atomwaffenverzicht forderte, würde er sich des Verdachts nationalen Egoismus' überzeugend erwehren können: „Wenn ich mich öffentlich gegen die Verbreitung von Atomwaffen in anderen Staaten äußern wollte, war es selbstverständlich, dass ich mich zuallererst öffentlich gegen eine deutsche Atomrüstung wenden musste.“³⁵⁸

Insofern diente ihm die Göttinger Erklärung als Schrittmacher, als Etappenziel. Deshalb sah er auch einen öffentlich artikulierten Verzicht auf eine Beteiligung an derartigen Waffenentwicklungen im nationalen Rahmen als unabdingbare Voraussetzung an.³⁵⁹ Von Weizsäcker freute sich aus diesem Grunde geradezu, dass ihm Adenauer mit seiner ebenso leichtsinnigen wie naiven Äußerung von der „weiterentwickelten Artillerie“ eine derartige Angriffsfläche darbot. In der Spätphase seines Lebens gab er anlässlich eines Interviews sogar unumwunden zu, dass es ihm geradewegs eine Freude bereitet habe, eine Aktion wie die Göttinger Erklärung durchzuführen.³⁶⁰ Denn auf diese Weise konnte sich v. Weizsäcker zum Initiator, Antreiber und geistigen Kopf des Atomwissenschaftlerprotests aufschwingen, einen erstrebten Status erlangen. Und v. Weizsäcker gefiel sich in der Rolle des intellektuell beschlagenen Antipoden.

357 Vgl. Hattrup 2004, S. 197 f. u. S. 202. Hattrup dazu (S. 198): „Weizsäcker läßt das Wort mit einem Programm des Weltfriedens auf und gibt ihm eine geschichtsphilosophische Weite, die es nur bei ihm hat. Weltinnenpolitisch hat er schon immer gedacht, auch als er das Wort noch nicht gebraucht hat.“

358 Lindner 2002, S. 114.

359 Vgl. hier und folgend Hattrup 2004, S. 201; Lindner 2002, S. 118-122.

360 Vgl. Lindner 2002, S. 122.

Dass das Manifest in einer direkten Verbindung mit v. Weizsäckers friedens-theoretischen Überlegungen stand und diese gleichsam „promoten“ sollte, zeigt ein Satz, der in der Endfassung des Manifests allerdings entgegen v. Weizsäckers Absicht gestrichen worden war. Diese Sentenz beinhaltete v. Weizsäckers persönliche Theorie des Paradoxons der Atombombe; er hielt damals „den Schutz des Friedens und der Freiheit durch diese vernichtenden Waffen für sehr problematisch. Diese Bomben erfüllen ihren Zweck nur, wenn sie nie fallen. Wenn aber jedermann weiß, dass sie nie fallen, dann erfüllen sie ihren Zweck auch nicht.“³⁶¹

Von Weizsäckers Kalkül schien aufzugehen. Im Zuge der Göttinger Erklärung avancierte er zum „Inhaber“ des Themenfelds Kernwaffen und Friedenspolitik. Im Wintersemester 1956/57 hatte er bereits an der Universität Bonn eine fakultätsübergreifende Serie von Vorträgen über Atomenergie und Atomzeitalter begonnen. Dem Göttinger Manifest schob er Ende April 1957 einen Vortrag über „Die Verantwortung der Wissenschaft im Atomzeitalter“ nach, der nach fast drei Jahrzehnten 1986 letztmals in der siebten Auflage erschien und in dem er die Thematik wieder aufgriff und auch von den Gesprächen mit Politikern berichtete.³⁶² In der *Zeit* durfte er ein Jahr später 1958 eine Artikelserie über das „Leben mit der Bombe“ veröffentlichen.³⁶³ Zahlreiche Publikationen folgten bis in die 1980er Jahre mit einschlägigen Titeln wie „Der bedrohte Friede“, „Fragen zur Weltpolitik“, „Wahrnehmung der Neuzeit“, „Wege in der Gefahr“ oder „Bewußtseinswandel“. Von Weizsäcker profilierte sich auf diese Weise, ausgehend von der Göttinger Erklärung, die ihn einem großen Publikum bekannt gemacht hatte, zu einem fächerübergreifend belelenen und mit interdisziplinärer Expertise ausgestatteten Wissenschaftler, der Antworten auf Fragen eines bis dahin kaum untersuchten Komplexes, auf „das vielleicht unlösbarste [Problem] unserer Zeit“³⁶⁴, zu geben wusste. Und Experten für die politische Atomwaffenproblematik waren zu dieser Zeit – ganz besonders in der Bundesrepublik – rar gesät.³⁶⁵ Dieses personelle Vakuum an kundigem Sachverstand war die Karriere- nische, die sich v. Weizsäcker lange Zeit ersehnt hatte und die seine persönlichen Ansprüche an sein berufliches Wirken erfüllen konnte.

361 Zitiert nach Sonntag 1982, S. 44.

362 Vgl. Görlich 1965, S. 34 u. S. 113; Weizsäcker, Carl Friedrich: Die Verantwortung der Wissenschaft im Atomzeitalter, Göttingen 1957.

363 Der erste von insgesamt vier Teilen findet sich in der Ausgabe Nr. 20/1958.

364 Von Weizsäcker 1983, S. 342.

365 Vgl. Afheldt, Horst: Der Beitrag der Wissenschaft zum Fiasko der Sicherheitspolitik, in: Meyer-Abich (Hg.) 1982, S. 401-409, hier S. 401.

Aufstieg infolge der Göttinger Erklärung

Die Manifest-Aktion zeitigte beträchtlichen Einfluss auf v. Weizsäckers Karriere. Sie machte den Kernphysiker zu einer gefragten Persönlichkeit wie auch zu einem begehrten Realitätsdeuter und verschaffte ihm eine über Wissenschaftlerkreise hinausreichende Prominenz.³⁶⁶ Die Öffentlichkeit interessierte sich für ihn, renommierte Institutionen baten ihn um Rat. *Zeit*-Reporter suchten ihn in Göttingen auf und veröffentlichten ein Porträt über ihn,³⁶⁷ sein Konterfei zierte die Titelseite des *Spiegels*.³⁶⁸ Im Juli 1958 stellte ihn eine Pressemeldung mittlerweile als den „bekanntesten“³⁶⁹ der Göttinger Achtzehn vor. Sodann arbeitete er an einer Studie zur Atomfrage für den Weltkirchenrat mit.³⁷⁰ Im Dezember 1959 fand v. Weizsäcker Aufnahme in die „Leopoldina“ – die ehrwürdig-elitäre „Deutsche Akademie der Naturforscher“, deren damaliger Präsident Kurt Mothes zu diesem Anlass schrieb, dass man starker Persönlichkeiten bedürfe, die „durch ihr Wirken über die Grenzen der eigentlichen wissenschaftlichen Arbeit hinaus Atmosphäre verbreiten und das geistige Gesicht unserer Zeit mitgeprägt haben“³⁷¹. Mothes' Nachfolger Heinz Bethge rühmte v. Weizsäcker gar als „Glanzstück unter den Mitgliedern“³⁷². Weiteres folgte: 1963 verlieh man v. Weizsäcker den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels, seine Vorträge erhielten großen Zulauf. Die EKD und die Regierung Brandt warben ihn als Berater, auch wurde er Mitglied im Beratenden Ausschuss für Forschung und Technologie (BAFT). Diese „Prominentenzirkulation“³⁷³, die von der Göttinger Erklärung ihren Ausgangspunkt nahm, potenzierte die öffentliche Bekanntheit v.

366 Dazu vgl. Görlich 1965, S. 119; Grossner, Claus: Die Quantenphysik der Weltpolitik, in: *Die Zeit*, 16.04.1970; v. Weizsäcker 1984, S. 197. „In dem Augenblick, in dem eine Person bereits mehrfach massenmediale Aufmerksamkeit gefunden hat, ist sie bereits Teil der Prominenz und wird aufgrund dieser Eigenschaft weiterhin bevorzugt vermittelt.“ Peters: Prominenz 1996, S. 109.

367 Vgl. o.V.: Die Göttinger Luft, in: *Die Zeit*, 09.05.1957.

368 Dies war die Ausgabe vom 08.05.1957.

369 O.V.: Prof. Weizsäcker berichtet CDU-Propaganda, in: Sozialdemokratischer Pressedienst, 14.07.1958.

370 Vgl. Meldung im Archiv der Gegenwart, Jg. 28 (1958) H. 36, S. 7277 f. (08.09.1958).

371 Zitiert nach Lindner, Konrad: Souveräne Stimme der Gelehrten, in: Deutschlandradio Kultur, 02.04.2008, online einsehbar unter: <http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/zeitreisen/763341/> [eingesehen am 30.07.2008].

372 Zitiert nach ebd.

373 Peters: Prominenz 1996, S. 110.

Weizsäckers und legte das Fundament für seine fortan währende, auch den Tod überdauernde Berühmtheit des „Vernunftslobbyisten“³⁷⁴.

Auch innerhalb der Achtzehn gab es Reaktionen, die darauf hindeuten, dass v. Weizsäckers Verhalten nicht zuletzt auch eigennütziger Antrieb zugrunde lag. Sein auffälliger Profilierungsdrang, seine mit niemandem der Achtzehn abgestimmten Postulate und Argumentationen nahmen idealistisch veranlagte Manifestanten wie Born und v. Laue mit deutlichem Missbehagen zur Kenntnis.³⁷⁵ Sie – die ihren in der Erklärung eingenommenen Standpunkt entschlossen aufrechterhielten und der Überzeugung nach mit diesem auch keine weitreichenden Karriereambitionen verfolgt hatten – werteten die Äußerungen des umtriebigen Freiherrn, die wie im Falle der *Zeit*-Artikel sogar zentrale Aussagen der Göttinger Erklärung zu revidieren schienen, als opportunistisch und inkonsequent. Sie forderten von Hahn deshalb die Entbindung v. Weizsäckers von seiner herausgehobenen Sprecherrolle.

Bald nach der Göttinger Erklärung wurde v. Weizsäcker mehrfach aufgefordert, eine Vereinigung nach dem Muster der „Federation of American Scientists“ zu gründen, die sich die Gedanken der Göttinger Erklärung zu ihrem zentralen Anliegen machen sollte. Für die gegen Krieg und Atomwaffen gerichtete „Pugwash“-Bewegung, in der sich Wissenschaftler seit Juli 1957 regelmäßig mit den Problemen von Kernwaffen auseinandersetzten, hatte er sich als Ansprechpartner für die Bundesrepublik qualifiziert.³⁷⁶ 1959 bat ihn eine Physikergruppe bei der anschließend von ihnen organisierten Gründung einer derartigen Vereinigung, der späteren Vereinigung Deutscher Wissenschaftler,³⁷⁷ um seine Beteiligung. Von Weizsäcker sagte zu, setzte aber sogleich die Bedingung durch, diese Vereinigung solle Forum zur Diskussion sich aus der Wissenschaft ergebender politischer Probleme und nicht das Artikulationsorgan einer bestimmten, festgelegten politischen Meinung sein. Damit schuf er sich ohne eigenes organisatorisches Zutun eine dauerhafte öffentlich wahrnehmbare und politisch tätig werdende Wirkungsplattform für seine geistige Tätigkeit. Die VDW, deren erster Vorsitzender mit Hans Kopfermann einer der Achtzehn wurde, machte es sich zum Ziel, die „Verantwortung des Wissenschaftlers für die Folgen seines Fachs in der Gesellschaft und in der Politik wach zu halten und zu schärfen und ,Versuchen zum Missbrauch wissenschaftlicher Ergebnisse zum Schaden der

374 Sommer, Theo: Vernunftslobbyist, in: *Die Zeit*, 03.05.2007.

375 Vgl. hierzu Kant 2007, S. 12.

376 Vgl. Neuneck/Schaaf 2007, S. 32 ff.

377 Vgl. Neuneck 2007, S. 70.

Menschheit entgegenzutreten“³⁷⁸. Sie sollte aus wissenschaftlichem Fortschritt entspringende Probleme der Gegenwart wissenschaftlich durchdringen und für die politische Legislative, für die parlamentarische Gesetzgebung also, Vorschläge erarbeiten – sie entsprach damit sehr stark v. Weizsäckers persönlichem Ansinnen.

Aber nicht nur sein Ansehen in Fachkreisen vermehrte sich, v. Weizsäcker wurde auch in einer großen Öffentlichkeit als Mann von hehrer Moral, festem Gewissen und vorbildlichem Verantwortungsbewusstsein wahrgenommen. Als er kurze Zeit nach der Göttinger Erklärung seinen neuen Lehrstuhl in Hamburg antrat, hielten Studenten ihm zu Ehren einen Fackelzug durch die Hansestadt ab.³⁷⁹ Von Weizsäcker hatte sich mit der Manifest-Aktion, als einer deren führender Repräsentanten er neben Otto Hahn in der Öffentlichkeit auftrat, eine gehörige Popularität erworben. Für Politiker, Journalisten und andere Intellektuelle war er der Mann, der seine Kernphysikkollegen gegen die Regierung in Stellung gebracht, der verantwortungsbewusst die Grenzen seines Fachs verlassen hatte. Diese Position, aus der er statt eines flüchtigen Augenblicks einen dauerhaften Status machen wollte, nutzte er und begann, sich in dieser Rolle regelrecht zu professionalisieren. Zum Beispiel führten ihm die Debatten, die sich an die Göttinger Erklärung anschlossen, ein persönliches Defizit vor Augen.³⁸⁰ Sie machten ihm bewusst, dass er gegenüber Politikern keine rüstungspolitischen Vorschläge mit Erfolg würde vorbringen können, ja schlimmstenfalls nicht einmal ernstgenommen würde, ohne neben dem kernphysikalischen Expertenwissen nicht auch über hinreichende Kompetenz in rüstungspolitischen, militär-strategischen und waffentechnischen Dingen zu verfügen. Eben dieses Manko versuchte er in der Folgezeit auszuräumen, indem er sich zusätzliches Wissen anzueignen begann. Im Frühjahr 1958 bereiste er deshalb die Vereinigten Staaten und unterhielt sich dort mit physikalischen und strategischen Experten, machte sich mit neuen Terminologien vertraut und durchdrang neue Konzepte. Insgesamt wandte v. Weizsäcker – und dies zeugt von seinem konsequenten Willen, vermittels seiner Auffassungsgabe und persönlichen Nähe zur Nuklearwissenschaft professioneller Interpret und Theoretiker des globalen Gesellschaftsproblems „Atombombe“ werden zu wollen – mindestens zehn Jahre seines Lebens für das „wissenschaftliche Studium politischer Probleme“³⁸¹ auf.

378 Görlich 1965, S. 119; vgl. auch Hattrup 2004, S. 174 f.

379 Vgl. Hattrup 2004, S. 172.

380 Vgl. hierzu o. V.: Ich zweifle, ich glaube, in: Der Spiegel, 16.07.1958; v. Weizsäcker 1977, S. 574; ders. 1983, S. 342 f.; ders. 1984, S. 195; ders. 1988, S. 400 f.

381 Von Weizsäcker 1984, S. 487.

Und wie um die Realität und Allgegenwart der Gefahr, von der er nun stets wortreich zu philosophieren pflegte, unmissverständlich zum Ausdruck zu bringen, ließ er in seinem Garten einen Atombunker anlegen.³⁸² Überdies hörte er auf, politisch exponierte Persönlichkeiten wie Gandhi zu zitieren, um seine Seriosität zu erhöhen, sich politisch neutral zu geben. Seinen zahlreichen Publikationen ist ein Bestreben anzumerken, durch eine strenge, vermittels der Einnahme von verschiedenen Perspektiven suggerierte Sachlichkeit keiner Ideologie zugeordnet werden zu können. Darum sorgte sich v. Weizsäcker nun wirklich sehr: durch die Zuschreibung eines politischen Bekenntnisses an Glaubwürdigkeit zu verlieren. Er wollte als neutraler, ideologisch unbestechlicher, infolgedessen glaubwürdiger Vordenker auftreten. Nicht zuletzt aus diesem Grund führte v. Weizsäcker in der VDW ein hartes Regiment, sobald er Gefahr für seine Reputation, sein gesellschaftliches Prestige witterte.³⁸³ Unachtsame Meinungsäußerungen in der Öffentlichkeit und eine wilde Manifestiererei seitens der Organisation wurden von ihm strikt unterbunden – schließlich identifizierte man ihn inzwischen mit der VDW. Dort bremste er deshalb die idealistischen Gemüter und verhinderte Meinungsäußerungen, von denen er annahm, sie würden mangels Bedeutungsschwere wirkungslos verpuffen oder der politischen Parteinahme verdächtigt werden.³⁸⁴ Ganz abgesehen davon, dass er – mit dem Rückhalt des aus der Göttinger Erklärung bezogenen Renommeegewinns, der ihm Selbstvertrauen einflößte – wohl seine eigenen Konzeptionen ohnedies denen seiner VDW-Mitstreiter für überlegen hielt und sich im Besitz der jeweils wirklichkeitsgetreueren Sichtweise und der adäquateren Entscheidung wähnte.

Generell achtete v. Weizsäcker also systematisch auf sein Erscheinungsbild, seinen Status als Publizist und Wissenschaftler in der Öffentlichkeit. So etwa bei der Bewahrung politischer Unabhängigkeit, dem öffentlichen Auftreten als bekennender Nichtpolitiker, der nichtsdestotrotz trefflich in politischen Kontexten zu denken vermag. Dies zeigte sich etwa, als sich im Zuge der Göttinger Erklärung für ihn die Möglichkeit eines Wechsels in die Politik ergab.³⁸⁵ Der Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier, der v. Weizsäcker und dessen Gedankengänge aus einigen Gesprächen kannte, bot ihm nach der Manifest-Aktion eine Bundestagskandidatur für die CDU an. Von Weizsäcker wollte allerdings seine womöglich wichtigste Ressource, eben *nicht* parteipolitisch verfangen bzw. überhaupt berufspolitisch engagiert zu sein, unter keinen Umständen preisgeben. Und

382 Vgl. Hattrup 2004, S. 174.

383 Vgl. v. Weizsäcker 1984, S. 197 ff.

384 Siehe Drieschner 2005, S. 66.

385 Vgl. hierzu v. Weizsäcker 1983, S. 346 f.; ders. 1984, S. 196 f.

er tat wohl gut daran, war dieser Status doch integraler Bestandteil seiner erfolgreichen Außendarstellung, der für ihn viel zu kostbar war, als dass er ihn einer womöglich bloß mediokeren Parteikarriere und Parlamentsarbeit geopfert hätte. Sein Kalkül beinhaltete die Maxime, dass er mit der gebotenen Distanz und der erhabenen Autorität des viel belesenen Theoretikers „auch politisch nachhaltiger wirke als durch Tagespolitik, so wenig ich das Geschäft der Tagespolitik verachte“³⁸⁶. Zweimal trug man ihm auch von Seiten der SPD, dann allerdings schon eine Kandidatur zum Bundespräsidenten, eine politische Mission an – beide Male lehnte er ab. Von Weizsäcker, so lässt sich an dieser Stelle vermerken, betrieb ein aufmerksames Imagemanagement und stützte sich dabei auf ein sicheres Gespür, stets zu den richtigen Zeitpunkten vorteilhafte Eindrücke zu hinterlassen.

Richtet man noch einmal den Blick auf die VDW, erhellt sich des Weiteren ein entschlossenes Streben v. Weizsäckers nach einer Institutionalisierung seiner intellektuellen Tätigkeit als atomphysikalisch bewandeter Gegenwartsphilosoph, die sich in mehreren Etappen vollzog. Nachdem er in Heisenbergs Göttinger MPI für Physik bereits viel Zeit mit dem politisch-ethischen Problem der Atombombe, weniger aber mit kernphysikalischen Angelegenheiten verbracht hatte, war ihm mit der Besetzung eines Lehrstuhls für Philosophie in Hamburg bereits eine universitäre Schwerpunktverlagerung gelungen, die für seine Ansprüche förderlich war. Als inoffiziell Sprecher der Göttinger Achtzehn gewährte ihm Hahn, der Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, zudem finanzielle Unterstützung, indem er ihm Reisekosten erstattete und Mitarbeiter zur Verfügung stellte.³⁸⁷ Ein weiterer Schub für v. Weizsäcker kam sodann mit der VDW, die sich als thematisch geeignete Publikationsplattform anbot. In dieser etablierte er sich als zentrale Autorität, zumal der VDW-Geschäftsführer in den Jahren 1959 bis 1970, Horst Afheldt, ein Vertrauter v. Weizsäckers war, der dann von 1970 bis 1980 in v. Weizsäckers Wissenschaftlerteam forschte. Doch bald schon reichten auch die Kapazitäten der VDW nicht mehr aus, um v. Weizsäckers weittragenden Ambitionen gerecht zu werden: Ein eigenes Max-Planck-Institut musste also her.

Das Ziel seiner – zur Physik alternativen – Karrierebemühungen, die er schon in den 1940er Jahren aufgenommen hatte, erreichte v. Weizsäcker schließlich 1970.³⁸⁸ Von der Max-Planck-Gesellschaft, in der er inzwischen nun wahrlich genug einflussreiche Leute – insbesondere zählten sein Mentor Heisenberg und sein Förderer Hahn hierzu – kannte und für die er sich durch seine For-

386 Ders. 1984, S. 197.

387 Vgl. Neuneck/Schaaf 2007, S. 33.

388 Vgl. ders. 1983, S. 342 f.; ders. 1984, S. 201 ff.

schung und Öffentlichkeitsarbeit hinreichend verdient gemacht hatte, erhielt er in jenem Jahr sein eigenes „Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt“ in Starnberg.³⁸⁹ An die Seite stellte man ihm auf seinen Wunsch hin niemand geringeren als Jürgen Habermas. Die Existenz dieser Einrichtung war stark personengebunden, lebte von v. Weizsäckers Einfluss. Denn mit Carl Friedrich v. Weizsäcker kam die Gründung des Instituts und mit seiner Emeritierung 1980 wurde es nur wenig später auch schon wieder geschlossen. Ein stärker auf die Person abgestimmtes, ja fixiertes und von ihr abhängiges Institut hatte es in der MPG/KWG-Geschichte wohl nicht gegeben. Von Weizsäckers Max-Planck-Institut, das er als Direktor leitete, verhalf seinen Arbeiten zu noch größerer globaler Beachtung. Persönlichkeiten der Weltgeschichte wie Henry Kissinger bescheinigten ihm aufgrund seiner besonderen Verknüpfung von wissenschaftlicher Forschung und politischer Anwendung später weltweite Einzigartigkeit.³⁹⁰ Allein als MPI-Direktor zählte er bereits zu einem schwer zugänglichen Elitezirkel.

Dies schließlich war die Intention v. Weizsäckers, die hinter all dem Ganzen stand: Konzipiert als ein Think Tank eines interdisziplinär rekrutierten Wissenschaftlerensembles, sollte das Institut eine größere öffentliche Wirkung erzielen, seinem Leiter autonom zu Gebote stehende Ressourcen in Form von Budgets und Mitarbeitern verschaffen und die Ideen wie Überlegungen des Freiherrn wirkungskräftiger in der Öffentlichkeit platzieren, als dies über sporadische Kommentare eines zwar prominenten, aber einzeln agierenden Professors jemals möglich gewesen wäre. Das eigene Institut sollte eine Kraftquelle sein, die zukünftige Forschungsarbeit in geordnete Bahnen lenken und mit reichlich Mitteln erleichtern. Für Publikationen bedurfte v. Weizsäcker fortan nicht mehr der Mitherausgeberschaft von Nobelpreisträgern wie Heisenberg und Hahn,³⁹¹ von deren Unterstützungsbereitschaft er sich nun erfolgreich emanzipiert hatte, endlich kein Günstling mehr war.

Für bestimmte Tätigkeiten wie z.B. im BAFT arbeiteten ihm im Starnberger MPI nun spezielle Gruppen zu, sodass er seine Beratungstätigkeit abermals ausweiten konnte.³⁹² Das Starnberger Institut kam infolgedessen einer Institutionalisierung von v. Weizsäckers bisheriger Tätigkeit gleich – eine solche hatte sich ja ohnehin bereits in der VDW abgezeichnet. 1957 erstmals als verantwortungsvol-

389 Zum Institut vgl. Hattrup 2004, S. 175-180.

390 Vgl. Becker 1982, S. 378.

391 Auch darin hatten Hahn und Heisenberg ihn unterstützt; vgl. Neuneck/Schaaf 2007, S. 33.

392 Vgl. Drieschner 2005, S. 72 f.

ler und politisch engagierter Kernphysiker in das Bewusstsein einer größeren Öffentlichkeit gerückt, als kompetenter Intellektueller und Universalgebildeter, an vielen Themen interessierter und mit außergewöhnlich tief reichender Sachkenntnis bewehrter Wissenschaftler verstand v. Weizsäcker, seinen extraordinären Status beruflich weidlich auszunutzen. Er begann, erst aus der VDW heraus, dann schließlich professionell über sein Starnberger Institut, zu weltbewegenden Sachverhalten unter dem übergeordneten Sujet der Friedenspolitik und mit der Schlagkraft interdisziplinärer Forschung umfangreiche, zentrale Sachverhalte der Weltpolitik berührende Studien anzufertigen. So etwa die „Studie über Kriegsfolgen und Kriegsverhütung“ oder daran anschließend die „Studie über die Wiedervereinigung Europas“. Dass v. Weizsäcker die letzten zehn Berufsjahre vor seiner Emeritierung „weitgehend opferte“³⁹³, wie sich Weggefährten erinnern, erscheint vor diesem Hintergrund als eine hagiografisch übertriebene Helden- und Tapferkeitsetikettierung; denn kaum etwas anderes als seine Studententätigkeit unweit des Starnberger Sees hatte sich der lange Zeit blockierte Philosoph und notgedrungene Physiker wohl gewünscht.

Fortwährende Karriere durch unablässige Analyse

Mit dem Blick auf Schriften und Aussagen v. Weizsäckers fällt es nicht schwer, bei ihm eine Ambition zu erkennen, die Nation aus der Position eines wissenschaftlich neutralen Pädagogen erziehen zu wollen. Auch seinen eigenen Worten zufolge hatte er „es übernommen, der Nation in einer Lebensfrage zu raten“³⁹⁴, bezeichnete er sein „Dilemma als die unbewältigte welthistorische Aufgabe der vernünftigen Bändigung der Macht“³⁹⁵. So glaubte er, die Wiedervereinigung Deutschlands nur unter dem „Schirm einer Weltfriedensabsprache zwischen Amerika und Russland“ erreichen zu können, und dass er die Deutschen daher „in diesem Sinne in weltpolitische[m] Denken zu erziehen“ habe.³⁹⁶ Das Starnberger Institut war übrigens einer Anregung US-amerikanischer Wissenschaftler anlässlich eines Besuchs in der Max-Planck-Gesellschaft entsprungen, die empfahlen, ähnlich eines den US-Präsidenten umgebenden Zirkels, der Bundesregierung einen festen Beratungsstab von Wissenschaftlern in politischen Fragen an die Seite zu stellen.³⁹⁷ Dies war angesichts seiner bisherigen Vorstellungen natürlich ganz nach v. Weizsäckers Gusto. In seinem Handeln ließen sich nicht zu-

393 Afheldt 1982, S. 408.

394 Von Weizsäcker 1977, S. 574.

395 Zitiert nach Drieschner 2005, S. 84.

396 Beide Zitate in: v. Weizsäcker 1984, S. 204 f.

397 Vgl. Hattrup 2004, S. 176.

fällig auch Züge von Heisenbergs Konzept eines Forschungsrates erkennen, welcher der Politik Anweisungen erteilen sollte. Denn in seinen Abhandlungen schilderte v. Weizsäcker nicht nur weltpolitische Lagen, sezierte nicht bloß Probleme der Gegenwart, sondern machte auch in Form von Thesen und Empfehlungen stets konkrete Vorschläge, mithin Forderungen für politisches Handeln.³⁹⁸ Starnberg war der institutionelle Rahmen, die Plattform für diese von ihm seit Längerem erstrebte Tätigkeit des allseits gehörten und geschätzten Beraters.

Carl Friedrich v. Weizsäcker – so gilt es festzuhalten – handelte karrieristisch äußerst geschickt, wusste sich ihm bietende Gelegenheiten zielsicher zu nutzen und daraus beruflich Kapital zu schlagen. Dabei nutzte er die Vorzüge seiner vielseitigen Vita: Als Heisenberg-Schüler war er ausgewiesener Sachverständiger der Kernphysik, besaß als Diplomatensohn von Kindheit an eine Affinität zu politischen Handlungsmechanismen wie Kalkülen und er machte sich, getrieben von einer außergewöhnlichen Bildungsbegeisterung und getragen von persönlichem Talent, eingehend mit philosophischer Materie vertraut. In seinem selbstständigen Philosophiestudium, das er in den frühen 1950er Jahren begann, wälzte v. Weizsäcker große Folianten, arbeitete sich anhand der Granden unter den philosophischen Autoren mit unzähligen Bänden schrittweise durch die letzten 2000 Jahre.³⁹⁹ Von den Positivisten des Wiener Kreises über Kant und Leibniz zu Descartes und den Scholastikern. Bei jeder Etappe stieß er auf Unklarheiten, blieben ihm Begriffe rätselhaft, unbestimmt oder vieldeutig, da sie von ihren Benutzern nicht zufriedenstellend erklärt worden seien, so sein Eindruck. Bei Kant vermisste er zum Beispiel eine überzeugende Erläuterung von „synthetischen Urteilen a priori“; die Ausführungen Descartes wiederum gründeten sich auf scholastische Schriften, woraufhin er diese zu lesen begann. Und so weiter. Auf diese Weise gelangte er irgendwann im antiken Griechenland an, las die Klassiker schlechthin, Aristoteles und Platon. Erst die Worte dieser philosophischen Archetypen leuchteten ihm ein, leiteten sich doch all jene Begriffe, die er noch für erklärungsbedürftig hielt, von diesen Urphilosophen ab. Jedenfalls kam er auf diese Weise in den Besitz des philosophischen Rüstzeugs, das er für seine weitere Tätigkeit benötigte.

Darüber hinaus eignete er sich jeweils aktuelles Wissen über Sicherheits-, Rüstungs- und Außenpolitik an – eine umfassende „policy“-Kompetenz also.

398 Vgl. Gottstein, Klaus: Das politische Weltbild Carl Friedrich von Weizsäckers als Orientierungshilfe in unserer Zeit, in: Meyer-Abich (Hg.) 1982, S. 106-118, hier S. 116 f.

399 Siehe v. Weizsäcker 1988, S. 318 f.

Von Weizsäcker nannte dies „unablässige politische Analyse“⁴⁰⁰, die ihm die stets komplizierte Weltpolitik und die gegenwärtige Gefahrenlage für die Menschheit begreiflich machen sollte. Oder in der Beschreibung eines Wegbegleiters: „Carl Friedrich von Weizsäcker setzte sich das Ziel, so weit wie möglich das komplexe Ganze zu verstehen, das man verstehen muss, wenn man gangbare Wege in der uns umgebenden Gefahr finden will.“⁴⁰¹ Kurz gesagt: Aus der Physik lernte er für die Philosophie,⁴⁰² mit der er dann die Politik betrachtete.

Als v. Weizsäcker 2007 verstarb, achtete man ihn in der Öffentlichkeit als den „letzten universal gebildeten Gelehrten im deutschen Sprachraum“⁴⁰³ und fand für die Deutung seines gesellschaftlichen Rangs bewundernde Etiketten wie bspw. „Mystiker der europäischen Geistesgeschichte“⁴⁰⁴, den wohl auch Platon und Kant als einen der „ganz großen dieses Jahrhunderts [...] eines Gespräches für würdig“⁴⁰⁵ erachtet hätten. In einer von Instabilität, ständiger Drohung eines Weltuntergangs, zugespitzt: permanenter Angst und Unsicherheit geprägten Zeit, versuchte v. Weizsäcker mittels seiner interdisziplinären Kompetenz, die er sich über mehrere Jahrzehnte hinweg und im Rahmen unterschiedlichster Tätigkeiten mühevoll angeeignet hatte, in seinen Studien und Analysen ein intensives Bedürfnis der Orientierung, Gewissheit und des Verstehens zu befriedigen. Auch wenn er sich dem Weg in die professionelle Politik kategorisch widersetzte, wollte v. Weizsäcker auf politische Intervention nicht verzichten. Sein politisches Handeln war daher aber immer bloß sporadisch, punktuell, dem Tagesgeschehen und parteipolitischen Rangeleien enthoben. Auch darin erinnerte er an Heisenbergs Forschungsrat. Von Weizsäcker formulierte seine politischen Positionen, bevor er sie publizistisch an die Öffentlichkeit trug, zunächst in der kontemplativen Abgeschiedenheit des wissenschaftlichen Raums. Er wollte nicht in Parlamentsplen sitzen, seine kostbare Zeit in Gremien und Hinterzimmern vergeuden, wollte sich nicht dem Trubel ständiger Medienbeobachtung aussetzen und schon gar nicht in die Disziplin einer Partei, Fraktion oder Regierung eingebunden werden. Von Weizsäcker agierte politisch aus seinem Arbeitszimmer am Starnberger See heraus, von wo er sich bei Bedarf zu Wort melden konnte.

400 Zitiert nach Gottstein 1982, S. 109.

401 Ebd., S. 109.

402 Vgl. v. Weizsäcker 1983, S. 334 f.

403 Lindinger, Manfred: Synthesen eines Jahrhundertmannes, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.04.2007.

404 Podak, Klaus: Ein aufgeklärter Mystiker, in: Süddeutsche Zeitung, 30.04.2007.

405 Drieschner 2005, S. 114.

Die Göttinger Erklärung ist ein mustergültiges Beispiel für die fortan betriebene Arbeit des Freiherrn: die sorgfältige Analyse der Konsequenzen gesellschaftlichen, vor allem aber politischen, Handelns und die öffentliche Äußerung darüber.⁴⁰⁶ Und noch einen Vorzug bot diese Form: Als Forscher, dessen Stellung und Geltung nicht von einer Konjunktur demokratischer Wahlen gefährdet war, konnte er die langfristige Perspektive im Blick behalten – wohingegen Politiker oft Entscheidungen treffen, die kurzfristig eintretende Vorteile bezwecken, über einen längeren Zeitraum hinweg aber insgesamt eher nachteilige Folgen zeitigen.⁴⁰⁷ Dies erleichterte es ihm, die kraftraubende „Spannung zwischen wissenschaftlicher Reflexion und politischer Aktion“⁴⁰⁸ auszuhalten. Und vieles spricht dafür, dass er dies alles in nicht geringem Ausmaß seiner Tätigkeit als politischer Manifestant, als Strategie der Göttinger Erklärung verdankte.

Betrachtet man noch einmal synoptisch v. Weizsäckers Berufsvita, so kommt man nicht umhin zu sagen, dass dieser Mann aus prominentem Hause von Jugend an einen treffsicheren Blick für lukrative Karrierestationen besaß. Mit der Kernphysik begann er zu einer Zeit, als diese sich gerade in einem revolutionären Stadium befand und beinahe alltäglich spektakuläre Erkenntnisse hervorbrachte und Bewährungschancen offerierte. Das Ende des Zweiten Weltkriegs wartete er in einem wissenschaftlichen Refugium in Straßburg ab, in dem er es vermutlich behaglicher als viele seiner Kollegen hatte. Nach dem Krieg und der Internierung in Großbritannien blieb er an der Seite Heisenbergs, der früh über exzellente politische Kontakte verfügte und in der Bundesrepublik als der dort führende Atomwissenschaftler wissenschaftspolitisch die Geschicke der Kernphysik zu lenken suchte. In Göttingen residierte v. Weizsäcker obendrein in einer baulich intakten, von Kriegsverheerungen größtenteils verschonten, noch dazu überaus traditionsreichen Universitätsstadt, in der sich darüber hinaus das organisatorische Zentrum der Max-Planck-Gesellschaft mitsamt einer illustren Anzahl prestigeträchtiger Forscherkapazitäten befand. 1957 sattelte er dann in Ermangelung wissenschaftlich attraktiver Perspektiven in der Kernphysik um und nahm einen Ruf auf einen Philosophielehrstuhl an. Mehreren Angeboten gegenüberstehend, zog er in seiner Auswahl das hanseatische Hamburg dem bayerischen München vor, weil er die Kapitale des bajuwarischen Freistaats als „kulturell hochbedeutende Provinzstadt“ ansah, die Hafenmetropole aber als „kleine Weltstadt“⁴⁰⁹ in einer imaginären Bedeutsamkeitshierarchie höher ansiedelte.

406 Vgl. v. Weizsäcker 1987, S. 54.

407 Vgl. Becker 1982, S. 385.

408 Ebd., S. 387.

409 Beide Zitate in: Lindner 2002, S. 131.

Von Hamburg aus, gestützt auf seine neu hinzugewonnene Prominenz und Reputation, die er aus dem Erfolg der Göttinger Erklärung zog,⁴¹⁰ profilierte er sich in der Folgezeit mit großem Erfolg als universal gebildeter Friedens- und Gegenwartsproblemforscher ersten Ranges und avancierte auf diesem Forschungssektor in der Tat zu einer wissenschaftlichen Kapazität.

In der Gründung eines eigens auf ihn zugeschnittenen Max-Planck-Instituts, das – auf seinen Wunsch hin idyllisch und angenehm am Starnberger See gelegen – schnell internationale Berühmtheit erlangte, drückte sich v. Weizsäckers errungene Stellung aus. Damit hatte er erreicht, was ihm bei einem Verbleib in der Kernphysik, dem unbefriedigten Dasein als zweitrangiger Nuklearforscher, mit großer Gewissheit verwehrt geblieben wäre. So war Carl Friedrich v. Weizsäcker am Ende seines Lebens der Besondere unter den Herausragenden,⁴¹¹ eine hochangesehene Persönlichkeit, über die jede halbwegs bedeutsame Zeitung einen Nachruf veröffentlichte, zu deren Ehre eine Stiftung und ein Wissenschaftspreis benannt sind.⁴¹²

Die allgegenwärtige „Sorge um das Überleben der Menschheit im Atomzeitalter“ war eben nicht allein ein „zentrales Motiv für sein Engagement im Kreis der Wissenschaftler“,⁴¹³ wie häufig behauptet wird, sondern vielmehr Kern seiner weiteren Berufstätigkeit – eine nicht zu vernachlässigende Voraussetzung seiner nicht selten hagiografisch kommentierten Karriere.⁴¹⁴ Später, in den 1980er Jahren, deutete er seine frühe Reflexion der Atomwaffenproblematik und

410 Vgl. Hattrup 2004, S. 171.

411 Vgl. Zacher, Hans F.: Nachruf auf Carl Friedrich von Weizsäcker, in: Personalien. Beilage zum Jahresbericht der Max-Planck-Gesellschaft 2007, München 2008, S. 23-26, hier S. 23.

412 Vgl. beispielhaft Eppler, Erhard: Leise reden im Tumult, in: Die Zeit, 03.05.2007; Hampe, Michael: Teilung des Atoms, Einheit der Natur, in: Neue Zürcher Zeitung, 30.04.2007; Löhr, Wolfgang: Der Physiker, der die Bombe nicht liebte, in: die tageszeitung, 30.04.2007; Podak, Klaus: Ein aufgeklärter Mystiker, in: Süddeutsche Zeitung, 30.04.2007; Stürmer, Michael: Im Banne des Atoms, in: Die Welt, 30.04.2007.

413 O.V.: Einmischung der Wissenschaftler, in: Deutschlandradio Kultur, 11.04.2007, online einsehbar unter: <http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/zeitreisen/613597/> [eingesehen am 30.07.2008].

414 Viel biografische Schriften über v. Weizsäcker entstammen der Feder ehemaliger Mitarbeiter und Doktoranden, so etwa Horst Afheldt, Michael Drieschner und Klaus Gottstein.

die Konfrontation mit Politik als „moralische Pflicht“⁴¹⁵ des Wissenschaftlers, sich mit den Konsequenzen seiner Forschungsarbeiten zu beschäftigen. Dies geriet allerdings weniger zur Pflichterfüllung als vielmehr zu seinem eigentlichen Beruf und Nukleus seiner fraglos bemerkenswerten Laufbahn. Ein wesentliches Vehikel, gleichsam einen energiereichen Impuls für die letzten Schritte dorthin – zu internationaler Anerkennung und Prominenz –, bildete die Göttinger Erklärung. Darin ist das persönliche, ganz individuelle Motiv v. Weizsäckers zu suchen, der nichts Geringeres als der Motor der Manifest-Aktion gewesen war.

3.6.3 Krönung eines Lebenswerks

Einige der Göttinger Achtzehn befanden sich 1957 bereits in einer nachberuflichen Phase, in der sie nicht mehr im wissenschaftlichen Prozess involviert waren, längst nicht mehr zu den Leuten gehörten, die mit ihren Arbeiten den Forschungsstand vorantrieben. Die gestandenen Nobelpreisträger Max Born (Jahrgang 1882) und Max v. Laue (Jahrgang 1879) stehen exemplarisch für diesen seniorenhaften Manifestanten-Typus, der zum Datum der Göttinger Erklärung seine ursprüngliche Physiker-Karriere bereits weit hinter sich gelassen hatte. Der pensionierte Born war 1957 wissenschaftlich längst inaktiv, seine Bibliothek hatte er verkauft und auf sein Vorschlagsrecht zu den Nobelpreisen verzichtet,⁴¹⁶ doch in der Rolle des Friedensaktivisten und Verantwortungsmahners hatte er sich eine neue Lebensaufgabe gesucht. Infolge des nationalsozialistischen Regimes emigriert, war Born in die Bundesrepublik nur deshalb zurückgekehrt, weil ihm im schottischen Exil nach seiner Emeritierung nicht genug zum Leben geblieben wäre, er nur bei Aufenthaltnahme in Deutschland pensionsberechtigt war. Die Borns bauten sich deshalb für ihren Lebensabend in sentimentaler Zuneigung ein Haus in Bad Pyrmont, wo sie sich einst in ferner Vergangenheit verlobt hatten. Nichtsdestotrotz zogen sie sich wegen ihrer Rückkehr in das „Land der Massenmörder“ den Zorn ihres in den USA lebenden Freundes Albert Einstein zu. Dass der Weltfriede im Atomwaffenzeitalter keine Utopie mehr sei, sondern eine existenzielle Notwendigkeit zum Überleben der Menschheit darstelle⁴¹⁷ – darin fand Born eine Maxime, die er in den 1950er und 1960er Jahren

415 Zitiert nach Schlüpmann, <http://www.aleph99.org/etusci/ks/t2a8.htm> [eingesehen am 08.11.2007].

416 Vgl. zum Folgenden Born/Born 1969, S. 61 f.; Schirrmacher 2005, S. 11; Schlüpmann, <http://www.aleph99.org/etusci/ks/t3a7.htm> u. <http://www.aleph99.org/etusci/ks/t3a2.htm> [eingesehen am 15.11.2007].

417 Vgl. Born/Born 1969, S. 191.

bis zu seinem Tod 1970 öffentlich propagieren konnte. Philosophische Schlussfolgerungen aus den Errungenschaften der Physik waren nunmehr ein Arbeitsfeld, auf dem sich der naturwissenschaftliche Doyen Born rege betätigen konnte: Darunter fielen „vor allem die Atombombe, aber auch andere krankhafte Symptome unseres technischen Zeitalters, wie die Raketenforschung, die Weltraumfahrt, die Überbevölkerung usw.“⁴¹⁸.

Ähnlich war dies bei Max v. Laue der Fall, der bereits zum Kriegsende die „Hauptaufgabe für den Rest meines Lebens“ in dem „geistigen Wiederaufbau Deutschlands“ erblickte, für den er all sein Sympathiekapital – seine Popularität unter Kollegen in anderen Ländern – mobilisieren wollte.⁴¹⁹ Wie Born konnte auch v. Laue aus seiner Vergangenheit moralische Authentizität schöpfen, galt er doch infolge seines systemoppositionellen Verhaltens während des „Dritten Reichs“ als „resolute champion of freedom“, habe er sich als „Ritter ohne Furcht und Tadel“ betragen.⁴²⁰ Dass er sich nach der „Machtergreifung“ aus dem Wissenschaftsbetrieb demonstrativ zurückgezogen hatte, trug ihm sogar die Bewunderung Albert Einsteins ein, der vor dem Hintergrund der Hitler-Diktatur normalerweise nicht mehr viel von jenen Kollegen und Weggefährten hielt, die in Deutschland geblieben waren. Kurzum: Für die „Senioren“ v. Laue und Born war die Teilnahme an der Aktion der Göttinger Erklärung in ihren späten Lebensjahren noch einmal eine große Sache gewesen, eine biografische Bereicherung der persönlichen Vita, die nun langsam zu ihrem Abschluss kam, wie auch eine sinnstiftende, die Alltagsbewältigung ermunternde Beschäftigung.

3.7 DIE GÖTTINGER ACHTZEHN: EINE BLOCKIERTE ELITE

3.7.1 Ernüchterung nach der Selbstüberschätzung

Ein weiteres Motiv des politischen Manifestierens der Achtzehn ist in dem Zustand des westdeutschen Nuklearforschungsbereichs zu sehen. Die Forschungsverhältnisse waren in Westdeutschland anfangs nicht nur im Vergleich zum Ausland miserabel, sondern vor allem kontrastierten sie auch stark zu früheren Zei-

418 Ebd., S. 61.

419 Zitiert nach Sime 2004, S. 29.

420 Zitiert nach Hildebrandt, Gerhard: Max von Laue, der „Ritter ohne Furcht und Tadel“, in: Treue, Wilhelm/ders. (Hg.): Berlinische Lebensbilder, Bd. 1 Naturwissenschaftler, Berlin 1987, S. 223-244, hier S. 235.

ten. Göttingen war in den 1920er und 1930er Jahren das wissenschaftliche „Weltzentrum“, ein „Mekka“ der Physikforschung gewesen – sowohl der „Vater der Atombombe“ J. Robert Oppenheimer als auch der „Vater der Wasserstoffbombe“ Edward Teller hatten in Göttingen ihr Handwerk gelernt – maßgebliche wie bahnbrechende Entwicklungen und Entdeckungen des Fachs schienen sich unweigerlich in der südniedersächsischen Universitätsstadt zu ereignen.⁴²¹ Liest man die Darstellungen über, vor allem aber die Erinnerungen an diese Zeit, kann man die starke Sentimentalität nachvollziehen, mit der die meisten der Göttinger Achtzehn auf sie zurückblickten. Selbst wenn man die Neigung, die Vergangenheit zu verklären, einrechnet, muss es sich um eine rasante, unvergessliche Zeit gehandelt haben. In der Göttinger Denkfabrik tummelten sich wie selbstverständlich die begabtesten Nachwuchsforscher aller Kontinente, ohne Rücksicht auf akademische Rangunterschiede entfalteten sich lebhaft Diskussio- nen und die dort formulierten Hypothesen fanden in der ganzen Welt bevorzugte Aufmerksamkeit. Heinz Maier-Leibnitz etwa empfand es als eine „große Zeit der Naturwissenschaften“, in der jeder „mit dem, was er machte, in der Welt allein, der erste oder führend“ gewesen war.⁴²² In dieser schillernden, beinahe märchenhaft anmutenden Ära wurden schlichtweg die aufregendsten Entdeckungen gemacht. Göttinger Forscher waren wegweisend, im Jargon heutiger Universitätsreformer würde man sagen: exzellent. Vergleichbares spielte sich auch in Berlin ab, wo Albert Einstein und Max Planck forschten, oder in Leipzig, nachdem Werner Heisenberg dort eine Professur angetreten hatte. Kurzum: In deutschen Universitätsstädten fand sich die Elite der Kernphysik ein, von dort kommende Publikationen definierten den Forschungsstand und dort ausgebildetes Personal war quasi automatisch renommiert.

Nach 1945 war dies beinahe diametral anders: Karge Institute, auswandernde, ja flüchtende Nachwuchs- ebenso wie aus der Emigration nicht mehr zurückkehrende Spitzenforscher bestimmten die Szenerie und bildeten eine ernüchternde Vergleichsgrundlage. Ein für die Wissenschaftselite attraktiver Tummelplatz wie vor dem Zweiten Weltkrieg waren die deutschen Forschungszentren – insbesondere Göttingen – nun jedenfalls nicht mehr.⁴²³ Im Gegenteil, die Faszination ambitionierter Jungwissenschaftler galt von nun an den ausländischen Großfor-

421 Vgl. Leithäuser 1957, S. 34 ff.

422 Maier-Leibnitz: Wirkung 1983, S. 10.

423 Vgl. Jordan, Pascual: Begegnungen mit Werner Heisenberg, in: Kleint, Christian/Rechenberg, Helmut/Wiemers, Gerald (Hg.): Werner Heisenberg 1901-1976. Beiträge, Berichte, Briefe. Festschrift zu seinem 100. Geburtstag, Stuttgart/Leipzig 2005, S. 235-239, hier S. 236.

schungsanstalten, besonders denjenigen in den USA. Dort waren binnen kürzester Zeit im Zuge des militärischen „Manhattan“-Projekts zum Bau der Atom-
bombe hochmoderne Großforschungsanlagen wie das „Argonne National Laboratory“, das „Oak Ridge National Laboratory“ oder das „Los Alamos Scientific Laboratory“ entstanden.⁴²⁴ Deutschland hatte nichts dergleichen zu bieten und war in dieser Beziehung völlig unterausgestattet – sowohl was technische Geräte und Anlagen als auch Rohstoffe anbelangte. Für die ersten Gehversuche eines westdeutschen Reaktorentwicklungsprogramms veranschlagte Karl Wirtz im Jahr 1956 rund 250 Millionen Mark, die gesamten öffentlichen Zuwendungen von Bund und Ländern maßen in jenem Jahr aber gerade einmal 20,5 Millionen Mark.⁴²⁵ Drastisch ausgedrückt, gehörte die Bundesrepublik im Kosmos der Atomforschung zu den „Dritte Welt“-Ländern. Dies war der sichtbare Ausdruck einer widerfahrenen Deklassierung, welche die deutschen Forscher nach dem Krieg während ihrer zweifellos frustrierenden Besuche in den USA in Gestalt besagter Forschungszentren bestaunen durften. Die monumentalen Infrastrukturen in den Vereinigten Staaten und die Erinnerung an glorreiche Zeiten in Göttingen bildeten die Kontrastfolie, mit welcher die westdeutschen Nuklearforscher ihre Gegenwart bewerteten. Bis Hightech-Gerätschaften die Laborräume deutscher Atomwissenschaftler zieren würden, sollten allerdings noch etliche Jahre verstreichen. Und darauf waren Heisenberg und seine Kollegen nicht vorbereitet. Vor der bedingungslosen Kapitulation des Deutschen Reichs hatte man sich in den deutschen Forschungsstätten die Zukunft noch ganz anders ausgemalt – sich weiterhin selbstbewusst der Weltelite zugerechnet. In den 1950er Jahren stießen dadurch gleichgebliebene, wenn nicht gar gestiegene Ambitionen auf deutlich verminderte Voraussetzungen.

Die Verhöre nach ihrer Gefangennahme hatten die Physiker noch in voller Überzeugung ihres überlegenen Wissens bereitwillig über sich ergehen lassen. Denn in ihrer englischen Internierungsvilla in Farm Hall verbrachten sie die ersten Monate im unbeirrten Glauben, mit dem deutschen Reaktorprojekt eines „Uranbrenners“ den US-Amerikanern technologisch weit voraus zu sein. Den Briten legten sie nicht ohne Stolz bereitwillig ihr technisches Know-how dar,

424 Vgl. Jordan, Hermann L.: Großforschung in der BRD – Probleme der Institutionalisierung. Mobilität und Kontrolle, in: Küppers, Günter/Stichel, Peter/Weingart, Peter (Hg.): Wissenschaft zwischen autonomer Entwicklung und Planung – Wissenschaftliche und politische Alternativen am Beispiel der Physik, Bielefeld 1981, S. 179-200, hier S. 182.

425 Vgl. Wirtz 1956, S. 252 f.; o.V.: Staatliche Atomausgaben seit 1956, in: Die Atomwirtschaft, Jg. 7 (1962) H. 12, S. 597-600, hier S. 597.

glaubten sie doch – etwas eitel, etwas naiv – durch die Preisgabe ihres Wissensreservoirs gegenüber den westlichen Siegermächten nach dem Krieg wissenschaftlich besonders attraktiv und begehrenswert zu erscheinen.⁴²⁶ Doch nichts dergleichen geschah. Zwar hatten die Alliierten tatsächlich gefürchtet, die deutschen Atomwissenschaftler verfügten über wertvolle Erkenntnisse, jedoch hatten diese ja an der Bombe überhaupt nicht systematisch gearbeitet und einen funktionierenden Reaktor gar nicht erst zustande bekommen. Und die vielleicht wirklich nützlichen Erfahrungen in der Reaktorentwicklung wurden nicht für wertvoll erachtet und gingen aufgrund der alliierten Priorität gegenüber dem Atomwaffenprojekt unter. Nach Farm Hall hatte man die deutschen Nuklearforscher lediglich für die Dauer eines halben Jahres verbracht, um sie abzuhören, vor dem Zugriff der atomtechnologisch noch weniger weit als die USA fortgeschrittenen Sowjets zu schützen und mit ihnen vertraulich wissenschaftsorganisatorische Leitlinien für die Nachkriegszeit zu erörtern.⁴²⁷

Endgültig realisierten dies die deutschen Atomphysiker in den Tagen und Wochen nach dem 6. August 1945. Der Tag des Atombombenabwurfs auf Hiroshima konsternierte die in Farm Hall einsitzende Wissenschaftlergruppe zutiefst. In jener Zeit wurden sie sich auch ihrer Mittelmäßigkeit und Abgeschlagenheit vollauf bewusst. Dieses, in aufgewühlten Diskussionen und provisorischen Eigenberechnungen reflektierte, Ereignis führte ihnen den neuen Spitzenrang der US-amerikanischen Kernforschung rabiat vor Augen und zeigte, dass sie eben nicht die einzigartigen Träger kernphysikalischer Geheimnisse waren, für die sie sich bis dahin gehalten hatten.⁴²⁸ Angesichts der vorherigen Selbsteinschätzung musste die anschließende Ernüchterung umso heftiger ausfallen. Das Physikgenie Heisenberg, der Wissenschaftsorganisator Gerlach und ihre Kollegen mussten eine aus ihrer Sicht niederschlagende Bilanz ziehen: Der einstige Status kernphysikalischer Elite von Weltrang war infolge des Zweiten Weltkriegs und „Dritten Reichs“ vollständig verloren gegangen.

Doch eben dieser Status war ihnen noch immer von großer Bedeutung und sehr begehrenswert. Besonders deutlich konnte man dies anhand von Walther Gerlach beobachten. Gerlach war neben Hahn derjenige, den der Bericht von dem US-amerikanischen Atombombenabwurf über Hiroshima am stärksten emotional erschütterte und dessen Aussagen am ehesten auf ein Bedauern der deutschen Niederlage, zumindest der bedingungslosen Kapitulation hindeuten.⁴²⁹

426 Vgl. Walker 1993, S. 537 f.; v. Weizsäcker 1993, S. 332 f.

427 Vgl. Hoffmann 1993, S. 45; Lindner 2002, S. 115; Oexle 2003, S. 33.

428 Vgl. Hoffmann 1993, S. 35; Walker 1993, S. 525-530.

429 Vgl. zu diesem Abs. Walker 1993, S. 532-538.

Dies allerdings weniger im Hinblick auf die Myriaden an Toten, die Auslöschung einer ganzen Metropole oder gar den Untergang des nationalsozialistischen Regimes – obschon Gerlach die Schrecknisse dieser nuklearen Massenvernichtungswaffe keineswegs befürwortete. Vielmehr fasste er das Ereignis als einen unabweisbaren Ausdruck der wissenschaftlichen Unterlegenheit auf, der erwiesenen Inkompetenz deutscher Atomforschung. Alle Mühen, die er sich in den Jahren zuvor gemacht hatte, schienen mit einem Schlag vergeblich gewesen zu sein. Denn wäre es nach Gerlach gegangen, so hätte man wohl die technologische Exklusivität, die man mit einem funktionierenden Uranreaktor gewonnen hätte, als Unterpfand in Friedensverhandlungen mit den Alliierten eingesetzt, um günstige Bedingungen für einen Waffenstillstand aushandeln zu können. Gerlach zeigte hier durchaus nationalistische Züge und empfand das erfolgreiche Nuklearprojekt der US-amerikanischen Forschungsstätten als eine persönliche Niederlage, möglicherweise auch als eine der gesamten deutschen Nation. Von Laue verglich Gerlachs Reaktion mit der eines „geschlagene[n] Feldherr[n]“⁴³⁰. Man hatte eben im Dienste des Staats wie auch im Selbstanspruch, superbe Leistung abzuliefern, versagt. Diese Arbeitsbilanz, so empfand wohl Gerlach, entsprach schlichtweg nicht dem erstrebten Rangplatz und der Würde deutscher Wissenschaft, die ja über etliche Jahrzehnte gerade in der Atomforschung durchgehend im Weltklassement angetreten war.

Die meisten der späteren Achtzehn mussten jedenfalls auf schockierende Weise erfahren, dass ihre einstige Elitezugehörigkeit mit dem Jahr 1945 perdu war. Nach dem Zweiten Weltkrieg war Atomwissenschaft aus deutschen Laboratorien und Denkstuben erstmals nicht mehr mit der Weltspitze gleichzusetzen. Dies zeitigte merkbare Folgen. Auf internationalen Konferenzen unterhielt man sich nicht mehr auf Deutsch, sondern Englisch war zur kosmopolitischen Gelehrtensprache aufgestiegen.⁴³¹ Auf der weltweit ersten Atomkonferenz in Genf im Jahr 1955 kamen von insgesamt 1400 Teilnehmern allein fünfhundert aus den Vereinigten Staaten. Unter einigen dort zu besichtigenden Porträts von Atompionieren fehlte das Bildnis Otto Hahns – obwohl dieser doch aufgrund seiner Bedeutung für die Nuklearforschung eigentlich hätte dazugehören müssen –, viele Anwesende erkannten den ebenfalls angereisten Entdecker der Kernspaltung nicht einmal.

430 Brief Max v. Laue an Theodor v. Laue vom 07.08.1945, in: Heinrich/Bachmann 1989, Dokument Nr. 187, S. 122.

431 Vgl. Hermann, Armin: Chefsache Kernkraft, in: Berliner Zeitung, 04.05.2005.

3.7.2 Verdrießlicher Aufstiegsdrang

Entscheidend für das Verständnis persönlicher Beweggründe innerhalb der Manifestantenschaft ist jedoch die Tatsache, dass sich kaum einer der Nuklearphysiker mit dieser Situation abfinden wollte, dass sie den neuen Status nicht akzeptierten und gegen ihren Bedeutungsverlust ankämpften. Dem Abstieg zum Trotz, hielten sich nicht wenige der deutschen Kernforscher aufgrund ihres nunmehr brachliegenden Leistungspotenzials immer noch zur Zugehörigkeit einer atomwissenschaftlichen Weltelite berechtigt, begriffen die meisten diesen Zustand als nur von temporärer Dauer und als untragbar; sie drängten darauf, ihn möglichst umgehend zu überwinden. Zwar nicht mehr auf dem neuesten Erkenntnisstand, würde es ihrer Auffassung nach doch rein vom intellektuellen Leistungsvermögen kein Problem darstellen, in Zukunft wieder Anschluss an die Weltliga der Atomphysik zu finden und wissenschaftliche Konkurrenzfähigkeit auf Spitzenebene zurückzuerlangen. Noch in Farm Hall glaubten die internierten Repräsentanten der deutschen Kernforschungselite, mit ihrem Wissen über Uranreaktoren, an denen sie immerhin gute vier Jahre intensiv gearbeitet hatten, mit den USA oder Großbritannien in ein Verhältnis der beiderseits gewinnbringenden Zusammenarbeit treten zu können.⁴³² Im Angesicht eines völlig zerrütteten Deutschlands erblickte man die Zukunft in internationalen Forschungszusammenhängen, in denen man sich mit dem bereits erlangten Wissen leicht an führender Stelle zu positionieren hoffte. So dachte vor allem Werner Heisenberg, der sich für die Nachkriegsjahre eben dies – die Rückkehr zu wissenschaftlicher Relevanz und in die globale Beletage kernphysikalischer Forschung – zum visionären, energisch zu verfolgenden Ziel setzte. In diesem Antrieb spiegelt sich eine Mentalität wider, die mit großer Wahrscheinlichkeit nicht ohne Einfluss auf die Manifestantenschaft blieb.

Doch zunächst: Die infrastrukturelle und materielle Lage der deutschen Nuklearwissenschaft war nach dem Krieg katastrophal.⁴³³ Sicherlich, bereits nach dem Ersten Weltkrieg waren die deutschen Naturwissenschaften in eine Krise geraten, hatten es ihre ausländischen Kollegen häufig besser. Doch damals hat-

432 Vgl. Walker 1993, S. 538 f.

433 Vgl. zu diesem Abs. Hahn Otto: Die Max-Planck-Gesellschaft, in: Göttinger Universitäts-Zeitung, 19.03.1948; Fünfer, Ewald: Eine abenteuerliche Aufgabe, in: Kienle (Hg.) 1991, S. 57 ff.; Lehr 1981, S. 59 u. S. 72; Maier-Leibnitz, Heinz: An der Grenze zum Neuen. Rollenverteilung zwischen Forschern und Politikern in der Gesellschaft, Zürich 1977, S. 10; Schirmacher 2005, S. 6; Stamm 1981, S. 41 ff.; Zierold 1968, S. 276.

ten wenigstens nicht die Institutsgebäude und Hörsäle in Trümmern gelegen, waren viele Unterlagen nicht den gefräßigen Flammen des Kriegsgeschehens zum Opfer gefallen. Die Situation nahm sich aus Sicht der Universitäten 1945 also deutlich schlimmer aus als 1918/19. Ein Bericht des nordrhein-westfälischen Kultusministeriums aus dem Jahr 1949 ist hierfür exemplarisch: Er nannte die Zerstörung von Institutsgebäuden und Bibliotheken, die Plünderung von Forschungseinrichtungen, Zerstreuung des Personals, Einengung der Forschungsfreiheit durch Besatzungsrichtlinien und Abkopplung vom internationalen Forschungsstand infolge des Kriegs als die gewichtigsten Verheerungen. Die Kaiser-Wilhelm-Institute, in denen Heisenberg und Hahn über viele Jahre ihre Forschung verrichtet und sich internationale Bewunderung erworben hatten, waren im Vergleich zu anderen Wissenschaftseinrichtungen von den anfänglichen Erschwernissen der Besatzungszeit darüber hinaus außerordentlich stark betroffen. Auf sie hatten die Besatzungsmächte ein ganz besonderes Augenmerk gelegt. Die Übernahme eines Lehrstuhls kam in den Nachkriegsjahren daher einer abenteuerlichen Aufgabe gleich: Viele Studenten überschwemmten eine geringe Anzahl überforderten Personals, Etats für eigenständige Forschung existierten praktisch nicht, ihre Apparate mussten die Wissenschaftler mit einiger Improvisationskunst eigenhändig basteln – wie es überhaupt überall und allzeit zu sparen galt. Vor allem fürchteten die Wissenschaftsorganisatoren, dass jede ansatzweise talentierte Nachwuchskraft ob dieser desolaten Verhältnisse bei der ersten Gelegenheit die Flucht ins Ausland antreten würde.⁴³⁴

Denn ohne Arbeits- und Forschungsmöglichkeiten waren qualifizierte Naturwissenschaftler begreiflicherweise nun einmal nicht zu halten. Dass die begabtesten und klügsten Köpfe aus den Hörsälen westdeutscher Universitäten in Scharen ins Ausland flüchten würden, war für die Institutsleiter seinerzeit ein allgegenwärtiges Horrorszenario. Und andersherum wollten auch die nationalsozialistisch aus Deutschland vertriebenen Forscher nicht mehr in ihr zerrüttetes, obendrein noch wenig bußfertiges Vaterland heimkehren. Der inzwischen in den USA lebende Albert Einstein dachte keine Sekunde daran, in das „Land der Massenmörder“ zurückzukehren, wie er bekannte, und auch Max Born plante eigentlich, für den Rest seines Lebens auf der britischen Insel zu verweilen. Dies war auch mehr als verständlich, hätten sie doch neben all den infolge des NS-Regimes erlittenen Dingen in Westdeutschland überdies noch eine völlig derangierte, fachlich mittlerweile in die Zweit- bis Drittklassigkeit abgeglittene Forschung angetroffen; in ihren neuen Aufenthaltsorten – besonders natürlich in den USA – besaßen sie dagegen komfortable Lehrstühle, bestens ausgestattete Insti-

434 Vgl. beispielhaft Haxel 1953, S. 20 f. u. S. 28 f.

tute und lukrative Beraterverträge. Für die Emigrierten gab es schlechterdings keinen vernünftigen Grund, nach Deutschland zurückzugehen. Für ranghohe Kapazitäten wie Heisenberg bedeutete all dies freilich einen schmerzlichen Statusverlust und eine Beeinträchtigung des Forschungsbetriebs. In den späten 1920er Jahren noch war er ein magnetischer Anziehungspunkt hochtalentierter Nachwuchsphysiker gewesen, mit denen sich eine neue Generation fachlicher Forschungselite hätte aufbauen lassen können.⁴³⁵ Nach 1945 wurden die ehemals als Pilgerstätten hochfrequentierten Sitze atomphysikalischer Lehrstühle und Zentren, wie bspw. Göttingen, allerdings sorgsam gemieden. Den – prinzipiell gutgeheißenen – Austausch von Forschungspersonal beklagte Hahn wohl zutreffend als „Einbahnstraße“⁴³⁶ – viele gingen ins Ausland, wenige kamen in die Bundesrepublik.

Man muss es sich noch einmal vergegenwärtigen: Bis zum Mai 1945, noch in den allerletzten Kriegstagen, forschte Heisenberg mit seinen Leuten in höchster Intensität und fiebrigem Elan an der komplizierten Reaktortechnik, mühte sich inmitten der hastigen Kriegswirren ab, den „Uranbrenner“ endlich anzuwerfen. Auch wenn der italienische Emigrant Enrico Fermi den ersten funktionierenden Reaktor bereits Jahre zuvor, 1942 in Chicago, zum Laufen gebracht hatte, befand sich die Kernreaktortechnologie 1945 noch in einem embryonalen Stadium. Vor einem solchen Hintergrund hatte Heisenbergs Team folglich ultimative Spitzenforschung betrieben und die Chance besessen, epochemachende Taten zu vollbringen. Doch die Verhaftung durch das ALSOS-Kommando, das im Auftrag der US-Armee Deutschland nach den mutmaßlich an einer Bombe werkeln den deutschen Atomwissenschaftlern durchkämmte, und der anschließenden Odyssee in britischem Gewahrsam wurde dieser kernphysikalische Parforceritt jäh unterbrochen, ging bereits vor der bundesrepublikanischen Staatsgründung über ein Jahr an Forschungstätigkeit verloren. Und als die führenden Mitglieder des Uranvereins anschließend wieder nach Westdeutschland zurückgekehrt waren, unterlag die Kernforschung – zumal angewendete – inzwischen einem strikten besatzungsstatutarischen Tabu. Das jahrelange Warten auf eine Lockerung dieser Restriktionen resultierte dann zu allem Überduss – zugespitzt – in einer abwartenden Passivität der Bundesregierung, die wichtige Schritte verzögerte und demgegenüber lieber andere Bereiche wie das Militär mit größerer Entschiedenheit förderte. Etliche Jahre fulminant betriebene Hightech-Forschung

435 Vgl. Burdick, Charles B.: Werner Heisenberg und die Politik, in: Pfeiffer, Heinrich (Hg.): Denken und Umdenken. Zu Werk und Wirkung von Werner Heisenberg, München/Zürich 1977, S. 197-213, hier S. 201.

436 Hahn 1975, S. 203.

war plötzlich zum Erliegen gekommen. Und die Bundesregierung schien dies nicht weiter zu bekümmern. Insgesamt handelte es sich also um einen „Bruch in den gewohnten Alltagsroutinen“, sodass „die vertrauten sozialen Beziehungen und Sanktionen, die die Individuen an den Status quo gebunden hatten, erheblichen Belastungen ausgesetzt waren und neu geschaffen werden mussten“; Raschke bezeichnet dies als problematische „Deroutinisierung des Alltagslebens“.⁴³⁷

Für die in Deutschland ansässigen Atomforscher war dies mehr als bitter. Und die meisten von ihnen sahen kein Entrinnen. Für viele von ihnen war der Weg ins Ausland aufgrund ihrer Vergangenheit versperrt. Hahn und Heisenberg hatten sich schon vor 1939 für den Verbleib in ihrer indessen nationalsozialistisch unterwanderten Heimat entschieden, waren nicht aus politischen Gründen in die Emigration gegangen, was ihnen viel Kritik von Kollegen einbrachte. Um sich nun in einer geschwächten Position keinen Opportunismusvorwürfen aussetzen, mussten sie auch in der beschriebenen Situation erschwerter Forschungsverhältnisse standhaft in ihrem Heimatland bleiben.⁴³⁸ Man muss nicht viel Fantasie aufbringen, um sich den Missmut von Nobel-Laureaten und anerkannten Koryphäen vom Kaliber Heisenbergs ob dieses allgemeinen Zustands der Improvisation, des Darbens und der Einengung wie auch Blockierung im wissenschaftlichen Fortkommen vorstellen zu können. Ruf und Autorität der deutschen Atomphysiker basierten nach dem Krieg zunächst nur noch auf Leistungen aus einer fernen Vergangenheit, nun galt es auch durch zukünftige Erfolge weltweit wieder Gehör und Anerkennung zu finden.

Doch die materielle Lage der deutschen Nuklearwissenschaft gestattete dies in den Nachkriegsjahren beileibe nicht. Dadurch herrschte eine enorme Diskrepanz zwischen Bedürfnissen und realen Verhältnissen. Abstrakte Konstrukte wie die Rangstellung, der Stolz und die fachliche Klasse drücken sich aber für gewöhnlich auch in dem Qualitätsgrad der infrastrukturellen Ausstattung der Institute, der Höhe der staatlich zugewiesenen Budgets oder der zuerkannten Aufmerksamkeit und Wertschätzung seitens gouvernementaler Institutionen aus. Die vorgefundene Realität fiel für die Kernphysiker jedoch nicht nur in dieser Hinsicht deprimierend aus, sondern auch im Hinblick auf die sich bietenden Möglichkeiten, an internationale Entwicklungsbewegungen Anschluss finden und selbst wieder Trendsetter werden zu können.

Und etliche der Achtzehn hatten, im Gegensatz etwa zu den Altmeistern Born und v. Laue, noch viel vor. Für den Typus des in den 1950er Jahren auf-

437 Zitiert nach Raschke 1988, S. 365.

438 Vgl. Stamm 1981, S. 46.

wärtsorientierten Atomwissenschaftlers, dessen Forschergemüt karrieristisch noch lange nicht saturiert war, steht beispielhaft Werner Heisenberg. Heisenberg war früh als genialer Kopf aufgefallen, hatte sich binnen kürzester Zeit in der kernphysikalischen Weltelite etabliert und noch in akademisch außergewöhnlich jungen Jahren den begehrten Nobelpreis verliehen bekommen.⁴³⁹ Zum Zeitpunkt der Gründung der Bundesrepublik maß sein Lebensalter noch keine fünfzig Jahre, von allen miteinander rivalisierenden Forschungsteams hatte seines in den letzten Kriegstagen dem kritischen, Energie erzeugenden, Reaktor am nahesten gestanden. Heisenberg konnte seine Zukunft folglich äußerst ambitioniert in der Gründung eines kernphysikalischen Großforschungszentrums nach den Vorbildern in den Vereinigten Staaten sehen, mit dem er den Zugang zur Weltelite erhalten wollte.⁴⁴⁰ Dies war die Vision, die er für sich und seine Kollegen wissenschaftsorganisatorisch verwirklichen wollte.

Was bei ausreichender staatlicher Unterstützung alles möglich war, erfuhren die deutschen Kernphysiker spätestens auf der internationalen Atomenergiekonferenz in Genf 1955.⁴⁴¹ Diese von der UN veranstaltete Zusammenkunft währte vom 8. bis 20. August und bot 72 Teilnehmerstaaten aus beiden Machtblöcken, einschließlich derer Exponenten USA und UdSSR, mit weit über 1000 Personen auf. Erstmalig erhielten Besucher Einblick in den bis dahin energisch geheim gehaltenen Forschungsstand der drei Atommächte USA, UK und UdSSR. Durch die Konferenz entstand in der Bundesrepublik nun auch eine Öffentlichkeit für die zivile Nutzung. Das für damalige Verhältnisse eindrucksvolle Event hinterließ bei den westdeutschen Atomwissenschaftlern allerdings eine nachhaltige Schockwirkung.⁴⁴² Man konnte sich nun des eigenen Hintertreffens zweifelsfrei versichert sein. Umso stärker und drängender erwuchsen jetzt konkrete Erwartungen an den Staat, endlich Abhilfe zu schaffen. Die von den deutschen Forschern begehrte Aufwärtsmobilität ist hier im Vergleich mit Kollegen anderer Nationen zu begreifen. Der Generalsekretär der Max-Planck-Gesellschaft sprach stellvertretend für die Atomwissenschaftler, wenn er im Anschluss an die Genfer Konferenz vom Staat die sofortige Bildung einer Atomenergiekommission, die

439 Vgl. im Folgenden auch Kap. 3.8.1 in dieser Arbeit.

440 Vgl. auch Walker 1993, S. 538 f.

441 Zur Konferenz vgl. allgemein Fischer 1994, S. 232-235.

442 Vgl. Haxel, Otto: Die Entwicklung der Physik und ihre Randbedingungen in der BRD 1945-1956, in: Küppers, Günter/Stichel, Peter/Weingart, Peter (Hg.): Wissenschaft zwischen autonomer Entwicklung und Planung – Wissenschaftliche und politische Alternativen am Beispiel der Physik, Bielefeld 1981, S. 31-56, hier S. 46; Hermann 1997, S. 104.

Schaffung eines „Bundesbeauftragten für Kernenergie“, die Verabschiedung eines Atomenergiegesetzes, eine vereinfachte Mittelbeantragung, bundesweit die Einrichtung neuer Lehrstühle für sämtliche Fragen der Kernenergie an den Hochschulen und die Beschaffung von kleineren Versuchsreaktoren für Universitäten sowie von ausreichend Uran forderte.⁴⁴³ In der deutschen Delegation war man sich einig, dass „die Bundesregierung nicht zögern darf, auch bei uns die Entwicklung in entscheidender Weise zu fördern“⁴⁴⁴.

Das Karrierebedürfnis unterschied sich zwischen den Manifestanten z.T. beträchtlich. Heisenberg stand sogar noch am besten da: Er hatte in seiner Forscherlaufbahn bereits viel erreicht, doch nicht wenige Manifestanten strebten zum Zeitpunkt der Genfer Konferenz noch nach Höherem, wollten Statusgewinn und Möglichkeiten zum Leistungsbeweis, standen häufig noch am Anfang ihrer Professorenlaufbahn. Viele der Göttinger Achtzehn befanden sich in den 1950er Jahren noch inmitten ihrer Karriere, hatten noch etliche Berufsjahre vor sich und waren zum großen Teil hochambitioniert und profilierungsgewillt. Neben Werner Heisenberg, der im Bereich seiner persönlichen Forschung hauptsächlich mit Zahlenmaterial arbeitete, waren unter ihnen vor allem Experimentalphysiker, die für ihre Forschungsvorhaben teure Hightech-Gerätschaften und große Institutsräume benötigten. Es waren dies Rudolf Fleischmann, Otto Haxel, Heinz-Maier Leibnitz, Wolfgang Paul, Fritz Straßmann, Wilhelm Walcher und Karl Wirtz – sie alle forschten noch intensiv und befanden sich im Alter von 43 bis 55 Jahren. Ihren karrieristischen Höhepunkt erreichten sie erst nach den 1950er Jahren. Paul etwa erhielt 1989 den Nobelpreis.

Doch der Staat – besonders richtete sich die Erwartungshaltung der Physiker in diesem Fall an die Regierung Adenauer – war nicht in der Lage, den aufstrebenden Wissenschaftlern adäquate Möglichkeiten in Form von finanzieller Förderung und politischer Betreuung bereitzustellen, enttäuschte die in ihn gesetzten Erwartungen. Als die Genfer Konferenz den Handlungszwang offenbarte, war sich die Bundesregierung noch nicht einmal über die ministerielle Zuständigkeit einig, beschäftigte sie sich vornehmlich mit bürokratisch-institutionellen Problemen von politischer Macht- und Kompetenzverteilung – vergeudete also in den Augen der meisten der späteren Manifestanten kostbare Zeit.⁴⁴⁵ Den Naturwissenschaftlern, die aus ihrem Berufsalltag exakte Messungen und vorhersehbare Abläufe gewohnt waren, fielen dabei vor allem die Eigenheiten der Politik ins Auge: Verschiedene Ministerien lagen im Clinch miteinander, eilige Beschlüsse

443 Vgl. Telschow 1955, S. 199-204.

444 Wirtz 1955, S. 211.

445 Vgl. Fischer 1994, S. 242 f.

ließen auf sich warten und dringliche Handlungen wurden nicht ausgeführt. Das politische Engagement wurde von sachfremden Angelegenheiten absorbiert. Zwar nahm das Atomministerium sofort nach seiner Gründung die ihm obliegende Förderungstätigkeit auf,⁴⁴⁶ doch mit der Anschaffung von einigen Massen- und Kernresonanzspektrometern, welche die prähistorischen Gerätschaften in den Forschungseinrichtungen endlich zeitgemäß ersetzen sollten, war es aus Sicht der Wissenschaftler noch lange nicht getan.

Für jenen Forschungsbetrieb, der Heisenberg und seinen Kollegen vorschwebte, mussten um einiges kostspieligere Anlagen angeschafft, ganz andere Maßnahmen gestemmt werden. Wetterballons und einige klassische Laboreinrichtungen reichten nicht mehr aus, im Atomzeitalter benötigte man für die Erbringung von wissenschaftlichen Spitzenleistungen weit aufwändigere Apparaturen wie Teilchenbeschleuniger und Zyklotrone, deren Kosten im Normalfall einige Millionen Mark verschlangen.⁴⁴⁷ Noch dazu wurden diese Gerätschaften teuerster Art an sämtlichen Forschungsstandorten benötigt, die man aufrecht erhalten wollte, da sie gewissermaßen zum Standardrepertoire einer nuklearwissenschaftlichen Anstalt moderner Provenienz zählten. Die Zeiten hatten sich eben dramatisch geändert; die Pionierphase, in der man mit vergleichsweise unkomplizierten Apparaturen hantierte und Strahlenschutzmaßnahmen für unnötig hielt, war lange vorüber. Dass man strahlungsintensive Uransalze einfach unter dem Schreibtisch lagerte, an dem man tagsüber stundenlang seine Berechnungen anstellte; dass die Laboranten ihre hochgiftigen Versuchsstoffe noch aus dem Einzelhandel beim Krämer um die Ecke bezogen; dass man Neutronenversuche im laboreigenen Goldfischteich durchführte oder dass sich die Sicherheitsvorkehrungen auf das Bereithalten eines Feuerlöschers beschränkten⁴⁴⁸ – dies alles besaß alchemistische Züge und war mittlerweile schier undenkbar geworden. Dass der erste funktionierende Uranmeiler im Dezember 1942 in einer Halle unterhalb der Tribünen des Chicagoer Universitätsstadions mit abenteuerlichen Schutzvorrichtungen unter enormem Risiko für die Anwesenden angeworfen worden war,⁴⁴⁹ mutete bereits ein Jahrzehnt darauf völlig skurril und merkwürdig

446 Vgl. Lehr 1981, S. 72.

447 Vgl. Gerlach, Walther: Über die Kosten der modernen naturwissenschaftlichen Forschung, in: Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft 1956, S. 23-32, hier S. 28 ff.; Hermann 1982, S. 211.

448 Vgl. dazu Koch, Klaus: Der Tod der Pioniere, in: Süddeutsche Zeitung, 26./27.07.2008; Fischer, Ernst Peter: Werner Heisenberg. Das selbstvergessene Genie, München/Zürich 2002, S. 152.

449 Vgl. Herbig 1976, S. 170 f.

anachronistisch an. Doch zunächst befanden sich die westdeutschen Kernphysiker im Vergleich mit ihren ausländischen Kollegen eine ganze Zeitlang näher an 1942 als 1955.

3.7.3 Nuklearphysiker und Statusproblematik

Die dargebotene gouvernementale Vorstellung der Bundesregierung, die politische Performanz Adenauers und seiner Minister, genügte den Ansprüchen der Atomwissenschaftler nicht im Geringsten und ließ die erwünschten Resultate vermissen. Demgegenüber das Ausland: Dort schienen die atompolitisch ergriffenen Maßnahmen zu florieren und das nationale Forschungsniveau in immer fernere Gefilde ziehen zu lassen. Für den Entstehungszusammenhang der Göttinger Erklärung ist dies nicht unbedeutend. Die Aktivisten des professoralen Protests vom April 1957 waren Angehörige einer karrieristisch blockierten Gesellschaftsgruppe. Nicht nur das: Einige von ihnen, wie Werner Heisenberg, litten unter einer schweren Statusdiskrepanz. Sie waren Träger von Eliteauszeichnungen, denen aber in der Wirklichkeit des Alltags keine angemessenen Forschungsbedingungen gegenüberstanden, die ihrem Leistungspotenzial und ihrer Reputation entsprochen hätten. Einst in der Beletage thronend, wollten sie nach einem – in diesem Fall durch den Zweiten Weltkrieg und die ruinösen Jahre der NS-Herrschaft erfolgten – Absturz wieder dorthin zurückfinden. Zudem schien der Staat allem Anschein nach über die finanziellen Mittel hierfür zu verfügen. Der Juliusturm war so etwas wie der weithin sichtbare Beweis für einen reichlich vorhandenen, jedoch unbegreiflicherweise zurückgehaltenen Geldbestand. Dieses staatliche Vermögensaufkommen war in den Plänen der Regierung jedoch für einen anderen, mit der friedlichen Atomforschung deshalb in Konkurrenz stehenden Bereich – das Militär – reserviert.

Für die Entstehung gesellschaftlichen Protests sind diese Faktoren alles andere als unerheblich, sondern im Gegenteil sogar konstitutiv: „Starke Protestgefühle werden [...] bei denjenigen Gruppen geweckt, die einen nicht mehr tragbaren Bruch zwischen ihren Erwartungen – ihren ‚Bedürfnissen‘ und ihrer tatsächlichen Lage wahrnehmen.“⁴⁵⁰ Nochmals: Beinahe die Hälfte der Manifestantenschaft kann als blockierte Elite verstanden werden. Rudolf Fleischmann, Otto Haxel, Heinz-Maier Leibnitz, Wolfgang Paul, Fritz Straßmann, Wilhelm Walcher und Karl Wirtz – bei ihnen handelte es sich sämtlich um karrieristisch unbefriedigte Experimentalphysiker, die für ihr Fortkommen teurer Gerätschaften und viel Personal bedurften. Bei der Göttinger Erklärung standen sich infolgedessen

450 Zitiert nach Zimmermann 1981, S. 156.

eine politisch regierende Elite und eine wissenschaftlich opponierende Gegenelite konfrontativ gegenüber.⁴⁵¹ Die Distanzierung von Eliten zur herrschenden Politik wurde historisch häufig „durch unzureichende Möglichkeiten sozialer Mobilität ausgelöst“⁴⁵². Treffen hochqualifizierte Personengruppen, noch dazu in Begehrlichkeiten weckenden Phasen des ökonomischen Aufschwungs, auf blockierte Mobilitätskanäle, können sie eine Statusinkonsistenz empfinden, die in einem Anstau von Frustrationen mündet.⁴⁵³ Diese aber suchten sich mit der Zeit ein Ventil – z.B. in Protestaktivitäten. Auch dieses Movens lag der Manifestation aller Wahrscheinlichkeit nach zugrunde.

Die meisten der Göttinger Manifestanten litten infolgedessen an sogenannten „Statusproblemen“⁴⁵⁴. In ihnen loderte seinerzeit ein ausgeprägtes Geltungsbedürfnis, das sich in „Statussorgen“, akuten Ängsten vor einem Statusverlust, bemerkbar machte. Dadurch begaben sie sich in einen „Statuskampf“, um die Anerkennung der als „Prestigegeber“ fungierenden Bevölkerung zu erlangen und innerhalb der internationalen Wissenschaftlergemeinschaft ihre einstige Eliteposition zurückzuerobern. Im Statuskampf gilt es, sich in einer intensiven Konkurrenz um gesellschaftliche und professionseigene Wertschätzung zu behaupten. Zudem litten sie – in ihrem Selbstverständnis, eigentlich an die Weltspitze zu gehören – an einer unzureichenden Statusmanifestation, waren ihre Forschungsgerätschaften doch antiquiert, ihre Arbeitsbedingungen einer Elite unwürdig. Zweifelsohne trugen sie schwer an dem infolge des Zweiten Weltkriegs und dem jahrelangen Verbot deutscher Atomforschung erfahrenen Rangplatzverlust. Wohl empfanden die Manifestanten auch einen Schmerz, ungerechtfertigter Weise geringgeschätzt, ja als Handlanger des Todes sogar moralisch herabgesetzt zu werden. Daher strebten sie nach einer baldigen Aufwertung ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit innerhalb der Öffentlichkeit und nach Renommee innerhalb ihres Berufssektors. Sie versuchten daher, sich in einen positiv aufgefassten Kontext von Kreativität, Gemeinnützigkeit und Heilsbringung zu rücken, um auf diese Weise der sinisternen Assoziation von der Komplizenschaft des militärischen Tötens zu enttrinnen, zudem endlich wieder Forschungsergebnisse von internationalem Belang zu produzieren. Indem sich die Manifestanten gegenüber den technologi-

451 Vgl. Zehrer, Hans: Der Riß im Vorhang, in: Die Welt, 20.04.1957.

452 Zimmermann 1981, S.159.

453 Vgl. ebd.

454 Dieser und die folgenden „Status“-Begriffe finden sich bei Doehleemann, Martin: Der „geistige Landtag des deutschen Volkes“ 1846 und 1847 – Anmerkungen zum Selbstverständnis deutscher Bildungsbürger, in: ders. (Hg.) 1977, S. 89-98, hier S. 90 f.

schen Entwicklungen auf dem Segment nuklearer Waffen als unschuldig darstellten und die Verantwortung für den Eintritt eines katastrophalen Ereignisses wie ein Atomkrieg eindeutig der Politik zuwiesen, betrieben sie „blame avoidance“. Mit anderen Worten: Die Göttinger Achtzehn waren eine informell organisierte Gruppe, die Strategien ergriff, um ihre Statusinteressen mit Entscheidungsfähigkeit durchzusetzen.

3.8 EXKURS: WERNER HEISENBERG UND OTTO HAHN

Otto Hahn, Werner Heisenberg und Carl Friedrich v. Weizsäcker: Diese drei der Göttinger Achtzehn wurden, wie zuvor in anderen Darstellungen, so auch in dieser Betrachtung zur Göttinger Erklärung als die wohl bedeutsamsten identifiziert. Um das bisher Behandelte noch konkreter nachvollziehen zu können, bietet es sich an, die wichtigsten Personen in Augenschein zu nehmen. Denn das Wechselspiel von der Person und ihrer Umwelt sollte nicht unterschätzt werden, spielt doch die Prägekraft der Handelnden eine wichtige Rolle. Ein Porträt kann für eine Charakterisierung mitunter sehr aufschlussreich sein, um die mentalen Dispositionen der Akteure durch die Aufdeckung von Ähnlichkeiten des Verhaltens in unterschiedlichen Situationen in Erfahrung zu bringen. Daher sollen an dieser Stelle – mit Rücksicht auf das Kapitel II.6.2, in dem bereits auf v. Weizsäcker eingegangen worden ist – Heisenberg und Hahn einer gründlichen Betrachtung unterzogen werden.

3.8.1 Werner Heisenberg: Energie aus Ehrgeiz

Das Würzburger Wunderkind

Werner Heisenberg war bürgerlicher Herkunft.⁴⁵⁵ Dies wirkte sich sicherlich vorteilhaft auf seinen Lebensweg aus. 1901 in Würzburg geboren, wuchs er in München als Professorensohn auf. Für einen bürgerlichen Haushalt nicht untypisch, nahm er Klavierunterricht, machte Erfahrungen in der Jugendbewegung und besuchte das renommierte Maximiliansgymnasium. Die äußeren Kennziffern seines Lebens sind in jeder Hinsicht eindrucksvoll: Heisenberg absolvierte eine akademische Turbokarriere. Als einer der herausragenden Abiturienten Bayerns fand er Aufnahme in das elitäre Maximilianeum. Seine Promotion schloss er 1923 im rekordverdächtigen Alter von 21 Jahren ab, die Habilitation

455 Vgl. zu diesem Abs. Fischer 2002, S. 92; Hermann 2007, S. 12 f.; Metzler 1995, S. 210.

ließ mit nur einem Jahr nicht lange auf sich warten – Heisenberg avancierte binnen Kurzem zum jüngsten Lehrstuhlinhaber des Deutschen Reichs. Während andere sich noch vorsichtig mit dem Campus vertraut machten, ehrfürchtig den Ausführungen der Ordinarien lauschten und angestrengt über Hausarbeiten grübelten, war Werner Heisenberg bereits tief in die wissenschaftliche Forschung eingetaucht und hatte das Erstaunen weltweit angesehener Professoren wie Born und Bohr, ihrerseits Titanen der mathematischen Physik, erregt.

Heisenberg war geradezu idealtypisch das, was man gemeinhin einen Primus nennt.⁴⁵⁶ Schon als junger Bube obsiegte er wie unter Garantie in familiären Räte- und Intelligenzspielen, die er stets als der Schnellere von allen gewann. In der Schule brillierte er dann wie selbstverständlich in fast allen Fächern, im Alter von vierzehn Jahren bereitete er eine Freundin der Familie auf deren mathematische Promotionsprüfung in Chemie vor. Zur selben Zeit beherrschte er das Klavierspiel bereits so meisterhaft, dass er ernsthaft eine Musikerkarriere erwog. Unverhohlen sah er sich im Übrigen auch selbst als „Wunderkind“.

Der Beste zu sein – das war ein Status, den Heisenberg seit seiner Schulzeit gewohnt war. Und er wollte ihn um nichts in der Welt wieder verlieren. Dafür war Heisenberg zu fast allem bereit. Sein Ehrgeiz war nicht nur enorm und unter Weggefährten legendär, sondern fast manisch. Aus ihm bezog er aber auch die ungeheuerliche Energie, die ihn zu einem der bedeutendsten Wissenschaftler der Menschheitsgeschichte emporsteigen ließ. Bezeichnenderweise erkor er zu Gymnasialzeiten eine griechische Parole zu seiner persönlichen Maxime, nach der man immer danach trachten sollte, der Beste zu sein. Sie wurde in der Tat zu einem Bestimmungsfaktor von Heisenbergs Leben, kennzeichnete und prägte wohl auch seine Verhaltensmuster. Erreichte er den gewohnheitsmäßigen Status des Besten einmal ausnahmsweise nicht, so mobilisierte er sämtliche Kräfte, um diesen für ihn unerträglichen Zustand schnellstmöglich zu überwinden. Seine mittelmäßigen Zensuren im Schulsport ließen ihn mit einer Stoppuhr täglich zahllose Kilometer im Münchner Luitpoldpark laufen – solange, bis er nach drei Jahren endlich mit „sehr gut“ benotet wurde. Nachdem er während einer Vortragsreise in Japan im Tischtennis gegen seine flinken japanischen Kontrahenten chancenlos verloren hatte, trainierte er auf der Schiffsreise von Shanghai zurück nach Europa derart systematisch und intensiv, dass er anschließend für Amateure nicht mehr zu schlagen war. Und als Heisenberg 1924/25 in Bohrs Elite-Kolloquium in Dänemark weilte, waren ihm die Kommilitonen in Sprache und Fachwissen anfangs ersichtlich überlegen. Für Heisenberg eine furchtbare Situation – binnen weniger Wochen eignete er sich verblissen Englisch und Dänisch

456 Zum Folgenden vgl. Heisenberg 1980, S. 23, S. 44 ff. u. S. 106 f.

an, vertiefte obendrein seine atomphysikalischen Kenntnisse, um anschließend nicht mehr bloß superior debattieren, sondern sogar ganze Vorlesungen halten zu können. Und auf seinen berufsbedingt regelmäßigen Bahnfahrten zwischen Berlin und Leipzig trainierte Heisenberg in den 1940er Jahren sein Gedächtnis durch das beharrliche Auswendiglernen von Gedichten.⁴⁵⁷

Es war diese ausdauernde Hartnäckigkeit, die Heisenbergs extremen Charakter lebenslang kennzeichnete. Einmal ins Auge gefasste Ziele strebte er mit einer rigorosen Unbeirrbarkeit an. Für ihn war keine andere Möglichkeit denkbar, als „die Auseinandersetzung mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln weiterzuführen“⁴⁵⁸. Besonders sobald er seine Autonomie bedroht sah und „glaubte, nicht mehr über sich selbst bestimmen zu können, setzte er einen aus der Tiefe kommenden, nicht zu brechenden Widerstand entgegen, um diesem Zustand zu entkommen“⁴⁵⁹. Selbst hinter dem Volant seines Pkws konnte es Heisenberg nie schnell genug gehen, weshalb er sich bei der Streckenbewältigung mehr an der zielgerichteten Luftlinie als denn an der umständlicheren Straßenführung orientierte und daher auch gerne einmal seinen Weg querfeldein fortsetzte.⁴⁶⁰ Heisenberg war unbedingt – zu jeder Zeit, in all seinen Aktivitäten und Vorhaben.

Für Heisenbergs Verhalten im Zusammenhang mit der Göttinger Erklärung ist dieses dominante Merkmal seiner Persönlichkeit nicht unbedeutend. Und dass seine universitären Lehrer ihn umgarnten und sich von dem Genie des jungen Studenten, der selbst die Ordinarien auf hintere Ränge verweisen konnte, erkennbar beeindruckt zeigten; dass in der Folge die großen Schulen der Physik um Heisenberg konkurrierten, ihn mit Stipendien versorgten und an seiner Zufriedenheit interessiert waren; dass ihm nach der Veröffentlichung seiner Arbeiten jedes Mal die Ovationen seiner Zunftgenossen entgegen schlugen;⁴⁶¹ All dies verwöhnte Heisenberg über Jahrzehnte hinweg und geriet zu einem wichtigen Bestandteil seiner Alltagsgewohnheit. Jemand, der von einer ganzen Schar international renommierter Wissenschaftspersönlichkeiten durchaus als Maestro akzeptiert und respektiert worden war, beschied sich nicht mehr mit armseligen Forschungsverhältnissen, wie sie in der Bundesrepublik der 1950er Jahre vorherrschten, und gab sich erst Recht nicht mit einem nur noch mediokeren Rang in der Wissenschaftshierarchie zufrieden. Schon gar nicht Heisenberg. Mit der

457 Vgl. Hermann 2007, S. 88.

458 Heisenberg 1980, S. 66.

459 Ebd., S. 122.

460 Vgl. Fischer 2002, S. 44.

461 Vgl. dazu Hermann 2007, S. 25-29.

Kenntnis seiner wesentlichen Charakterzüge lässt sich seine Enttäuschung über die Adenauer'sche Atompolitik vermutlich noch besser nachvollziehen.

Physik als Leidenschaft

Werner Heisenberg verlangte von sich ausschließlich das Maximum: gleich, ob beim Schach- und Klavierspielen, bei Bergwanderungen oder beim Skilaufen. Er suchte extreme Herausforderungen für seinen Körper und Geist. Faktisch in jeder Situation und zu allen Zeiten war er von Ehrgeiz erfüllt – „selbst wenn er Blumen im Garten schnitt“⁴⁶². Besieht man insbesondere seine Art und Weise, sich auf Wissenschaft einzulassen, so kommt man nicht umhin, ihm eine gewisse Exzentrik zuzuschreiben. Als fanatischer Wissensarbeiter schlief er wenig und las viel. Fleiß und Konzentrationsfähigkeit waren ihm in hoher Ausprägung zu eigen. Zu sehen, wie sein bloßer Wille dank seiner vielfältigen Begabungen hohe Leistungen hervorrief, war ihm die größte Freude.⁴⁶³ „Wenn er an seinen Problemen arbeiten konnte, war er glücklich“⁴⁶⁴, erinnerte sich seine Frau Elisabeth. Dann vertiefte er sich bis zur Erschöpfung in jedes noch so winzige Detail, wenn es sich partout nicht entwirren lassen wollte. Dies brachte ihm Erfüllung, wahrscheinlich sogar genussreiches Erlebnis und geradezu erotische Genugtuung. Denn funktionierende Terme versetzten ihn in prickelnde Euphorie.⁴⁶⁵ Heisenberg drückte diesen Moment metaphorisch aus, einen Gipfel erklommen zu haben, von dem aus „auf einmal das ganze Land der atomtheoretischen Zusammenhänge klar unter meinen Augen ausgebreitet“⁴⁶⁶ lag. Bewunderung fand er daher auch nicht überraschend für Columbus, der mit seinem Entdeckermut bereit gewesen sei, „alles bewohnbare Land hinter sich zu lassen in der fast wahn sinnigen Hoffnung, jenseits der Meere wieder Land zu finden“⁴⁶⁷. Darin drückte sich auch Heisenbergs Mentalität des Vabanque aus, die Bereitschaft, in „entscheidenden Augenblicken alles auf eine Karte zu setzen“⁴⁶⁸.

1926 ging Heisenberg als Dozent nach Kopenhagen. Dort, bei Niels Bohr, dem nachgesagt wurde, man könne an seinen Gesichtszügen den Schmerz unablässigen Denkens ablesen, fand sein Gemüt wahre Erfüllung. „Wochen- und monatelang waren Heisenberg und Bohr in einem Zustand der äußersten intellektu-

462 Heisenberg 1980, S. 108.

463 Vgl. ebd., S. 107.

464 Ebd., S. 172.

465 Vgl. Fischer 2002, S. 63.

466 Zitiert nach Heisenberg 1980, S. 173.

467 Zitiert nach ebd., S. 68.

468 Ebd.

ellen Anspannung. Hier rangen zwei ebenbürtige Geister miteinander und gegeneinander um ein wirkliches Verständnis der neuen Theorie.⁴⁶⁹ Auch Heisenberg wollte in Gedankensphären vordringen, in denen „das Denken anfängt wehzutun“⁴⁷⁰. Und Bohr pflegte zu sagen, wer bei der Quantentheorie, mit der sich Heisenberg so intensiv auseinandersetzte, nicht verrückt würde, habe sie auch nicht verstanden.⁴⁷¹ In den 1920er Jahren lebte Heisenberg abwechselnd in den pulsierenden Kernphysikzentren Kopenhagen und Göttingen, um von den dortigen Ikonen wie Bohr und Born inspirierende Einblicke zu erlangen und sich an den frischen Entdeckungen zu berauschen. Dies waren wohl Heisenbergs kreativste und schönste Jahre, in denen er eine Masse wissenschaftliche Abhandlungen von großer Bedeutung abfasste. All dies blieb nicht ohne Eindruck: Auf Helgoland kündet bspw. seit dem Jahr 2000 ein massiver Gedenkstein von dem Jahr 1925, in dem Heisenberg auf der Nordsee-Insel die Quantenmechanik revolutionierte und damit nichts weniger als das „menschliche Denken weit über die Physik hinaus beeinflusst“ habe.⁴⁷² Später im Krieg fürchteten die ausländischen Geheimdienste ihn und seine Schaffenskraft so sehr, dass er 1944 bei einem Vortrag in der Schweiz durch einen Agenten der CIA-Vorgängerorganisation OSS erschossen werden sollte.⁴⁷³

Die 1920er Jahre: Sie waren eine turbulente Zeit. In ihnen geriet Heisenberg mit Extremen in Kontakt, zu denen es ihn später, auch in den 1950er Jahren, immer wieder hinzog. Diese aufgeregte Phase faszinierte die Geschichtsschreiber und ließ sie schwärmerisch-mythische Zeilen verfassen: In dieser „ungeheuer bewegten Epoche der Physik“, in der sich „vielfältige, sich überstürzende Wandlungen“ vollzogen, sei „eine Gruppe von jüngeren, wagemutigen Männern [...] daran [gegangen], eine neue Welt zu schaffen“.⁴⁷⁴ Eine Garde junger, begeisterter und ungemein ehrgeiziger Nachwuchswissenschaftler – inmitten von ihnen Heisenberg – machte sich auf, um mit sensationellen Entdeckungen bislang gültige Gesetzmäßigkeiten revolutionär umzustößen, Grenzen zu überschreiten und in neue Wissensdimensionen vorzudringen. Diese Umwälzungen geschahen innerhalb eines kollegialen, aber dennoch verbissenen Wettbewerbs zwischen den Hochambitionierten, die ruhelos um Elitepositionen in ihrer Disziplin rangen. In einer solch scharfen Konkurrenz war Stillstand undenkbar, Innehalten nicht er-

469 Hermann 2007, S. 38.

470 Zitiert nach Heisenberg 1980, S. 26.

471 Vgl. Fischer 2002, S. 20.

472 Vgl. ebd., Abbildung 8 auf S. 69.

473 Vgl. ebd., S. 160 f.

474 Burdick 1977, S. 198 f.

laubt; alles „war in einem ständigen Fluss“⁴⁷⁵. Bei Heisenberg bildete sich damals ein unbändiges Verlangen nach Kompetition, dem ständigen Messen mit anderen Fachkundigen, aus.

Diese Zeit war Heisenbergs glücklichste: Frei von dem wissenschaftsorganisatorischen Odium der Studentenbetreuung, des Lehrbetriebs und des Einwerbens von Forschungsmitteln konnte er seine geistigen wie physischen Energien sämtlich auf die forschende Kreativität konzentrieren. Es war wohl nicht selten, dass ihm die Erregung der Erkenntnis den Schlaf nahm, er des Nachts mit der ersehnten Entdeckung eines neuen Zusammenhangs aufschreckte. Ob Heisenbergs Frau Elisabeth sein an Sucht grenzender Arbeitseifer ebenso positiv ergriff, ist freilich nicht zu sagen. Jedenfalls weiß sie zu berichten, dass die naturwissenschaftlichen Probleme die Tage und Nächte ihres Gatten ausfüllten.⁴⁷⁶ Apropos Familie: Der Ganztagswissenschaftler Heisenberg heiratete erst, als er infolge empfundener Beklemmung und geistiger Entleerung während des NS-Regimes, der Gegenwart seiner ausländischen Forscherfreunde beraubt, zunehmend vereinsamte und sein Lebensmut abgenommen, er sich zumindest vorübergehend in einer beklemmenden Phase emotionaler Niedergeschlagenheit befunden hatte.⁴⁷⁷ Waren Heisenbergs intellektuelle Energien einmal aufgebraucht, fühlte er sich erschöpft, so suchte er zum Ausgleich die physische Herausforderung. Heisenberg reiste dann in die Berge, wo er tagelang in der Einsamkeit der Natur eine von Menschen weitgehend gemiedene Schneelandschaft durchwanderte; oder er kostete beim Baumfällen die vitalisierende Intensität harter körperlicher Arbeit.⁴⁷⁸

Doch Heisenberg war nicht ausschließlich auf die Atomwissenschaft fixiert. Auch musische Seiten lassen sich bei ihm finden: Er liebte das Klavierspiel – professionelle Musiker sprachen ihm gar das Format eines Pianisten zu – und im Hause Heisenberg wurde leidenschaftlich musiziert. Auch griff er abends gerne in lyrischem Verlangen zu seiner Sammlung „Deutscher Gedichte“.⁴⁷⁹ Überdies war er ein enthusiastischer Sportler. Sodann las er sich schon als Jugendlicher fasziniert in die griechische Philosophie ein, indem er sich mit dem Dialog „Timaios“ auseinandersetzte und sich mit den Denkweisen griechischer Naturphilosophen, von Thales bis Demokrit, vertraut machte.⁴⁸⁰ Ein autistisch vom

475 Ebd., S. 199.

476 Vgl. Heisenberg 1980, S. 44 ff.

477 Vgl. Fischer 2002, S. 137-140.

478 Vgl. Heisenberg 1980, S. 27.

479 Vgl. Hermann 2007, S. 112.

480 Vgl. ebd., S. 11.

sozialen Leben abgewandter „Fachidiot“ war er zweifellos nicht, sondern wusste sich bisweilen hervorragend in Gesellschaft zu amüsieren. Seine Familie ordnete er allerdings seinen Aktivitäten und Forschungsvorhaben relativ kompromisslos unter. So z.B. in den letzten Kriegstagen: Während seine Familie Hunger und Krankheit litt und „von aller Hilfe abgeschnitten“⁴⁸¹ in deren Haus im bayerischen Urfeld ob des ungewissen Ausgangs bangen musste, campierte Heisenberg fiebrig tüftelnd in einer Felsenhöhle im schwäbischen Haigerloch und versuchte mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln, noch vor der Ankunft der Alliierten seinen Reaktor anzuwerfen.⁴⁸² Auch 1941 hatte er die Sorgen seiner Frau ignoriert und war zugunsten seiner Forschungsarbeiten als Institutsleiter in das zunehmend von Luftbombardements heimgesuchte Berlin gezogen.⁴⁸³ Das Befinden seiner Angehörigen bedrückte Heisenberg erstmals schwer, als er sich unversehens seinerseits in der Abgeschiedenheit wiederfand, während der mehrmonatigen Isolation im englischen Farm Hall.

Versuchungen der Wissenschaft

Nicht zuletzt infolge seiner Beteiligung an der Göttinger Erklärung wird Heisenberg posthum ein enormes Verantwortungsbewusstsein zugebilligt. Doch lässt man die Blicke in die Zeit vor 1945 schweifen, so wird dieses positive Bild zumindest getrübt. Oft unterlag Heisenberg dem schieren Reiz des nachgefragten Wissens und der gestellten Aufgabe, die er dann aus innerem Antrieb zu lösen trachtete – die daraus erwachsenden Konsequenzen ordnete er stets seinem schier unbändigen Forschungsdrang unter. Als man ihm im Heereswaffenamt in Berlin Ende September 1939 die Beantwortung der Frage auftrug, ob eine nukleare Kettenreaktion überhaupt möglich sei, war Heisenberg sogleich Feuer und Flamme und kümmerte sich wenig um die Moral des Ansinnens seiner Befehlsgeber. Der Auftrag von staatlicher Stelle entusiasmierte den seit 1933 so unglücklichen Forscher sogar. Gepackt von seinem sportiven Ehrgeiz, der Klärung einer offenen Frage wissenschaftlich nachzugehen, lieferte er binnen acht Wochen Antworten, die grundlegende Aspekte der späteren „Reaktortheorie“ enthielten.⁴⁸⁴ Natürlich durchdrang ihn auch ein Gefühl von Erleichterung, nicht in Uniform und mit Karabiner an die Front abkommandiert zu werden und sich des Risikos aussetzen zu müssen, einen Soldatentod zu sterben; doch verhinderten auch Stolz und Ehrgeiz, dass er dem Regime eine rigorose Absage erteilte oder

481 Heisenberg 1980, S. 117.

482 Vgl. Fischer 2002, S. 161 f.

483 Vgl. Heisenberg 1980, S. 112 ff.

484 Vgl. im Folgenden Hermann 2007, S. 65-72.

eine fachliche Unfähigkeit vorspielte. Auch erkannte er in dem Problemkomplex eine Chance, dem Regime die Leistungsfähigkeit der ideologisch so verunglimpften Quantenphysik – seiner Profession also – eindrucksvoll zu demonstrieren.⁴⁸⁵ Obgleich Heisenberg es „grässlich“ gefunden habe, Hitler atomare Waffen in die Hände zu geben, war er im Verlauf der Kriegsjahre nichtsdestotrotz an einem akrobatischen Geschick erfordernden Zwischenweg interessiert: Einerseits wollte er für sich und seine Kollegen Mittel und Privilegien zur Fortsetzung der Uranprojektarbeiten erwirken, andererseits sich nicht in die Fänge der Rüstungsprogramme begeben. „Genehmigung zur Weiterarbeit, aber keine höchste Dringlichkeitsstufe“, lautete daher seine Devise. Die Kriegsentwicklung verlief dann schließlich zu seinen Gunsten: Durch die absehbare Niederlage der Wehrmacht und die begrenzten Ressourcen des Deutschen Reichs, so errechnete Heisenberg, würde sich maximal ein Reaktor, nicht aber eine Bombe konzipieren lassen. Mit einer Energie liefernden Maschine aber, so glaubte Heisenberg, könnte man vor den NS-Machthabern den Nachweis kriegswichtiger Forschung erbracht und bis Kriegsende gegenüber dem Ausland eine technologische Führungsposition errungen haben. Gleichwohl spielte Heisenberg mit dem Feuer; dem Cheforganisator der Luftwaffenrüstung, Generalfeldmarschall Erhard Milch, sagte er einmal, seine Fachkenntnis bezeugend, eine Uranbombe müsse in etwa die Größe einer Ananas haben.⁴⁸⁶

Dies war eben das Problem: Heisenberg war unfähig, seinen Forschungselan zu zügeln. Sogar seine Frau gestand, dass ihn „das rein physikalische Problem [mit der Bombe] reizte“.⁴⁸⁷ Mit seiner Hingabe an die Forschung konnte Heisenberg unweigerlich in eine von seiner Umwelt völlig losgelöste Selbstvergessenheit verfallen, der Realität entrückt: „Sobald er sein aus innerem Antrieb selbstgewähltes Ziel im Auge hatte und sich dem zugehörigen zentralen Bereich in die Sphäre der Ideen näherte [...], sobald er eine offene Frage gefunden hatte, die ihn ansprach, agierte er losgelöst von der äußeren Welt, die ihn umgab.“⁴⁸⁸ Sonderlich verantwortungsvoll war dies im Umgang mit der Kernphysik, noch dazu

485 Einige, z.T. in der NSDAP organisierte Wissenschaftler diffamierten zur damaligen Zeit die Quantenphysik, da sich diese zu einem erheblichen Teil auf Theorien stützte, deren Urheber in der NS-Rassenideologie zu den „Untermenschen“ zählten – Albert Einstein und auch Max Born gehörten dazu.

486 Vgl. Heisenberg 1980, S. 92 f. Dieser Vergleich lag nahe an der späteren US-amerikanischen Bombe; deren Erbauer verglichen die Größe des benötigten Uran-kerns mit der einer Melone.

487 Ebd., S. 93.

488 Fischer 2002, S. 39.

während der nationalsozialistischen Diktatur und eines tobenden Kriegs nicht gerade. Hier gewährte Heisenberg seiner wissenschaftlichen Euphorie Vorrang gegenüber moralischen Skrupeln, weil es ihm aus damaliger Sicht vorteilhaft erschien – in den 1950er Jahren war es dann das öffentlich abgelegte Zeugnis eines Verantwortungsbewusstseins, das ihm geboten schien.

Der Heimatverbundene

Ohne dabei wie nicht wenige seiner Zeitgenossen in chauvinistisch-imperiale Überlegenheitsträumerei verfallen zu sein, war Heisenberg seiner deutschen Heimat eng verbunden.⁴⁸⁹ Im Gegensatz zu Max Born konnte er sich nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten nicht zu einer Emigration überwinden. Möglichkeiten dazu hatte es freilich genug gegeben: Nach 1933 erhielt er Rufe aus Australien und den USA – die Columbia University wiederholte sogar ihr Angebot –, doch lehnte er diese jedes Mal zugunsten eines Verbleibs in Deutschland ab. Eine Entscheidung, die „eher gefühlsmäßig gefärbt“⁴⁹⁰ war. Denn Heisenberg liebte seine Heimat; wenn er württembergische Städte durchwanderte, in denen ihn „überall der Geist des Mittelalters“ anwehte, so schwelgte Heisenberg in romantischen Vorstellungen von „Landsknechten und Nachtwächtern“.⁴⁹¹ Seine Entscheidung für einen Verbleib im Deutschland der Nationalsozialisten kostete Heisenberg zu dessen Unverständnis innerhalb der internationalen Physikergemeinschaft allerdings beträchtliche Sympathien, belastete alte Freundschaften und lud ihm moralische Schuld auf. Dies verwehrte ihm nach dem Krieg die Möglichkeit, im Ausland eine Spitzenfunktion anzunehmen. Auch dadurch verstärkte sich in den 1950er Jahren sein Drang, mit Deutschland so schnell wie möglich wieder in die internationale Atomphysikergemeinde einzukehren.

Advokat in eigener Sache

Werner Heisenberg war nicht nur in akademischen Runden eine sehr streitbare Persönlichkeit, die sich keinem minderen Intellekt unterordnete. Dies prädestinierte ihn natürlich auch für Konflikte mit staatlichen und politischen Akteuren während der NS-Zeit. Die uniformierten Braunhemden, das Gefolge der neuen Herren in der Reichskanzlei, die gesellschaftliche Durchdringung mit nationalsozialistischen Ordnungsvorstellungen behagten dem Gelehrten nicht. Heisenberg wollte forschen, grübeln, sich in trauter Runde begabter Wissenschaftler

489 Zu dieser Passage vgl. Heisenberg 1980, S. 77 f. u. S. 80 f.

490 Ebd., S. 78.

491 Zitiert nach Hermann 2007, S. 27.

wohl fühlen. Und Heisenberg wollte staatliche Gelder. Aber in Organisationen einzutreten, gar einen Parteiausweis mit sich zu führen oder sich in ideologische Disziplin – ganz zu schweigen von rassistischen Doktrinen – einbinden zu lassen, von denen er als seinem Selbstverständnis nach rationaler Wissenschaftler nichts hielt – davor graute es ihm. Und so geriet er zwangsläufig in den Widerstreit mit NS-Ideologen und staatlichen Wissenschaftsadministratoren. Oft wurde ihm dies als moralisch bewunderungswürdiger Beweis seiner couragierten Opposition gegenüber dem NS-Regime, einer Unbeugsamkeit auch in schweren, ja lebensgefährlichen Zeiten ausgelegt. Ganz bestreiten lässt sich dies sicher nicht, doch lassen sich aus den einzelnen Konfliktepisoden gleichwohl auch andere Schlüsse ziehen.

Zum Beispiel Heisenbergs Kampf mit der „deutschen Physik“.⁴⁹² Johannes Stark, ein Physiker und Nobelpreisträger mit nationalsozialistischer Gesinnung, titulierte Heisenberg in dem SS-Organ *Das Schwarze Korps* als „Ossietzky der Physik“ und forderte, dass solche „Statthalter des Judentums“ genauso wie die Juden selbst zu verschwinden hätten.⁴⁹³ Auch wurde Heisenberg von Personen aus dem Umkreis Starks dafür kritisiert, den „dänischen Halbjuden Niels Bohr als größtes Genie“⁴⁹⁴ zu feiern. Stark, der sich zur Galionsfigur einer „deutschen Physik“ aufschwang, hatte zunächst Erfolg. Auf den Münchner Lehrstuhl von Heisenbergs Mentor Arnold Sommerfeld wurde statt Heisenberg ein in Fachkreisen als drittklassig geltender, dafür jedoch regimeloyaler Kollege berufen – Heisenberg aber hatte seinerzeit diese Position unter allen Umständen bekommen wollen. Dieses Erlebnis erschütterte ihn. Daraufhin ergriff er Maßnahmen, seinen offensichtlich erodierenden Status wieder zu festigen. In der Folge setzte Heisenberg alles in Bewegung, um sich und die ebenfalls angegriffene Quantenphysik schleunigst zu rehabilitieren. Denn die Quantenphysik galt als „jüdisch“, in der NS-Ideologie also als minderwertig und suspekt, da zahlreiche Grundlagenwerke wie Einsteins Relativitätstheorie von jüdischen Wissenschaftlern stammten. Heisenberg aber war einer der „Stars“ quantenphysikalischer Forschung und diese wiederum gewissermaßen seine Arbeitsgrundlage. Sein bisheriges Lebenswerk und seine Zukunft waren an die der Quantenphysik gekoppelt. Sein anschließender Kampf gegen die nationalsozialistische Physik zielte jedoch nicht allein und vermutlich nicht einmal vordringlich darauf ab, Ehre und Anse-

492 Vgl. hierzu insgesamt Fischer 2002, S. 126-135; Hammerstein 1999, S. 336-342; Heisenberg. Das Schicksal eines Physikers im NS-Staat, in: Kultur & Technik, H. 4/1995, S. 26-31, hier S. 28.

493 Zitiert nach Hammerstein 1999, S. 337.

494 Zitiert nach ebd., S. 400.

hen der vertriebenen jüdischen Wissenschaftler wiederherzustellen, sondern sich selbst zu verteidigen, die Voraussetzungen seiner eigenen Karriere zu schützen und zu erweitern.

Dazu setzte Heisenberg alle Hebel in Bewegung. Nach einer Korrespondenz mit dem „Reichsführer-SS“, Heinrich Himmler – ermöglicht durch beider Mütter, die einander bekannt waren –, durfte Heisenberg einen Gegenartikel im *Völkischen Beobachter*⁴⁹⁵ veröffentlichen; zudem untersagte Himmler weitere Angriffe auf den nun unversehens unter Schutz der SS stehenden Heisenberg. Als Konzession gegenüber Himmler, der ihn fortan protegierte, wenn es um die Besetzung von Positionen wie etwa die Direktion des Berliner Kaiser-Wilhelm-Instituts für Physik ging,⁴⁹⁶ schrieb Heisenberg 1943 in der *Zeitschrift für die gesamte Naturwissenschaft*, die Relativitätstheorie wäre auch ohne Einstein aufgestellt worden, wie auch irgendwann der amerikanische Kontinent ohne Columbus entdeckt worden wäre.⁴⁹⁷ Ein „überzeugter und couragierter Advokat der Einsteinschen Physik“ war er nicht aus einer entschiedenen Haltung gegen den Antisemitismus heraus, vielmehr „verteidigte er damit die moderne Physik“, sein Metier.⁴⁹⁸

Zuhauf ist davon geschrieben worden, wie Heisenberg – nicht zuletzt gestützt auf seine Beschäftigung mit philosophischen Werken – sich aus einem außergewöhnlichen Verantwortungsbewusstsein heraus mit dem schwierigen Zusammenhang von Forschung und Politik beschäftigt habe. Auffällig ist allerdings, dass dies in erster Linie Verwandte, Freunde oder enge Weggefährten – der einseitig sympathischen Berichterstattung verdächtiger Personen also – behaupteten. Doch vor allem nahm sich Heisenberg der Politik an – wie sich an dem soeben angeführten Beispiel im Clinch mit der „Deutschen Physik“ beobachten ließ –, weil er es zwecks Wahrung der eigenen Interessen musste. Nach den schönen Jahren unbeschränkten Grübelns über naturwissenschaftlichen Theoriegeweben in der Geborgenheit der internationalen Physikergemeinschaft wurde Heisenberg nach der Annahme eines Rufs aus Leipzig jäh mit dem Universitätsalltag eines Lehrstuhlinhabers konfrontiert. Vor allem hatte er sich nun selbstständig um Forschungsgelder zu kümmern. Heisenberg musste sich deshalb also auf die Politik, die Gebieterin öffentlicher Geldmittel, einlassen.⁴⁹⁹

495 Vgl. Heisenberg, Werner: Entgegnung zum Artikel „Deutsche und jüdische Physik“, in: *Völkischer Beobachter*, Norddeutsche Ausgabe/Ausgabe A, 28.02.1936.

496 Vgl. Walker 2005, S. 28 f.

497 Vgl. ebd., S. 29.

498 Metzler 1995, S. 213.

499 Vgl. hierfür Burdick 1977, S. 201.

Auch in anderen Fällen konnte Heisenberg resolut und konfliktbereit sein, wenn es darum ging, die oberste Kompetenz zu beanspruchen. Keine Sekunde dachte er bspw. daran, sich während der NS-Diktatur der offiziellen Autorität, dem Bevollmächtigten für Kernphysik im Reichsforschungsrat, Prof. Dr. Abraham Esau – einem Frequenzspezialisten –, unterzuordnen. Heisenbergs Mitarbeiter boykottierten Esaus Atomkonferenz.⁵⁰⁰ Offenbar reichte Heisenbergs Verdross über Esau derart weit, dass sich die Spitze der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft bei Hermann Göring für eine Ablösung des Bevollmächtigten und eine Klärung des zur „Sache Heisenberg – Esau“⁵⁰¹ eskalierten Konflikts einsetzte. Heisenberg wollte selbst entscheiden, wann und mit welchen Materialien und Verfahren der Bau eines Reaktors zu beginnen habe.⁵⁰² Auch später lässt sich dieses renitente Verhalten nachweisen. In der Anfang 1952 gegründeten DFG-Kommission für Atomphysik erhielt Heisenberg zwar den Vorsitz, doch weigerte er sich, Wolfgang Gentner, einen ebenso begabten wie selbstbewussten Kollegen, in das Gremium zu berufen. Heisenbergs ständiger Dominanzanspruch sorgte auch nach dem Krieg bei den Experimentalphysikern für Unmut. Diese fühlten sich an die als unangenehm empfundene Zeit des Uranvereins erinnert, in dem sich Heisenberg gegenüber anderen Forschergruppen ebenfalls herrisch verhalten habe.⁵⁰³ Und als man Anfang 1957 in der Max-Planck-Gesellschaft für das in Heidelberg ansässige Institut einen Nachfolger für den verstorbenen Nobelpreisträger Walther Bothe suchte, war man dort des inneren Friedens wegen sehr darauf bedacht, in dem Heidelberger MPI keine Konkurrenz für Heisenbergs Göttinger Institut erwachsen zu lassen.⁵⁰⁴

Rivalen bekämpfte Heisenberg überdies mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln. Im Uranverein versuchte er während des Zweiten Weltkriegs regelmäßig, der Forschungsgruppe seines Gegenspielers Kurt Diebner knappe Versuchsstoffe wie Schweres Wasser oder Uran vorzuenthalten. Wenn die Koordinatoren der Militärforschung konsterniert von einer „mimosenhaften Empfindlichkeit einzelner Forscher“⁵⁰⁵ sprachen, meinten sie damit den in Berlin arbeitenden Nobelpreisträger Heisenberg. Dessen Rivalitätsempfinden verzögerte den Bau

500 Vgl. Zierold 1968, S. 264.

501 Zitiert nach Hammerstein 1999, S. 398; vgl. auch ebd. S. 398 ff.

502 Vgl. Karlsch 2005, S. 70.

503 Vgl. Schlüpmann, <http://www.aleph99.org/etusci/ks/t3a4.htm> [eingesehen am 15.11.2007].

504 Vgl. hierzu ders., <http://www.aleph99.org/etusci/ks/t3a8.htm> [eingesehen am 15.11.2007].

505 Zitiert nach Hammerstein 1999, S. 397.

eines deutschen Kernreaktors während des Kriegs um mindestens ein Jahr.⁵⁰⁶ Dass Diebners Konzept desjenigen Heisenbergs überlegen war, kümmerte letzteren nicht. Im Gegenteil: Später blockierte Heisenberg eine universitäre Karriere Diebners, indem er unter Zuhilfenahme seiner Beziehungen dessen Habilitation verhinderte und ihn damit zum Gang in die freie Wirtschaft nötigte.⁵⁰⁷ Als Walter Bothe 1942 in seinem Heidelberger Institut weitere Reaktorversuche mit einem dem Heisenbergs scheinbar überlegenen Konzept durchführen wollte, setzte dieser mit seiner größeren Autorität dezidiert den Vorrang seiner Forschergruppe durch und degradierte den späteren Nobelpreisträger Bothe zu einem Berater seiner Forschungsstelle, obwohl letzterem die Aussicht auf größeren Erfolg beschieden gewesen war. Ferner bekämpfte Heisenberg zu Beginn der 1950er Jahre aggressiv die Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft, weil diese eine große Konkurrenz zu seinem Deutschen Forschungsrat darstellte.⁵⁰⁸ Der Präsident der NG kritisierte Heisenbergs Ansinnen, dem DFR eine Vorrangstellung zu verschaffen. Aus der NG kam auch der Vorwurf, im Forschungsrat werde die – von Heisenberg ausgeübte – Leitung nach der Art einer absoluten Monarchie betrieben. Mit seinem autoritären und wetteifernden Gebaren machte sich Heisenberg im Verlauf dieses Konflikts in der westdeutschen Wissenschaftsszene gewiss einige Feinde.

All dies zeigt aber vor allem, dass Heisenberg häufig keine Konkurrenz tolerierte, weder Kompromisse duldete noch Rücksichten nahm. Widerstand gegen etwas Unbehagliches erfolgte bei ihm zumeist aus der Bedrohung der individuellen Autonomie und des beabsichtigten Erfolgs – im Kampf mit der „deutschen Physik“ wie auch bei der „Göttinger Erklärung“. Eine Zusammenarbeit mit ihm war nicht einfach, da er stets „den Richtlinien seiner eigenen Politik folgte“⁵⁰⁹, wie es manche ausdrückten, die ihn gut kannten. Mit Sicherheit war Heisenberg kein Tyrann, Egomane oder Kabalist, vermutlich sogar ein herzlicher Freund und fürsorglicher Förderer. Aber ein Paladin der Moral, als den ihn nicht wenige Interpreten porträtiert haben, war er wohl nicht.

Externalisierung von Scheitern aus Selbstwertschutz

Heisenberg besaß keine sonderlich große Fähigkeit zum Eingeständnis einer Niederlage – auch dies ist im Hinblick auf sein Scheitern in der Standortfrage des westdeutschen Kernforschungszentrums im Vorfeld der Göttinger Erklärung

506 Vgl. Karlsch 2005, S. 105.

507 Vgl. Zierold 1968, S. 265.

508 Vgl. hierzu Hermann 2007, S. 93; Osietzki 1984, S. 362.

509 Zitiert nach Herbig 1976, S. 182.

von Bedeutung. Angestachelt vom jovialen Spott Otto Hahns, versagt zu haben, zog sich Heisenberg 1945 in Farm Hall zurück, um mit aller Macht seines kernphysikalischen Genies den US-amerikanischen Atomwaffenbau wissenschaftlich nachzuvollziehen.⁵¹⁰ Trotz aller moralischer Vorteile, nicht alle Möglichkeiten der militärischen Forschungsförderung in Anspruch genommen zu haben, wie dies etwa im V-Waffenprojekt unter Wernher v. Braun der Fall gewesen war, ärgerte sich Heisenberg über die Håme der ehemaligen Kriegsgegner und seiner Fachkollegen, das deutsche Atomprojekt käme durch den US-amerikanischen Atombombeneinsatz einem jåmmerlichen Fehlschlag gleich. Er legte infolgedessen großen Wert darauf, vor der Welt nicht als gescheitert dazustehen und bemühte sich, gewissermaßen seinen Genius zu rehabilitieren, indem er immer wieder hervorhob, dass er und seine Mitarbeiter schon 1941 problemlos den Weg zur Atombombe erkannt, ihn aus dem Wissen um die beschrånkten Ressourcen des Deutschen Reichs aber nicht eingeschlagen håtten.⁵¹¹ In einer lebhaften Korrespondenz mit seinem Fachkollegen Samuel Goudsmit versuchte er klar zu machen, dass er durchaus das Konzept der Plutoniumbombe wåhrend des Kriegs verstanden, ihren Bau aber willentlich verweigert habe.⁵¹² Åuere Gründe – wie unzureichende Kapazitåten der deutschen Wirtschaft, fehlender Luftschutz für die Produktionsanlagen sowie die politisch vorgegebene Direktive, ausschließlich noch wåhrend des Kriegs realisierbare Projekte zu fördern –, seien laut Heisenberg hinzugekommen⁵¹³ – mitnichten aber eigenes Kompetenzversagen.

Wåhrend man die Bombe also aus realistischer Einsicht in die Situation beschrånkter Mittel und moralischer Skrupel gar nicht erst angestrebt habe, sei auch der energisch betriebene, letztlich aber erfolglose Bau eines Atomreaktors ebensowenig einer wissenschaftlichen Unzulånglichkeit Heisenbergs geschuldet gewesen. Dass der „Uranbrenner“ in den letzten Kriegstagen im Haigerlocher „Felsenkeller“ nicht zum Laufen gebracht werden konnte, dafür machte Heisenberg das Unvermögen staatlicher Koordination verantwortlich.⁵¹⁴ Und wie er im Uranverein wåhrend des Zweiten Weltkriegs die technologische Überlegenheit der Modelle seines Rivalen Kurt Diebner „halsstarrig“⁵¹⁵ nicht anerkannte, so

510 Vgl. Metzler 1995, S. 217.

511 Vgl. Hermann 2007, S. 73.

512 Vgl. Schlüpmann, <http://www.aleph99.org/etusci/ks/t3a2.htm> [eingesehen am 15.11.2007].

513 Vgl. Leithåuser 1957, S. 75 f.

514 Vgl. Hoffmann 1993, S. 42; Zierold 1968, S. 265.

515 Karlsch 2005, S. 103.

hielt er seine „Einheitliche Theorie der Materie“, die 1958 in der Öffentlichkeit als „Weltformel“ bejubelt, von Fachkollegen aber als gescheitert bewertet wurde, unverdrossen für die richtige; gleichzeitig befand er den inzwischen gültigen Ansatz seines US-amerikanischen Kollegen Murray Gell-Mann, Elementarteilchen als Zusammensetzungen aus noch kleineren Teilchen – den „Quarks“ – zu verstehen, als abwegig.⁵¹⁶ Immer wieder konnte sich Heisenberg sein Scheitern nicht eingestehen und bessere Arbeiten in einer für ihn gerade entscheidenden Sache nicht umstandslos akzeptieren.

Zwischen Wissenschaft und Politik

Heisenberg war – für einen Wissenschaftler keineswegs überraschend – stets darum bemüht, staatliche Gelder für seine Forschungsvorhaben zu akquirieren. Doch wohl nicht immer peinigten dabei sein Gewissen unüberwindbare Skrupel. Im Gegenteil unternahm er sogar viel, um seine Mittel zu mehren, kannte seine Bereitschaft hierzu weitgesteckte Grenzen. Den im Herbst 1939 eingetretenen Kriegszustand suchte er sich zunutze zu machen, indem er noch im Dezember begann, einen Bericht über die militärisch interessante Energiegewinnung per Uranspaltung auszuarbeiten und seinen Arbeitsbereich als bedeutungsvoll auszuweisen.⁵¹⁷ Er hielt Vorträge vor den Organisatoren der deutschen Kriegswirtschaft und sicherte sich damit während des Kriegs finanziell den Fortgang seiner Arbeiten und die Freistellung seiner Mitarbeiter. Nach seiner Rückkehr aus britischer Gefangenschaft 1946 artikulierte Heisenberg sogleich einen wissenschaftspolitischen Führungsanspruch, indem er eine „geistige Führerschaft“ der Grundlagenforschung – seiner Profession also – reklamierte.⁵¹⁸ Er erlag der festen Überzeugung, Deutschland nach dem Zusammenbruch wieder international an die Führungsspitze der Atomphysik hieven zu können.⁵¹⁹

Um dieses Ziel zu erreichen, griff er auf probate Methoden zurück. Wie schon während des „Dritten Reichs“ wandte er sich direkt an die maßgeblichen Entscheidungsträger, an die Bundesregierung, unmittelbar an den Kanzler Adenauer, zu dem er schon bald über einen exzellenten Kontakt verfügte.⁵²⁰ Für ihn war dies typisch, betätigte er sich doch „am liebsten im kleinen Kreis mit ihm schon vertrauten Menschen“⁵²¹. Darin findet sich ein entscheidender Wider-

516 Vgl. Hermann 2007, S. 127 f.

517 Vgl. Hammerstein 1999, 340 f.

518 Vgl. Schirrmacher 2005, S. 17.

519 Vgl. Metzler 1995, S. 218.

520 Vgl. Radkau 2006, S. 37.

521 Carson 2005, S. 222.

spruch zu dem Bekenntnis der Göttinger Achtzehn, die Bevölkerung über die geheimen Schritte der Regierung in Sachen Atombewaffnung aufklären zu wollen. Heisenberg liebte nämlich selbst den Arkanweg der Nichtöffentlichkeit durch Telefonleitungen und Büroflure, das „Gespräch im kleinen Kreis blieb für ihn das bevorzugte Instrument“⁵²². Als Heisenberg aufgrund seines Bekenntnisses zur Quantenphysik, die in der Zeit nationalsozialistischer Herrschaft als „jüdische“ Wissenschaft ideologisch diffamiert wurde, öffentlich attackiert worden war, wandte er sich, wie bereits erwähnt, brieflich direkt an den „Reichsführer-SS“ Heinrich Himmler, um seine Rehabilitation zu erwirken.⁵²³ Im Konflikt mit seinem Widersacher Stark, so schrieb Heisenberg an Himmler, müsse er „um eine grundsätzliche Entscheidung bitten“; fiel diese für ihn aus, so „bitte ich Sie als Reichsführer der SS um einen wirksamen Schutz gegen solche Angriffe“.⁵²⁴ Und so pflegte Heisenberg auch in der Bundesrepublik mit den politischen Autoritäten am liebsten persönlich und direkt zu kommunizieren. In der Folge avancierte Heisenberg in den 1950er Jahren zum wichtigsten Vertreter der westdeutschen Kernphysik im In- wie im Ausland.⁵²⁵ Er leitete die DFG-Kommission für Atomphysik, war als deutscher Vertreter Mitglied im „Europäischen Rat für kernphysikalische Forschung“ und nahm für die Bundesregierung in Washington an Verhandlungen über die Zukunft deutscher Nukleartechnik teil.

Den Interpreten seiner Biografie begegnet Werner Heisenberg als eine ambivalente Persönlichkeit. Auf der einen Seite lehnte er den Nationalsozialismus und dessen Führungsfiguren ab, bastelte nicht im Verborgenen an einer Atomwaffe für Hitler. Daran bestehen kaum Zweifel. Opportunistisch verhielt er sich hingegen schon. Sobald es um seine persönlichen Belange ging, zögerte er nicht, hochrangigen Entscheidungsträgern des „Dritten Reichs“ Briefe zu schreiben, intrigierte im Hintergrund und verhielt sich vorwiegend eigennützig, gab zumindest selten allgemeinwohldienlichen Entscheidungen den Vorzug, wenn sie auf seine persönlichen Kosten gingen. Zudem trieb ihn zeitlebens ein nimmermüder Ehrgeiz an, der ihn permanent in Unruhe hielt. Diese leistungs- und selbstbezogene Mentalität ist bei einem innerhalb der Manifestantenschaft so bedeutsamen Akteur wie Werner Heisenberg nicht unerheblich für das Zustandekommen der Göttinger Erklärung, zumindest aber aufschlussreich für dessen persönliche Beweggründe.

522 Ebd.

523 Vgl. dazu Hermann 2007, S. 61; Walker 1995, S. 28.

524 Hermann 2007, S. 62.

525 Vgl. ebd., S. 97 f.

3.8.2 Otto Hahn: vom Gaskrieger zum Friedensmahner

Der Chemiker: von der Waschküche ins Labor

Otto Hahn wuchs in den beiden letzten Dekaden des neunzehnten Jahrhunderts als jüngster von drei Söhnen in einem wohlhabenden Haushalt auf.⁵²⁶ Bereits im Erscheinungsjahr der Göttinger Erklärung hatte Hahn eine bewegte Biografie vorzuweisen. Als er am 8. März 1879 in Frankfurt am Main geboren wurde, regierte noch Kaiser Wilhelm I., Bismarck versuchte die politischen Geschicke der Nation als Reichskanzler zu lenken, ja das Reich selbst existierte erst seit acht Jahren. Die Familie Hahn war eine gutbürgerliche, in der „Strebsamkeit, Treue und Fleiß“⁵²⁷ wie von selbst wichtige Werte waren. Sie verfügte über reichlich Geld, denn Hahns Vater führte einen großen Handwerksbetrieb und zählte zur Frankfurter Honoratiorenschaft. Dies war nicht unwichtig, sollte doch das väterliche Konto dem Filius in der Zukunft ein sorgenfreies Studium vergönnen, auch brauchte sich Hahn infolgedessen um die Finanzierung von karrieredienlichen Reisen und Auslandsaufenthalten zumeist nicht weiter zu kümmern. Später, im kritischen Stadium des Nachwuchswissenschaftlers Hahn, der ohne feste Stelle forschte, half der Vater des Öfteren mit dem Begleichen offener Rechnungen aus der Bredouille, wenn sich z.B. der Sohn mal wieder zu Experimentierzwecken teures Radium gekauft hatte.

Seit seinem Tod kann man in Deutschland auf Otto-Hahn-Schulen und Otto-Hahn-Straßen treffen, die Max-Planck-Gesellschaft verleiht eine Otto-Hahn-Medaille, auch gibt es gleichnamige Preise. Anlagen, die seinen späteren Erfolg als ruhmreichen Nobelpreisträger und angesehenen Nestor der wissenschaftlichen Chemie erwarten ließen, ließ Hahn in jungen Jahren freilich noch nicht erkennen.⁵²⁸ In der Schule glänzte er vor allem in den Fächern Turnen, Singen und Religion, weniger in Chemie und Physik. In der mütterlichen Waschküche stellte er mit einem Schulfreund zwar gerne chemische Experimente an, doch erfolgte dies eher in schelmischer Absicht und kindlicher Abenteuerlust. Ein alles dominierender Primus wie Heisenberg war der dem Schabernack nicht abgeneigte Oberrealschüler aber bei Weitem nicht. Im Gegenteil: War Heisenberg bspw. von seinem ersten Semester an in Forschungsarbeiten involviert – mithin aktiver Wissenschaftler – führte Hahn in Marburg als Mitglied einer Verbindung ein

526 Zum Folgenden vgl. Berninger, Ernst H.: Otto Hahn in Selbstzeugnissen und Bild-dokumenten, Reinbek bei Hamburg 1974, S. 7, S. 17 u. S. 44; Hoffmann 2005, S. 25 f. u. S. 55 f.

527 Berninger 1974, S. 7.

528 Für die folgenden Passagen vgl. Berninger 1974, S. 14 f.; Hoffmann 2005, S. 26.

bierseliges Studentenleben, in dem er „schnell das zünftige Trinken“⁵²⁹ zu einer standesgemäßen Meisterschaft brachte. Auf die Frage, was sein Sohn denn mache, pflegte der konsternierte Vater die lakonische Antwort zu geben: „Mein Sohn ist in Marburg und trinkt Bier.“⁵³⁰ Die gezeigten Qualitäten waren damals noch andere: In seiner Studienzeit überstand Hahn so manchen Bierkomment, beherrschte allerhand Trinkrituale und vergnügte sich mit regelmäßigen Kneipengängen, Streichen und Späßen – Geld genug hatte er schließlich. Auch anlässlich des Münchner Faschings genoss der spätere Nobelpreisträger freudig in Bierhallen ausgiebig Gerstensaft. Dass sein Studentenleben nicht eskalierte, hatte er allein dem Vernunftgebot eines wachsamen und wohl reiferen Mitabiturienten zu verdanken.

Dennoch gelang es Hahn, den Weg in eine wissenschaftliche Laufbahn einzuschlagen.⁵³¹ Der besagte Mitabiturient disziplinierte Hahn, konterkarierte dessen hedonistische Neigung und trieb ihn in Vorlesungen und Laborübungen. So reifte dieser zu einem eifrigen Besucher eines Chemiekollegs und wurde am Ende sogar Doktorand. Spätestens als er im Ausland bei den Fachkoryphäen William Ramsay und Ernest Rutherford gastierte, begann er, sich auch ohne das Zutun eines Anderen diszipliniert zu verhalten und seinen studentischen Hedonismus zugunsten eines wissenschaftlichen Arbeitseifers abzulegen. Bisweilen verkehrte sich dies sogar in das andere Extrem: Nun lebte er bescheiden mit wenig Mahlzeiten und beinahe abstinent. Er glitt in eine gänzlich neue Lebensphase, in der er als glänzender Laborant chemische Elemente nachspürte und diese auch zu finden verstand. An der Universität hatte Hahn vor allem deshalb Karriereerfolg, weil sich für sein Forschungsgebiet, die Radiologie, zum damaligen Zeitpunkt noch kaum jemand interessierte. Das Radium nahm man zu seinem Glück eben noch nicht ernst.

Dadurch konnte er auf einem Gebiet Entdeckungen machen und Erfahrung erlangen, das in Kürze um ein Vielfaches an Bedeutung gewinnen sollte. In jener Zeit fand Hahn Bedingungen vor, die seiner Arbeitsweise zupasskamen. Im Vergleich zu dem extremen Konkurrenz- und Leistungsdruck, dem Heisenberg in den Kopenhagener und Göttinger Kolloquien ausgesetzt war, konnte Hahn vergleichsweise gemächlich und bequem seine Chemikalien präparieren und Messungen anstellen. Im Gegensatz zu Heisenberg stieg Hahn dadurch aber auch erst spät in die erlauchte Riege der „Stars“ unter den Atomforschern auf und war

529 Zitiert nach Hoffmann 2005, S. 26.

530 Zitiert nach ebd.

531 Folgend vgl. Berninger 1974, S. 18, S. 30 ff., S. 48 u. S. 57; Hoffmann 2005, S. 61 u. S. 138.

kein solcher Überflieger. Die von ihm historisch zuerst geleistete Uranspaltung – für die Hahn 1951 rückwirkend für das Jahr 1944 den Nobelpreis verliehen bekam – ereignete sich kurz vor seinem sechzigsten Geburtstag im Jahr 1938; der um 22 Jahre jüngere Heisenberg durfte demgegenüber schon 1932 im Alter von dreißig Jahren nach Schweden zur Nobelpreiszeremonie reisen. Und – wieder – im Unterschied zu Heisenberg, bei dem zwischen Promotion und Habilitation nur ein Jahr verging, brauchte Hahn länger: Seine Dissertation datiert aus dem Jahr 1901, im Sommer 1907 habilitierte er sich – indem ein wohlmeinender Ordinarius kurzerhand eine seiner bisherigen Publikationen zur Habilitationsschrift erklärte. Glückliche Umstände waren es auch, welche die Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft genau in die kritische Phase von Hahns Berufsbiografie fallen ließen, sodass sich ihm damit eine verheißungsvolle Karriereperspektive eröffnete. 1911 wurde er Mitglied im KWI für Chemie in Berlin-Dahlem und konnte mitsamt den damit verbundenen Privilegien, also befreit von universitären Lehrverpflichtungen und privaten Geldsorgen sowie in annehmlich ausgestatteten Laborräumen, weitgehend eigenverantwortlich auf seinem Fachgebiet Weltspitzenforschung betreiben.

Auch wenn bei ihm Ehrgeiz und Genius vermutlich nicht an die Heisenbergs heranreichten, war Hahn in seiner Tätigkeit sehr leistungsstark. So war er ein äußerst gründlicher Experimentator – von Physik verstand er allerdings nicht viel, wusste deshalb auch seine Entdeckung der Spaltbarkeit des Uranatoms erst gar nicht richtig zu deuten.⁵³² Seine Laborkollegin Lise Meitner pflegte ihn bei auftretenden physikalischen Problemen mit dem Tadel zu verweisen: „Hähnchen, geh’ nach oben und mach’ Chemie; von Physik verstehst Du nichts!“⁵³³ Hahns Stärke lag vielmehr in der Akkuratess, Verlässlichkeit und Durchhaltefähigkeit.⁵³⁴ Schon früh begann er, neue chemische Elemente zu entdecken – eher zufällig, wie er freimütig bekannte. Auch Hahns Institut, das er seit 1928 als Direktor allein führte und das bis dahin erheblich expandiert war, mauserte sich infolgedessen in den 1920er Jahren, wie auch jenes von Heisenberg, zu einem elektrisierenden Anziehungspunkt wissbegieriger Nachwuchsforscher aus aller Herren Länder. Bis 1945 durchliefen seine Laborräume über einhundert Wissenschaftler aus unterschiedlichen Nationen. Auch Hahn erinnerte daher die Zeit vor 1933 im Vergleich zu den Verhältnissen in der Bundesrepublik romantisch und als ungleich besser.

532 Vgl. für diesen Abs. Berninger 1974, S. 15 u. S. 50; Hoffmann 2005, S. 96.

533 Zitiert nach Berninger 1974, S. 15.

534 Vgl. Meitner, Lise: Zur Entwicklung der Radiochemie. Otto Hahn zum 50jährigen Doktor-Jubiläum, in: *Angewandte Chemie*, Jg. 64 (1952) H. 1, S. 1-4.

Der menschlich-jovial-bescheidene Pedant: charakterliche Facetten

Die Charakterzüge, die von Weggefährten und Zeitgenossen überliefert sind, weisen Otto Hahn als eine durchweg sympathische Persönlichkeit aus. So war er ungeachtet seines Status' ungewöhnlich bescheiden.⁵³⁵ Er lebte ausgesprochen anspruchslos, pflegte noch in späten Lebensjahren täglich in der Kantine der Max-Planck-Gesellschaft spartanisch Eintopf oder Kartoffelsuppe zu speisen. Seinem Weltruhm soll er mit Gleichmut begegnet sein,⁵³⁶ seine „gemütvolle Bescheidenheit [...] wirkte so echt“⁵³⁷. Er verzichtete auf die Errichtung von sprachlichen Barrieren durch ein esoterisches Fachvokabular, denn wissenschaftliche Phraseologie lehnte er ab.⁵³⁸ Sodann beeindruckte er durch seine Menschlichkeit, besonders bei seinen Mitarbeitern, denen er stets mit Empathie begegnete und sich besorgt ihrer Alltagsprobleme annahm.⁵³⁹ Oft jedenfalls wurde Hahns Führungsstil im Institut aus der Retrospektive als besonders menschlich, herzlich und fröhlich gerühmt. Denn Hahn war schließlich auch von großer Jovialität. Ihm gelangen „witzige Dialoge und humorvolle Pointierungen. Der Schalk und der hintergründig lächelnde Weise sind ihm die liebsten Figuren.“⁵⁴⁰ Hahn war ein Mann „mit einem freundlichen Blick, mit einem etwas listigen Auge, der Dialekt sprechen konnte, ja, der plauderte, der kleine Geschichten erzählte und der einen ungewöhnlichen Charme auf seine Umgebung ausstrahlte.“⁵⁴¹ Mit seinem Humor heiterte er den Institutsalltag auf. Es schien, als blickte Hahn in seiner ganzen Erscheinung derart gütig drein, dass ihm keiner etwas Böses wollen konnte. Den Nobelpreis habe er mit „tiefe[r] Bescheidenheit“ entgegen genommen, wie ihm überdies generell ein „bezwingende[r] Charme“ zu eigen sei.⁵⁴² All diese Eigenschaften verdichten sich zu dem Eindruck von Erhabenheit und Edelmut des Menschen und der Persönlichkeit Otto Hahn. Meitner will sogar in den fünfzig Jahren ihrer Bekanntschaft mit Hahn nie jemandem begegnet sein,

535 Vgl. hierzu Hahn 1975, S. 249.

536 Herbert Schrader über Hahn 1968, abgedruckt in: ebd., S. 260.

537 Friedrich Deich über Hahn einen Tag nach dessen Tod in der Welt, abgedruckt in: ebd., S. 257.

538 Vgl. Herbert Schrader über Hahn 1968, abgedruckt in: ebd., S. 259.

539 Vgl. hier und folgend Berninger 1974, S. 57; Hoffmann 2005, S. 95 f.; Meitner 1959, S. 157.

540 Herbert Schrader über Hahn 1968, abgedruckt in: Hahn 1975, S. 259.

541 Willi Brundert über Hahn 1969, abgedruckt in: ebd., S. 262.

542 O.V.: Männer rund um das Atom: Otto Hahn, in: Die Atomwirtschaft, Jg. 1 (1956) H. 1, S. 9.

der ihn „nicht gern gehabt hätte“⁵⁴³. Der weise Theodor Heuss brachte dies pointiert auf die eloquente Formel, Hahns Lebensleistung besäße „eine in sich ruhende Würde mit unzerstörtem Rang und einem geschichtlichen Sinn“⁵⁴⁴. Die Liebenswürdigkeit Hahns reichte so weit, dass der amtierende Bundespräsident Heuss ihm an Hahns achtzigstem Geburtstag 1959 einen Kuss gab.⁵⁴⁵ Und selbst die Diva Hildegard Knief schwärmte von seinen „sanften blauen Augen“⁵⁴⁶. Von Weizsäcker und alle anderen Manifestanten konnten 1957 jedenfalls froh sein, einen allseits Beliebten wie Hahn in ihren Reihen zu wissen.

Als Forscher dagegen konnte Hahn durchaus auch unangenehm sein und ein strenges Wort führen.⁵⁴⁷ Als Institutsleiter war er ein ausgesprochener Pedant. Seine Mitarbeiter mussten immer wieder experimentelle Ergebnisse überprüfen, Versuche wiederholen – Hahn bestand darauf. Stets plagte ihn die Angst, nach der Entdeckung von Neuem als Phantast dazustehen, dem niemand Glauben schenkt. Deswegen musste alles akkurat protokolliert, beschrieben und geprüft werden. Nachweise hatten bei Hahn immer exakt zu erfolgen. Zu Hause setzte sich diese Haltung fort: Über die private Geselligkeit des Ehepaars Hahn führte er akribisch ein Gästebuch. Ihm wohlgesonnene Interpreten legten dies freilich als „wachsamer Selbstkritik“⁵⁴⁸ aus. Gewissenhaftigkeit – darin lag schließlich das Geheimnis von Hahns Karriere; denn ein genialer Mathematiker wie Heisenberg, der sich in permanenten Denkprozessen befand, war er nicht. Ein fieberhafter Forscher war Hahn dennoch. Wenn er als „Entdecker“ neuen Elementen auf der Fährte war, ergriff ihn ein Fiebergefühl, das ihn tagelang im Labor verbringen ließ. Dann erfasste ihn einen ungeheurer Arbeitseifer. Einen gewissen Ehrgeiz und Biss muss Hahn also gehabt haben; gerne bestieg auch er im Übrigen Berge, genoss wie Heisenberg oder Planck diese Grenzerkundung.⁵⁴⁹ Bis in die 1940er Jahre konnte man ihn in den Dolomiten, auf dem Matterhorn oder den Gipfeln des Berchtesgadener Landes antreffen. Beim Bergsteigen suchte er – wie Heisenberg – das Erlebnis von erfolgreicher Leistung und energischer Anstrengung in Extremsituationen. Noch im Alter von 77 Jahren erklimmte er den über 1700 Meter hohen Monte Generoso.

543 Meitner 1959, S. 158.

544 Berninger 1974, S. 116.

545 Vgl. Hahn 1975, S. 247.

546 Hildegard Knief über Hahn 1970, abgedruckt in: ebd., S. 266.

547 Vgl. dazu Berninger 1974, S. 17 u. S. 44; Hoffmann 2005, S. 95 u. S. 124 ff.

548 Berninger 1974, S. 79.

549 Vgl. Berninger 1974, S. 45; Hahn 1975, S. 276 f.

Allerdings: Starke Nerven gehörten nicht unbedingt zu Hahns vornehmlichen Eigenschaften. Unter psychischer Belastung konnte er schnell in Tränen ausbrechen, war äußerst sensibel. So 1938, als seine langjährige Kollegin Lise Meitner ausgewiesen worden war und seine Frau Edith einen schweren Nervenzusammenbruch erlitten hatte, im Institut zugleich immer stärker nationalsozialistische Einflüsse wucherten.⁵⁵⁰ In britischer Gefangenschaft plagten ihn dann Schlaflosigkeit und Tränenausbrüche, als ihm klar wurde, dass die atomtechnologische Kompetenz der deutschen Wissenschaftler in Zukunft womöglich nicht mehr nachgefragt werden würde.

Mondäner Kosmopolit: Elder Statesman der Wissenschaft

Für einen Wissenschaftler war Hahn erstaunlich mondän und kosmopolitisch. Auch dies qualifizierte ihn später für die Präsidentschaft der Max-Planck-Gesellschaft.⁵⁵¹ Er konnte Auslandsaufenthalte vorweisen, wie sie heutigen Studenten wohl ohne Weiteres zum Vorteil gereichen würden: Ab Herbst 1904 arbeitete er für ein Jahr als Laborant bei Sir William Ramsey in London. Anschließend besichtigte er für einige Tage New York und verbrachte sodann mehrere Monate bei Ernest Rutherford im kanadischen Montreal. Seine Verbindungen zu Ramsay und Rutherford – zwei Nobelpreisträger – ließen ihn als jungen Wissenschaftler ab und an auf Kongressen und Tagungen im Ausland teilnehmen; fortan nahm Hahn lange Zeit rege an internationalen Konferenzen teil. Noch vor dem Ersten Weltkrieg war er infolgedessen Mitglied internationaler Gremien wie der „Radiumstandard-Kommission“ oder der „Internationalen Atomgewichtskommission“ geworden. 1933 hielt er sich zwischen Februar und Juli mit großer Resonanz als „visiting professor“ an der Cornell-University im US-amerikanischen Ithaca auf. Er wusste in feiner Gesellschaft zu verkehren, deren Manieren und Eskapaden er kannte und goutierte. So schlürfte er luxuriös in kanadischen Hotels Sekt, genoss üppige Speisen und gastierte sogar in einer chinesischen Opiumkneipe. In Paris dinierte er auf Einladung Rutherfords in einem der exklusivsten Restaurants der Seine-Metropole. All die im Ausland gesammelten Eindrücke und Erfahrungen prägten Hahn – unter den deutschen Ordinarien galt er als „so ein anglierter Berliner“.⁵⁵²

550 Vgl. Sime 2004, S. 22.

551 Für diesen Abs. vgl. Hahn 1975, S. 16-20 S. 33 f. u. S. 50; Hoffmann 2005, S. 66-70.

552 Zitiert nach Hoffmann 2005, S. 58 f.

Hahn besaß folglich Ressourcen, die für sein Wirken in der Zeit nach 1945 nicht unerheblich waren. Viel erlebt hatte er für einen Wissenschaftler allemal.⁵⁵³ Sogar dem Kaiser Wilhelm II. war er anlässlich der feierlichen Einweihung des KWI für Chemie einmal begegnet, als Hahn ihrer Majestät zu Anschauungszwecken ein radioaktives – überdies hochgiftiges – Präparat auf einem Tablett servierte. In der Nachkriegszeit hielt er sich regelmäßig in Kreisen der der High Society auf – mit Hildegard Knef lernte er bei einem Besuch 1955 in New York zwei Weinflaschen⁵⁵⁴ –, ja er selbst war als Nobelpreisträger inzwischen prominent, schrieb für Jugendliche Autogramme. Öffentlich bewegte sich Hahn, einem Elder Statesman gleich und von allseitiger Hochachtung getragen, mit Zigarre bewehrt, sicher über internationales Parkett. Der deutsche Industrielle Karl Winnacker erinnerte sich an die Genfer Atomkonferenz des Jahres 1955: „Mit seinem Humor und seiner menschlichen Sicherheit gewann Otto Hahn auf der Genfer Konferenz schnell an Terrain, was uns übrigen Mitgliedern der deutschen Delegation sehr zugute kam.“⁵⁵⁵ Nach dem Ableben Max Plancks 1947 war Hahn in Westdeutschland ohnehin konkurrenzlos die Rolle des Doyens naturwissenschaftlicher Forschung zugefallen. Sogar der Londoner *Observer* wusste trotz der zeitlichen Nähe zum Kriegsende nur Positives über den Deutschen Otto Hahn zu schreiben: Hahn sei eine „Gestalt der Weltgeschichte“, deren „Ausdruck forschender Redlichkeit und kritischer Unantastbarkeit [...] etwas unendlich Vornehmes an sich“ habe.⁵⁵⁶ Kurze Zeit wurde Hahn überdies Anfang 1959 in der FDP als möglicher Bundespräsidentschaftskandidat gehandelt.

Kurzum: Nach dem Zweiten Weltkrieg war Hahn Träger der weltweit angesehensten Auszeichnung, des Nobelpreises, und Präsident einer der bedeutendsten Forschungseinrichtungen der Bundesrepublik, der Max-Planck-Gesellschaft. Die vielerorts außerhalb Deutschlands infolge der frischen Erinnerung an den NS-Terror vorherrschende Germanophobie tangierte nicht die Reputation Hahns, der im Urteil der übrigen Welt im Unterschied zu vielen anderen Landsleuten als unbelastet galt. Ohne Rücksicht auf seine angeschlagene Physis mehrte er sein Ansehen fortwährend durch die Teilnahme an gesellschaftlichen Festivitäten, durch Vortragsreisen und die Präsenz auf kulturellen Veranstaltungen.⁵⁵⁷ Und

553 Zum Folgenden vgl. Hahn 1975, S. 246 u. S. 249; Hoffmann 2005, S. 77 f.

554 Vgl. Hildegard Knef über Hahn 1970, abgedruckt in: Hahn 1975, S. 266.

555 Zitiert nach Hoffmann 2005, S. 203.

556 Zitiert nach ebd., S. 216.

557 Hierfür vgl. Berninger 1974, S. 103.

selbstverständlich wurde Hahn auch Ehrenbürger seiner Heimatstadt Frankfurt am Main.⁵⁵⁸

Gaskrieger und Kriegsforscher: Schattenseiten

Gleichwohl, Hahn war kein makelloser Forscher, gab es doch auch genügend dunkle Kapitel in seiner Biografie. Zum Beispiel sein Kriegseinsatz ab 1914.⁵⁵⁹

Als deutscher Offizier erlebte er die grauenvollen Materialschlachten an Ost- und Westfront. 1915 trat der Chemiker Hahn in die von Fritz Haber angeführte Gaskämpfertruppe, in der ein damals üblicher Patriotismus herrschte. In Polen und Belgien feuerte der 35-jährige Gaspionier Hahn, im unbehaglichen Bewusstsein der Völkerrechtswidrigkeit, Giftgasgeschosse auf den Feind ab. Schon hier wird die Ambivalenz des später für seine Moral bewunderten Hahn erkennbar: Einerseits wendete er eine heimtückische Waffe militärisch an. Andererseits führten ihm ergreifende Sterbeszenen sowjetischer Soldaten die Grausamkeit dieses Waffeneinsatzes vor Augen. Hahn gab später zu, die alltägliche Beschäftigung mit den Gaswaffen hätte ihn mit der Zeit abgestumpft. Er wurde konsternierter Zeuge des soldatischen Massensterbens, der sinnlosen Opferung von jungen Menschen auf den flandrischen Schlachtfeldern im Spätherbst 1914, deren Schreckensbilder sich unvergesslich in Hahns Gedächtnis einbrannten. Soldaten kreppten in seiner unmittelbaren Gegenwart am Giftgas – Hahn erhielt das Eiserner Kreuz Erster Klasse. Damals wurde er das erste Mal mit der militärischen Verwendung naturwissenschaftlicher Kenntnis direkt konfrontiert, konnte die Schrecken in eigener Anschauung internalisieren. Lange Zeit später rationalisierte Hahn sein Verhalten mit der Überzeugung, die ihm eingeredet worden sei, durch den Einsatz von drastischen Waffen wie chemische Kampfstoffe den Krieg, somit das Leiden von daran beteiligten Menschen, verkürzen zu können.⁵⁶⁰ Erst aus diesen Erfahrungen jedoch habe er lernen können.

Ereignisse wie der Erste Weltkrieg können sich für viele Charakterprofile und Biografien als Fallstricke erweisen, bieten sie doch ausreichend Gelegenheit zur Diskreditierung und Aufladung schwerer Hypothesen. So auch das „Dritte Reich“ und der Zweite Weltkrieg. Doch zunächst: Hahn war kein Sympathisant

558 Vgl. ebd., S. 119.

559 Zum Folgenden vgl. Herbig 1976, S. 26 ff.; Hoffmann 2005, S. 82-85; Stamm 1981, S. 26; Wendel, Günter: Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 1911-1914. Zur Anatomie einer imperialistischen Forschungsgesellschaft, Berlin 1975, S. 212 f.

560 Vgl. Trömel, Martin: »... denn schließlich hatte ich doch selbst diese Tragödie mit ausgelöst«. Otto Hahn im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik, in: Forschung Frankfurt, H. 3-4/2004, S. 70-76, hier S. 76.

Hitlers oder der nationalsozialistischen Bewegung. In seiner politischen Einstellung war er national-konservativ, wollte 1933 „so gern bei dem nationalen Aufschwung in Deutschland mit aller meiner Kraft mitmachen“.⁵⁶¹ Diese Haltung ließ ihn vieles tolerieren. Für die von ihm beargwöhnten antisemitischen Gewaltausschreitungen in Deutschland machte er Hitler zu Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft noch nicht verantwortlich, sondern sah in diesen lediglich jugendlichen Übermut von Hitlers Anhängern oder eine notwendige Bekämpfung von „Kommunisten“.⁵⁶² Darüber wurde – nicht zuletzt von Hahn selbst – oft und gerne geschrieben, wie widerstandsvoll er sich in den Jahren der NS-Zeit doch verhalten habe. Tatsächlich nutzte Hahn seine Funktion als KWI-Direktor, um einige ihm aus persönlichen Kontakten bekannte Juden vor dem sicheren Tod zu bewahren.⁵⁶³ Außerdem leistete er sich renitente Aktionen. Trotzig nahm Hahn bspw. 1935 als Redner an einer Gedenkfeier der KWG für den ein Jahr zuvor verstorbenen Fritz Haber teil, obwohl staatliche Stellen eine Teilnahme an der Veranstaltung untersagt hatten.⁵⁶⁴ Einer Geheimkonferenz des Reichserziehungsministeriums im Frühjahr 1939 blieb Hahn unter falschen Angaben fern und schickte einen Vertreter.⁵⁶⁵ In den letzten Kriegstagen habe Hahn gar die schwäbische Kleinstadt Tailfingen vor der Zerstörung bewahrt, indem er als Sprecher der Bürger „furchtlos“ und mit besonnenen Worten den Bürgermeister dazu brachte, auf die Errichtung von Panzersperren zu verzichten und auf diese Weise militärische Kampfhandlungen mit den alliierten Streitkräften zu vermeiden.⁵⁶⁶

Zweifelsohne waren all dies nonkonformistische Verhaltensweisen, letztlich aber bloß dezente Oppositionsbekundungen, die zudem kaum große Gefahren für Hahn bargen. Gleichwohl war dieses Handeln im „Dritten Reich“ keineswegs selbstverständlich und man muss ihm auch eine gewisse Courage zubilligen. Doch lässt es sich zumindest in Zweifel ziehen, relativieren. Im Zusammenhang mit der Rettung jüdischer Wissenschaftler riskierte Hahn mit seinem brieflichen Einschreiten nicht viel, rechtfertigte er seine Interventionen doch mit der vorgeblichen Kriegswichtigkeit der betroffenen Personen, insofern mit einem seinerzeit

561 Zitiert nach Sime 2004, S. 11.

562 Vgl. ebd., S. 9.

563 Vgl. Hoffmann 2005, S. 146. Zu einigen Rettungsmaßnahmen zugunsten ihm persönlich bekannter Wissenschaftler bzw. deren Angehörigen vgl. auch Sime 2004, S. 23-28.

564 Vgl. Zierold 1968, S. 192 ff.

565 Vgl. Hoffmann 2005, S. 146.

566 Nach Tailfingen war Hahns Institut 1944 evakuiert worden; vgl. ebd., S. 174.

legitimen Grund. Die betroffenen Personen, so ließ Hahn verlautbaren, würden bedeutende Forschungsarbeiten für kriegsrelevante Projekte leisten und seien daher in Ruhe zu lassen – für einen Institutsleiter war dies nach außen hin ein weniger couragiertes als pragmatisches Handeln, das kaum verdächtig erschien. Zwar stellte er sich auf die Seite rassenideologisch geächteter Wissenschaftler wie Haber, doch hatte er zuvor die Vertreibung Habers aus der KWG mit keinem Handschlag verhindert, diese sogar administrativ unterstützt. Wie der seinerzeit bedeutende Wissenschaftsmanager Max Planck stellte er die Belange der Organisation und der deutschen Wissenschaft über die von einzelnen Personen. Und dass er einmal einer Konferenz mit Regierungsleuten fernblieb, fiel nicht weiter ins Gewicht, da Hahn später noch sehr oft mit politischen und militärischen Granden zu Gesprächen zusammentraf. Sein Opponieren blieb inkonsequent. Nachdem er im Sommer 1933 erfolglos angestrebt hatte, eine Anzahl von etwa fünfzig als „arisch“ klassifizierbare Professoren zusammenzutrommeln, um gegen die diskriminierende Behandlung „nichtarischer“ Kollegen bei der Regierung zu protestieren, fügte sich Hahn umstandslos dem ablehnenden Rat seines Mentors Max Planck und „versuchte also nichts“.⁵⁶⁷

Kein Problem hatte Hahn auch damit, sein Institut in die militärische Kernforschung einbinden zu lassen. Denn dies verschaffte ihm Freiräume und Annehmlichkeiten, so konnte er sein Institut weitgehend intakt und seinen Laborbetrieb am Laufen halten. In Teilen kooperierte er deswegen mit dem Heereswaffenamt der Wehrmacht.⁵⁶⁸ Den Koordinatoren des Uranprojekts versperrte Hahn jedenfalls nicht die Türen zu seinen Laborräumen; auch zog er sich nicht in die Privatsphäre zurück, sondern fuhr zu Besprechungen mit Militärs und Politikern. De facto stellte er seine wissenschaftlichen Fähigkeiten in den Dienst des Regimes, nur unter der Prämisse, dass eine ernst zu nehmende Atomwaffenkonstruktion in Ermangelung industrieller Kapazitäten eben nicht möglich war – was Hahn zweifelsohne wusste. Die Gefahr, dass Hitler von der deutschen Nuklearforschung noch während des Zweiten Weltkriegs eine einsatzbereite Atom bombe zur Verfügung gestellt werden würde, bestand mit großer Sicherheit nicht. Jedenfalls: Die „furchtlose Vernunft“⁵⁶⁹, die Hahn gezeigt habe und für die er später gerühmt wurde, lässt sich in seinem Verhalten in der Zeit vor 1945 nicht ohne Weiteres ausfindig machen. Sein Kollege Max Born hatte sich im Ersten Weltkrieg z.B. im Gegensatz zu Hahn geweigert, Fritz Habers „Gaskriegern“ beizutreten und seine wissenschaftlichen Fähigkeiten in den Dienst von

567 Hahn 1975, S. 50.

568 Vgl. hierfür Hoffmann 2005, S. 148.

569 Ebd., S. 226.

Massenvernichtungswaffen zu stellen. Born traf eine Entscheidung, die für ihn absehbar mit persönlichen Kosten einherging, zog er sich doch den Zorn Fritz Habers, eines einflussreichen Professors, zu und verzichtete er auf die Chance, Anteil an seinerzeit als ruhmreich geltenden Taten zu haben. Hahn hingegen wählte die für ihn vorteilhafte Alternative.

Nach dem Krieg machte sich Hahn daran, für eine positive Wahrnehmung deutscher Wissenschaft – sowohl im In- wie auch im Ausland – zu sorgen. In jüngerer Zeit ist ihm dies als bewusste Geschichtsklitterung zum Vorwurf gemacht worden. Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft porträtierte er als eine „wohlmeinende, apolitische, rein wissenschaftliche Organisation, die von einem repressiven Regime umgeben, quasi belagert worden sei“⁵⁷⁰, obwohl diese eindeutig Kriegsforschung betrieben hatte und nicht wenige ihr angehörige Forscher durch Menschenexperimente verbrecherisch gehandelt hatten. Auch dass er während des Kriegs nicht militärisch geforscht hätte, wurde zu einer hartnäckigen „Hahn-Legende, die Hahn in beachtlichem Maße vor kritischer Betrachtung feite“⁵⁷¹. Diese half bei der Konstruktion eines verzerrten Geschichtsbilds deutscher Atomforschung während des Zweiten Weltkriegs, welches das „Uranprojekt in einer Tradition deutscher wissenschaftlicher Exzellenz auf dem Gebiet der reinen Forschung verortete und der gesamten Gruppe [beteiligter Atomwissenschaftler] politische Ehrenhaftigkeit verlieh“⁵⁷² – es also verklärte. Die Kriegsjahre, so Hahn, seien „in glücklicher Weise zur wissenschaftlichen Arbeit verwertet“⁵⁷³ worden. Unter der NS-Herrschaft hätten die Wissenschaftler sogar einen „Existenzkampf von tödlicher Gefährlichkeit“ ausgefochten, die KWG habe Schutz vor dem „unmittelbaren Zugriff der Fanatiker“ geboten.⁵⁷⁴ Nur deswegen, so propagierte es Hahn, habe man auch die Anlehnung an staatliche Stellen suchen müssen.⁵⁷⁵ Hahn für seinen Teil suggerierte der Öffentlichkeit ein geradezu martialisch-pathetisches Bild eines Kampfs von Antipoden, zwischen Gut und Böse, Recht und Schlecht, den die deutschen Atomforscher mit dem Regime ausgetragen hätten. Was Hahns Umgang mit der Vergangenheit anbelangt, so sei dieser „unzulänglich“ und lasse „Sensibilität vermissen“⁵⁷⁶, ferner mitunter ge-

570 Sime 2004, S. 21.

571 Ebd., S. 38.

572 Ebd.

573 Zitiert nach Berninger 1974, S. 80 [i.O. kursive Herv.].

574 Zitiert nach Sime 2004, S. 46.

575 Vgl. ebd., S. 47.

576 Ebd., S. 21.

kennzeichnet von „Wirklichkeitsflucht“ und „Verdrängung“.⁵⁷⁷ Seine Weggefährtin Lise Meitner warf Hahn 1947 vor, die Vergangenheit vergessen machen und das Deutschland widerfahrene Unrecht hervorheben zu wollen.⁵⁷⁸

Dies also ist die Schattenseite Otto Hahns. Am härtesten geht wohl Ruth Lewin Sime mit Hahn ins Gericht. In ihrer Studie zur Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Rahmen eines Forschungsprogramms von deren Nachfolgeorganisation MPG schreibt sie, Hahn sei ein „Paradebeispiel“ für Selbstbetrug und Unfähigkeit zur Trauer, für Strategien, die Vergangenheit nicht aufarbeiten zu müssen – Gegenstände, mit denen sich Psychologen auseinandersetzen.⁵⁷⁹ Hahn habe sich darüber hinaus zum „Komplizen“ eines kriminellen Regimes gemacht, indem er diversen Kriegsverbrechern wie dem Manager Fritz ter Meer für deren Prozesse generös „Persilscheine“ ausstellte – wohl vor allem, weil die Beschuldigten seinem ehemaligen Institut Gelder zugewendet hatten.⁵⁸⁰ Einige Aussagengesuche von Bekannten, die ein Entnazifizierungsverfahren noch vor sich hatten, lehnte Hahn allerdings auch ab. Jedoch nicht aus moralischen Gründen, sondern weil der zukünftige KWG/MPG-Präsident sich keine allzu unnötigen Fehlritte erlauben konnte, wie er auch unumwunden zugab.⁵⁸¹ Hahn kalkulierte mit Blick auf das Ansehen seiner Organisation, der MPG, sorgsam Kosten und Nutzen solcher Entlastungsschriften. Zu einer kritischen Reflexion dieser Vergangenheit, vor allem des eigenen Verhaltens während der NS-Zeit, war er allem Anschein nach unfähig. Sein Umgang mit der Geschichte der Nuclearwissenschaftler in den Jahren 1933 bis 1945 und deren Vermittlung in der Nachkriegs-Öffentlichkeit ging Sime zufolge mit einer „Realitätsabspaltung, selektivem Vergessen und schlicht Betrug“ einher. Hahn verhinderte aktiv einen kritischen Vergangenheitsdiskurs und prägte dadurch für längere Zeit eine undifferenzierte Vorstellung von der deutschen Atomwissenschaft unter Hitler. Kollaborationsvorfälle wurden verschleiert, militärische Forschungsarbeiten heruntergespielt und Kritik nüchtern abgeschmettert.⁵⁸²

Besonders verantwortungsbewusst und honorig war all das folglich nicht, was Hahn im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg betrieben hatte. Seine

577 Hentschel, Klaus: Die Mentalität deutscher Physiker in der frühen Nachkriegszeit (1945-1949), Heidelberg 2005, S. 167.

578 Zitiert nach ebd., S. 96.

579 Vgl. ebd., S. 49.

580 Vgl. ebd., S. 48 f., S. 52 ff. u. S. 61.

581 Vgl. Schlüpmann, <http://www.aleph99.org/etusci/ks/t3a2.htm> [eingesehen am 15.11.2007].

582 Vgl. dazu Sime 2004, S. 55.

Lauterkeit muss deshalb in angemessener Weise relativiert werden. Trotzdem dominiert auch heute noch – zumindest außerhalb der engen Grenzen der Fachwissenschaft – ein ungetrübt einseitiges Bild des verantwortungsvollen Grandseigneurs der Wissenschaft, der ebenso weise wie frei von eigener Schuld die Welt zur Vernunft ermahnte.⁵⁸³ Die Göttinger Erklärung trug ihren Teil zu dieser Mythenbildung bei.

583 Siehe beispielhaft die 2005 erschienene Festschrift für Otto Hahn: Hoffmann 2005.

